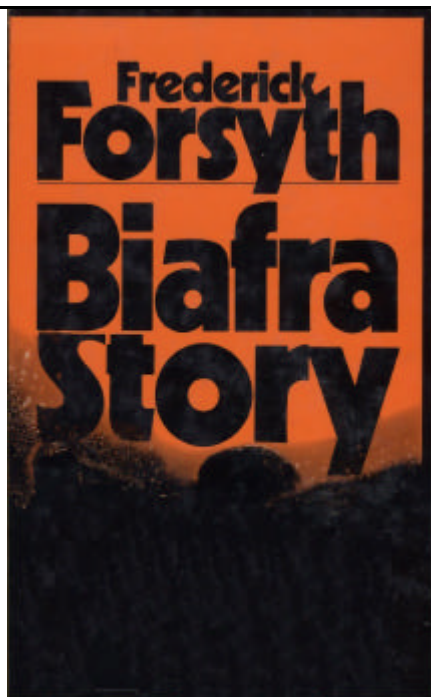




Frederick Forsyth

Biafra-Story

*Bericht über eine
afrikanische Tragödie*

scanned by ut
corrected by eboo

Ein großes Dokument unvorstellbaren menschlichen Leidens,
eine leidenschaftliche Anklage gegen jene, die aus
vordergründigen Interessen dem Unrecht nicht wehren.

Originalausgabe »The Biafra Story«

Aus dem Englischen von Ulrike von Puttkamer

ISBN 3-492-02244-8

R. Piper & Co. Verlag, München 1976

Gesamtherstellung: Hieronymus Mühlberger, Augsburg

Dieses E-Book ist nicht zum Verkauf bestimmt!!!

Inhalt

Vorwort 1969	3
Vorwort 1976	5
ERSTER TEIL Der Weg in die Teilung	9
1 Die Hintergründe.....	10
2 Ein Staatsstreich mißlingt	39
3 Ein Mann namens Ironside	48
4 Ein zweiter Staatsstreich mißlingt	60
5 Die zwei Obersten	75
6 Ein blutiger Herbst.....	84
7 Aburi - Eine letzte Chance für Nigeria	98
ZWEITER TEIL Der Kampf ums Überleben	127
8 Das ist Biafra.....	128
9 Der Krieg.....	137
10 Die Rolle der englischen Regierung.....	189
11 Flüchtlinge, Hunger und Hilfe.....	236
12 Die Friedenskonferenzen.....	292
13 Was ist Völkermord.....	311
14 Die Rolle der Presse.....	327
15 Schlußfolgerung.....	336
Nachwort	342
Zeittafel zur Geschichte Nigerias und Biafras	349

Vorwort 1969

Dieses Buch ist keine unparteiische Schilderung. Es versucht zu erklären, was Biafra bedeutet, warum das Volk von Biafra sich von Nigeria trennen wollte und wie die Menschen sich in ihrer großen Not verhalten haben. Man kann mir vielleicht vorwerfen, ich verträte die Sache Biafras, und man hätte damit gar nicht so unrecht. Dies ist ein Bericht über Biafra, mit biafranischen Augen gesehen. Allerdings habe ich so oft wie möglich Bestätigung aus anderen Quellen herangezogen, vor allem von Ausländern (Engländern zumeist), die zu Beginn des Krieges in Biafra waren und von solchen, die geblieben sind, wie etwa jene prächtige Gruppe von irischen Geistlichen des Holy Ghost Order aus Dublin, oder von anderen, die später kamen, Journalisten, Freiwillige oder Sozialarbeiter.

Wo bestimmte Meinungen vertreten werden, habe ich entweder die Quelle angegeben oder es handelt sich um meine eigenen, und ich leugne nicht, wie subjektiv sie sind. Nach meiner Überzeugung ist der Zerfall der Föderation von Nigeria kein zusammenhangloses Ereignis, sondern mußte sich zwangsläufig aus der Geschichte ergeben. Der Krieg, in dem sich gegenwärtig 14 Millionen Biafraner und 34 Millionen Nigerianer gegenüberstehen, ist kein edler Streit, sondern ein Beispiel an Sinnlosigkeit. So hat auch die Politik, mit der die Labourregierung eine Clique von Militär-Machthabern in Lagos unterstützt, nichts mit all den Grundsätzen zu tun, für die England angeblich eintritt, sondern macht sie zuschanden.

Die Biafra-Story schildert den gegenwärtigen Krieg nicht bis in alle Einzelheiten. Vieles ist einfach noch nicht bekannt, vieles läßt sich noch nicht aufklären, und so muß jeder Versuch, die Geschichte dieses Krieges darzustellen, Stückwerk bleiben.

So zu tun, als sei Biafra am 30. Mai 1967 aus dem Nichts entstanden, wäre unrealistisch, deshalb fasse ich zunächst die Geschichte Nigerias bis zum Zerfall kurz zusammen. Man muß wissen, wie die Engländer das Gebilde Nigeria über die unversöhnlichen Unterschiede der einzelnen Völker hinweg geschaffen haben und wie diese Gruppen erfahren haben, daß ihre Gegensätze unter dem britischen System keineswegs geringer wurden, sondern sich verschärft haben, bis das Gefüge, das die Engländer zurückließen, schließlich der explosiven Gewalt in seinem Innern nachgeben mußte.

Umuahia, Biafra, Januar 1969

Frederick Forsyth

Vorwort 1976

Dieses Vorwort und das Nachwort wurden zu Beginn des Frühjahrs 1976 eigens für die vorliegende Ausgabe geschrieben. Alle anderen Texte stammen aus dem Jahr 1969, als der Krieg zwischen Nigeria und Biafra noch im Gang war.

Der überwiegende Teil des Manuskripts entstand im Januar 1969 in einem kleinen Wohnwagen, den ich in Umuahia, der damaligen Hauptstadt von Biafra, am Straßenrand geparkt hatte. Ich schrieb bei drückender, schweißtreibender Hitze und wurde immer wieder in kurzen Abständen von den Angriffen russischer MiGs unterbrochen. Die Einsätze flogen ägyptische Piloten im Auftrag der Nigerianer. Sie heulten über die Stadt und beschossen und bombten alles, was sie erreichen konnten. Während dieser Angriffe mußte man in einem Splittergraben Deckung suchen und warten bis sie vorüber waren.

Abgesehen von zwei Kapiteln, schloß ich die erste Fassung des Manuskripts Ende Januar ab und flog damit nach London zurück. Ich hatte mich bis dahin bereits zweimal eine längere Zeit als Kriegsberichterstatter in Biafra aufgehalten: Zuerst vom 10. Juli bis 10. September 1967, als ich für die BBC tätig war, dann vom 18. Februar 1968 bis Ende Januar 1969 als freier Journalist. Während dieser beiden Aufenthalte wurde ich Augenzeuge der meisten Vorkommnisse, die im zweiten Teil dieses Buches beschrieben werden.

Wieder in London, vertiefte ich mich in zeitgeschichtliche Archive, um die beiden noch nicht abgeschlossenen Kapitel, ›Die Rolle der englischen Regierung‹ und ›Flüchtlinge, Hunger und Hilfe‹, zu beenden. Für diese beiden Kapitel fehlten mir Fakten und Zahlen, die im eingeschlossenen Biafra unerreichbar gewesen waren.

Anfang März 1969 war das Manuskript fertig und enthielt

alles, was bis Ende Januar 1969 geschehen war. Mein Agent, Mr. Bryan Hunt, half mir, einen Verleger zu suchen und wir fanden ihn in Mr. Rob Hutchinson vom Penguin-Verlag.

Am 26. Juni 1969 wurde das schmale Taschenbuch als Penguin Special in einer Auflage von 30.000 Exemplaren veröffentlicht. Inzwischen war ich nach Biafra zurückgekehrt und führte meine Aufzeichnungen fort, bis der Juni 1969 erreicht war.

Zu meiner Überraschung war das Buch rasch vergriffen und es gab immer noch interessierte Leser, die kein Exemplar mehr auftreiben konnten. Mr. Hutchinson drängte mich, noch einmal nach Biafra zu gehen und eine Ergänzung vorzubereiten, die den Bericht auf den neuesten Stand bringen sollte, einschließlich des Jahresendes von 1969. Im Frühjahr 1970 sollte dann eine Neuauflage erscheinen.

Ich flog also im Oktober zurück und blieb bis in die zweite Dezemberhälfte, schließlich war ich zu Weihnachten wieder in London. Bis zum 31. Dezember schrieb ich Ergänzungen zu den Kapiteln des zweiten Teils. Leider hatte Mr. Hutchinson inzwischen Penguin verlassen und eine Universitätsstelle angenommen, an seinem Platz saß ein neuer Mann, und Anfang Januar sagte man mir, eine Neuauflage sei nicht mehr beabsichtigt.

In der vorliegenden Ausgabe wurde also alles, was zwischen dem 1. Februar und dem 31. Dezember 1969 geschah noch 1969 recherchiert und niedergeschrieben, aber erst hier veröffentlicht. Dieser Teil des Buches lag von Neujahr 1970 bis heute in einer Schublade.

Nachdem Biafra von immer wiederkehrenden Fluten von Waffen, die hauptsächlich aus England kamen, in die Unterwerfung gezwungen worden war, brach es am 10. Januar 1970 endgültig zusammen. General Ojukwu, der Führer der Biafraner, begab sich in die Republik Elfenbeinküste ins Exil,

wo Präsident Houphouet-Boigny ihm Asyl bot. Als arbeitsloser Reporter versuchte ich mich an einem Roman und machte Notizen für eine Geschichte mit dem Titel ›Der Schakak.

Als man mir Ende 1975 vorschlug, die ›Biafra-Story‹ neu herauszugeben, las ich das Buch wieder. Ich fühlte mich versucht, den Text zu revidieren, zu bearbeiten und zu aktualisieren - die Polemik zu entschärfen und die Heftigkeit der Standpunkte zu dämpfen.

Nichts davon habe ich getan, nur das Vor- und Nachwort wurden als zusätzliche Hinweise neu geschrieben. Als das Buch damals erschien, war es umstritten - Biafra war ein emotionelles Thema und die Öffentlichkeit stark betroffen. Zu den Tatsachen in diesem Buch möchte ich folgendes sagen: Obwohl diejenigen, die mit dem Inhalt des Buches nicht einverstanden waren und es verreißen wollten, es von Experten für West-Afrika prüfen ließen, hat niemand die Fakten jemals ernsthaft angefochten. Es gab nur zwei faktische Fehler: Einmal hatte ich mich bei einem Datum um 24 Stunden geirrt, ein andermal wurden auf Grund eines Tippfehlers die nigerianischen Verluste während des Hinterhalts bei Abagana um eine Stelle (eine Null) höher angegeben.

Was die Tendenz des Buches anlangt, so bleibe ich auch jetzt dabei. Die Zeit mildert manche Einstellung, manche werden auch aus Berechnung geändert. Aber nichts kann jemals das Unrecht und die Brutalität bagatellisieren, der man die Menschen von Biafra unterwarf, auch das Beschämende an der furchtbaren, wenn auch indirekten Mitschuld der englischen Regierung läßt sich nicht verringern.

Ob gut oder schlecht, die Geschichte ist so, wie ich sie damals geschrieben habe. Sie enthält nicht alles, weil man damals nicht alles wissen konnte. Seit 1970 sind andere Bücher über den Konflikt geschrieben worden, die mehr und bessere Statistiken bringen - aber sie geben auch Erinnerungen von Menschen wieder, die die Ereignisse damals miterlebt haben und von

denen ich weiß, daß sie den tatsächlichen Ereignissen nicht entsprechen oder daß die Betreffenden heute anders sprechen und denken, als sie es seinerzeit getan haben. Die Geschichte wird von Siegern geschrieben, und die Biafraner haben verloren. Meinungen ändern sich je nach Bequemlichkeit, und der Gedanke an Biafra und was dort geschah, ist für viele heute noch unbequem.

Eines spricht jedenfalls für dieses Buch: Es ist und bleibt der einzige zeitgenössische Bericht über Biafra von den Anfängen bis zum Ende, den ein europäischer Augenzeuge innerhalb der Enklave Biafra aufgezeichnet hat.

Als ich als junger Reporter bei einer englischen Provinzzeitung arbeitete, lernte ich bei einem großartigen Lehrer, dem Chefreporter der Redaktion. Er prägte mir zwei Grundsätze ein: »Die Tatsachen müssen stimmen« und »Schreibe so, wie es war«. Auf den folgenden Seiten habe ich versucht, so zu schreiben, wie es war.

Als das Buch zum erstenmal erschien, wurde es in gewissen Bereichen und von gewissen Kreisen rundum verdammt. Alle diese Ankläger hatten eines gemeinsam: Sie besaßen Macht und Würden, gehörten also zum Establishment oder waren ihm engverbunden. Auch das mag eine Empfehlung für dieses Buch sein.

Irland, Februar 1976

Frederick Forsyth

ERSTER TEIL

Der Weg in die Teilung

1

Die Hintergründe

Man wirft der Politik der Biafraner vor allem vor - und unterstützt damit die nigerianische Kriegs- und Vernichtungspolitik -, der Abfall Biafras habe Einheit, Glück und Harmonie des Staates Nigeria zerstört; der nigerianische General Gowon sei nun bestrebt, diese wiederherzustellen. In Wahrheit war Nigeria während der ganzen Jahre der vorkolonialen Zeit niemals eine Einheit, und in den sechzig Jahren Kolonialherrschaft und den dreiundsechzig Monaten der Ersten Republik überdeckte nur eine dünne Tünche die grundlegenden Gegensätze.

Als Biafra sich am 30. Mai 1967 lossagte, war Nigeria weder glücklich noch harmonisch. Schon in den fünf vorangegangenen Jahren war der Staat von einer Krise in die nächste gestolpert, dreimal bis an den Rand des Zerfalls. Der unmittelbar zündende Funke war zwar jedesmal politischer Natur gewesen, die wahre Ursache aber hatte in der Feindseligkeit zwischen den Stämmen gelegen, die in diesem riesigen, künstlichen Staatsgebilde zusammengeschlossen worden waren. Niemals war Nigeria etwas anderes gewesen als ein Schmelztiegel von Völkern, die man für die Interessen und Vorteile einer europäischen Macht zusammengeschweißt hatte.

Die ersten Europäer, die in das heutige Nigeria vordrangen, waren Abenteurer und Forschungsreisende, und ihre Berichte zogen den Sklavenhandel nach sich. Um 1450 begannen die Portugiesen als erste dieser schillernden Kette von Freibeutern, den Eingeborenen-Königen entlang der Küste gesunde junge Menschen abzuhandeln, um sie als Sklaven weiterzuverkaufen. Zuerst wurden sie an der Goldküste gegen Gold eingetauscht und dann mit einem guten Gewinn in die Neue Welt verschifft.

Den Portugiesen folgten Franzosen, Dänen, Schweden, Deutsche, Spanier und Engländer.

Während die europäischen Sklavenhändler ihr privates Vermögen mehrten, wurden auf der afrikanischen Seite mehrere Dynastien begründet, die von ihren Einnahmen als Zwischenhändler blühten, vor allem auf den Inseln Lagos und Bonny. Die Könige der Küste ließen die Europäer nicht in das Landesinnere vordringen. Allmählich begann sich der Sklavenhandel auch auf andere Waren auszudehnen, vor allem auf Palmöl, Hölzer und Elfenbein. 1807 schafften die Engländer den Sklavenhandel gesetzlich ab, und in der restlichen ersten Hälfte jenes Jahrhunderts überwachten britische Marine-Kommandeure den Handel an der Küste und sorgten dafür, daß das Verbot eingehalten wurde.

Den Kaufleuten blieb keine andere Wahl, als sich auf andere Waren zu konzentrieren. So sahen sie keinen Grund, den eingeborenen Herrschern weiter Geld zufließen zu lassen. Sie drängten vielmehr darauf, ins Landesinnere vorzudringen und direkt mit den Erzeugern zu verhandeln. Das führte zu großen Auseinandersetzungen mit den Königen an der Küste. Um 1850 amtierten eine Reihe von britischen Konsuln der Küste entlang, und man war bereits in das Land nördlich von Lagos vorgedrungen, das heutige West-Nigeria.

Der Berüchtigtste von diesen Kaufleuten war Sir George Goldie. Seiner schillernden Pionier-Persönlichkeit war es um 1879 gelungen, die britischen Händler an der Küste zu einer kämpferischen Front zu vereinigen, nicht gegen die Afrikaner, sondern gegen die Franzosen, deren Rivalität ihnen mehr zu schaffen machte.

Goldie und Konsul Hewett ersuchten die britische Regierung, einzuschreiten und das Gebiet der Ölflüsse und den Unterlauf des Niger zur englischen Kolonie zu erklären. Aber die Regierungspartei der Liberalen blieb zurückhaltend, da sie Kolonien in einer solchen Gegend für kostspielige

Zeitverschwendung hielt. Zwar hatte dieselbe Regierung die Empfehlung der Royal Commission von 1875 abgelehnt, nach der England sich aus bereits existierenden Kolonien zurückziehen sollte, aber sie schien auch nicht geneigt, neue zu errichten. Goldie focht fünf Jahre lang an zwei Fronten - einerseits gegen die französischen Kaufleute, die er um 1884 schließlich genügend unter Druck gesetzt und finanziell ausgebootet hatte, und andererseits gegen die Interesselosigkeit daheim in Whitehall.

1884 aber schlug die Stimmung in Europa um. Bismarck, der sich bis dahin für die Idee deutscher Kolonien in Afrika ebensowenig begeistern konnte wie Gladstone für englische, berief die Berliner Konferenz ein. Noch im selben Jahr annektierte Deutschland Kamerun im Osten des heutigen Biafra. Das vorgeschobene Ziel der Konferenz war, Bismarck die Möglichkeit zu geben, die Forderungen der Franzosen und Belgier unterstützen zu können. Sie verlangten die Auflösung der britischen Unternehmungen im Kongo-Becken, die dort von Missionaren der Baptisten und von Kaufleuten aus Manchester und Liverpool getragen wurden. Bismarck hatte Erfolg. Die Konferenz erklärte den belgischen Freistaat Kongo zur Verwaltungshoheit des Kongo. Da man das deutschfranzösische Einvernehmen nicht zu weit fördern wollte, überließ die Konferenz ohne viel Umstände den Engländern den Einfluß entlang des Niger. Sir Goldie wohnte der Konferenz als Beobachter bei.

Das Ergebnis war der Berlin Act, in dem festgelegt wurde, daß jedes europäische Land, das an irgendeinem afrikanischen Land wesentliche Interessen anmelden konnte, als Verwaltungsmacht in dem betreffenden Gebiet eingesetzt wurde, sobald eine Administration tatsächlich vorhanden war.

Aber die Engländer waren immer noch nicht bereit, sich eine neue Kolonie aufzubürden, und so wurde Goldie und seiner Kompanie im Jahr 1886 nur eine ›charter of administration‹

(Verwaltungsvollmacht) erteilt. Bei seinem Vorstoß nach Norden errichtete Goldie in den folgenden zehn Jahren ein Handelsmonopol, das im Osten von den Deutschen in Kamerun und im Westen von den Franzosen in Dahome flankiert wurde. Von den Franzosen hatte Goldie mehr zu befürchten, sie standen unter der Führung des energischen Faidherbe, den Goldie im Verdacht hatte, einen Durchbruch von Dahome zum Tschad-See zu planen, um sich mit anderen französischen Unternehmungen zu vereinigen, die nördlich von Gabon operierten. 1893 gelang es Goldie, weitgehend durch eigene Bemühungen, die Deutschen in Kamerun zum Vormarsch auf den Tschad-See zu bewegen, um damit die Anschluß-Taktik der Franzosen zu vereiteln und seine Ostflanke zu schützen. Aber um diese Zeit hatten die Franzosen unter Faidherbe bereits das ganze Dahome erobert und stießen nach Osten in das heutige Nigeria vor.

Goldie verfügte weder über genügend Männer noch Nachschub, um den Franzosen entgegentreten zu können und schickte dringlichste Appelle nach London. 1897 entsandte die britische Regierung Sir Frederick Lugard, Soldat und Administrator, der schon in Uganda und Njassaland gedient hatte. Innerhalb eines Jahres verdrängte Lugard die Franzosen aus Nigeria: Krieg mit Frankreich drohte. Die anglofranzösische Vereinbarung vom Juni 1898 legte die Niger-Krise bei und schuf gleichzeitig die Grundlage für die Grenzen des neuen Staates.

England hatte eine Kolonie gewonnen. Sie war nicht erobert worden, nicht einmal richtig erforscht, sie hatte keinen Namen und so erhielt sie ihn später von Lady Lugard - Nigeria.

Es war ein Land mit großen klimatischen, landschaftlichen und ethnischen Gegensätzen. Das Sumpf- und Mangroven-Dickicht entlang der knapp 700 Kilometer langen Küste ging in einen 160 bis 240 Kilometer breiten Gürtel von dichtem Regenwald über. Dieses Gebiet, das spätere Süd-Nigeria, wurde - südlich von dessen Zusammenfluß mit dem Benue-Fluß bei

Lokaja - durch den Niger in einen östlichen und einen westlichen Teil geteilt. Im westlichen Teil des Südens herrschten die Yoruba, ein Stamm mit einer langen Geschichte hochentwickelter Königreiche. Durch den britischen Vorstoß über Lagos gelangte die europäische Kultur zuerst zu den Yorubas und zu den anderen Stämmen des Westens.

Im östlichen Teil des Südens lebten die verschiedensten Völker, vor allem die Ibos beiderseits des Niger, doch hauptsächlich östlich davon. Wenn man heute bedenkt, wie rasch sich später Entwicklung und Fortschritt bei den Ibo vollzogen, bis sie schließlich in der Europäisierung den anderen ethnischen Gruppen in Nigeria voraus waren, erscheint es wie Ironie, daß sie und die andern Stämme des Ostens um 1900 als besonders rückständig galten.

Nördlich des Regenwalds lag die Baumzone, die schließlich über Grasland und Prärie in wüstenähnliche Steppe überging. Den südlichen Rand dieses weiten Gebiets bildete der Middle Belt. Dort lebten zahlreiche Nicht-Haussa-Stämme, hauptsächlich Heiden und Animisten, die aber trotzdem Untertanen des Reiches der Haussa und Fulbe waren. Der eigentliche Norden war das Land der Haussa-Völker, der Kanuri- und Fulbestämme, wobei die Fulbe ursprünglich als Eroberer aus dem Gebiet südlich der Sahara gekommen waren und als ihre Religion den Islam mitgebracht hatten.

Lugard brauchte drei Jahre, um den Norden zu bezwingen, indem er mit seiner kleinen Truppe ein Emirat nach dem andern unterwarf. Den härtesten Widerstand leistete das Sultanat von Sokoto. Zwar waren die Fulbe zahlenmäßig überlegen, aber Lugards Feuerkraft war stärker. Ein Spottvers von Belloc lautete: ›Whatever happens, we have got / The Maxim gun, and they have not.‹ (›Was auch passiert, unsre Kanone / Ist von Maxim, und sie sind ohne‹). Lugards Repetierflinten hackten die Kavallerie des Sultans in Stücke und die letzte Bastion des Fulbe-Reiches im Haussaland fiel.

Lugard schlug die Brücke von den Auswirkungen der zufällig entstandenen Handelsniederlassungen und Missionsstationen zu einem *bona fide*-Imperialismus. Allerdings war sein Reich nicht das erste in Nord-Nigeria. Zwischen 1804 und 1810 hatte Osman Dan Fodio, ein mohammedanischer Gelehrter und Reformers, einen Heiligen Krieg (jihad) gegen die Königreiche der Haussa geführt und sie seinen Stammesbrüdern, den Fulbe, unterworfen. Was als Kreuzzug zur Reinigung des Islam von gottlosen Bräuchen begonnen hatte, wurde zu einem Kampf um Land und Macht. Das Fulbe-Reich breitete sich nach Süden auf dem Gebiet der Yoruba aus. Zwischen 1837 und 1840 machte der Zug der Briten von Lagos nach Norden dem Heiligen Krieg ein Ende, schließlich wurde er bei Ilorin und entlang der Kabba Line beigelegt. Alles, was sich nördlich dieser Linie befand, wurde Nord-Nigeria. Darin waren drei Fünftel des ganzen Nigeria eingeschlossen und über fünfzig Prozent der Bevölkerung. Dieses ungeheure Übergewicht des Nordens war einer der Faktoren, die später ein Fluch für die Lebensfähigkeit einer ausgewogenen Föderation werden sollten.

Die Emire fanden bei ihren Kämpfen mit Lugard wenig Unterstützung bei ihren Untertanen, den Haussa, die damals wie heute die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung des Nordens darstellten. Aber nach seinem Sieg hielt Sir Lugard es für besser, die Emire an der Macht zu lassen und ein System der indirekten Herrschaft (indirect rule) einzuführen, anstatt sie davonzujagen und direkt zu regieren. Vielleicht hatte er auch keine Wahl: Seine Truppen waren schwach, London blieb unentschlossen, und das Gebiet, das es zu behaupten galt, war unendlich groß und hätte Hunderte von Beamten erfordert. Demgegenüber verfügten die Emire bereits über ein umfassendes System der Verwaltung, Gerichtsbarkeit und Finanzen.

Diese mittelbare Regierung hatte ihre Vorzüge. Sie war billig in bezug auf britisches Personal und Investitionen, und sie war

friedlich. Aber auf diese Weise wurde auch die Feudalstruktur gefestigt, die Unterdrückung durch die Emire und ihre Statthalter wurde bekräftigt, der Norden noch länger daran gehindert, in eine moderne Welt hineinzuwachsen und zukünftige Bemühungen, die parlamentarische Demokratie einzuführen, erschienen absurd.

Lugard hatte wahrscheinlich die Vorstellung, die Selbstregierung werde bei den Dorf-Räten beginnen, sich über die Stammes-Räte und Regional-Räte weiterentwickeln und schließlich zu einer repräsentativen National-Regierung führen. Das war eine überzeugende Theorie, aber verwirklichen ließ sie sich nicht.

Zum einen bestand das Interesse der Emire und ihrer Höfe vor allem darin, an der Macht zu bleiben und keine Veränderung der Verhältnisse zuzulassen. Zu diesem Zweck widersetzten sie sich dem stärksten Feind ihres Konservatismus - dem Wandel und Fortschritt. Der natürliche Vorläufer von beiden ist die Volkserhebung. Kein Zufall, daß es im Unabhängigkeitsjahr 1960 im Norden mit über der Hälfte der nigerianischen Gesamtbevölkerung von 50 Millionen nur 41 höhere Schulen gab, im Süden dagegen 842, und daß der erste Student des Nordens sein Examen ganze neun Jahre vor der Unabhängigkeit machte. Die Emire sahen in der westlichen Erziehung eine Gefahr und taten alles, um sie auf ihre eigenen Nachkommen oder die Kinder der Oberschicht zu beschränken.

Im Gegensatz dazu entwickelte der Süden, in den die Missionare als Vorkämpfer der Massenerziehung eingedrungen waren, in allen Bereichen bald einen unstillbaren Bildungshunger. Als sich die Ostregion 1967 von Nigeria löste, gab es dort mehr Ärzte, Rechtsanwälte und Ingenieure als in irgendeinem anderen Land in Schwarz-Afrika. Die Missionare und ihre Arbeit hätten dem Norden den Weg ins zwanzigste Jahrhundert vielleicht erleichtern können, aber auf Verlangen der Emire verpflichtete sich Lugard, christlich-apostolische

Tätigkeit nördlich der Kabba Line nicht zu fördern und setzte ihr damit praktisch ein Ende.

In den sechzig Jahren von Lugard bis zur Unabhängigkeit wurden die Gegensätze zwischen Norden und Süden, was Religion, Gesellschaft, geschichtliches und moralisches Bewußtsein betraf, keineswegs geringer, auch die Kluft auf bildungs- und technologischem Gebiet wurde immer größer. Schließlich gab es kaum noch eine Möglichkeit, ein geeintes Land unter der Führung der einen oder anderen Seite zu schaffen.

1914 verschmolz Lugard den Norden mit dem Süden als einen Akt administrativer Erleichterung - zumindest auf dem Papier.

»Um nicht mehr als ein Minimum an Schwierigkeiten in die Administration zu tragen« (so seine Worte), ließ er den riesigen Norden, wie er war, und die beiden Verwaltungen blieben getrennt. Allerdings wendete er das System der indirekten Herrschaft, das seiner Ansicht nach im Norden so gut funktioniert hatte, auch auf den Süden an, und dort scheiterte es, vor allem in der östlichen Hälfte des Südens bei den Ibo.

Den Engländern war die Idee von der Herrschaft der regionalen Häuptlinge so wichtig, daß sie dort, wo es keine gab, sie einzusetzen versuchten. Die Aufstände von Aba im Jahr 1929 (Aba liegt im Herzen des Ibo-Gebiets) hatten ihre Ursache zum Teil in der Ablehnung gegen diese »bevollmächtigten Häuptlinge«, Männer, die die Engländer der Bevölkerung aufgezungen hatten und die sie nicht akzeptierte.

Im Norden, wo man an stillschweigenden Gehorsam gewöhnt war, ließen sich solche Maßnahmen ziemlich leicht durchführen, nicht aber im Osten. Seine überkommene Struktur macht den Osten immun gegen jede Diktatur, und das ist eine der Ursachen des gegenwärtigen Krieges. Die Menschen des Ostens bestehen darauf, daß man sie in allen Angelegenheiten, die sie betreffen, befragt. Dieses Selbstbewußtsein machte sie schon bei der

Kolonialverwaltung unbeliebt und ist einer der Gründe, weshalb der Osten als ›überheblich‹ galt. Dagegen liebten die Engländer den Norden. Sein Klima ist heiß und trocken im Gegensatz zu der feuchten Hitze und den Malariagefahren des Südens. Engländer wie auch die herrschenden Emire führten ein ruhiges, bequemes Leben. Die Volksfeste sind bunt und malerisch, die Menschen unterwürfig und bescheiden. Selber unfähig, die neu errichteten Büros und Fabriken zu leiten, ließ der Norden willig zahlreiche englische Beamte und Techniker ins Land - deshalb gibt es auch heute in London eine starke und stimmungsgewaltige Pro-Nigeria-Lobby aus ehemaligen Kolonialbeamten, Militärs und Administratoren, für die Nigeria immer noch den geliebten Norden bedeutet. Aber diese gesellschaftlichen Lücken aufgrund der Gleichgültigkeit des Nordens gegenüber einer modernen Entwicklung konnten nicht allein von den Engländern geschlossen werden. Es gab Arbeitsplätze für Büroangestellte, stellvertretende Geschäftsführer, Buchhalter, Telefonisten, Techniker, Zugführer, Wasserwerk-Kassierer, Arbeitsplätze in Industrie und Handel, die die Nordbewohner nicht besetzen konnten. Von den Yoruba der Westregion des Südens zogen nur wenige nordwärts, um dort zu arbeiten. Die meisten Jobs fielen den Ostbewohnern zu, weil sie beweglicher waren. Um 1966 befanden sich schätzungsweise 1.300.000 Ostbewohner, vor allem Ibo, in der Nordregion und etwa weitere 500.000 hatten im Westen Arbeit und Wohnung gefunden. Die gradmäßigen Unterschiede in der Assimilation zwischen den Gruppen waren ungeheuer - so sah die ›Einheit‹ Nigerias hinter dem Schleier der Propaganda aus.

Im Westen waren die Zugezogenen aus dem Osten völlig integriert. Sie bewohnten mit den Yoruba dieselben Straßen, trafen sich bei allen geselligen Anlässen und schickten ihre Kinder in dieselben Schulen. Im Norden hinderten die Engländer die örtliche Oberkaste nicht daran, alle Menschen aus dem Süden, ob von Osten oder Westen, in ›Sabon Garis‹ oder

Fremdenvierteln zusammenzupferchen, einer Art von Gettos außerhalb der Mauern der Städte. Das Getto-Leben innerhalb dieser Sabon Garis war geschäftig und munter, aber die Landsleute wußten, die Haussa sorgten dafür, daß es so wenig Kontakt wie möglich gab. Die Kinder wurden getrennt unterrichtet. So lebten zwei absolut verschiedene Gesellschaften nebeneinander, und die Engländer machten nicht den geringsten Versuch, sie allmählich zusammenzuführen.

Die Jahre von 1914 bis 1944 lassen sich kurz behandeln, weil die Engländer sich damals um anderes als um Nigeria kümmern mußten. Zuerst kam der Weltkrieg, dann zehn Jahre Wiederaufbau in England und danach die Wirtschaftskrise. Währenddem genoß Nigeria eine kurze Phase wirtschaftlichen Wachstums, da seine Rohstoffe sich im Rüstungswettrennen vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs gut verkauften. In dieser Zeit blieb Englands Kolonialpolitik so, wie sie immer gewesen war: Man sorgte für Ruhe und Ordnung, förderte die Erzeugung von Rohstoffen, belebte die Nachfrage nach britischen Exporten und erhob Steuern für die Kolonial-Verwaltung. Erst von 1945 bis 1960 und da vor allem in den letzten zehn Jahren wurde ein ernsthafter Versuch gemacht, eine Lösung für die Zeit nach der Unabhängigkeit zu finden. Dieser Versuch hatte einen katastrophal schlechten Start, von dem sich Nigeria nie wieder ganz erholte. Diesen Unglücks-Beginn nannte man die Richards Constitution.

Der Gouverneur Sir Arthur Richards, heute Lord Milverton, ist ein Mann, dem es (laut zeitgenössischer Berichte) gelungen war, sich trotz seiner tiefen Zuneigung zum Norden persönlich unbeliebt zu machen. Er bereiste 1944-45 das Land, um die öffentliche Meinung über eine Verfassungsreform zu erforschen. Dabei brachte der Norden deutlich zum Ausdruck, daß er keine Verschmelzung mit dem Süden wünsche und ist auch immer bei dieser Haltung geblieben. Der Norden war einzig unter der Voraussetzung zur Zusammenarbeit bereit, daß erstens das

Prinzip getrennter regionaler Entwicklung in der neuen Verfassung verankert werden sollte und daß zweitens dem Norden fast fünfzig Prozent der Sitze in der Legislative zugeschlagen werden sollten (Norden: 9, Westen: 6, Osten: 5).

Diesen Widerstand des Nordens gegen eine Verschmelzung mit dem Süden haben seine Führer seither immer wieder in zahlreichen Verlautbarungen geäußert. Als 1947 die Richards Constitution eingeführt wurde, erklärte einer der Abgeordneten des Nordens, Mallam Abubakar Tafawa Balewa, der spätere Premierminister von Nigeria: »Sir, wir wünschen nicht, daß unsere Nachbarn im Süden sich in unsere Entwicklung einmischen... Ich muß Ihnen ganz klar sagen, daß der Norden, sollten die Engländer sich in dieser Phase aus Nigeria zurückziehen, seinen unterbrochenen Vormarsch zur Küste fortsetzen würde.«

Nigeria, das so lange ein Einheitsstaat mit einer zentralen gesetzgebenden Gewalt gewesen war, wurde 1947 zu einem dreiteiligen Bundesstaat. Nachdem der Krieg zwischen Nigeria und Biafra ausgebrochen war, beschwor Lord Milverton im Oberhaus die Einheit Nigerias. Offenbar hatte er vergessen, daß es gerade seine Verfassung war, die Wasser auf die Mühlen des Regionalismus gegossen hatte - die Krankheit, an der Nigeria schließlich starb. Die staatliche Dreiteilung war die schlechteste aller Möglichkeiten, nachdem man doch wußte, wie der Norden sich verhalten würde, es war wie der Versuch, eine Ehe zwischen zwei Partnern zu stiften, die einander verhaßt sind.

In gewisser Weise reagierte der Norden realistischer. Seine Führer machten aus ihren separatistischen Wünschen kein Geheimnis. Nach Richards kam Sir John Macpherson und führte eine neue, praktisch einheitliche Verfassung ein. Aber der Schaden war schon geschehen. Der Norden hatte begriffen, daß er seinen Willen durchsetzen konnte, indem er mit der Loslösung von Nigeria drohte (und damit den Engländern Schauer über den Rücken jagte). So mußte die Macpherson

Constitution im Jahr 1954 wieder einer neuen Verfassung weichen.

Im Lauf der verschiedenen Gebietskonferenzen, die Macpherson im Jahr 1949 einberief, forderte der Norden, mit fünfzig Prozent der Sitze in der Zentralregierung vertreten zu sein. Auf der Vollversammlung in Ibadan im Januar 1950 verkündeten die Emire von Zaria und Matsina, ›die Nordregion werde auf der Basis der Vereinbarungen, die es vor 1914 gab, um Separation vom übrigen Nigeria einkommen, falls sie nicht fünfzig Prozent der Sitze in der Zentralregierung erhielte‹. Sie bekamen, was sie wollten und so wurde das Übergewicht des Nordens ein unumgänglicher Faktor nigerianischer Politik.

Der Norden verlangte und bekam auch die loseste Form von Föderation und verhehlte nicht seine tiefe Überzeugung, die Verschmelzung des Nordens mit dem Süden im Jahr 1914 sei ein Fehler gewesen. Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Unabhängigkeit findet man diese Haltung im politischen Denken des Nordens immer wieder. Im März 1953 sagte ein politischer Führer des Nordens, Sir Ahmadú Bello, vor dem Parlament in Lagos: »Wir sehen jetzt, was 1914 falsch gemacht wurde und ich möchte diesen Irrtum korrigieren.«

In seiner Autobiographie ›Mein Leben‹ blickt Bello auf die starke separatistische Agitation des Nordens zurück und schreibt weiter, es habe ›sehr verlockend ausgesehen‹. Er gibt zu, daß er aus zwei Gründen dagegen war, von denen keiner etwas mit dem Ideal eines geeinten Nigeria zu tun hatte, das die Engländer verfolgten. Ein Faktor war das Problem, wie man die Zölle an der Landesgrenze eintreiben sollte, und außerdem erschien ihm der Zugang zum Meer durch das Gebiet eines unabhängigen Nachbarlandes nicht sicher genug.

Um die Zeit, als aus den Konferenzen von 1953 die vierte Verfassung hervorging, hatten die Ansichten des Nordens sich abgemildert bis zu ›einer Struktur, die den Regionen die größtmögliche Freiheit der Bewegung und Aktion einräumen

würde - eine Struktur, die die Machtbefugnisse des Zentrums auf ein absolutes Minimum beschränken soll.

Diese Vorstellungen fanden in der Londoner ›Times‹ vom 6. August 1953 folgenden Kommentar: »Der Norden hat erklärt, daß er im Zentrum nur eine Behörde wünscht und denkt dabei offenbar an irgendeine Einrichtung wie zum Beispiel die East African High Commission. Aber auch die High Commission ist mit einer Zentral-Versammlung verbunden, während die Nigerianer der Nordregion erklären, es solle keine zentrale Legislative geben.«

Was der Norden forderte, anscheinend gestützt auf die Meinung einer überwältigenden Mehrheit in seinem Gebiet, war eine Föderation nigerianischer Staaten. Das verlangte auch Oberst Ojukwu, der Militär-Gouverneur der Ostregion, am 4. Januar 1967 in Aburi in Ghana, nachdem 30.000 Menschen aus dem Osten getötet und 1.800.000 als Flüchtlinge in die Ostregion zurückgetrieben worden waren. Trotz allem wollte er den Bund nur als vorübergehende Maßnahme, bis sich alles wieder beruhigt hätte. Man könnte sich vorstellen, daß die drei Regionen heute in Frieden leben würden, wenn der Norden im Jahr 1953 oder der Osten im Jahr 1967 ihren Willen bekommen hätten.

Aber wieder gaben die Engländer den isolationistischen Forderungen des Nordens nach und erkannten nicht, welche Gefahr es bedeutete, daß der Norden sich nicht integrieren wollte. Schließlich gab ein britischer Kompromiß den Ausschlag. Der Süden war es, der einen Staat aus mehreren Einzelregionen wünschte, um der zukünftigen Föderation ein politisches Gleichgewicht zu geben. Die englische Regierung setzte sich für nur drei Regionen ein - Norden, Westen und Osten. Das war der unsicherste Vorschlag, aber er entsprach eben den Wünschen des Nordens. Es gibt noch zwei weitere Erscheinungen aus diesem letzten Jahrzehnt vor der Unabhängigkeit, die insofern bemerkenswert sind, als sie

zeigen, wie die Engländer jede Warnung in bezug auf die zukünftige Stabilität Nigerias einfach nicht wahrhaben wollten, selbst dann nicht, wenn sie von ihren eigenen Beamten kam. In all diesen Jahren konnte man aus den Reden und schriftlichen Äußerungen des Nordens entnehmen, daß die Ablehnung gegen die Menschen aus dem Osten in ihrer Mitte ständig wuchs. Immer wieder erklärten Sprecher im Parlament des Nordens mit großer Überzeugung, daß »der Norden den Menschen des Nordens gehöre« und daß die Leute aus dem Süden nach Hause gehen sollten (von denen die meisten aus der Ostregion stammten). Immer wieder hatte es bis dahin Gewaltakte gegen diese Menschen gegeben, vor allem während der blutigen Aufstände von Jos im Jahr 1945.

Im Mai 1945 wurde in Kano, der größten Stadt der Nordregion, eine Delegation der Action Group, der führenden Partei der Yoruba, erwartet. Mallam Inua Wada, Sekretär des Unterbezirks Kano beim Kongreß der Nordregion, heizte die öffentliche Meinung gegen diesen Besuch besonders auf. Zwei Tage vor der Ankunft erklärte Wada vor einer Gruppe von Bezirksleitern der Native Administration (Selbstverwaltung): »Nachdem sie uns im Süden geschmäht haben, kommen jetzt dieselben Leute hierher, um uns hier zu beschimpfen. - Wir haben deshalb etwa tausend Männer organisiert, sie stehen in der Stadt bereit und werden Gewalt mit Gewalt beantworten...« Der Besuch der Action Group wurde abgesagt, aber am 16. Mai begann eine Reihe von Massakern. Da sie keine Yoruba fanden, gingen die Hausa mit den Menschen aus dem Osten in einer Weise um, die der offizielle Bericht eines englischen Beamten als »vollkommen überraschendes Maß an Grausamkeit« beschrieb.

Sir Ahmadú erinnert sich in seiner Autobiographie: »Wie sich die Dinge entwickelten, brach der Kampf hier in Kano zwischen den Hausa... und den Ibo aus; seltsamerweise waren die Yoruba nicht beteiligt.«

Der offizielle Bericht war wirklich gewissenhaft. Der Autor verurteilte Wadas Rede als ›sehr unklug und provozierend‹. Zu den zurückhaltenden, Schätzungen von 52 Toten und 245 Verletzten meinte er, es sei ›immerhin möglich, daß es mehr Tote gegeben habe als gezählt wurden, da die Aussagen von Ambulanz- und Lastwagenfahrern (die Lebende und Tote abtransportierten) einander widersprechen‹. Zum Ganzen sagte er: »Kein Maß an Provokation, ob über kürzere oder längere Zeit, rechtfertigt das Verhalten der Hausa in irgendeiner Weise.« Aber wahrscheinlich findet sich seine bemerkenswerteste Feststellung in der Zusammenfassung: »Von der Saat der Gewalt, die am 16. Mai 1953 in Kano aufging, liegt die gleiche Sorte noch im Boden. Es könnte sich wiederholen, und das läßt sich nur dann verhindern, wenn man die ursächlichen Gründe erkennt und anerkennt.« Aber nicht einmal der Versuch wurde gemacht.

Als sich die Engländer 1958 mit den Minoritäten befaßten d. h. mit den Stämmen, die nicht zu den ›Großen Drei‹, den Hausa, den Ibo und den Yoruba, gehörten -, beauftragten sie Sir Henry Willinck, eine Studie anzufertigen und Vorschläge zu machen. Über die Ostregion, die inzwischen durch das einseitige Vorgehen von Lagos dreigeteilt ist, befand Sir Henry, die Gegensätze zwischen den Ibo und den Minoritäten der Nicht-Ibo seien so gering, daß ein stärker werdender Nationalismus sie bald ausgleichen werde. Seltsamerweise sind diese Gegensätze tatsächlich weitgehend verschwunden, aber nicht aus Gründen eines nigerianischen Nationalbewußtseins, sondern durch das gemeinsame Leid durch die Nigerianer und durch biafranischen Nationalismus.

Außerdem machte Sir Henry Willinck den Osten betreffend noch die Feststellung, daß Port Harcourt, die größte Stadt der Region, vorwiegend eine Stadt der Ibo sei. In der vorkolonialen Zeit war das ein kleiner Ort gewesen, hauptsächlich von der Bevölkerung des Flußufers bewohnt, aber seitdem hatten Hafen

und Stadt sich blühend entwickelt, vor allem durch die Unternehmungslust und Initiative von Ibo-Händlern. Ibo und Nicht-Ibo lebten in dieser Stadt friedlich beieinander. Als die Regierung unter General Gowon im Mai 1967 im Alleingang beschloß, Nigeria in zwölf neue Staaten einzuteilen, schnitt man drei davon aus der Ostregion zurecht. Port Harcourt wurde zur Hauptstadt des Rivers State ernannt, und die Empörung östlich des Niger stieg. Nachdem die Verfassung von 1954 gegeben war, zogen sich die Verhandlungen über die zukünftige Gestalt von Nigeria und über eine fünfte Verfassung noch fünf Jahre lang hin. Am 1. Oktober 1960 stolperte Nigeria endlich in die Unabhängigkeit, in Afrika und in der Welt außerhalb als Zukunftsmodell lautstark bejubelt, aber hinter all dem Glanz leider nicht stabiler als ein Kartenhaus. Keiner der ursächlichen Gegensätze zwischen Norden und Süden war beigelegt, weder Furcht noch Zweifel ausgerottet und die zentrifugalen Fluchttendenzen waren so stark wie eh und je. Hoffnungen, Streben und Ehrgeiz der drei Regionen gingen immer noch weit auseinander, und das System, das geschaffen worden war, um ein verspätetes Bewußtsein von Zusammengehörigkeit zu fördern, war außerstande, dem Druck, dem es später ausgesetzt wurde, standzuhalten.

Hier ein Kommentar von Walter Schwarz aus seinem Buch ›Nigeria‹: »Das Ergebnis am Ende von zehnjährigen Verhandlungen zwischen Regierung und Regierten war keineswegs zufriedenstellend. Die Föderation, als die Nigeria unabhängig geworden war, wurde innerhalb von zwei Jahren durch einen Notstand erschüttert, nach fünf Jahren brach sie im Aufruhr zusammen und ging schließlich in zwei Staatsstreichen und einem Bürgerkrieg unter.«^{*}

Die neue Verfassung war ein höchst kompliziertes Gebilde

^{*} Walter Schwarz, Nigeria (London, 1968, S. 86)

aus Soll und Haben^{*}, Rechten und Pflichten. Sie war viel zu sehr Utopie, um in dem rücksichtslosen Machtkampf zu bestehen, der bald nach der Unabhängigkeit in Nigeria zu kochen begann.

In Afrika wie sonst überall bedeutet politische Macht Erfolg und Wohlstand, nicht nur für den, der sie besitzt, sondern auch für seine Familie, seinen Herkunftsort oder sogar für seine ganze Heimat. Das führt dazu, daß viele ihr Äußerstes tun würden, um sie zu erlangen und wenn sie sie einmal besitzen, noch mehr, um sie zu behalten. Als die Kandidaten des Südens in den Wahlkämpfen im Norden unter Druck gesetzt wurden, gab diese Wahl von 1959, also vor der Unabhängigkeit, bereits einen Vorgeschmack von dem, was bevorstand. Diese Wahl war die letzte, in der hauptsächlich britische Beamte die Aufsicht führten, und sie taten ihr Bestes. In den folgenden Wahlen gehörten Wahlfälschung und Auszählungsschwindel fast schon zum Alltag.

Immerhin gab die Wahl von 1959 Nigeria eine Regierung. Die Vorlage für die Machtkämpfe danach war bereits fertig und hielt sich ziemlich genau an die Linien, die dem Regionalismus zwölf Jahre zuvor durch die unheilvolle Richards Constitution vorgezeichnet worden waren. Die Mehrheit in der Ostregion hatte die Partei des National Council of Nigerian Citizens (NCNC) unter der Führung von Dr. Nnamdi Azikiwe, eines Pioniers des westafrikanischen Nationalismus und langjährigen, wenn auch friedlichen Vorkämpfers für die nigerianische Unabhängigkeit. In ihren Anfängen hatte die NCNC alles, was zu einer echten Volkspartei gehört, aber sie wurde mehr und mehr nach Osten abgetrieben, nachdem die Richards Constitution das Wachstum anderer Gruppierungen mit vorwiegend länderpolitischem anstatt gesamtpolitischem Programm gefördert hatte. Obwohl Azikiwe bis zur Unabhängigkeit bereits fünf Jahre Premierminister der

Ostregion gewesen war, lag ihm die nigerianische Atmosphäre in Lagos persönlich sehr viel mehr.

Im Westen herrschte die Action Group von Chief Awolowo mit einer starken und fast ausschließlichen Yoruba-Tendenz. Awolowo war fünf Jahre lang Premierminister der Westregion gewesen.

Der Norden war das Stammland des Northern People's Congress (NPC), geführt vom Sardauna von Sokoto, Sir Ahmadú Bello. Dieses Machtdreieck hatte es schon seit fünf Jahren gegeben, seit den Wahlen von 1954, in denen eine Koalition aus NPC und NCNC mit 140 von 184 Sitzen die Action Group von Awolowo in die Opposition verwies.

Bei der Wahl von 1959 wiederholte sich dieser Vorgang. In einer erweiterten Kammer verfügte die NPC im Namen des Nordens über 148 Sitze, die NCNC hielt den Osten und ein Stück des Westens (vor allem diejenigen Yoruba-Gebiete, die man heute Mittelwesten nennt) mit 89 Sitzen und die Action Group bekam den größten Teil des Yoruba-sprachigen Westens, aber nur 75 Sitze. Zwar besaß keine dieser Parteien eine klare Mehrheit, aber jede Zweier-Koalition konnte die dritte in die Opposition drängen. Nach einigem Gerangel hinter den Kulissen wurden NPC und NCNC handelseinig und machten weiter wie zuvor, während Awolowo für weitere fünf Jahre die hilflose Rolle der Opposition zufiel.

Schon 1957 war nach der letzten der verfassungsgebenden Versammlungen ein Bundes-Premierminister ernannt worden: Alhaji Sir Abubakar Tafawa Balewa, ein Haussa, stellvertretender Vorsitzender der NPC und bis dahin Verkehrsminister. Niemand wunderte sich, als Sir Ahmadú als Führer der Mehrheitspartei NPC, der den Posten für sich selbst hätte haben können, nicht in den Süden gehen und Oberhaupt des Landes werden wollte. Nach seinen eigenen Worten genügte es ihm, seinen ›Stellvertreter‹ mit diesem Posten zu bekleiden. Seine Ausdrucksweise zeigte bereits das zukünftige Verhältnis

zwischen dem Bundes-Premierminister und dem Premier des Nordens an und wo die Macht wirklich lag.

Auf so schwankenden Füßen trat Nigeria also in die Unabhängigkeit ein. Wenig später wurde Dr. Azikiwe zum ersten nigerianischen General-Gouverneur ernannt, und die Würde des Ministerpräsidenten der Ostregion ging auf seinen Stellvertreter, Dr. Michael Okpara, über. Im Westen hatte Chief Akintola bereits die Nachfolge von Awolowo angetreten, als dieser Oppositionsführer in der Bundeskammer wurde. Der Sardauna blieb Herrscher des Nordens.

Die kurze Geschichte der parlamentarischen Regierung in Nigeria ist dokumentarisch gut belegt. Es wird zwar selten so gesagt, aber aus all diesen Unterlagen scheint hervorzugehen, daß die herkömmliche Form der parlamentarischen Demokratie, wie man sie in Whitehall entworfen hatte, sich für die vorhandene Struktur völkischer Gruppen als ungeeignet erwies, und selbst denen, die sie an Ort und Stelle praktizieren sollten, unverständlich blieb unangemessen der afrikanischen Kultur und undurchführbar in einer künstlich geschaffenen Nation, in der die Stammes-Rivalitäten durch die Kolonialmacht keineswegs beseitigt, sondern gelegentlich als nützliches Mittel ihrer indirekten Herrschaft gefördert wurden.

Während der ersten zwölf Monate der Unabhängigkeit spaltete sich die Action Group - was nicht weiter erstaunlich ist bei einer Partei, die sechs Jahre Opposition hinter sich hat und die Aussicht auf weitere vier vor sich. Ein Teil der Gruppe war für Awolowo, der andere für Akintola. Der Parteitag im Februar 1962 bestätigte Awolowo, und die Parlamentsfraktion beschuldigte Akintola der Mißwirtschaft und forderte seinen Rücktritt als Premier.

Der Gouverneur der Westregion entließ Akintola auf diese Forderung hin und beauftragte Adegbenro, einen Anhänger von Awolowo, mit der Bildung einer neuen Regierung für die Westregion. Akintola reagierte ohne Einhaltung des amtlichen

Weges mit einem Appell an den Bundes-Premierminister. Er und seine Anhänger sorgten im Parlament der Westregion für einen Tumult, den die Polizei schließlich mit Tränengas auflösen mußte. Premier Balewa in Lagos und seiner Mehrheit gelang es, eine Vorlage durchzubringen, mit der gegen den Protest von Awolowo für die Westregion der Notstand ausgerufen wurde. Dann entließ Balewa den Gouverneur und ernannte einen Administrator für den Westen mit der Vollmacht, Personen zu verhaften. Wie es das Glück wollte, war der Administrator ein Freund von Balewa. Awolowo, Adegbenro und Akintola wurden unter Kuratel gestellt und gründeten daraufhin eine neue Partei, die United Peoples Party (UPP).

Als nächsten Schritt ordneten die Gegner Awolowos eine Untersuchung gegen die Korruption im Westen an. Das war ein gutes Kampfmittel und die Beweise waren leicht zu erbringen, im Westen genauso wie überall sonst.

Korruption im öffentlichen Leben war nichts Neues; es hatte sie schon unter den Engländern gegeben und nach der Unabhängigkeit blühte sie in beängstigender Weise. Es war nichts Besonderes mehr, wenn Minister von ausländischen Firmen gewohnheitsmäßig ›zehn Prozent‹ entgegennahmen, ehe lukrative Verträge unterschrieben wurden. Auf Lager zurückgehaltene Waren wurden fiskalisch bevorzugt behandelt und die eingeborenen Justizbeamten und Polizisten ließen sich in aller Öffentlichkeit bestechen. Es gab nur wenige Minister, die ihren Sessel nicht zu ihrem Vorteil nutzten, zum Teil zweifellos aus reiner Habgier, zum Teil auch deshalb, weil von ihnen erwartet wurde, daß sie sich ein großes Gefolge hielten, ihre Wiederwahl absicherten und ihre Heimatorte mit Wohltaten überhäuften. Neben der einfachen Bestechung mit Geld gab es Vetternwirtschaft, Schmuggel und Wahlfälschung. Es fiel der Coker Commission nicht schwer, aufzuzeigen, wo die öffentlichen Gelder überall hinflossen: Vor allem durch das Marketing Board und die National Investment and Properties

Company (beide staatlich kontrolliert) in Parteikassen und Privatschatullen. Diese Untersuchung brachten Häuptling Awolowo und einen seiner Stellvertreter samt ihrer Einstellung zu politischer Verantwortung ins Scheinwerferlicht. Beide Männer bekleiden jetzt wieder hohe Posten in der nigerianischen Regierung.

Die Coker Commission brachte an den Tag, daß seit Beginn der Selbstverwaltung bis zum Jahr 1962 zehn Millionen Pfund in die Schatzkisten der Action Group gelangt waren, dreißig Prozent der Parteieinnahmen während dieser Zeit. Seltsamerweise stellte sich heraus, daß Häuptling Akintola, der Premierminister gewesen war, seit Awolowo 1959 ins Bundeskabinett in Lagos ging, mit diesen Unterschlagungen nichts zu tun hatte.

Ob man im Verlauf der Kommission irgendwie gerichtlich gegen die Fraktion Awolowos vorgeht, läßt sich nur vermuten. Auf jeden Fall wurde die Affäre von den Ereignissen überrollt. Gegen Ende 1962 wurden Awolowo und Enahoro unter anderem wegen Landesverrats angeklagt.

Der Prozeß war eine umständliche Angelegenheit und dauerte acht Monate. Die Staatsanwaltschaft warf Awolowo und Enahoro vor, sie hätten Waffen und ausgebildete Freiwillige eingeschleust, um mit einem Staatsstreich, der für den 23. September 1962 geplant war, den General-Gouverneur, den Premierminister und andere führende Persönlichkeiten zu verhaften und Awolowo selbst als Premierminister von Nigeria an die Macht zu bringen. Die Verteidigung berief sich darauf, die Atmosphäre von Gewalttätigkeit und Furcht, die nach der Unabhängigkeit in der Westregion herrschte, habe solche Vorkehrungen geraten erscheinen lassen. Awolowo bekam zehn Jahre Gefängnis, die in zweiter Instanz auf sieben verringert wurden, und Enahoro wurde, nachdem man ihn aus England wieder zurückgebracht und getrennt gegen ihn verhandelt hatte, zu fünfzehn Jahren verurteilt, auf Berufung zu zehn. Der

Berufungsrichter, der Enahoros Urteil reduzierte, war Sir Louis Mbanefo; er wurde später oberster Richter von Biafra. Bei den Friedensverhandlungen von Kampala im Mai 1968 saßen sich Richter und Häftling als Führer ihrer jeweiligen Delegationen wieder gegenüber.

Obwohl der Kronrat in London im Mai 1963 beschlossen hatte, Akintolas Entlassung als Premier durch den Gouverneur sei rechtskräftig, gelang es Akintola durch diese Affäre, die Westregion noch fester in die Hand zu bekommen. Sein Beschützer, der Bundes-Premier Balewa, erklärte den Spruch des Gerichtskomitees des Kronrats für ›nicht stichhaltig und unrealistisch. Im gleichen Jahr wurde die Berufung beim Kronrat abgeschafft und damit verschwand wieder eine Sicherheitsvorrichtung in der Vergangenheit.

Die letzten Stadien des Awolowo-Prozesses bekamen Konkurrenz: Die Fälschung der Volkszählung war ein beinahe ebenso großer Skandal. Als 1953-54 die letzte stattfand, war irgendwie der abschreckende Eindruck entstanden, sie habe etwas mit Steuern zu tun. Vor allem in der Ostregion gelang es so vielen Menschen, um die Zählung herumzukommen, daß an der Gesamtzahl von 30,4 Millionen für die ganze Föderation wahrscheinlich zehn Prozent fehlten. Bei der Zählung von 1962 wiederum glaubte man, sie habe etwas mit politischer Vertretung zu tun und deshalb schraubte man in allen Regionen, vor allem im Osten, die Zahlen hinauf.

Diese Volkszählung von 1962 verschlang 1,5 Millionen Pfund und die Zahlen wurden nie veröffentlicht. Tatsächlich besagten sie, daß die Bevölkerung des Nordens innerhalb von acht Jahren auf 22,5 Millionen, also um dreißig Prozent gewachsen, während die des Südens um über siebenzig Prozent auf 23 Millionen gestiegen sei. Daraus ergab sich für Nigeria eine Gesamtbevölkerung von 45,5 Millionen. J. J. Warren, der Leiter der 45.000 Männer, die die Kopfzählung durchgeführt hatten, lehnte die Zahlen aus dem Süden ab, sie seien ›falsch und

aufgebläht. Diese Entscheidung gefiel dem Sardauna von Sokoto sehr, nachdem er zu seinem Mißvergnügen festgestellt hatte, daß die Bevölkerung des Südens scheinbar um eine halbe Million stärker war als die des Nordens. Es wird berichtet, er hätte die Blätter voller Abscheu zerrissen, als man ihm die Zahlen zeigte und Balewa mit einer neuen Zählung beauftragt. 1963 wurde die Zählung wiederholt, diesmal ohne den skeptischen Mr. Warren.

Das war sicher gut so, denn er hätte bestimmt einen Anfall bekommen, wenn er hätte zusehen müssen, wie die neuen Zahlen unter der persönlichen Kontrolle von Balewa zustande kamen. Eines Morgens im Februar 1964 erwachten die Nigerianer und entdeckten, daß sie nun 55,6 Millionen stark waren, wovon knapp 30 Millionen zum Norden gehörten.

J. J. Warren hatte im Vorjahr mehrere Gründe gehabt, weshalb er die Zahlen für den Süden zurückwies. Unter anderem zeigten sie drei- bis viermal mehr erwachsene Männer, als im Steuer-Register standen und mehr Kinder unter fünf Jahren, als alle Frauen im gebärfähigen Alter hätten produzieren können, wenn sie fünf Jahre lang alle ununterbrochen schwanger gewesen wären. Er hatte damals die Ziffern für den Norden anerkannt, sie zeigten gegenüber der Zählung davor ein Wachstum von zwei Prozent pro Jahr und erschienen ihm vernünftig.

So verschlafen der Norden 1962 gewesen war, 1963 war er hellwach. Er blies seine Bevölkerungszahl in einem einzigen Jahr von 22,5 Millionen zu knapp 30 Millionen auf und schaffte damit eine Geburtenrate von 24 Prozent jährlich. Die Zahlen für den Süden, die Mr. Warren nicht glauben konnte, waren von 23 Millionen auf 25,8 Millionen weiter angestiegen. Afrikanische Witzbolde außerhalb des Landes fragten sich, ob man da wohl Schafe und Ziegen mitgezählt hätte, und die Politiker in Nigeria schleuderten Beschuldigungen gegeneinander, weil keiner die Zahlen für die andere Landeshälfte gelten lassen wollte. Das

Volk hielt schließlich das Ganze für abgekartet wie anderes auch und hatte damit wahrscheinlich recht. Ende Mai 1967 geben etwas nüchternere und realistischere Schätzungen für ganz Nigeria eine Bevölkerung von etwa 47 Millionen an. Als Biafra dann seine Unabhängigkeit erklärte, mußten davon einschließlich des ungeheuren Rückstroms an Flüchtlingen ungefähr 13,5 Millionen abgezogen werden.

Aus dem Volkszählungsskandal entwickelte sich allmählich der Generalstreik von 1964. Die ganze Zeit und bis zum Staatsstreich vom Januar 1966 hatte es im Gebiet des Middle Belt, wo die Tiv ihre alte Heimat hatten, Aufstände gegeben. Dieser zähe, selbständige, aber ziemlich unterentwickelte Stamm war durch den Middle Belt Congress vertreten und verlangte schon lange nach einem eigenen Staat. Die Führer der NPC hatten zwar 1963 nichts dagegen gehabt, daß man den Mittelwesten aus der Westregion herausschnitt, um den Minderheiten der Nicht-Yoruba eine Heimat zu geben, aber da sie fanden, man könne die Tiv politisch zum Norden zählen, sahen sie keinen Grund, ihnen den selben Gefallen zu tun. Gleich nach der Unabhängigkeit setzte man die Armee dort ein, um die Aufstände niederzuschlagen und ließ sie bis zum Staatsstreich von 1966 dort. Die meisten dieser Einheiten gehörten zur Ersten Brigade, die sich vorwiegend aus der Nordregion rekrutierte. Ein paar Offiziere protestierten gegen den Einsatz von Militär gegen die Aufständischen, aber andere versuchten sich bei ihren Politikern im Norden beliebt zu machen, indem sie päpstlicher als der Papst vorgingen. Je härter man die Tiv behandelte, um so erbitterter wehrten sie sich. Um 1966 schätzten unparteiische Beobachter, es seien fast 3.000 Menschen bei diesen Unruhen umgekommen, die man der Außenwelt hinter einem züchtigen Schleier verbarg.

Kurz nach dem Generalstreik von 1964 folgten allgemeine Wahlen. Sir Ahmadú Bello brach das zehnjährige Bündnis von NPC und NCNC und erklärte, »die Ibo würden nie und nimmer

wahre Freunde des Nordens«. Damit verkündete er seinen Bund mit Akintola, der inzwischen in der Westregion fest im Sattel saß. Man könnte sich leicht vorstellen, daß Bello, der wohl wußte, daß er noch eine weitere Partei des Südens brauchte, um seinen Stellvertreter in Lagos an der Macht zu halten, den ihm gegenüber tief verpflichteten Akintola als einen gefügigeren Partner ansah als Okpara. So verschmolz Akintolas Partei mit der NPC des Sardauna zur Nigerian National Alliance (NNA) und ließ der NCNC damit keine andere Wahl, als gemeinsame Sache mit dem Rumpf der Action Group zu machen, mit dem Teil der Partei, der dem inhaftierten Awolowo treu geblieben war. Beide zusammen bildeten die United Progressive Grand Alliance (UPGA).

Der Wahlkampf war so schmutzig wie nur irgend möglich (jedenfalls dachte man damals so, bis Akintola sich im nächsten Jahr anlässlich der Wahlen in der Westregion selbst in den Schatten stellte). Der Wahlauf Ruf der NNA im Westen hatte starke rassistische Töne, er war scharf gegen die angebliche ›Herrschaft der Ibo‹ gerichtet, und einiges an der Wahlkampf-Literatur erinnerte an die antisemitische Hetze im Vorkriegs-Deutschland. Dr. Azikiwe, Präsident der Föderation seit Gründung der Republik 1963, rief vergeblich zu fairen Wahlen auf und warnte vor den Gefahren der Stammesdiskriminierung. Kandidaten der UPGA, die im Norden kämpfen wollten, wurden von den Rowdys der NPC belästigt und verprügelt. Sie beklagten sich, sie würden sowohl im Norden wie im Westen entweder daran gehindert, sich aufstellen zu lassen oder man nähme sie auf die Liste und ließe dann ihre Gegner von der NNA ›einstimmig‹ wählen. Bis zur letzten Minute wußte niemand, ob es überhaupt Wahlen geben würde. Schließlich fanden sie statt, aber die UPGA boykottierte sie. Natürlich war das Ergebnis ein Gewinn für die NNA.

Präsident Azikiwe war zwar unglücklich über die Verfassungssituation, aber er forderte Balewa trotz allem auf,

eine Nationalregierung auf einer breiten Basis zu bilden. So wurde im Jahr 1964 eine Krise vermieden, die den Bundesstaat hätte zerbrechen können. Im Februar hielt man dann im Osten und im Mittelwesten verspätet Bundeswahlen ab, die der UPGA große Gewinne brachten. Die endgültige Sitzverteilung war: 197 für die National Allianca (NNA) und 108 für die United Progressive Grand Alliance (UPGA). Als dieser Skandal halbwegs vergessen war, begannen die Vorbereitungen für die November-Wahlen 1965 in der Westregion. Dort verteidigte Akintola seinen Premierministersessel und seinen Schreckensruf als Regierender. Ohne Zweifel hätte die allgemeine Unbeliebtheit Akintolas zu einem Sieg der Opposition, der UPGA, führen können, wenn die Wahlen fair gewesen wären. Die UPGA hätte dann den Osten und den Mittelwesten (die sie schon kontrollierte), den Westen und Lagos beherrscht, und ein weiteres Ergebnis wäre eine Mehrheit für sie im Senat gewesen, wenn auch die Nord-West-Koalition die Mehrheit im Unterhaus behielt.

Höchstwahrscheinlich wußte Akintola das alles und er wußte auch, daß der mächtige und rücksichtslose Ahmadú Bello in der Nordregion und Balewa als Bundespremier ihn bedingungslos unterstützten. Im Vertrauen auf seine Unangreifbarkeit ließ er sich im Wahlkampf besonders viel einfallen und versäumte keine Gelegenheit, sich unflätig aufzuführen.

Gewarnt durch die Bundeswahlen ließ die UPGA alle ihre Kandidaten schon vorzeitig aufstellen, gestützt auf eidesstattliche Erklärungen, daß alle neunundvierzig auch wirklich zur Wahl standen. Trotzdem wurden sechzehn Anhänger von Akintola einschließlich des Premiers selbst als einstimmig gewählt erklärt. Wahlhelfer verschwanden, ebenso Wahlunterlagen aus polizeilichem Gewahrsam, Kandidaten wurden verhaftet, andere Wahlhelfer ermordet und neue Vorschriften in letzter Minute erlassen, aber nur den Kandidaten von Akintola mitgeteilt. Während der Auszählung der Stimmen

hielt man UPGA-Funktionäre und -Kandidaten fern von den Häusern, wo das geschah. Dazu erfand man eine Reihe von Methoden, von denen noch die sanfteste ein Ausgehverbot war, das die Regierungspolizei auf ausgesuchte Personen anwandte. Auf Befehl mußten alle Wahlergebnisse durch Akintolas Büro laufen, und wer damals Radio hörte, wurde vollends verwirrt: Die Station des Westens verbreitete auf Befehl von Akintola ihre Zahlen, während der Rundfunk der Ostregion ganz andere bekanntgab, die von den zurückgekehrten Funktionären im UPGA-Hauptquartier stammten.

Nach der Erklärung der West-Regierung ergaben sich einundsiebzig Sitze für Akintola gegenüber siebzehn für die UPGA und Akintola sei beauftragt, eine Regierung zu bilden. Die UPGA behauptete, sie habe in Wirklichkeit achtundsechzig Sitze gewonnen und die Wahlen seien gefälscht worden, was allen Beobachtern ziemlich glaubwürdig schien. Adegbenro, der UPGA-Führer der Westregion, kündigte an, er werde eine eigene Regierung bilden. Er und seine Anhänger wurden daraufhin verhaftet.

Das war das Signal für den völligen Zusammenbruch von Gesetz und Ordnung, wenn es auch solche Dinge wahrhaftig schon vorher gegeben hatte. Überall in der Westregion brachen Unruhen aus. Mord, Plünderung, Brandstiftung und Mißhandlungen waren an der Tagesordnung. Gegnerische Banden errichteten Straßensperren und zwangen die Autofahrer, ihre Parteimitgliedschaft anzugeben. War es die falsche Antwort, wurden sie ausgeraubt oder umgebracht. Innerhalb weniger Wochen schätzte man die Opfer solcher Maßnahmen auf tausend bis zweitausend Tote.

Derselbe Balewa, der es 1962 anlässlich des Tumults im Parlament des Westens so eilig gehabt hatte, den Notstand zu erklären, verhielt sich diesmal still. Obwohl man ihn immer wieder aufforderte, den Ausnahmezustand zu erklären, die Regierung Akintola aufzulösen und Neuwahlen ausschreiben zu

lassen, behauptete er, das läge ›nicht in seiner Macht‹.

Ausländische Beobachter, die erst wenige Jahre zuvor Nigeria als die große Hoffnung Afrikas jubelnd begrüßt hatten, konnten nun zusehen, wie der mächtige Bundesstaat in Trümmer sank. Aber kaum ein Wort darüber drang in die Außenwelt. Statt dessen ging es der Regierung Balewa mehr darum, den Schein aufrechtzuerhalten. Deshalb lud sie für die erste Januarwoche 1966 eine Konferenz der Premierminister des Commonwealth nach Lagos ein, auf der diskutiert wurde, wie man Ruhe und Ordnung in Rhodesien wiederherstellen könne. Auch Harold Wilson gab sich die Ehre, und während die Premiers des Commonwealth sich auf dem Ikeja International Airport strahlend die Hände schüttelten, rückte ein paar Meilen entfernt die Armee gegen die UPGA-Anhänger vor und starben Nigerianer reihenweise.

Als es auch den Truppen nicht gelang, den Frieden wiederherzustellen, bestand der Kommandierende General, Generalmajor Johnson Ironsi, darauf, daß sie zurückgezogen wurden. Die Mehrzahl der einfachen Infanteristen, die damals in der Bundesarmee dienten, entstammten dem Middle Belt, also den Minoritäten des Nordens. Diese Truppen, vor allem die am häufigsten vertretenen Tiv, konnte man nicht einsetzen, um die Unruhen unter den Tiv niederzuschlagen, weil sie wahrscheinlich nicht auf ihre Stammesbrüder geschossen hätten. Deshalb verwendete man sie um so mehr in den Einheiten außerhalb ihres Heimatlandes.

Aus dem gleichen Grund, der sie im Tiv-Gebiet unbrauchbar machte, waren sie auch in der Westregion nicht besonders nützlich. Sie hatten für Akintola und sein Regime nichts übrig, denn für sie war er der Alliierte und Gefolgsmann des Sardauna von Sokoto, der ihnen ihre Heimat streitig gemacht hatte. Sie sympathisierten mehr mit den Aufständischen, weil sie selber sich der Machtkonstellation Sokoto - Akintola gegenüber in einer ähnlichen Lage befanden.

Um die zweite Januarwoche 1966 war klar, daß etwas passieren mußte. Zwar hat das gegenwärtige Militär-Regime in Nigeria versucht, die darauffolgenden Ereignisse als eine reine Ibo-Angelegenheit darzustellen und so zu tun, als hätte es noch eine andere Alternative gegeben, als zwischen einer Demarche von Seiten der Armee oder völliger Anarchie zu wählen.

In der Nacht des 14. Januar schlug im Norden, im Westen und in der Bundeshauptstadt Lagos eine Gruppe von jungen Offizieren zu. Innerhalb weniger Stunden waren Sokoto, Akintola und Balewa erledigt und mit ihnen die Erste Republik.

Nachdem Nigeria unabhängig geworden war, nahm England gern das Verdienst an dem scheinbar erfolgreichen Beginn des Experiments für sich in Anspruch. England darf jetzt aber auch nicht der Verantwortung für das Scheitern ausweichen, denn Nigeria war im wesentlichen ein britisches und nicht ein nigerianisches Experiment. Jahrelang hatte die Einstellung zu Nigeria in Whitehall auf der entschiedenen Weigerung beruht, die Tatsachen anzuerkennen, auf der eigensinnigen Überzeugung, man könne mit genug Schieben und Drücken die Fakten der Theorie anpassen und dem Entschluß, alle Erscheinungen unter den Teppich zu kehren, die den Traum in Mißkredit bringen könnten. An dieser Haltung hat sich bis heute nichts geändert.

2

Ein Staatsstreich mißlingt

Die Coups brauten sich wahrscheinlich in den ersten vierzehn Tagen des Jahres 1966 zusammen. Von dem, der nicht durchgeführt wurde, weiß man ziemlich wenig, aber spätere Behauptungen, der Staatsstreich vom 15. Januar habe einen zweiten, der für den 17. geplant war, verhindert, sind gewiß einleuchtend.

Der zweite geplante Streich sollte mit einem kurzen Terror-Regime im Niger-Delta der Ostregion beginnen und von Isaac Boro, einem Studenten der Nsukka-Universität, der zu diesem Zweck die nötigen Mittel erhielt, angeführt werden. Premierminister Balewa hätte dann die Möglichkeit gehabt, im Osten den Ausnahmezustand zu erklären. Nach der Anklage, die später im Westen erhoben wurde, sollten Einheiten unter Offizieren aus dem Norden einen ›rücksichtslosen Blitzangriff‹ gegen die Opposition in diesem Gebiet führen, also gegen die UPGA. Diese Zangenbewegung hätte die Oppositionspartei der UPGA vernichtet, hätte Akintola in einer Gegend, in der er mittlerweile verhaßt war, noch fester in den Sattel gesetzt und der NNA des Sardauna von Sokoto die ausschließliche Herrschaft über Nigeria überlassen.

Es gibt eine Reihe von Ereignissen, die das glaubhaft erscheinen lassen. Am 13. Januar kehrte Sir Ahmadú Bello, der nach Mekka gepilgert war, nach Kaduna, seine Hauptstadt in der Nordregion, zurück. Am 14. fand zwischen ihm und Akintola, der an diesem Tag in die Nordregion flog, und Brigadegeneral Ademolegun, dem Kommandeur der Ersten Brigade, einem Pro-Akintola-Offizier aus dem Westen, eine geheime Zusammenkunft statt. Zuvor hatte der Bundes-Verteidigungsminister, ein Mann der NPC des Nordens, dem

Armee-Kommandeur, Generalmajor Ironsi, bereits befohlen, seinen Resturlaub zu nehmen. Louis Edet, der Generalinspekteur der Polizei, auch aus dem Osten stammend, wurde ebenfalls in den Urlaub geschickt, der stellvertretende Generalinspekteur, M. Roberts aus dem Westen, vorzeitig pensioniert und durch Alhaji Kam Salem ersetzt, einen Hausa, der auf diese Weise um den 17. Januar die Kontrolle über die Bundespolizei haben sollte. Präsident Dr. Azikiwe hielt sich zur Kur in England auf. Angenommen, so habe der Plan ausgesehen - er scheiterte, weil ihm der andere Staatsstreich zuvorkam, den eine kleine Gruppe jüngerer Offiziere unter ebenso strenger Geheimhaltung geplant hatte, die vorwiegend, wenn auch nicht ausschließlich unter östlicher Führung stand.

Ihr Führer in Kaduna war der linksgerichtete und ungemein idealistische Major Chukwuma Nzeogwu, ein Ibo aus dem Mittelwesten, der sein ganzes Leben im Norden verbracht hatte und Hausa besser als Ibo sprach. Als Chef-Instrukteur an der nigerianischen Verteidigungs-Akademie war er hervorragend, aber unberechenbar. Am Abend des 14. führte er eine kleine Abteilung Soldaten, die meisten von ihnen Hausa, aus der Stadt, angeblich zu einer Übung. Als sie die prächtige Residenz Sir Ahmadús erreichten, erklärte Nzeogwu seinen Leuten, sie wären gekommen, um den Sardauna zu töten. Die Soldaten machten keinen Einwand. »Sie hatten Munition... Wenn sie dagegen gewesen wären, hätten sie mich erschießen können«, sagte er später.* Das Tor wurde gestürmt, drei von den Wachen des Sardauna getötet, die Angreifer verloren einen ihrer eigenen Männer. Innerhalb der Mauern beschossen sie den Palast mit Mörsern. Nzeogwu warf eine Handgranate gegen das Hauptportal und verletzte sich an der Hand. Drinnen erschossen sie den Sardauna und zwei oder drei seiner Bediensteten. Zur selben Stunde drang eine andere Gruppe in Kaduna in das Haus des Brigadegenerals Ademolegun ein und erschoss ihn und seine

* West Africa, 29. Januar 1966

Frau in ihren Betten. Eine dritte Gruppe brachte Oberst Shodeinde um, einen Yoruba, der stellvertretender Kommandeur an der Verteidigungs-Akademie gewesen war. Damit war das Blutbad im Norden beendet.

Am Nachmittag des 15. Januar sprach Nzeogwu über Radio Kaduna und erklärte: »Unsere Feinde sind die politischen Geschäftemacher und Schieber, Leute in hohen und niedrigen Stellungen, die sich bestechen lassen und zehn Prozent nehmen, Leute, die ein Interesse daran haben, daß das Land auf ewig geteilt bleibt, damit sie weiter Minister und VIPs spielen können, die Stammesfanatiker, die, die Vetternwirtschaft treiben und solche, die vor internationalem Publikum so tun, als sei unser Land wer weiß wie groß.« Später äußerte er privat: »Unser Ziel war, unser Land zu verändern und etwas daraus zu machen, was wir voll Stolz unsere Heimat würden nennen können, nicht der Krieg... Irgendeine Stammesideologie hatte damals in unseren Köpfen gar keinen Platz.«

In Lagos wurde der Staatsstreich von Major Emmanuel Ifeajuna angeführt, einem jungen Ibo, der als Sportler schon Geschmack am Ruhm gefunden hatte. Einige Stunden nach Einbruch der Dunkelheit fuhr er mit ein paar Lastwagen aus den Kasernen von Abeokuta in die Stadt hinein. Kleine Abteilungen verstreuten sich überall in Lagos zu ihren Zielen. Drei höhere Offiziere aus dem Norden, Brigadegeneral Maimalari, der die Zweite Brigade befehligte, Oberstleutnant Pam, der Generaladjutant, und Oberstleutnant Largema, der Kommandeur des Vierten Bataillons, wurden getötet, die beiden ersteren in ihren Häusern, der dritte im Ikoyi-Hotel. Major Ifeajuna machte persönlich Jagd auf die Politiker. Premier Balewa wurde in seinem Haus verhaftet und gefesselt in den Fond eines Mercedes geschleppt. Häuptling Festus Okotie-Eboh, der aus dem Mittelwesten stammende Finanzminister, der selbst in der nigerianischen Politik als eine Art Synonym für Bestechung und Käuflichkeit galt, wurde in seinem Haus erschossen und seine

Leiche in den Kofferraum des Mercedes geworfen. Die Soldaten waren auch hinter Dr. Kingley Mbadiwe her, Ibo und Wirtschaftsminister. Er flüchtete durch die Gärten und versteckte sich im leeren Parlamentsgebäude, der Residenz des abwesenden Präsidenten Azikiwe. Das war der einzige Platz, den die Soldaten zu durchsuchen vergaßen.

Der letzte Tote dieser Nacht in Lagos war der Ibo Major Arthur Unegbu. Er hatte das Munitionslager der Ikeja-Kaserne unter sich und wurde erschossen, weil er den Aufständischen die Schlüssel zu den Waffenkammern verweigerte.

In der Hauptstadt der Westregion, Ibadan, war der verhaßte Akintola das Ziel der Putschisten. Als die Soldaten sein Haus umstellt hatten, empfing sie eine Maschinengewehrsalve. Der Premier verfügte über ein privates Waffenarsenal. Bei dem Sturm auf das Gebäude fielen drei Soldaten. Akintola wurde schwer verletzt herausgeschleppt und niedergemacht. Sein Stellvertreter als Premier, Häuptling Fani-Kayode, wurde verhaftet. Als die Soldaten ihn abführten, schrie er: »Ich wußte, daß die Armee kommen würde, aber so - das habe ich nicht geahnt.«

Bis dahin war der Staatsstreich nach Plan verlaufen. Gegen Morgen hätten die aufständischen Offiziere, wenn sie zusammengehalten hätten, die Hauptstädte der Nord- und Westregion und Lagos, die Bundeshauptstadt, unter ihrer Kontrolle gehabt. Benin City, die Hauptstadt des kleinen Mittelwestens, scheint in ihrem Plan keine Rolle gespielt zu haben, nicht ohne Grund: Den Mittelwesten hätte man leicht später nehmen können.

Selbst Augenzeugen und Beteiligte können nichts Eindeutiges darüber aussagen, wo die ersten Fehler gemacht wurden. Man kann nur versuchen, aus den unterschiedlichen Schilderungen eine zusammenhängende Darstellung zusammenzufügen. Major Ifeajuana und seine Mitverschwörer in Lagos fuhren anscheinend in ihrem Mercedes in Richtung Abeokuta zurück

und warfen die Leichen von Balewa und Okotie-Eboh unterwegs aus dem Wagen. Die meisten nehmen immer noch an, daß Balewa erschossen wurde, obwohl ein Augenzeuge schwört, er sei an einem Herzanfall gestorben. Eine Woche später fand man die Leichen an der Straße nach Abeokuta.

Ifeajuana und seinem Verbündeten in Lagos, Major David Okafor, dem Kommandeur der Bundesgarde, war offenbar der unverzeihliche Fehler unterlaufen, an ihrer Stelle keinen zuverlässigen Gewährsmann in der Bundeshauptstadt zurückzulassen. Das und die schnelle Handlungsweise des Armee-Kommandeurs Generalmajor Ironsi brachte den Coup zum Scheitern.

Die Folge war, daß die Stadt Lagos inzwischen von den Anhängern Ironsis kontrolliert wurde. Als die Truppe aus Ibadan kurz nach Einbruch der Nacht mit der Leiche von Akintola und dem gefesselten, aber lebenden Fani-Kayode die Stadt erreichte, wurden sie festgenommen und Fani-Kayode befreit.

Inzwischen hatten Ifeajuana und Okafor einsehen müssen, daß es keinen Offizier mehr gab, den sie in Enugu, der Hauptstadt des Ostens und der letzten der vier, die sie unter ihre Kontrolle bringen wollten, hätten einsetzen können. Sie machten sich also in ihrem Mercedes, dem ein Volkswagen mit ein paar Soldaten folgte, auf die 400 Meilen lange Geländefahrt nach Enugu. Ein Pfeiler, auf den sich die Theorie stützte, der Staatsstreich vom 15. Januar sei eine reine Ibo-Angelegenheit gewesen mit dem Ziel, die Ibo zu Herrschern über ganz Nigeria zu machen, war die Feststellung, daß es in Enugu keinen Putsch gegeben habe. Die Tatsachen stützen diese Theorie keineswegs. Truppen des Ersten Bataillons, in Enugu kaserniert, waren um zwei Uhr morgens vor dem Haus des Präsidenten aufmarschiert. Sie umstellten es, warteten aber auf den Befehl zum Angriff. Ihr Kommandeur, Oberstleutnant Adekunle Fajuyi, ein Yoruba, befand sich auf einem Lehrgang. Sein Stellvertreter, Major David Ejoor aus dem Mittelwesten, hielt sich in Lagos auf.

Die Abteilung bestand nicht, wie behauptet worden ist, vorwiegend aus Ibo, sondern aus Infanteristen aus dem Middle Belt der Nord-Region. Sie waren um das Gebäude herum in Deckung gegangen und warteten auf Befehle. Diese konnten nur von Ifeajuana und von Okafor kommen, die mit größter Eile zu ihnen unterwegs waren.

Niemand trug mehr zum Scheitern des Coups bei, als der Oberkommandierende der Armee, Generalmajor Ironsi. Er war ein Ibo aus Umuahia, als Jugendlicher in die Armee eingetreten und hatte sich nach oben gedient. Von Statur ein großer bulliger Mann, war er durch und durch Berufssoldat, kannte seine Pflicht und verabscheute jede Leichtfertigkeit.

Auch er sollte wohl in jener Nacht sterben. Er war einer Einladung des Brigadegenerals Maimalari gefolgt und von dort zu einer Party auf dem Postboot »Aureok« gegangen, das im Hafen von Lagos vor Anker lag. Als er nach Mitternacht nach Hause kam, klingelte das Telefon. Es war Oberst Pam, der ihm sagte, es läge etwas in der Luft. Minuten später war Pam tot. Als Ironsi den Hörer auflegte, kam sein Fahrer herein, ein junger Haussa-Soldat, und meldete, daß Truppen durch die Straßen führen. Ironsi verlor keine Minute. Er sprang in seinen Wagen und befahl dem Fahrer, ihn zu den Ikeja-Kasernen zu bringen, den größten Kasernen im Gebiet von Lagos und Sitz des Armee-Hauptquartiers. Unterwegs wurde er an einer Straßensperre von Ifeajuanas Soldaten aufgehalten, die ihre Gewehre auf ihn gerichtet hielten. Ironsi stieg aus, reckte sich und brüllte: »Schaut, daß ihr mir aus dem Weg kommt!« Sie gaben den Weg frei. In Ikeja begab er sich zur Unterkunft des Regiments-Hauptfeldwebels und rief die Garnison zusammen. Den ganzen Morgen gab er von dort seine Befehle. Soldaten, die zu ihm und zur Regierung standen, übernahmen die Gewalt. Als Major Ejoor sich kurz vor Tagesanbruch bei ihm meldete, befahl er ihm, nach Enugu zurückzukehren und das Kommando so rasch wie möglich wieder an sich zu reißen. Ejoor nahm auf dem

nahegelegenen Flugplatz von Ikeja eine kleine Maschine und startete in Richtung Enugu. Unterwegs überflog er Ifeajuanas Mercedes.

Ejoor erreichte als erster Enugu, brachte die Kaserne in seine Hand und zog die Truppen rund um das Haus von Dr. Okpara zurück. Um zehn Uhr morgens stellten dieselben Soldaten die Ehrenwache, als der verängstigte Premier Präsident Makarios auf dem Flughafen verabschiedete, der seine Reise durch Nigeria in Enugu beendet hatte. Später wurde Dr. Okpara gestattet, in seine Heimatstadt Umuahia zu fahren.

Im Mittelwesten waren die aufständischen Soldaten gegen zehn Uhr morgens vor der Residenz des Premiers angelangt, mußten sich aber um zwei Uhr mittags auf Befehl von General Ironsi zurückziehen. Der Staatsstreich war mißlungen. Als Ifeajuana und Okafor Enugu erreichten, fanden sie die Stadt fest in Ejoors Hand. Sie versteckten sich im Haus eines Apothekers. Dort wurde Okafor verhaftet, Ifeajuana floh nach Ghana, kehrte aber später zurück, um die Haft seiner Mitverschworenen zu teilen.

Der Putsch war nicht ganz unblutig verlaufen, aber kann keinesfalls ein Blutbad genannt werden. Die Premierminister des Nordens, des Westens und der Föderation waren tot, wie auch ein Bundesminister. Von den höheren Offizieren waren drei aus dem Norden, zwei aus dem Westen und zwei aus dem Osten umgekommen. (Außerdem war noch ein Ibo-Major gefallen, den die loyalen Truppen fälschlich für einen Rebellen gehalten hatten.) Auch eine Handvoll Zivilisten, darunter die Frau eines der Offiziere, und knapp ein Dutzend Soldaten hatten sterben müssen. Nzeogwu behauptete später, es habe überhaupt keine Toten geben sollen, aber ein paar seiner Mitverschwörer hätten sich hinreißen lassen.

In Lagos hatte General Ironsi zwar die Truppen in seine Gewalt gebracht und die Ordnung wiederhergestellt, aber das war nicht der Grund, weshalb er später an die Macht kam. Vor

allem die Reaktion der Öffentlichkeit ließ für alle klar erkennen, daß die Herrschaft der Politiker zu Ende war. Diese Reaktion wird heute oft vergessen, aber gerade sie straft die Behauptung Lügen, der Staatsstreich vom Januar sei die Angelegenheit von Separatisten gewesen.

In Kaduna plünderte eine ausgelassene Menge von Hausa den Palast des toten Autokraten. Der neu ernannte Militär-Gouverneur der Nordregion, Major Hassan Usman Katsina, Fulbe und Sohn des Emirs von Katsina, saß bei einer Pressekonferenz lächelnd neben Nzeogwu. Alhaji Ali Akilu, oberster Verwaltungsbeamter der Nordregion, bot Nzeogwu seine Unterstützung an. Aber der Stern des Ibo-Majors war im Sinken.

In Lagos und im übrigen Süden hatte Ironsi die Zügel fest in der Hand und ließ sich auf kein Geschäft mit den Verschwörern ein. Aber er war vernünftig genug, zu begreifen, daß die Handlungsweise der Rebellen zwar völlig gegen das ging, was man ihm beigebracht hatte und was er für richtig hielt, daß sie aber trotzdem dem Volk einen Dienst erwiesen hatten und dort breite Unterstützung fanden. Am 15. Januar, einem Samstagnachmittag, forderte er den amtierenden Präsidenten auf, einen stellvertretenden Premier zu ernennen, der ihm gültige Befehle erteilen könne. Aber die Politiker zögerten bis zum Sonntagmorgen, und als das Kabinett dann endlich zusammentrat, mußte Ironsi ihnen sagen, er könne sich nicht für die Loyalität der Offiziere verbürgen und den Bürgerkrieg nur dann verhindern, wenn man ihm den Oberbefehl übertrüge. Darin hatte er sicherlich recht, und das ist seither auch die Meinung zahlreicher Offiziere gewesen. Sogar solche, die am Coup nicht beteiligt gewesen waren, hätten sich geweigert, sich wieder unter das Regiment der mittlerweile gründlich abgewirtschafteten Politiker zu stellen.

Auch die Gesamtlage hatte sich verschlechtert. Als Nzeogwu klarwurde, daß seine Kameraden im Süden ihren Auftrag

verpatzt hatten, nahm er eine Abteilung Soldaten und fuhr nach Süden bis Jebba am Niger. Wenn die Garnisonen im Süden sich in kämpfende Parteien für oder gegen Nzeogwu gespalten hätten, wäre der Bürgerkrieg unausweichlich geworden. Fünfzehn Minuten vor Mitternacht verkündete Ironsi über Radio Lagos, da die Regierung ihre Handlungsfähigkeit eingebüßt habe, wäre es Aufgabe der Streitkräfte gewesen, eine vorübergehende Militärregierung zu bilden und daß er, Ironsi, die Führung dieser Bundes-Militärregierung übernommen habe. Die Krise wendete sich zu seinen Gunsten. Die Truppen fügten sich seinen Befehlen. Nzeogwu zog sich in die Kasernen von Kaduna zurück und trat später von dort seine Haft an.

Wahrscheinlich blieb dem Bundeskabinett, als es unter dem Vorsitz von Alhaji Dipcharima, Hausa, Verkehrsminister und rangnächster NPC-Minister nach Balewa, zusammentrat, keine andere Wahl, als der Forderung von Ironsi nach umfassenden Machtbefugnissen zu entsprechen. Aber genauso sicher ist, daß auch Ironsi diese Forderung stellen mußte, wenn er den Bürgerkrieg zwischen den rivalisierenden Einheiten der Armee überhaupt abwenden wollte.

Aus drei Gründen war das wichtig. Es erklärt, warum die Anklage, das Ganze sei eine Ibo-Verschwörung gewesen mit dem Ziel, die Oberherrschaft dieses Stammes über Nigeria zu erzwingen, erst lange nach dem Staatsstreich erfunden und herbeigezogen wurde und sich mit den Tatsachen keineswegs im Einklang befand. Es straft die späteren Behauptungen Lügen, daß die Massaker unter den im Norden lebenden Menschen aus der Ostregion entschuldbar oder immerhin erklärlich seien, denn »sie hätten mit allem angefangen«. Es beleuchtet auch die Überzeugung von Oberstleutnant Ojukwu bis heute, daß die Machtübernahme durch Ironsi verfassungsgerecht und legal gewesen sei, während er die durch Oberstleutnant Gowon sechs Monate später, nach dem Mord an Ironsi, für illegal und daher ungültig erklärte.

3

Ein Mann namens Ironside

Johnson Thomas Umunakwe Aguiyi-Ironsi wurde im März 1924 in der Nähe von Umuahia, einer hübschen Stadt in den Hügeln der Ostregion, geboren. Er wurde zum Teil in Umuahia, zum Teil in Kano im Norden erzogen und trat mit achtzehn als Rekrut in die Armee ein. Das Ende des Zweiten Weltkriegs erlebte er an der Küste Westafrikas und kehrte 1946 mit zweiundzwanzig Jahren als Kompanie-Hauptfeldwebel zurück. Zwei Jahre später ging er aufs Camberley Staff College ins Offizierstraining und kam 1949 als Leutnant nach Accra ins Africa Command Headquarters zurück, von dort wurde er an das Artilleriedepot in Lagos versetzt. Dann folgte ein Infanterie-Regiment. Im Dienstgrad eines Leutnants diente er als Adjutant beim Gouverneur Sir John Macpherson und als frischgebackener Hauptmann wurde er im Juni 1953 zur Krönung nach London abkommandiert. 1955 war er Major und begleitete die Königin als Stallmeister während ihres Besuchs in Nigeria im Jahr 1956. Im September 1960 wurde er zum Oberstleutnant befördert und bekam sein erstes Kommando, das Erste Bataillon in Kano. Im gleichen Jahr führte er das nigerianische Kontingent der UN-Streitkräfte im Kongo gegen die Katangesen und bewies, daß er nicht nur ein Stabsoffizier war. Als ein österreichisches Ärzteteam und die nigerianischen Soldaten, die sie befreien sollten, von den Rebellen überrannt wurden, flog er allein in einem einmotorigen Flugzeug ein und handelte ihre Freilassung aus. Die österreichische Regierung verlieh ihm das Ritterkreuz Erster Klasse.

1961 und 1962 war er als militärischer Berater der nigerianischen Hoch-Kommission in London und wurde während dieses Aufenthalts zum Brigadegeneral befördert.

Danach besuchte er einen Lehrgang des Imperial Defense College. 1964 kehrte er im Rang eines Generalmajors als Kommandeur der gesamten UN-Friedenstruppen in den Kongo zurück und war damit der erste afrikanische Offizier, der mit diesem Auftrag betraut wurde. Im Lauf der Operationen dort stellte er sich allein einer empörten Menschenmenge in Leopoldville und brachte sie dazu, auseinanderzugehen. Diese und ähnliche Heldentaten brachten ihm den liebevollen Beinamen ›Johnny Ironside‹ ein.

Nach seiner Rückkehr nach Nigeria wurde er wieder Brigadegeneral und Kommandeur der Ersten Brigade, trat aber bald die Nachfolge von Generalmajor Welby-Everard, des letzten britischen Oberkommandierenden der nigerianischen Armee, an und war wieder Generalmajor. Ein britischer Beamter sagte später mit einer gewissen Vorsicht von ihm: »Er war ein sehr aufrechter Mann.«

Die neue Regierung hatte einen guten Start. Sie konnte sich auf die Zustimmung weiter Kreise der Bevölkerung stützen. In ganz Nigeria, einschließlich des Nordens, waren die Menschen glücklich über das Ende des Regimes der korrupten Politiker und hofften auf ein neues Morgen. Die letzten Verschwörer des Januar wurden gewaltlos aus ihrem Versteck geholt und an ihren Heimatorten interniert. Die NPC im Norden, die Action Group im Westen und die NCNC im Osten und Mittelwesten erklärten sich dem neuen Regime gegenüber loyal, obwohl die Politiker ihrer Parteien nicht mehr an der Macht und einige davon verhaftet worden waren. Unterstützung kam auch von den Gewerkschaften, der Studentenunion und den Emiren des Nordens. Ein Kolumnist der ›African World‹ schrieb im März: »Die günstige Aufnahme, die diese Verfassungsänderung bei den verschiedensten Gruppen der nigerianischen Bevölkerung fand, zeigt deutlich, daß das Vorgehen der Armee in

Wirklichkeit ein Volksaufstand der Massen war.«^{*} Einen Monat vorher hatte der nigerianische Korrespondent des ›Economist‹ in London Sokoto besucht, die Stadt oben im Norden von Nigeria, nach der sich Sir Ahmadú Bello benannt hatte, und berichtete: »Sokoto war das verwöhnte liebste Kind des Sardauna von Sokoto, aber sogar hier wurde sein Verschwinden widerstandslos hingenommen. Falls es irgendwelche böse Ahnungen über die Geschehnisse gibt, so ist nach dem Tod des Sardauna jedenfalls niemand da, der davon spricht.«^{**} Später sollte sich herausstellen, daß diese Beurteilung etwas zu rosig war.

General Ironsi war ein ehrlicher Mann und er versuchte, ein ehrliches Regiment zu führen. Obwohl er selber Ibo war, tat er alles, um keine Begünstigung seines eigenen Stammes oder Herkunftslandes erkennen zu lassen und ging manchmal sogar so weit, daß er sich der Kritik seiner eigenen Leute aus dem Osten aussetzte. Eine seiner ersten Amtshandlungen war, Militär-Gouverneure für alle vier Regionen zu ernennen: Für den Norden Oberstleutnant und Ex-Major Hassan Katsina, der von dem inzwischen inhaftierten Nzeogwu bereits eingesetzt worden war, für den Westen Oberstleutnant Fajuyi, früher Kommandeur der Garnison Enugu, für den Mittelwesten Oberstleutnant und Exmajor Ejoor, ebenfalls von der Garnison Enugu und für den Osten Oberstleutnant Chukwuemeka Odumegwu Ojukwu, der bis dahin das Erste Bataillon in Kano befehligt hatte - Ojukwu war ein überzeugter Föderalist und hatte sich am Januar-Coup nur insofern beteiligt, als er sich mit den örtlichen Hausa-Stellen zusammentat, um die Stadt ruhig zu halten und ihre Loyalität gegenüber der gesetzmäßigen Macht zu wahren.

^{*} ›The Nigerian Revolution‹, African World, März 1966

^{**} ›The Economist‹, 12. Feb. 1966

Ironsis Machtergreifung beendete auch die Geplänkel in der Westregion, den Terror im Tiv-Land und den Aufstand unter Isaac Boro im Niger-Delta. Isaac Boro kam ins Gefängnis. Alle Parteien hatten offensichtlich genug Vertrauen zu diesem General, um seinem Regime eine Chance zu geben.

General Ironsi war zwar ein ehrenwerter Mann, aber ein Politiker war er nicht. Er war zu keinerlei List fähig und beherrschte auch nicht die diplomatischen Feinheiten, die er im Umgang mit einer derart vielschichtigen Gesellschaft nötig gehabt hätte. Wie das bei vielen Militärs in Regierungsfunktion vorkommt, wurde er auch manchmal schlecht beraten. Trotzdem hat er sein späteres Schicksal keineswegs verdient.

Frühere Politiker im Süden ließ er festnehmen, damit sie keine Unruhe schüren oder sonst Probleme stiften konnten. Aber die Politiker des Nordens ließ er in Freiheit und so machten sie bald Gebrauch davon. Ironsi schuf einen Obersten Militär-Rat (Supreme Military Council) und einen Bundes-Exekutiv-Rat (Federal Executive Council) zur Unterstützung seiner Regierungsarbeit. Da seinem Regime später vorgeworfen wurde, es sei pro-östlich gewesen, ist die Zusammensetzung dieser Gremien ganz interessant. Abgesehen von Ironsi selbst befand sich unter den neun Männern des Supreme Military Council nur noch ein weiterer Ibo, Oberst Ojukwu, dem die Mitgliedschaft als einem der vier regionalen Militär-Gouverneure von Amts wegen zustand, und ein Nicht-Ibo aus dem Osten, Oberstleutnant Kurubo, Kommandierender der Luftwaffe aus dem Rivers-Gebiet. Zum Exekutiv-Rat gehörte der Militär-Rat und sechs weitere Männer, von denen nur zwei aus der Ostregion waren, der Oberstaatsanwalt Onyiuke, ein Ibo, und der General-Inspekteur der Polizei, Edet, ein Efik. Beide hatten ihre Stellungen schon vor dem Januar-Coup innegehabt. Als Ironsi die Sekretäre der Bundes-Zivilverwaltung ernannte (›ständige‹ Posten mit entsprechend großen Befugnissen), verteilte er die dreiundzwanzig Posten folgendermaßen: acht für

den Norden, sieben für den Mittelwesten, fünf für den Westen und ganze drei für den Osten.

Männer, die aus politischen Gründen in staatliche Körperschaften gelangt waren, wurden aus ihren Ämtern gefegt und Sondergerichte eingesetzt, um ihre Tätigkeit zu durchleuchten. Den Vorsitz der ersten drei dieser Gerichte, die die nigerianische Eisenbahngesellschaft, die Elektrizitätsgesellschaft und den Stadtrat von Lagos zu untersuchen hatten, führte je ein Mann des Westens, einer aus dem Norden und ein Engländer. Später wurden die fünfundzwanzig Generaldirektoren, Präsidenten und Sekretäre der öffentlichen Ämter nach folgendem Schlüssel vergeben: zwölf für den Westen, sechs für den Norden, drei für den Osten, einen für den Mittelwesten und drei an Ausländer.

General Ironsi nahm auch andere Ernennungen vor, die für seine Einstellung zu einem ›Vereinigten Nigeria‹ bezeichnend sind. So machte er Oberstleutnant Yakubu Gowon, einen Sho-Sho aus dem Norden, zu seinem Stabschef und zu seiner rechten Hand. Mallam Hamsad Amadu, ein junger Verwandter des Sardauna von Sokoto, wurde sein Privatsekretär. Seine persönliche Wache setzte sich hauptsächlich aus Hausa-Soldaten zusammen, die auch von einem jungen Hausa, Leutnant W. G. Walbe, kommandiert wurden - dieser Umstand mag den General später das Leben gekostet haben.

Ironsis munteres Vorgehen gegen die Korruption in hohen staatlichen Stellen tat seine Wirkung. Innerhalb kurzer Zeit genoß Nigeria wieder internationales Vertrauen und der Sechsjahresplan konnte wieder aufgenommen werden.

Das Hauptproblem blieb allerdings immer noch ungelöst. Es betraf die zukünftige Verfassung von Nigeria, die weithin gleichbedeutend mit der Frage der Einheit Nigerias war. Auch da wurde wieder die angeborene Uneinigkeit Nigerias deutlich. Zwar fand sich im Süden und bei der Armee enorme Unterstützung für die Abschaffung des Regionalismus und die

Errichtung eines Einheitsstaates, aber der Norden griff sofort nach dem Messer, wenn von einer Verschmelzung mit dem Süden in anderer Form als unter Vorherrschaft des Nordens die Rede war. Schließlich begab er sich dann wirklich auf den Kriegspfad.

Gleich nach seiner Machtergreifung hatte General Ironsi versprochen, das Land werde erst dann zur Zivil-Regierung zurückkehren, nachdem eine Reihe der wichtigsten Probleme untersucht seien, eine Verfassungsgebende Versammlung einberufen und eine Volksabstimmung über die neue Verfassung abgehalten. Der Entwurf lag in den Händen von Häuptling Rotimi Williams und des früheren Oberstaatsanwalts T. O. Elias, beide aus der Westregion. Eine andere Kommission unter Mr. Francis Nwokedi, eines Ibo, sollte Möglichkeiten für die Zusammenlegung der öffentlichen Dienste untersuchen. Nach Protesten dagegen, daß eine derart wichtige Sache einem einzigen Mann und noch dazu einem Ibo anvertraut werden sollte - hauptsächlich aus dem Norden, wo man einen getrennten Verwaltungsapparat als Sicherheitsvorkehrung gegen jede Bevormundung durch den Süden hochhielt -, wurde der Ausschuß um noch einen Mann aus dem Mittelwesten erweitert.

Eine dritte Kommission befaßte sich mit dem Zusammenschluß der Justiz. Eine vierte wurde von Häuptling Simeon Adebo, einem Yoruba und Dr. Pius Okigbo, einem Ibo, übernommen und arbeitete an der Wirtschaftsplanung. Die Kommissionen gaben ihre Berichte ab und alle deuteten in dieselbe Richtung - auf die Vereinheitlichung.

Von den ersten Tagen des Ironsi-Regimes an hatte man den Einheitsstaat diskutiert. Ende Januar rief Oberst Ejoor im Mittelwesten zu einer ›einheitlichen Regierungsform‹ auf. Im Februar sagte General Ironsi auf einer Pressekonferenz: »Alle Nigerianer wissen jetzt, daß das starre Festhalten am ›Regionalismus‹ der Tod der vergangenen Regierung war und einer der Hauptumstände, die zu ihrem Fall geführt haben. Ohne

Zweifel wird das Land einen klaren Abschied von den Unzulänglichkeiten dieses Systems begrüßen.«

Leider war der General allzu optimistisch. Der Süden hätte einen solchen Umschwung sicherlich gutgeheißen und tat das auch. Aber der Norden war ein gänzlich anderes Ding. Seine Vertreter - das Parlament der Nordregion und die Emire - hatten schon vor Jahren unter der Richards Constitution den Regionalismus als lebenswichtigen Schutz ihrer eigenen Gesellschaft mit all ihrer Lethargie und Trägheit gegen das Eindringen fähiger und geschulter Menschen aus dem Süden betrachtet.

Die Idee der Einheit war bei den Ibo in der Ostregion besonders beliebt. Sie waren am weitesten herumgekommen und von allen bedeutenderen ethnischen Gruppen am höchsten entwickelt, deshalb trauten sie sich auch in jeder Weise zu, unter gleichen Voraussetzungen mit jedem zu konkurrieren. Regionalismus hieß für sie von jeher, sich in der Nordregion als Bürger zweiter Klasse behandeln lassen zu müssen und bei der Vergabe öffentlicher Ämter außerhalb der Ostregion den kürzeren zu ziehen.

Was der Süden als glänzende Zukunft sah, erschien dem Norden als beinahe tödliche Bedrohung. Knapp zwei Jahre später faßte der amerikanische Konsul in Enugu, James Barnard, den eingeborenen Konflikt der Interessen, der Nigerias Fluch war und blieb, sehr treffend zusammen. Er sagte: »Es nützt nichts, wenn man sich vor der einzigen unabänderlichen politischen Tatsache in diesem Land duckt oder ihr ausweichen will: In jedem Rennen um die materiellen Annehmlichkeiten des Lebens wird die Ostregion bei gleichem Start und gleichen Chancen um eine Meile siegen. Das kann der Norden nicht ertragen. Das einzige, das man dagegen tun könnte, wäre, den Osten künstlich am Fortschritt zu hindern. Das wäre wieder für

die Ostregion unerträglich.«^{*}

Schon bald nachdem die Kommissionen, die verschiedene Aspekte der staatlichen Einheit prüfen sollten, ihre Arbeit aufgenommen hatten, begann im Norden die Unzufriedenheit zu sieden. Später wurde diese Unzufriedenheit als spontane Erscheinung hingestellt, bei der auch die angeblich weit verbreitete Trauer um den ›geliebten‹ Sardauna von Sokoto, der durch die Hand eines Ibo im Januar getötet worden war, eine Rolle gespielt haben soll. Dieses Bild ist falsch.

Zunächst einmal sahen die Untertanen des Sardauna, aus ihrer unmittelbaren Reaktion auf seinen Tod zu schließen, ihn keineswegs als gütigen Vater, sondern als skrupellosen Despoten. Zweitens war die Gewalttätigkeit, die im Mai 1966 im Norden ausbrach, kein spontaner Vorgang. Er war gründlich vorbereitet.

Als die Politiker gehen mußten, betraf ihr Sturz nicht nur eine Handvoll Männer. Nachdem sie keinen Zugang zu den öffentlichen Mitteln mehr hatten, verloren Tausende ihre billigen Essensmarken. Vielköpfige Familien waren plötzlich ohne Lebensunterhalt und sahen sich auf Arbeit angewiesen. Mitläufer, parteipolitische Söldner, Agenten, Wahlwerber und Lieferanten, die durch ihre Verbindungen zu hohen Beamten immer Reingewinn gemacht hatten, und Verwalter, die ihren Posten nur aufgrund politischer Protektion halten konnten, sahen sich schon beim Bäcker Schlange stehen. Als ein paar einzelne gegen das Regime von Ironsi zu agitieren begannen, waren die Helfer gleich zur Hand: ein Chor von Stimmen, die bereitwillig Gerüchte weitertrugen, Leidenschaften anheizten und Feuer in den Herzen entfachten; das Gespenst des allmächtigen Ibo; die angebliche Abschaffung des Isolationismus, mit dem sich der Norden bisher immer zu schützen gewußt hatte, und schließlich gab es noch das Rachemotiv, auf das man setzen konnte und es

^{*} In einem Gespräch mit dem Autor in Enugu im Juli 1967

auch tat. So wurde der tote Sardauna wieder zu einem Heiligen aufgebaut und die gefangenen Offiziere, die den Januar-Coup angeführt hatten, machte man zu leibhaftigen Teufeln.

Im Westen hatte Oberst Fajuyi, ein fähiger und energischer Mann, das öffentliche Leben rücksichtslos von den bisherigen Parasiten gesäubert, er entließ alle einheimischen Regierungsbeamten, die das verhaßte Akintola-Regime eingesetzt hatte, und elf Minister seiner Partei. Im Mittelwesten und im Osten wurden ähnliche Maßnahmen durchgeführt. Allerdings waren sie dort weniger drakonisch, weil die NCNC, die bis zum Januar 1966 beide Regionen beherrscht hatte (zuletzt unter UPGA-Flagge), von einer großen Mehrheit ohne Manipulationen in die Regierung gewählt worden war.

Im Norden war das anders. Hier war seit undenklicher Zeit politische Macht und Aristokratie der Emire gleichbedeutend. Der neue Militärgouverneur, Oberst Hassan, war der Sohn des Emirs von Katsina. Es gab keine große Auswahl an fähigen Männern für die Selbstverwaltung, und wer die Macht hatte, verdankte sie ohnehin meist den Emiren. Auf diese Weise hielten sich Aristokratie und Verwaltung gegenseitig im Sattel. Die früheren Politiker bekamen zwar nicht gleich wieder neue Posten, aber eingesperrt wurden sie nicht und bald standen sie wieder in Gunst und Gnade. Von ihnen ging die Flüsterpropaganda aus und sie fiel rasch auf fruchtbaren Boden.

Besonders Nwokedi war das Ziel ihrer Angriffe. Als er die Möglichkeiten einer Zusammenlegung der Zivilverwaltung untersuchte, bereiste er auch den Norden. Dort hörte er sich zwar die Ansichten an, aber sein abschließender Bericht für General Ironsi wich in manchen Schlußfolgerungen davon ab.

General Ironsi in Lagos fühlte sich hin- und hergerissen. Er wußte, wie ablehnend der Norden der Idee der staatlichen Einheit gegenüberstand, andererseits gab es in seiner unmittelbaren Umgebung mächtige Fürsprecher dieses Gedankens. Am 24. Mai tat er einen großen Schritt: Er kündigte

im Rundfunk den Verfassungserlaß (über Aufhebung und Änderung) an. Darin war die Abschaffung der Regionen vorgesehen und ihre Umwandlung in Gruppen von Provinzen, wenn auch mit denselben Grenzen, Gouverneuren und Verwaltungen wie bisher. Nigeria sollte keine Föderation mehr sein, sondern einfach die Republik Nigeria. Die staatliche Verwaltung sollte unter einem einzigen Amt für Staatliche Verwaltung (Public Services Commission) zusammengelegt werden, aber regionale (oder dann vielmehr provinzielle) Kommissionen sollten alle außer den höchsten Beamten ernennen. Er fügte noch hinzu, daß diese Maßnahmen nur als Übergang anzusehen wären und daß sie den Ergebnissen der Rotimi Williams Commission »nicht vorgreifen« sollten. Unglücklicherweise beschäftigte sich diese Kommission gerade mit den vergleichswisen Vorzügen von Föderation und Einheitsstaat.

Wahrscheinlich versuchte General Ironsi die radikalen Feuerköpfe im Süden zu beruhigen, die auf eine rasche Reform drängten, ohne deshalb zu weit zu gehen und den Norden zu provozieren. Eine Prüfung des Unification Decree (unter dieser Bezeichnung wurde der Erlaß bekannt) zeigt, daß sich in Wirklichkeit außer ein paar Namen nichts geändert hatte. Genaugenommen brachte der Erlaß lediglich die Regierungsweise seit der Machtübernahme durch das Militär in die richtige Form. Der Oberste Militär-Rat war ja bereits eine vergleichsweise einheitliche Einrichtung.

Das Unification Decree diente dann als Vorwand für eine Reihe der grausamsten Massaker gegen alle Menschen aus dem Osten überall in der Nordregion. Es begann mit einer Studentendemonstration in Kano. In wenigen Stunden war ein Blutbad daraus geworden. Und obwohl die Yoruba der Westregion fast ebenso kräftig für die Einheit eingetreten waren wie die Ibo des Ostens, hielt sich der Mob des Nordens wieder ausschließlich an die Ibo und ihre östlichen Landsleute. Kurz

nach Beginn der Demonstration stürmten Hunderte von bewaffneten Rowdys den leeren Platz zwischen den Stadtmauern und den Sabon Garis, wo die Menschen aus dem Osten lebten, brachen in das Getto ein, brannten, vergewaltigten und plünderten und töteten alle Männer, Frauen und Kinder, die ihnen in die Hände fielen.

Unvorbereitet kann der Aufruhr schon deshalb nicht gewesen sein, weil er sich so weit ausbreitete. In Lastwagen und Bussen, die ungenannte Gönner umsichtig zur Verfügung gestellt hatten, ergossen sich ganze Wellen von früheren Polit-Gangstern über den Norden, bis Zaria, Kaduna und anderswohin. Als alles zu Ende war, stand Nigeria wieder einmal am Rand des Zerfalls. Zwar wurden weder von Bundesbehörden noch von der Regierung der Nordregion jemals Zahlen veröffentlicht, aber von östlicher Seite schätzte man die Verluste in diesen Massakern auf dreitausend Tote.

Manche wollten vielleicht nicht mehr, als ihre Gefühle demonstrieren - und dazu hatten sie jedes Recht. Aber die ganze Schlächtereier, das Organisierte, die Regungslosigkeit, mit der alles ablief hätte vor der Gefahr warnen müssen, die tief darunter verborgen lag und einen schwarzen Schatten auf die Zukunft warf. Aber auch diesmal wurde die Warnung nicht beachtet.

Viele im Norden waren wahrscheinlich nach mehreren Monaten stiller und leiser Indoktrinierung weitgehend überzeugt davon, daß die Ibo wirklich über Nigeria herrschen wollten, um den unterentwickelten Norden zu kolonisieren und das ganze Land mit ihrer zweifellos vorhandenen Begabung zu regieren. Die separatistischen Wünsche des Nordens wurden wieder ein offenes Thema. Demonstrierende Beamte in Kaduna trugen Transparente, auf denen gefordert wurde: ›Wir wollen die Sezession.‹ Oberst Hassan berief eine Sitzung aller Emire des Nordens ein und viele erschienen mit dem klaren Auftrag ihrer Leute zu Hause, die Abtrennung zu verlangen. In Zaria geriet

der Emir in eine Menschenmenge, die die Sezession fast mit Gewalt erflachte.

Nach der Konferenz sandten die Emire an Ironsi ein geheimes Memorandum und erklärten ihm, sie würden die Sezession durchführen, wenn er das Unification Decree nicht aufhobe. General Ironsi versuchte sie in einer ausführlichen Entgegnung davon zu überzeugen, der Erlaß brächte ja keine Grenzverschiebungen und ändere am Status quo eigentlich überhaupt nichts. Er wies darauf hin, es sei nur eine vorübergehende Maßnahme, damit die Armee, die an ein zentrales Kommando gewöhnt sei, besser regieren könne. Ohne die versprochene Volksabstimmung würden keinerlei bleibende Veränderungen vorgenommen werden. Die Emire zeigten sich befriedigt.

Als Oberst Ojukwu im Juni den Emir von Kano, seinen Altersgenossen und Freund, der ihm im Januar geholfen hatte, Blutvergießen in Kano zu vermeiden, als den neuen Kanzler der Universität von Nsukka willkommen hieß, forderte er seine Landsleute öffentlich auf, in ihre Wohnungen und an ihre Arbeitsplätze im Norden zurückzukehren. Viele von ihnen waren nach den Massakern vom Mai in die Sicherheit der Ostregion geflüchtet. Oberst Ojukwu bat sie, zu glauben, daß diese Morde ›ein Teil des Preises sind, den wir für das Ideal eines geeinten Nigeria zahlen mußten.

Den Juni über suchte Ironsis Regierung nach einem Mittel, der steigenden Spannung in Nigeria Herr zu werden. Niemand und zuallerletzt Oberst Ojukwu wäre auf den Gedanken gekommen, daß der ewigalte Wunsch des Nordens einmal in Erfüllung gehen und er einen eigenen Staat bilden würde. Eines Tages brach General Ironsi zu einer Informationsreise auf, um sich im Land und auf möglichst breiter Basis darüber zu unterrichten, welche Form sich die Menschen von Nigeria für ihr Land in Zukunft wünschten. Er sollte nie mehr nach Lagos zurückkehren.

4

Ein zweiter Staatsstreich mißlingt

Manche haben versucht, den Putsch der jungen Offiziere aus dem Norden vom 29. Juli 1966 dahingehend zu erklären, es sei ihnen einzig darum gegangen, den Tod von drei höheren Offizieren, die aus dem Norden stammten, vom Januar zu rächen. Gewiß schrien vor dem zweiten Staatsstreich im Norden immer mehr Stimmen nach der Hinrichtung der Aufständischen vom Januar, und zwar nicht als Wiedergutmachung für die toten Politiker, denen man nicht weiter nachweinte, sondern für die Erschießung von Brigadegeneral Maimalari und der Obersten Pam und Largema.

Überzeugend ist diese Auslegung nicht. Außer ihnen hatten im Januar auch zwei Yoruba-Obersten und zwei Ibo-Majore sterben müssen. Viel wahrscheinlicher ist, daß der Schlüssel zu den Motiven der Offiziere, die im Juli rebellierten, in dem Code-Wort liegt, das die Operation auslöste - ARABA. Das ist Hausa und bedeutet ›Abtrennung‹, und obwohl der Bewegung im Innern und ihren Aktiven zweifellos ein starkes Racheelement unterlag, war doch ihr politisches Ziel, den Wunsch der Masse der nördlichen Bevölkerung zu erfüllen und sich ein für allemal von Nigeria loszulösen.

In diesem und in anderen Punkten waren die beiden Coups gänzlich verschieden. Der erste war von einem glühenden Eifer bestimmt, Nigeria von dem Druck wirklich vorhandener Übel zu befreien, er hatte reformatorischen Charakter und es floß wenig Blut - vier Politiker und sechs Offiziere. Man ging ganz offen vor, irgendeine religiös bestimmte Zielsetzung gab es nicht.

Der Staatsstreich vom Juli befolgte rein regionale Ziele, nichts lag offen, die Hintergründe waren Separatismus und Revanchismus und seine Durchführung blutig.

Ein paar Jahre zuvor stellte man fest, daß zwar die überwiegende Mehrheit der Infanterie aus dem Norden stammte und daß von dieser Majorität achtzig Prozent Tiv waren, daß aber fast siebzig Prozent der Offiziere aus dem Osten kamen. Das war kein Zufall, es war aber von der Ostregion auch nicht so beabsichtigt, wie seither behauptet wurde. In ihrer Anfangszeit hatte die nigerianische Armee bei Beförderungen auf Schulbildung großen Wert gelegt - an der Verteilung von Volksschulen kann man aber (wie bereits festgestellt) sehen, daß es im Norden stets an ausgebildeten Menschen fehlte.

Im Unabhängigkeitsjahr von 1960 gab es in der Armee nur sechs Offiziere aus dem Norden. Alhaji Ribadu, Hausa und neuer Verteidigungsminister, hatte bestimmt, fünfzig Prozent des Offizierscorps mußten aus dem Norden sein, aber das ließ sich nicht von heute auf morgen verwirklichen. Um 1966 gab es jedoch schon sehr viel mehr junge Offiziere aus dem Norden. Der Staatsstreich vom Juli wurde zwar zweifellos von einer kleinen Gruppe höherer Offiziere geplant, aber die Durchführung lag bei diesen Leutnants.

Auch die Verteilung der Offiziere innerhalb der Streitkräfte reflektierte regionale Eigenheiten, auch das ohne Absicht, sondern dem Bildungsgrad und dem jeweiligen Zweck entsprechend. Die große Mehrheit der Offiziere aus der Nordregion dienten in Infanterie-Bataillonen, während die technischen Abteilungen - Ingenieurwesen, Transport, Sanitätswesen, Nachrichtendienst, Ausbildung und der Maschinenpark der Artillerie - denen aus dem Osten vorbehalten blieben. Als der Coup vom Juli begann, brauchten die Rebellen nur die Waffenmagazine der Garnisonen in ihre Hand zu bringen und ihre Leute zu bewaffnen, und sie hatten den Rest der Streitkräfte und damit das Land in der Hand.

Am Abend des 28. Juli aß General Ironsi mit Oberstleutnant Fajuyi, dem Militär-Gouverneur der Westregion, in dessen Residenz zu Abend. Ironsi war gerade von seiner

Informationsreise durch das ganze Land zurückgekommen. Auch Oberst Hilary Njoku, Ibo und Kommandeur des Zweiten Bataillons, das außerhalb von Lagos in Ikeja lag, war anwesend.

Der Staatsstreich begann mit einer Meuterei in der Kaserne von Abeokuta in der Westregion, wo ein Haussa-Hauptmann um elf Uhr abends einen Trupp Soldaten in die Offiziersmesse führte. Drei Offiziere aus der Ostregion wurden erschossen, ein Oberstleutnant, ein Major und ein Leutnant. Dann besetzten sie die Kaserne, entwaffneten die Soldaten der Wache, die aus dem Süden stammten, und bewaffneten die aus der Nordregion. Sie gaben Alarm, die Mannschaften marschierten auf dem Paradeplatz auf. Man suchte die Soldaten aus dem Süden heraus und sperrte sie in den Wachraum, während die aus dem Norden jedes Haus nach denen, die noch nicht erfaßt waren, durchkämmten. Bei Tagesanbruch hatte man die meisten Offiziere und älteren Unteroffiziere aus dem Süden zusammengetrieben. In der Dämmerung führte man sie aus der Wachstube und schoß sie nieder.

Inzwischen hatten die Aufständischen offenbar mit den Adjutanten vom Zweiten Bataillon in Ikeja und dem Vierten in Ibadan telefoniert (beide aus der Nordregion) und ihnen die neuesten Ereignisse mitgeteilt. Doch um 3.30 morgens gelang es einem Ibo-Hauptmann, der unter den Gefangenen in Abeokuta war, zu fliehen. Er telefonierte an das Hauptquartier in Lagos und meldete, was er für eine gewöhnliche Meuterei hielt. In der Abwesenheit von Ironsi hatte dort Stabschef Oberstleutnant Gowon das Kommando.

Gowon machte Gebrauch davon. Bis heute streitet man heftig darüber, ob er eigentlich die Stoßrichtung des Putsches und der Massaker, die ihn begleiteten, zu unterstützen oder ihn aufzuhalten beabsichtigt hatte. Er behauptete, er habe mit dem Staatsstreich nichts zu tun gehabt, aber sein Verhalten macht das fragwürdig und immerhin ist es möglich, daß er vor und während der Ausschreitungen ein vielleicht sogar bereitwilliger

Helfershelfer gewesen war.

Endlich wurde auch General Ironsi informiert. Die drei Offiziere berieten sich und beschlossen, daß Njoku in einem Zivilfahrzeug und in Zivilkleidung nach Lagos fahren, den Befehl übernehmen und die sogenannte Meuterei niederschlagen sollte. Als er die Residenz des West-Gouverneurs verlassen wollte, wurde er von Soldaten, die aus zwei geparkten Landrovers heraussprangen, mit einer Gewehrsalve empfangen und floh, an der Hüfte verwundet. Später wurde er in der Klinik von Ibadan behandelt und konnte sich als Priester verkleidet in die Ostregion absetzen, während in der Westregion Patrouillen nach ihm fahndeten und die Soldaten an den Straßensperren Befehl hatten, ihn ohne Warnung zu erschießen. Diese Zähigkeit bei der Jagd auf Offiziere aus dem Osten und der Umstand, daß sie fortgesetzt wurde, auch nachdem Oberst Gowon im Namen der Aufständischen den Oberbefehl übernommen hatte, lassen die politische Seite des Staatsstreichs und die Unschuld und Unbeteiligung von Gowon zweifelhaft erscheinen.

Tatsächlich waren diejenigen Soldaten von Ironsis Leibwache, die aus dem Süden stammten, von ihren Kameraden und einer ebenfalls »nördlichen« Verstärkung von vierundzwanzig Mann, die man extra im Hauptquartier des Vierten Bataillons in Ibadan abkommandiert hatte, schon vor Mitternacht entwaffnet. Seit dem Tod von Oberst Largema im Januar befehligte Oberst J. Akahan, ein Tiv aus dem Norden, dieses Bataillon. Die erwähnte Verstärkung wurde von Major Theophilus Danjuma kommandiert, einem Hausa, der inzwischen stellvertretender Kommandeur der Ersten Division der nigerianischen Streitkräfte und Garnisonskommandeur von Enugu ist.

Ironsi und Fajuyi hörten im Haus die Schüsse und schickten Ironsis Luftwaffen-Adjutanten, Leutnant Nwankwo, hinaus, um zu erfahren, was los war. (Ironsis Heeres-Adjutant, Leutnant Bello - ein Hausa -, war einfach verschwunden, aber man weiß

nicht, ob er mit dem Überfall etwas zu tun hatte.) Als Nwankwo aus dem Haus trat, wurde er verhaftet und an den Handgelenken gebunden. Nachdem sie fast bis zum Morgengrauen gewartet hatten, ging Oberst Fajuyi um nachzusehen, was aus Nwankwo geworden war. Auch er wurde verhaftet. Schließlich betrat Major Danjuma um neun Uhr morgens das Haus. Er fand General Ironsi und nahm ihn fest.

Von denen, die wissen, was weiter geschah, hat einzig Leutnant Nwankwo jemals ausgesagt. Die Bundesregierung hüllte alles in den Schleier der Diskretion. Halten wir uns also an das, was wir von Nwankwo wissen.

Alle drei Männer wurden nackt ausgezogen und mit Reitgerten geschlagen. Dann steckte man sie getrennt in Lastwagen und fuhr mit Major Danjuma an der Spitze los. An der Kreuzung von Mokola, wo die Straßen sich trennen und die eine nach Oyo, die andere zu der Kaserne des Vierten Bataillons in Letmauk führt, teilte sich der Konvoi. Danjuma flüsterte Leutnant Walbe, der General Ironsis Begleitung kommandierte, Befehle zu und fuhr dann nach Letmauk zurück. Die übrigen fuhren weiter. Nach zehn Meilen befahl man den Verhafteten, auszusteigen und trieb sie auf einem schmalen Pfad in den Busch. Sie wurden so fürchterlich geschlagen und gequält, daß sie kaum noch laufen konnten. Aber man hetzte sie weiter, bis man einen Wasserlauf erreichte, den die Gefangenen nicht überqueren konnten, weil sie schon zu schwach waren. Man schleppte sie hinüber und ein paar Schritte weiter wurden sie mit den Gesichtern auf die Erde geworfen und von neuem geprügelt. Bis zu diesem Punkt war es Nwankwo gelungen, den Draht um seine Handgelenke zu lösen. Er rannte um sein Leben. Er kam davon, während die beiden anderen Männer, halb zu Tode gequält, mit Gewehrfeuer niedergemacht wurden. Die Polizei fand später die Leichen und begrub sie auf dem Friedhof von Ibadan. Sechs Monate danach wurden sie von dort in ihre Heimatorte übergeführt und beigesetzt.

Am Morgen des 29. Juli breiteten sich die Massaker gegen Offiziere und Soldaten aus der Ostregion in ganz Nigeria mit einer solchen Geschwindigkeit, Präzision und Ähnlichkeit der Vorgänge aus, daß man sie wirklich nicht mehr als spontan erklären und entschuldigen konnte. Oberst Akahan, der Kommandeur der Kaserne von Letmauk bei Ibadan, behauptete bei Sonnenaufgang, er habe von der Mitternachtsunternehmung gegen General Ironsi nichts gewußt. Es ist aber unwahrscheinlich, daß Soldaten, Fahrzeuge, Waffen und Munition und was man sonst noch für die Belagerung des Government House brauchte, ohne Wissen des Kommandeurs verschwunden sein sollen. Um zehn Uhr rief Colonel Akahan zu einer Offiziersbesprechung, der er selber fern blieb. Als die Offiziere versammelt waren, brachte man die aus der Ostregion in die Wachstube und von dort später in die Schneiderei. Um zwölf Uhr nachts warf man sechsenddreißig Handgranaten durch die Fenster, wer dann noch am Leben war, wurde erschossen. Soldaten aus der Ostregion mußten das Blut aufwaschen, ehe auch sie hinausgeführt und erschossen wurden. Alle Gefolgsleute Ironsis, die aus dem Osten stammten, wurden ebenfalls niedergemacht. Am Nachmittag des 30. Juli rief Oberst Akahan die Soldaten aus dem Norden zusammen. Er beglückwünschte sie und kündigte gleichzeitig an, es werde kein Blutvergießen mehr geben, da das Gleichgewicht wiederhergestellt sei.

Soldaten aus der Ostregion vertrauten dieser Erklärung und kamen aus ihren Verstecken, aber sie wurden noch in der gleichen Nacht liquidiert. Noch tagelang ging das Morden weiter, Frauen von Soldaten aus dem Osten wurden vergewaltigt und der Terror drang bis in die Stadt Ibadan selbst ein. Oberst Akahan wurde später Heeres-Stabschef von Gowon.

In Ikeja spielte sich etwa dasselbe ab. Am Morgen des 29. Juli um die Frühstückszeit kam Oberst Gowon die fünfzehn Meilen aus Lagos herüber. Von fünf Uhr morgens an hatten die

Soldaten der Nordregion die aus dem Osten zusammengetrieben, dazu eine Menge Zivilisten, Polizisten und Zollbeamte östlicher Herkunft, die auf dem benachbarten Flughafen arbeiteten. Um die Mittagszeit waren 200 Personen in der Wache eingeschlossen. Am Abend traf Leutnant Walbe ein und meldete Gowon die Gefangennahme und den Tod von General Ironsi. Am nächsten Tag ließ man die Zivilisten aus der Wachstube frei, aber die Namen der Armeeangehörigen wurden aufgeschrieben. Nach dieser Liste rief das Hinrichtungs-Kommando Offiziere und Mannschaften nach dem Dienstgrad auf. Acht Offiziere vom Major bis zum Oberstleutnant und zweiundfünfzig andere Dienstgrade vom Stabsfeldwebel abwärts wurden umgebracht. Während des Tötens wurde wie gewöhnlich geprügelt. Ein Ibo-Feldwebel konnte entkommen und nach der Schilderung dieses Überlebenden legte man den Rest in Handschellen und führte sie zum Hinrichtungsplatz hinter die Wachstube. Wenn die Nord-Soldaten ermüdeten, wechselten sie die Messer aus und schlachteten weiter. Viele Gefangene wurden vor ihrem Tod ausgepeitscht, man zwang sie, sich in Lachen von Urin und Kot zu legen und die Exkremente zu essen. Hauptmann P. C. Okoye war unterwegs zu einem Lehrgang in den Vereinigten Staaten. Er wurde auf dem Flughafen von Ikeja gerade noch erwischt und in die Kaserne zurückgebracht. Man fesselte ihn an ein Kreuz aus Eisenstangen und peitschte ihn halbtot, dann wurde er, immer noch an das Kreuz gebunden, in eine Zelle geworfen, wo er starb.*

All das geschah weniger als 200 Schritte vom Büro Oberst Gowons entfernt, der dort sein Hauptquartier eingerichtet und den Rang des Oberkommandierenden der Streitkräfte verliehen bekommen hatte. Und von dort aus verkündete er der Welt, er versuche, das Land aus seiner Krise zu befreien.

* Der Beweis für die Vorgänge in Ibadan und der Kaserne von Ikeja findet sich in den Military Archives, National Defence H. Q., Umuahia, Biafra

Später wurde zwar immer wieder versichert, es habe sich nur um einen kurzen und zeitlich begrenzten Vorgang gehandelt, aber es gibt Augenzeugen dafür, daß es hier und dort noch vier Wochen lang so weiterging.

Am 22. August überführte ein junger Offizier aus der Nordregion die Häftlinge aus dem Gefängnis von Benin, die am Januar-Coup beteiligt gewesen waren (der angeblich den Juli-Coup ausgelöst hatte). Alle fünf wurden umgebracht. Am selben Tag erfuhr man, daß Oberst Ojukwu darum gebeten hatte, allen Offizieren und Mannschaften aus dem Osten die Heimkehr zu erlauben. Leutnant Nuhu befahl aber die Hinrichtung der restlichen zweiundzwanzig Ost-Gefangenen.

Weit vor diesem Datum hatte Oberst Gowon vor der Welt erklärt, das Töten habe aufgehört und »die Lage sei wieder normal«.

Oberst Akahan und Major Danjuma waren nicht die einzigen, die mit Beförderung belohnt wurden für Taten, die sie sonst an den Galgen gebracht hätten. Zwischen dem 11. und 14. August erreichte eine Abteilung des Vierten Bataillons aus Ibadan einen Ort im Herzen des Tiv-Landes, Makurdi. Fünfzehn Soldaten aus der Ostregion wurden verhaftet und eingesperrt. Am 16. versprach der Kommandeur der Abteilung, Major Daramola, sie würden jetzt nach Kaduna gebracht und von dort in die Ostregion geflogen. Der Konvoi setzte sich in Bewegung, Major Daramola übernahm in einem kleinen Geländewagen die Nachhut. Nach fünf Meilen hielt die Kolonne an und fuhr im Rückwärtsgang in den Busch, wo bereits ein Hinrichtungskommando wartete. Die Männer wurden einzeln zur Erschießung aufgerufen. Drei von ihnen sprangen von den Lastwagen und entkamen im hohen Gras, zu Fuß gelangten sie nach Hause und berichteten, was geschehen war. Oberstleutnant Daramola ist heute Kommandeur der Achten Brigade der Zweiten Division der nigerianischen Streitkräfte, die an der Straße von Enugu nach Onitsha zwischen den Dörfern Abagana

und Udi stationiert ist.

Genug von den Juli-Massakern, man kann die Einzelheiten auch woanders nachlesen. Die Feststellung soll genügen, daß die Methode in allen Lagern und Kasernen, in Lagos und überall in der West- und Nordregion die gleiche war. Soldaten aus dem Norden bemächtigten sich der Magazine und bewaffneten sich; sie nahmen ihre Kameraden aus dem Osten fest und sperren sie ein; schließlich führten sie viele von ihnen ins Freie und schossen sie nieder.

Die wenigen, denen es gelang, den Weg zurück in die Ostregion zu finden, bildeten ein Jahr später den Grundstock der Armee von Biafra. Von den dienstälteren Offizieren, die zur Infanterie gehörten, wurden die meisten umgebracht. Von den Überlebenden stammten die meisten aus den technischen Abteilungen und das ist auch der Grund, weshalb von den derzeitigen Kommandeuren der biafranischen Streitkräfte, die ehemals Majore und darüber waren, sich die Mehrheit bei den technischen Einheiten und weniger bei der kämpfenden Truppe findet. Als alles vorüber war, waren fast 300 Offiziere und Soldaten tot oder wurden vermißt. Die Armee als zusammenhängende Einheit, als altnigerianische Organisation, in der Männer aller Stämme und Volksgruppen, jeder kulturellen oder religiösen Herkunft friedlich Seite an Seite leben und einander ›Kamerad‹ hätten nennen können, gab es nun endgültig nicht mehr. Dabei war die Armee die letzte dieser Einrichtungen gewesen. Was auch davor und danach geschehen sein mag, trotz aller Anstrengungen (die hinterher gemacht worden sein mögen) Nigeria auf irgendeine Art zusammenzuhalten: Der Augenblick, in dem die Einheit Nigerias starb, war der, als der General genannt Johnny Irons ide bei Ibadan in den Staub stürzte.

Das Ziel des Coups war einesteils Rache an den Ibo für den Staatsstreich im Januar und auf der andern Seite die Sezession der Nordregion. Sobald Oberstleutnant Gowon sein Hauptquartier in der Kaserne von Ikeja errichtet hatte, sah man

eine seltsame Flagge über dem Haupttor flattern, die dort achtzehn Tage hängen blieb. Sie hatte seitliche Streifen in Rot, Gelb, Schwarz, Grün und Khaki: Es war die Fahne der Republik von Nord-Nigeria. Drei Tage mußten in Lagos und in der Westregion beschlagnahmte Busse, Lastkraftwagen, Privatautos, Eisenbahnzüge und Flugzeuge den enormen Strom von Familien in die Nordregion heimtransportieren.

Die Kasernen in Lagos, im Westen und im Norden befanden sich in den Händen von Einheiten, die aus Soldaten aus dem Norden rekrutiert und von Offizieren aus der Nordregion befehligt wurden. Noch während des Tötens der Ost-Soldaten schloß sich Oberstleutnant Hassan Katsina, der Militär-Gouverneur des Nordens, der Sache der Rebellen an und gibt damit Grund zu dem Verdacht, daß er zwar vielleicht nicht zu den Anstiftern gehört hat, aber doch mindestens eine Ahnung hatte von dem, was vorging. Nach dem Tod von Oberst Fajuyi hatte der Westen keine Stimme mehr und es gab niemand, der für Lagos hätte sprechen können.

Im Mittelwesten hatte es tatsächlich keinen Aufstand gegeben, aber dort war eben auch kein Militär stationiert. Wie immer galt er als zu klein und unbedeutend. In der Ostregion gab es einen starken Gouverneur, eine loyale Truppe und keinen Putschversuch. So kam es, daß das bisherige Regime in diesen Gebieten unerschüttert weiter bestand.

Als klar wurde, daß die Offiziere der Nordregion den Abfall planten, blies ein kalter Wind in manche Richtungen, vor allem durch die britische Hochkommission. Colonel Ojukwu in der Ostregion begriff das Zeichen. Er setzte sich mit dem Brigadegeneral Ogundipe in Verbindung, einen Yoruba und als dienstältester Offizier der legale Nachfolger von General Ironsi, und drängte ihn, das Kommando zu übernehmen und sich selbst zum Oberbefehlshaber zu erklären. Wenn er das täte, versprach Ojukwu, werde er (Ojukwu) ihn als solchen anerkennen. Der Yoruba gab sich keine große Chance. Nach einer groben

Rundfunkansprache von drei Minuten, in der er Ruhe befahl, setzte er sich nach Dahome und von dort nach London ab, von wo er ein paar Monate später den Posten des Hochkommissars für Nigeria annahm. Inzwischen hatten die britische Hochkommission und andere Organisationen fieberhaft versucht, den Norden von der Sezession abzubringen. Aber dort standen die Offiziere mit ihrer Forderung nicht allein: Selbständige Unabhängigkeit war die Botschaft auf dem Banner der Aufständischen im Mai zuvor und der Inhalt des Memorandums der Emire vom Juni gewesen und war immer noch der Wunsch der breiten Mehrheit der Nordregion. Es gab nur einen einzigen Weg, um sie bei der Stange zu halten: Man mußte ihre alte Alternative - »Entweder gibt man uns das Ganze oder wir gehen« - akzeptieren. Hochrangige Beamte, die damals in Lagos gearbeitet haben, berichteten später, am Morgen des 1. August habe Sir Francis Cumming-Bruce, der britische Hohe Kommissar, sechs Stunden lang mit Gowon unter vier Augen verhandelt. Als Oberst Ojukwu am Nachmittag aus Enugu anrief und Gowon nach seinen Absichten fragte, bekam er zur Antwort, man werde in Lagos bleiben und die Regierung des Landes übernehmen. Als Ojukwu protestierte, antwortete Gowon: »Das ist das, was meine Jungs wollen und sie sollen es auch kriegen.« Und sie blieben. Gowons erste Rundfunkansprache an sein Volk, die bereits vorbereitet und auf Band aufgenommen war, wurde nun hastig und nicht besonders geschickt redigiert. Er sagte:

»Ich komme jetzt zum schwierigsten, aber auch wichtigsten Teil dieser Erklärung. Ich bin mir der großen Enttäuschung und der Schmerzen bewußt, die ich damit allen treuen und aufrichtigen Freunden der nigerianischen Einheit, zu Hause wie im Ausland, und vor allem unseren Brüdern im Commonwealth bereite. Als Ergebnis der jüngsten Ereignisse und ähnlicher Vorgänge von früher bin ich zu der unbedingten Überzeugung gelangt, daß wir ehrlich und aufrichtig auf diesem Weg nicht

fortfahren können, da die Grundlage von Glauben und Vertrauen in unser einheitliches Regierungssystem den Prüfungen der Zeit nicht standgehalten hat. Ich habe mich zu diesem Problem bereits geäußert. Es genügt, festzustellen, daß es nach Prüfung aller Umstände, politisch, wirtschaftlich und sozial, keine Basis für eine solche Einheit gibt oder daß sie zumindest schwer erschüttert ist, und das nicht einmal, sondern mehrmals. Ich glaube daher, daß wir den Zustand unseres Landes von neuem kritisch betrachten müssen und sehen, ob es uns gelingt, das Abgleiten in die endgültige Zerstörung aufzuhalten* -

Der vorletzte Satz hat keinen Schluß. Nach einer Formulierung wie ›oder zumindest schwer erschüttert ist, und das nicht einmal, sondern mehrmals‹ erwartet man eigentlich das Wort ›daß‹ und dann eine Feststellung, was denn die Folgen der Erschütterung waren. Außerdem war es Unsinn, zu behaupten, daß die beschworene Rettung des Landes vor dem Abgleiten in den Untergang allen wahren Freunden von Nigeria Schmerz und Enttäuschung bereiten werde. Vor der Bearbeitung sollte also die ursprüngliche Rede den Abfall der Nordregion verkünden.

Wäre es dazu gekommen, hätten West-, Mittelwest- und Ostregion zweifellos bald einen geeigneten Modus vivendi gefunden. Kurz danach hätten Norden und Süden sich zu einer Föderation autonomer Staaten zusammenschließen können oder zumindest zu einer zentralen Organisation der öffentlichen Dienste. So wäre der bisherige wirtschaftliche Erfolg allen Partnern zugute gekommen und das Pulverfaß der rassistischen Gegensätze zwischen Nord- und Südregion hätte keine Rolle mehr gespielt.

Gowon war damals zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte und zum Obersten der Militärregierung von ganz Nigeria

* Schwarz, op. cit., S. 211

ernannt worden oder hatte sich selbst dazu gemacht. Oberst Ojukwu in der Ostregion stritt ihm sofort den Anspruch auf beide Titel ab. Wenn man begreifen will, weshalb es Biafra heute gibt, muß man sich vor allem klarmachen, daß Nigeria nach dem 1. August nicht eine gesetzmäßige Regierung und eine illegale Regierung hatte, sondern zwei getrennte Regierungen, die de facto verschiedene Landesteile beherrschten.

Bis zum 1. August war auch deutlich geworden, daß der Staatsstreich vom Juli sich von dem vom Januar noch in einer weiteren Hinsicht grundlegend unterschied. Die Aufständischen des ersten Staatsstreichs kamen nicht an die Macht, sondern endeten im Gefängnis. Die des zweiten gewannen die Kontrolle über die Bundesregierung und über zwei Regionen. Die dritte Region hat das neue Regime später anerkannt. Die vierte tat das nie und war nach der Verfassung auch nicht dazu gezwungen.

Das war der Grund, weshalb der Putsch scheiterte. Die Motive waren Rache (die man auch nahm) und Selbständigkeit (die man nicht bekam). Wenn die Führer gehofft hatten, sie könnten das zweite Ziel gegen die Ergreifung der zentralen Macht austauschen, waren sie jetzt genötigt, von der Duldung der beiden nicht betroffenen Regionen auszugehen. Als die größere von beiden sie verweigerte, war Nigeria praktisch in zwei Teile geteilt.

Aber das britische Commonwealth Office hatte bekommen, was es wollte und die Belohnung folgte. Als Gowon im Oktober an die Nordregion appellierte, mit dem Töten der dort lebenden Menschen aus dem Osten aufzuhören, konnte er folgendermaßen argumentieren: »Ihr alle wißt, daß seit dem Ende des Juli Gott in seiner Allmacht die Verantwortung für dieses unser großes Land Nigeria wieder in die Hände eines Mannes aus dem Norden gelegt hat...«

Die Frage der Legitimität

Die nigerianische und die britische Regierung werfen Biafra vor allem vor, daß seine Regierung illegal sei und die von Oberst Gowon die einzig legale innerhalb des Landes. Es gibt aber juristische Experten, und die sind keineswegs alle Biafraner, die befinden, daß beide Regierungen für sich in Anspruch nehmen können, gesetzmäßig zu sein.

Für die derzeitige nigerianische Militärregierung spricht, daß sie die Hauptstadt und drei der ehemaligen Regionen beherrscht und damit über siebzig Prozent der Bevölkerung. Die diplomatische Welt schwärmt für Hauptstädte, und so wird die Kontrolle über eine Hauptstadt hoch eingeschätzt. Wäre Lagos in der Ostregion gelegen und hätte Gowon die drei übrigen Regionen an sich gebracht, während Ojukwu die Ostregion und die Hauptstadt behalten hätte, und somit wäre der diplomatische Vorteil auf seiner Seite gewesen. Wenn Oberst Ojukwu behauptet, daß vielmehr Gowon und seine Regierung Rebellen seien und daher illegal, so stützt er sich darauf, daß es in der Ostregion seit dem Juli 1966 keine Unterbrechung der gesetzlichen Autorität gegeben hatte. Fast das gesamte damals existierende Kabinett hatte General Ironsi seinerzeit zum Oberbefehlshaber und zum Obersten des Höchsten Militär-Rats ernannt. Hätte das Kabinett nach dem Tod von Premierminister Balewa (von dem man damals annahm, er sei nur entführt worden) unter dem Vorsitz eines Ibo konferiert, hätte man später sagen können, seine Ernennung sei ein abgekartetes Spiel gewesen. So aber wurde die Sitzung von Ajhaji Dipcharima, einem Haussa und dienstältester Minister der NPC (Northern People's Congress) geleitet.

General Ironsi hat die Politiker auch keineswegs unter Druck gesetzt. Er hatte ihnen gesagt - und das erwies sich später als ganz realistisch -, er könne nicht für die Loyalität der Streitkräfte garantieren, wenn die Armee nicht die Macht übernehme. Das war nicht übertrieben, Nzeogwu befand sich auf dem Marsch nach Süden und in vielen Garnisonen kochte

die Unruhe. General Ironsis Ernennung kann man daher als gesetzmäßig betrachten. Als er Oberst Ojukwu zum Regierungschef der Ostregion ernannte, war auch das ein legaler Akt.

Der einzige Mann in den Augen von Oberst Ojukwu, der die Nachfolge von General Ironsi als höchstrangigem Offizier nach ihm zustand, war Brigadegeneral Ogundipe. Wenn man Ogundipe nicht ernennen wollte, hätte der Höchste Militär-Rat einen Nachfolger vorschlagen müssen. Das geschah aber nicht. Oberst Gowon ernannte sich entweder selbst oder wurde durch die Rebellen in den ersten drei Tagen nach dem 29. Juli dazu gemacht. Unter ihnen befand sich nur ein einziges Mitglied des Rats, Oberst Hassan Katsina, der Gouverneur der Nordregion. Auch eine spätere Sitzung des Rates, die Gowon in seinem Amt bestätigte, war nicht vollzählig. Die Umstände, unter denen sie stattfand, hätten Oberst Ojukwu, falls er teilgenommen hätte, nur eine verschwindende Chance gelassen, lebend herauszukommen.

Nur in der Ostregion haben die Ereignisse des Juli 1966 die Regierung weder unterbrochen noch behindert. Jede Ernennung dort in jener Zeit war legitim. In den Augen der Biafraner war ihr Abfall von Nigeria im Mai 1967 gerechtfertigt durch die Behandlung, die die Region und ihre Bewohner erfahren hatten und entsprach auch dem Völkerrecht, und damit fanden sie auf der ganzen Welt Unterstützung.

5

Die zwei Obersten

Die beiden Männer, die nun in den zwei uneinigen Teilen von Nigeria die Macht ausübten, waren äußerst verschieden. Oberstleutnant Gowon war zweiunddreißig, Sohn eines methodistischen Geistlichen und missionarisch ausgebildeten Predigers aus einem der kleinsten Stämme der Nordregion, der Sho Sho. Er stammte aus der Nähe der Stadt Bauchi. Als Kind hatte auch er die Missionsschule besucht und ging später aufs Gymnasium. Mit neunzehn Jahren trat er in die Armee ein und hatte das Glück, bald in die Offiziers-Ausbildung geschickt zu werden, zuerst nach Eaton Hall und dann nach Sandhurst. Nach seiner Rückkehr nach Nigeria begann er die Laufbahn eines Infanterie-Offiziers und besuchte später weitere Lehrgänge in England, vor allem in Hythe und Warminster. Später diente er wie General Ironsi im nigerianischen Kontingent im Kongo. Während des Januar-Coups hatte er sich in England aufgehalten, beim Joint Services Staff College.

Auch in seiner Erscheinung war er das ganze Gegenteil seines Offiziers-Kollegen auf der andern Seite des Niger. Er ist klein, beweglich und gutaussehend, immer gepflegt und hat ein strahlendes, jungenhaftes Lächeln. Aber wahrscheinlich trennt die beiden Führer nichts so sehr wie ihre Persönlichkeiten. Männer, die Gowon gut kennen und unter ihm gedient haben, beschreiben ihn als einen milden, sanften Menschen, der keiner Fliege etwas zuleide tun kann - in privaten Dingen. Sie sprechen aber auch von Eitelkeit und Bosheit hinter dem lebhaften Charme, der ihn nach seiner Machtergreifung so vielen Ausländern sympathisch erscheinen ließ. Der größte politische Vorwurf, den gemäßigte Biafraner gegen ihn erheben, ist der, er

sei schwach und unsicher, wenn es darum ginge, eindeutige Entscheidungen zu fällen, ein Mann, den stärkere und ungestümere Geister leicht ins Wanken bringen können, der sich einschüchtern und herumkommandieren läßt und gewiß ungeeignet ist, es mit manchen von den Offizieren aufzunehmen, die den Juli-Coup anführten oder mit den schlauen Beamten, die sein Regime dazu benützen wollten, im Land an die Macht zu kommen.

Die Biafraner sahen in Gowon niemals den wirklichen Führer von Nigeria, sondern einen international vorzeigbaren Public-Relations-Mann, der mit durchreisenden Korrespondenten und Journalisten umgehen kann, die Diplomaten bezaubert und auf dem Bildschirm gut ankommt.

Gowons Schwäche machte sich bald nach seiner Machtergreifung bemerkbar. Als eine seiner ersten Amtshandlungen befahl er, Offiziere und Soldaten aus der Ostregion zu verschonen. Wie bereits beschrieben, ging das Morden aber bis Ende August fast unvermindert weiter. Auch zwei Jahre später hatte er seine Streitkräfte offenbar nicht fester in der Hand. Zwar beschwor er Korrespondenten und Diplomaten immer wieder, er habe seiner Luftwaffe die Bombardierung ziviler Objekte in Biafra untersagt, aber Märkte, Kirchen und Hospitäler wurden rücksichtslos weiter mit Raketen und Bomben angegriffen und mit Bordwaffen beschossen.

Oberstleutnant Chukwuemeka Odumegwu Ojukwu ist ein ganz anderer Fall. Vor fünfunddreißig Jahren wurde er in der Nordregion in der kleinen Stadt Zungeru geboren, als sein Vater dort kurz zu Besuch war. Sein Vater, der im September als Sir Odumegwu Ojukwu mit einem Adelstitel und mehreren Millionen Pfund auf der Bank sterben sollte, hatte in Nenwi im Osten als kleiner Händler angefangen. Er baute im ganzen Land eine Straßentransport-Firma auf, er war so vorausschauend, zu einem hohen Preis zu verkaufen, als die Eisenbahnen im Kommen waren und steckte seinen Gewinn in Grundbesitz und

Aktien. Alles, was Sir Louis anfaßte, verwandelte sich in Gold. Als die Preise niedrig waren, kaufte er Bauland in Lagos auf. Ehe er starb, schnappten die Käufer die sumpfigen Böden von Victoria Island in Lagos City einander zu Phantasiepreisen weg, weil Victoria Island als Botschafts- und Diplomaten-Wohnviertel für die immer größer werdende Hauptstadt bestimmt war.

Die Geschichte seines zweiten und Lieblingssohnes ist kein Anne-Leute-Märchen. Das Elternhaus, wo der kleine Emeka Ojukwu spielte, bis er in die Schule ging, war eine hochherrschaftliche Villa. Wie die meisten reichen Geschäftsleute führte Sir Louis ein offenes Haus, wo sich die ganze wohlhabende Oberschicht der reichen Kolonie traf. 1940 trat der junge Ojukwu in die Catholic Mission Grammar School ein, wechselte aber bald ans King's College über, eine elegante Privatschule genau nach dem Muster der englischen public school. Hier blieb er bis zu seinem dreizehnten Lebensjahr, dann schickte ihn sein Vater nach Epsom College in den grünen Hügeln von Surrey. Später hat er sich an seinen ersten Eindruck von England erinnert: Er fühlte sich »in diesem Meer von weißen Gesichtern« vollkommen verloren. Sicher hat dieses Gefühl der Isolierung inmitten einer völlig fremden Umwelt das spätere Wesen des kleinen Afrikaners mitbestimmt. Da er ganz auf sich angewiesen war, entwickelte er eine geheime Lebensphilosophie, er verließ sich nur auf sich selbst und versuchte, sich innerlich so zu genügen, daß er keinerlei Hilfe von außen brauchte. Es gab zwar ein paar Zusammenstöße mit der Obrigkeit in Gestalt seines Hausaufsehers, aber sonst hielt er sich ganz gut, er war ein guter Rugbyspieler und setzte einen neuen Jugendrekord im Diskuswerfen, der immer noch steht.

Mit achtzehn Jahren bezog er Lincoln College in Oxford. Hier mußte er sich zum erstenmal mit seinem Vater auseinandersetzen und gewann. Sir Louis war ein viktorianischer Vater, sein starker Wille regierte die Familie und

er vertrug wenig Widerspruch von seiner Nachkommenschaft. Er sah in seinem zweiten Sohn Züge seiner eigenen Persönlichkeit und hatte damit wahrscheinlich recht. Sir Louis wünschte, sein Sohn solle Jura studieren, aber nach dem vorgeschriebenen ersten Jahr wechselte Emeka Ojukwu zur Geschichte der Neuzeit über, die ihn viel mehr interessierte. Rugby spielte er noch immer, und bekam beinahe den ersten Preis, seinen Doktor machte er, ohne sich übermäßig anzustrengen. Diese drei Jahre in Oxford waren die glücklichsten seines Lebens. Er war bald einundzwanzig, ein kräftiger, gut aussehender junger Mann, er hatte Geld und keine Sorgen.

Heute erzählt er, er sei bei seiner Rückkehr nach Nigeria in Lagos ›nur durch den makellosen Schnitt meiner englischen Anzüge‹ aufgefallen. Damals kam die zweite Auseinandersetzung mit dem Vater. Das Natürliche wäre für Ojukwu gewesen, in irgendeinen der blühenden Konzerne seines Vaters oder von dessen Freunden einzutreten, wo er ohne viel Arbeit automatisch Karriere gemacht hätte. Es spricht sehr für seine Selbständigkeit, daß er nach einer Stellung suchte, in der er persönlich etwas leisten konnte, ohne daß der allmächtige Name Ojukwu ständig wie eine Wolke über ihm hing. Er bewarb sich für den Staatsdienst und wäre gern in die Nordregion gegangen, um seinen Namen und seine Herkunft abzuschütteln.

Aber der sture Regionalismus des Beamtenapparats hat das verhindert. Der Norden gehörte den Menschen des Nordens, und so schickte man Ojukwu statt dessen in die Ostregion. Für Sir Louis war es natürlich ein Schlag, daß sein Sohn ein kleiner Beamter wurde, aber er fand sich damit ab. Für Ojukwu war es ein Schlag, daß er in den Osten mußte. Er hatte gehofft, dem Namen seines Vaters, seinem Einfluß und Ansehen auszuweichen, und nun begegnete er ihm, wo er ging und stand. Sir Louis war der große Sohn, sein Name wirkte Wunder und

der neue Bezirksassistent begriff rasch, daß es überhaupt nicht auf seine Leistung ankam, sein Jahresbericht wurde auf jeden Fall glänzend beurteilt. Kein Vorgesetzter hätte dem Sohn von Sir Louis ein schlechtes Zeugnis ausgestellt - und das war das letzte, was der junge Mann wollte.

Um sich auf die Probe zu stellen, stürzte er sich mit Wut in die Arbeit. Er versuchte, so viel wie möglich außerhalb der Stadt zu sein und half den Bauern Straßen zu bauen, Gräben und Kanäle auszuheben. Er konnte damals freilich nicht wissen, daß das eine lebensnotwendige Lehre für seine heutige Position war, von der er immer noch profitiert. Der verwöhnte junge Mann aus Lagos lernte in diesen zwei Jahren seine Stammesbrüder, die Ibo, aus dem Gesichtswinkel des kleinen Mannes kennen, und ihre Schwierigkeiten, Hoffnungen und Ängste verstehen. Vor allem ist er geduldig mit ihren Schwächen und Fehlern, was seinen anderen, in Europa erzogenen Kollegen und Beamten meist nicht gelingt. Diese tiefe und gegenseitige Verbindung mit dem Volk bildet heute die Grundlage seiner Herrschaft über Biafra und sie verblüfft bis heute seine Gegner im Ausland, die ihn lieber schon längst einem Staatsstreich zum Opfer gewünscht hätten. Die Menschen wissen, daß er sie und ihre Tradition versteht und danken ihm mit unbedingter Treue.

Aber nachdem er zwei Jahre als Beamter unter Ibo und Nicht-Ibo gearbeitet hatte, nahm er Abschied und trat in die Armee ein. Sein Motiv paßt nicht so recht zu dem Mann, der angeblich ›die Föderation zerstört‹ hat. Er war vielmehr ein derart überzeugter Föderalist, daß er die regionale Engstirnigkeit, die den Staatsdienst beherrschte, nicht ertrug. In der Armee sah er eine Einrichtung, wo Stammesherkunft, Rasse und angeborene Stellung nichts galten. Bei den Streitkräften konnte er sich auch aus der Umklammerung des berühmten Namens Ojukwu lösen und aus eigenem Verdienst vorwärtskommen.

Er wurde zur Offiziersausbildung nach Eaton Hall in Chester geschickt, die er als Leutnant beendete. (Manchmal heißt es

fälschlich, er sei in Sandhurst gewesen.) Nach weiteren Lehrgängen in Hythe und Warminster kehrte er heim und bekam seinen ersten Posten - beim Fünften Bataillon, das bei Kano in der Nordregion stationiert war. Zwei Jahre später wurde er zum Hauptmann befördert und ins Hauptquartier in die Garnison Ikeja bei Lagos versetzt. Das war 1960, im Jahr der Unabhängigkeit.

Das Leben in der verhätschelten Armee war für einen wohlhabenden, unverheirateten Offizier äußerst angenehm. 1961 schickte man ihn nach Teshie im benachbarten Ghana als Lehrer für Taktik und Kriegsrecht im Trainingslager der West African Frontier Force (Westafrikanischer Grenzschutz). Der Beste in Taktik war Leutnant Murtela Mohammed.

Später kehrte Hauptmann Ojukwu zum Fünften Bataillon nach Kano zurück, wurde aber bald zum Major befördert und zum Hauptquartier der Ersten Brigade in Kaduna abkommandiert. Im gleichen Jahr diente er in Luluabourg in der Provinz Kasai im Kongo bei der Dritten Brigade der UN-Friedenstruppen während des Aufstands der Katangesen. Man bestimmte ihn zu weiterer Ausbildung und schickte ihn 1962 aufs Joint Services Staff College in England. Im Januar 1963 wurde er zum Oberstleutnant befördert und wurde als solcher der erste eingeborene General-Quartiermeister der nigerianischen Armee.

In dieser Position erwarb er die Überzeugung und die Erfahrung, aus der heraus er später die Behauptung der britischen Regierung, Waffenlieferungen von London nach Lagos seien nur ein Teil »des üblichen Nachschubs«, Lügen strafen konnte. Solange er dort war, handelte er nach der Devise: »Zum jeweiligen Preis das Beste, gleichgültig, woher es kommt.« Er kündigte die meisten der alten Verträge mit britischen Rüstungsfirmen und ersetzte sie durch neue mit Herstellern in Holland, Belgien, Italien, der Bundesrepublik Deutschland und Israel, zwischen denen es einen lebhafteren

Wettbewerb gab. Als der Krieg ausbrach, waren Paradeuniformen und Panzerwagen das einzige, was die nigerianische Armee noch aus England bezog.

Ein Jahr später kehrte er zum Fünften Bataillon zurück, diesmal als Kommandeur. 1965, während er also in Kano war, plante der junge Major Nzeogwu in Kaduna den Staatsstreich für den Januar 1966. Niemand hat jemals behaupten wollen, daß Oberst Ojukwu an diesem Coup beteiligt gewesen sei oder auch nur davon wußte. Die Rebellen ließen ihn absolut in Frieden. Einerseits galt er zu sehr als etabliert, aber entscheidender war, daß man wußte, daß seine loyale Einstellung die Idee eines Aufstandes gegen eine legale Regierung verabscheut hätte.

Als der Streich vom Januar 1966 losbrach, gehörte er zu den wenigen, die nicht den Kopf verloren. Er traf sich mit dem obersten Verwaltungsbeamten der Provinz und mit dem Emir von Kano in geheimer Sitzung und sorgte zusammen mit ihm dafür, daß es in Kano und dem zugehörigen Gebiet weder Unruhen noch Blutvergießen gab. Innerhalb von Stunden telefonierte er mit General Ironsi und bot ihm seine und die Unterstützung des Fünften Bataillons auf der Seite der Loyalen an.

Als General Ironsi ein paar Tage später einen Offizier aus der Ostregion brauchte, der Militär-Gouverneur des Ostens werden sollte, wandte er sich an Ojukwu.

Im Alter von fünfunddreißig Jahren wurde Oberst Ojukwu also zum Regenten seines eigenen Stammes und der fünf Millionen Nicht-Ibo in der Ostregion ernannt. Die sorglosen Zeiten waren vorbei. Wer ihn aus den alten Tagen kannte, sagt, er habe sich damals stark verändert. Die Regierungsverantwortung und später die Aufgaben eines Volksführers wirkten ernüchternd auf den lebenslustigen jungen Offizier. Und heute noch nimmt er nicht so sehr sich selbst, aber seine Stellung sehr ernst. Er wußte noch nicht, was vor ihm lag: Das Massaker seiner eigenen Leute von 1966, ein zweiter

Staatsstreich, noch mehr Morden im Namen des Rassismus, Haß, Mißtrauen, gebrochene Eide, der Entschluß, dem Wunsch des Volkes stattzugeben und sich von Nigeria loszusagen, Krieg, Hungersnot, von der halben Welt verleumdet, womöglich sein persönlicher Tod.

Als er im Januar 1966 die Regierung antrat, sah es jedoch noch nicht danach aus. So wie die Obersten Fayuji und Ejoor verlor auch Ojukwu keine Zeit im Kampf mit der Korruption und Bestechlichkeit, die er im öffentlichen Leben vorfand. So wurden wie sonst nur in der Südregion, aber nicht im Norden, manche Politiker des alten Regimes im Zuge dieses Großreinemachens verhaftet.

Selbst die Mai-Massaker in der Nordregion konnten Ojukwus Hoffnung auf ein einiges Nigeria nicht erschüttern. Nachdem General Ironsi vom Sultan von Sokoto die Zusicherung erhalten hatte, das Töten werde aufhören, nutzte Oberst Ojukwu die Gelegenheit eines Besuchs bei seinem Freund dem Emir von Kano in Nsucka und forderte seine aus dem Norden geflüchteten Landsleute auf, zurückzugehen und ihre Arbeit wiederaufzunehmen. Später mußte er diese Erklärung bedauern, und das Gefühl der Reue wegen der vielen, die damals seinem Rat folgten und später in den Massakern umkamen, schmerzt ihn noch heute.

In zwei Dingen ist Oberst Ojukwu in der gegenwärtigen Lage eine einzigartige Erscheinung. Er war nicht kompromittiert durch irgendwelche Beteiligung an der korrupten Arbeitsweise der Politiker, während die heutigen Männer in Lagos zum großen Teil noch immer dieselben sind, die in dem alten Polit-Zirkus mitgewirkt haben, als Selbstbereicherung aus öffentlichen Mitteln als etwas Selbstverständliches galt. Außerdem hatte er an keinem der Coups teilgenommen - die meisten der Muskelmänner, die heute hinter den Politikern in Nigeria stehen, gehören zur gleichen Gruppe, die den Staatsstreich vom Juli 1966 durchgeführt haben.

Zudem ist er ein reicher, wirtschaftlich unabhängiger Mann. Beim Tod seines Vaters 1966 erbte er viel Grundbesitz in Lagos und anderswo. Aber der Nachlaß bestand nicht nur aus Grund und Boden. Der alte Finanzmann hatte große Summen in Schweizer Banken liegen und klärte seinen Sohn vor seinem Tod darüber auf, wie er damit umgehen und an sie herankommen könne. Wenn Oberst Ojukwu sich so verhalten hätte, wie es die Clique in Lagos wollte und sich am Juli-Coup beteiligt hätte, wäre ihm das alles erhalten geblieben, samt seiner Stellung. Indem er so handelte, wie er es tat, verlor er alles in Lagos und sein ganzes Vermögen in Nigeria. Als es zum Schlimmsten kam, bestand er darauf, sein ausländisches Vermögen für Biafra zu verwenden und die alten Guthaben der Ostregion in Übersee nicht anzutasten. Sein gesamter Besitz ist einmal auf 8.000.000 Pfund geschätzt worden.

6

Ein blutiger Herbst

Die Lage nach dem Juli-Coup war kompliziert und ziemlich trostlos. Empörung breitete sich in der Ostregion aus, als man von den Morden an den eigenen Soldaten in allen Garnisonen des Nordens und Westens erfuhr. Die ersten Gruppen von Offizieren und Mannschaften, die den Massakern entgangen waren, kamen über den Niger zurück, ohne ihre Waffen, in Zivilkleidung, sie marschierten nachts und versteckten sich bei Tag, und sie berichteten alles.

Für Oberst Gowon kam eine entscheidende Woche. Wir haben schon einige Gründe genannt, weshalb er zum Anführer der Verschwörung gewählt worden war. Daß er der rangnächste Offizier gewesen sei, war offensichtlich gelogen. Auch seine Erklärung über Funk vom 1. August, er sei von der Mehrheit des anwesenden Obersten Militär-Rats (Supreme Military Council) ernannt worden, wurde in der Ostregion sofort abgelehnt. Erstens gab es in diesem Rat keine Mehrheitsbeschlüsse und zweitens war er überhaupt nicht zusammengetreten. Als dritten Grund für seine Ernennung wurde vor allem von Journalisten im Ausland angegeben, er ›sei der einzige gewesen, der mit den Rebellen fertig werden konnte‹.

Das neue Regime stand vor drei dringenden, ungelösten Problemen: Das Morden in der Armee mußte aufhören, ein Oberbefehlshaber, den alle akzeptieren würden, mußte gefunden werden und die Grundlagen für den zukünftigen Verband der vier Regionen waren zu schaffen.

Oberst Ojukwu war zwar nicht bereit, sich Oberst Gowon unterzuordnen, aber gleichzeitig war ihm klar, daß er versuchen mußte, mit dem neuen Regime zusammenzuarbeiten, wenn er

Nigeria überhaupt vor dem Chaos retten wollte. Zu diesem Zweck machte er aus Enugu den telefonischen Vorschlag, eine Konferenz der Vertreter der Militär-Gouverneure solle eine Einigung über einen zumindest vorübergehenden Bund der regionalen militärischen Machtblöcke, die aus dem Staatsstreich hervorgegangen waren, zu erreichen suchen.

Die Kontrolle über den Norden, Westen und über Lagos besaß damals die Armee der Nordregion. Die Soldaten aus dem Osten »in der Armee« (d. h. in der Bundesarmee) hatte man umgebracht oder vertrieben, die meisten aus dem Mittelwesten (und das waren ohnehin nicht viele) hatten dasselbe Schicksal erlitten, da man sie als Angehörige der Ibo des Mittelwestens politisch der Ostregion zurechnete, und aus der Westregion gab es in den Streitkräften nicht mehr als eine Handvoll Männer. Yoruba hatten sich kaum jemals zum Wehrdienst gemeldet.

Die Konferenz fand am 9. August tatsächlich statt. Ihr wesentliches Ergebnis war, daß alle Soldaten in ihre Herkunftsgebiete zurückkehren sollten, und damit war auch der Norden einverstanden. In späteren Veröffentlichungen wurde oft übersehen, daß diese Übereinkunft Nigeria hätte retten können, wenn man sich nur daran gehalten hätte. Der Staatsstreich im Westen war nur von den Ex-Politikern aus der Ära Akintola unterstützt worden, die der Mehrheit der Bevölkerung immer noch herzlich verhaßt waren. Die Rückkehr der Nord-Soldaten in die Nordregion hätte zu freier politischer Meinungsäußerung in der Westregion geführt - solange es Nord-Soldaten in jeder Kaserne und bei jeder Abteilung an den Straßensperren gab, war das unmöglich.

Als Häuptling Awolowo aus dem Gefängnis kam, besaß er immer noch genügend Popularität, um für die Westregion zu sprechen. Aber das neue Regime hielt sich nicht an die Abmachung. Man gab vor, es fehle einfach an Yoruba, um die Soldaten aus dem Norden zu ersetzen. In Wirklichkeit hätte die Polizei ebensogut für Sicherheit sorgen können, da die

Westregion keinen Grand hatte, Amok zu laufen. Schließlich blieben die Nord-Soldaten, wo sie waren. Auf die Männer aus der Westregion und aus dem Osten wirkten sie wie eine Besatzungstruppe.

Oberst Ojukwu in der Ostregion hielt sich an den Buchstaben des Beschlusses. Soldaten aus dem Norden in der Garnison von Enugu wurden mit der Bahn in ihre Heimat zurückgebracht, und zu ihrem Schutz gegen Überfälle unterwegs durften sie ihre Waffen und Munition mitnehmen, wie es der Vertrag vom 9. August vorsah. Nach ihrer Heimkehr sollten diese Waffen dann zurückgeführt werden. Aber als sie schließlich in Kaduna waren, behielten sie sie einfach und es wurde nie wieder von ihnen gehört.

Anderwärts jammerten die Soldaten aus dem Osten nach Heimkehr. Von den Flüchtlingen des 29. Juli und der Tage danach abgesehen, gab es noch andere Gruppen, die unbehelligt geblieben waren. Ein paar von ihnen schickte man aus der Nordregion nach Hause, aber ohne Waffen oder Begleitschutz und so mußten sie sich unterwegs immer wieder von der mittlerweile feindseligen Bevölkerung belästigen lassen. Die Spannung wuchs. Gegen Ende des Monats war klar, daß immer noch Hunderte fehlten. Das war, als Oberst Ojukwu um Rückkehrerlaubnis für die Ausgebliebenen ersuchte, woraufhin die zweiundzwanzig in Ikeja hingerichtet wurden.

Diese Ereignisse waren nicht ohne Wirkung auf die Ostregion. Nach den Mai-Massakern im Norden hatte General Ironsi eine Untersuchungskommission unter Vorsitz eines britischen High Court Judge (Oberstaatsanwalt) eingesetzt. Er führte damit die Praxis der Engländer nach den Unruhen von Jos 1945 und den Morden von Kano im Jahr 1953 fort. Aber ehe diese Kommission zusammentrat, beauftragte er seinen Stabschef eine Voruntersuchung einzuleiten. Oberst Gowon mußte vor dem Obersten Militär-Rat mehrfach ermahnt werden, seine Ergebnisse vorzulegen, er wich immer wieder aus und

behauptete, der Bericht sei noch nicht fertig. In Wirklichkeit wurde er nie fertig, und nachdem Gowon an die Macht gekommen war, löste er die Kommission auf, noch ehe sie jemals zusammengetreten war. Niemals wurde festgestellt, wer für die Morde vom Mai verantwortlich war, Verantwortliche wurden gerichtlich nicht verfolgt und es gab auch keine Entschädigung für die Opfer.

In der Ostregion wuchs das Mißtrauen gegen Oberst Gowon: Es sah aus, als habe er gar nicht die Absicht gehabt, die Wahrheit über die Morde vom Mai ans Licht zu bringen. Dieser Eindruck verstärkte sich noch, als er später eine Schrift veröffentlichen ließ, in der behauptet wurde, die Erklärung des Unification Decree vom 24. Mai sei die einzige Ursache der Unruhen gewesen. In Wirklichkeit war diese Akte der einstimmige Beschluß des Obersten Militär-Rates gewesen, dem auch zwei Mitglieder aus der Nordregion angehörten, Oberst Hassan Katsina und Alhaji Kam Selem.

Wichtiger und meist zuwenig beachtet war der völlige Umschwung im Denken der Ostregion, was die zukünftige Gestaltung Nigerias betraf. Früher hatten die Menschen des Ostens sich am stärksten für ein einiges Nigeria eingesetzt, sie hatten für die Verwirklichung dieser Idee mehr geleistet als jede andere Volksgruppe und die gemeinsame Sache ständig auf politischer Ebene vorangetrieben. Aber zwischen dem 29. Juli und dem 12. September drehte sich der Osten um 180 Grad. Niemandem war wohl dabei, aber die jüngsten Ereignisse ließen diesen Umschwung geboten erscheinen.

In einer amtlichen Erklärung der Regierung der Ostregion vom Herbst liest man eine Erklärung dieser Entscheidung in bedauerndem Ton:

»Jüngste Ereignisse haben nur noch deutlicher gezeigt, daß die Überzeugung des Ostens, nur eine starke zentrale Macht könne die Menschen des Landes zusammenhalten, vermessend war und daß wir die Situation wahrscheinlich unerlaubt

vereinfacht gesehen haben. Jetzt scheint es so zu sein, als habe es niemals eine Grundlage für unsere Vorstellungen von einer geeinten Nation, einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft und einer gemeinsamen Zukunft gegeben.«^{*}

Dieses Eingeständnis fiel nicht leicht und die Enttäuschung war tief, fast wie ein Schock. Noch heute klingt sie bei denen in Biafra an, die damals im Zentrum der Ereignisse standen.

Inzwischen fanden in allen Regionen und auf allen Ebenen Diskussionen darüber statt, welche Haltung die einzelnen Regionen auf der bevorstehenden Ad Hoc Constitutional Review Conference (Sonderkonferenz zur Änderung der Verfassung), die vom 12. September an in Lagos tagen sollte, vertreten würden. Auf dieser Konferenz schlug die Ostregion einen losen Staatenbund vor mit einer umfangreichen Skala autonomer Möglichkeiten im Innern. Das war zwar keineswegs die Traumvorstellung des Ostens, aber man hielt diesen Vorschlag für die einzige Form, die den Realitäten der Lage Rechnung trug. Drei Monate später brachte Oberst Ojukwu seine Einstellung in zwei Sätzen zum Ausdruck: »Es ist besser, wenn wir uns ein wenig voneinander entfernen und am Leben bleiben. Es wäre viel schlechter, wenn wir uns annähern und bei dem Zusammenstoß ums Leben kommen würden.«^{***}

Auch die Nordregion trat für ein lockeres Bündnis ein, sogar noch loser als das, das die Ostregion vorgeschlagen hatte. Der Vorschlag des Nordens sah eigentlich nur noch eine Föderation von Staaten vor. Die Delegation des Nordens ließ keinen Zweifel an ihren Wünschen und fügte ein detailliertes Memorandum über die East African Common Services Organization an, die als Modell empfohlen wurde. Über die Einheit Nigerias hieß es in der Erklärung des Nordens:

^{*} The Problem of Nigerian Unity: The Case of Eastern Nigeria - S. 28

^{***} Verbatim Report of Proceedings of Supreme Military Council, Aburi, Ghana, 4.-5. Januar 1967 - S. 45

»Jüngste Ereignisse haben gezeigt, daß es unrealistisch und verhängnisvoll wäre, wollten die Führer von Nigeria die Zukunft des Landes auf starre politische Ideologien gründen. Schon allzu lange haben wir so getan, als gäbe es zwischen den Völkern dieses Landes keine Gegensätze. Die bittere Wahrheit, die wir ehrlich und nach ihrer ungeheueren Bedeutung für das nigerianische Experiment und vor allem für seine Zukunft hinnehmen müssen, besteht darin, daß wir verschiedene Völker sind, die durch die neueren geschichtlichen Ereignisse zusammengebracht worden sind. Es wäre töricht, etwas anderes behaupten zu wollen.«^{*}

Die Ähnlichkeit der Schlußfolgerung in diesem Absatz und in dem Auszug aus der Erklärung der Ostregion ist auffallend. Zum erstenmal erfuhr man, daß Osten und Norden sich über das Selbstverständliche ihrer Gegensätze einig waren.

Der Norden ging sogar noch weiter und verlangte, in jeder neuen Verfassung solle eine Sezessions-Klausel enthalten sein mit den Worten: »Jeder Mitgliedsstaat der Union soll das Recht behalten, sich vollständig und einseitig von der Union zu lösen und seine Vereinbarungen über die Kooperation mit den anderen Mitgliedern der Union in einer solchen Weise zu treffen, wie sie für alle oder für einzelne passend erscheinen.«^{**}

Anders als die Haltung des Ostens entsprach die des Nordens jahrzehntelanger Tradition. Dann vollzog sich der zweite Umschwung. Nach wenigen Tagen in Lagos schien es innerhalb der Delegation der Nordregion eine Krise zu geben. Oberst Katsina traf aus Kaduna ein, die Delegierten reisten überstürzt ab, die Konferenz wurde vertagt. Daheim berieten sich die

^{*} Original-Memorandum, von der Delegation der Nordregion vorgelegt bei der Ad Hoc Constitutional Review Conference, die in Lagos am 12. September 1966 begann. Voller Wortlaut zitiert in ›The North and Constitutional Development in Nigeria‹ - S. 23.

^{**} Ebenda - S. 25

Nord-Delegierten, und als sie zurückkehrten, unterbreiteten sie eine Reihe völlig veränderter Vorschläge. Jetzt wollten sie eine starke Zentral-Regierung, womit die Autonomie der Regionen aufgehoben gewesen wäre. Sie stimmten noch mehr Staaten in Nigeria zu (eine Idee, die sie bis dahin immer verabscheut hatten) und waren bereit, auf jede Erwähnung von Sezession zu verzichten.

Man hat diesen erstaunlichen Bruch mit allen nördlichen Traditionen auf die verschiedenste Weise zu erklären versucht. Einmal heißt es, der Middle Belt, der mit der Infanterie die Hauptmasse der Streitkräfte stellte, habe klargemacht, man wolle keine Rückkehr zur regionalen Autonomie, denn das würde nur die lästige Vorherrschaft der Emire wiederherstellen. Der Middle Belt mit seinem Übergewicht in der Armee, auf die beide Regierungsmannschaften jetzt angewiesen waren, habe die Nordregion und die Zentral-Regierung unter Druck gesetzt und seinen Willen bekommen. Wenn das stimmt, so trat damit eine neue Kraft auf die politische Bühne Nigerias, die Minoritäten, und wurde zur Ursache dessen, was Walter Schwarz »den dritten Staatsstreich« nennt.

Eine andere Auslegung besagt, die Emire hätten begriffen oder man habe ihnen erklärt, autonome Regionen würden weitgehend auf ihr eigenes Einkommen angewiesen sein, der Norden müsse dann allein die massiven Anleihen für den Kainji-Damm und den Ausbau der Bornu Railway zurückzahlen, während die Ostregion die Mehrheit der Einnahmen aus dem Ölgeschäft abschöpfen würde.

Eine dritte Erklärung lautet, die britischen Diplomaten hätten sich wieder einmal ans Werk gemacht und ihren zweifellosen Einfluß auf die Nordregion genutzt und dringend darauf hingewiesen, es sei bestimmt nicht nach dem Wunsch von Whitehall, wenn aus Nigeria eine Konföderation von Staaten würde.

Viertens ist es möglich, daß den Führern des Nordens

klargeworden war, daß sie es sich leisten konnten, in einem geeinten Nigeria die Minderheiten-Stämme im Vordergrund der Bühne agieren zu lassen und daß ihnen selbst die Gründung neuer Staaten nicht schaden würde, vorausgesetzt, sie behielten die Macht im Hintergrund, indem sie dafür sorgten, daß die Zentral-Regierung von der Armee abhängig blieb und die Armee als Werkzeug in Händen der Nordregion. Später wurde diese Ansicht, als der Norden sich angeblich in sechs Staaten aufteilte, durch eine Antwort Oberst Katsinas auf die Frage eines BBC-Korrespondenten bestätigt. Der Journalist hatte gefragt, ob diese Maßnahme an den herkömmlichen Machtverhältnissen im Norden irgend etwas ändern werde: »Nicht das geringste.« Als in der Mitte des gegenwärtigen Krieges zu erkennen war, daß Gowon sich durchsetzen werde, ließ Katsina eine Brigade Hausa an den nördlichen Zugängen nach Lagos aufmarschieren und ernannte sich ohne Skrupel zum Stabschef der Armee und damit zum Nachfolger eines anderen Mannes aus dem Norden, Oberst Bissalla.

Was auch der Grund für die Sinnesänderung gewesen sein mag, sie kam so plötzlich und so überraschend, daß es nach einem Kuhhandel roch, und die Befriedigung in England war in Lagos derart deutlich zu erkennen, daß man kaum glauben kann, die britische High Commission habe sich vom Anfang bis zum Schluß mit der Rolle eines müßigen Zuschauers begnügt.

Die Constitutional Conference kam zu keinem Ende. Sie mußte unterbrochen werden und ihre Bemühungen schienen ad absurdum geführt, als im Norden neue Massaker gegen die Menschen aus dem Osten losbrachen, die schlimmsten, die es je gegeben hatte. Die Erbitterung war so furchtbar, daß sie ein für allemal jede Hoffnung zerstörte, man könne den Haß des Nordens gegen den Osten als Übergangsphase auf dem Weg zu einer neuen Nation ignorieren. Sie schuf die Grundlage für die Überzeugung des Ostens, sein Volk könne nur dann darauf hoffen, am Leben zu bleiben, wenn es aus Nigeria austrat.

Spätere Veröffentlichungen der nigerianischen Militär-Regierung (natürlich war die Bundesdokumentation stets stark Pro-Nordregion) machten mehrere Gründe für diese Massaker verantwortlich und spielten ihren Umfang und ihre Bedeutung sehr herunter. Wenn man diese entschuldigenden Erklärungen genau prüft, erkennt man, daß sie nach den Massakern zusammengetragen oder erfunden worden sind und wenn man die wesentlichen Daten mit den Aussagen europäischer Augenzeugen vergleicht, erkennt man, daß es Fälschungen sind. Vor allem wird da behauptet, in der Ostregion seien ein paar Menschen aus dem Norden umgebracht worden und das habe die Massaker gegen die Ost-Leute in der Nordregion ausgelöst. In Wahrheit hat es zwar einige Fälle von Grausamkeit gegen Nord-Leute in der Ostregion gegeben, aber sie traten erst volle sieben Tage nach den Morden in der Nordregion auf.

So wie im Mai wurden die Massaker unter dem Einfluß derselben Elemente geplant und organisiert, die schon vom Januar her berüchtigt waren: Ex-Politiker, entlassene Beamte, eingeborene Regierungs-Funktionäre, Partei-Hyänen und Polit-Gangster. Wieder sah man, wie sie in gemieteten Bussen von Ort zu Ort durch die Nordregion fuhren, die Bevölkerung zu Gewalttaten aufhetzten und sie zum Angriff gegen die Sabon Garis, wo die Menschen aus dem Osten lebten, führten. Es gab nur einen wesentlichen Unterschied: In diesem Herbst beteiligten sich auch Polizei und Militär und übernahmen regelrecht die Führung der Mordkommandos, sie waren stets an der Spitze, wenn es um die Ausplünderung der Opfer und um die Vergewaltigung ihrer Frauen ging.

Diese Unruhen begannen zwischen dem 18. und 24. September - also innerhalb weniger Tage nach der Eröffnung der Constitutional Conference in Lagos - in der Nordregion in den Orten Makurdi, Minna, Gboko, Gombe, Jos, Sokoto und Kaduna. Das Vierte Bataillon in Kaduna verließ seine Kaserne und schloß sich dem Wüten der Zivilbevölkerung an. Oberst

Katsina richtete eine Warnung an die Soldaten, sie sollten sich heraushalten, aber sie blieb ohne jede Wirkung.

Als Oberst Gowon am 29. September über den Rundfunk sprach, erweckte er den Eindruck, als wolle er den Terrorakten ein Ende setzen. Er sagte unter anderem, es schiene, als habe jedermann den Verstand verloren, ein solcher Punkt an Brutalität und Verantwortungslosigkeit sei nun erreicht. Das wirkte auf seine Hörer so, als ließen sich die Morde an den Menschen aus der Ostregion in gewissem Umfang als vernünftiges Vorgehen entschuldigen. Die Ausschreitungen gingen keineswegs zurück, sondern die Flamme explodierte zum Höllenfeuer.

Damit der Leser die Beschreibung dessen, was geschah, nicht für die Früchte der Einbildung hält, wie man später in gewissen englischen und nigerianischen Regierungskreisen manchmal gern behauptet hätte, gebe ich hier lieber drei europäischen Augenzeugen das Wort. Der Korrespondent von ›Time Magazine‹ schreibt am 7. Oktober:

»Das Massaker begann auf dem Flughafen nahe der Heimat-Garnison des Fünften Bataillons, Kano. Ein Düsenflugzeug Richtung Lagos war eben aus London gelandet und als die Kano-Reisenden in das Zollgebäude geführt wurden, stürzte ein wütend mit den Augen rollender Soldat herein, schwang sein Gewehr und schrie: ›Ina Nyamiri?‹ - das heißt in Hausa: ›Wo sind die verdammten Ibo?‹ Es gab Ibo unter den Zollbeamten, sie ließen ihre Kreidestücke fallen und rannten davon, kamen aber nur bis zum Hauptgebäude und wurden dort von anderen Soldaten niedergeschossen. Die Hausa-Soldaten brüllten die Blutschwüre des Heiligen Krieges der Moslems und verwandelten den Flughafen in ein Schlachtfeld. Sie stachen die Ibo nieder, die in der Bar arbeiteten, erschossen sie auf den Fluren und zerrten Ibo-Passagiere aus der Maschine, stellten sie in einer Reihe auf und brachten sie um.

Vom Flughafen schwärmten die Soldaten nach Kano aus und

verfolgten die Ibo in Bars, Hotels und Straßen. Eine Gruppe fuhr mit ihren Landrovers zum Bahnhof, wo mehr als hundert Ibo auf einen Zug warteten, und legte sie mit Maschinengewehrfeuer um.

Das Morden blieb den Soldaten nicht allein überlassen. Bald schlossen sich Tausende von Hausa-Zivilisten ihnen an, sie hatten sich mit Steinen, Hirschfängern, Buschmessern und selbstgemachten Waffen aus Metall und Glassplittern bewaffnet und rannten durch die Straßen. Sie schrien ›Ketzer‹ und ›Allah‹. Mob und Soldaten gemeinsam stürmten das Sabon Gari (Fremdenviertel). Sie raubten und plünderten, brannten die Wohnungen und Läden der Ibo nieder und ermordeten die Besitzer.

Das Massaker dauerte die ganze Nacht bis in den Morgen hinein. Dann zogen sich die Hausa, erschöpft, aber befriedigt, in ihre Häuser und Kasernen zurück, um zu frühstücken und zu schlafen. Die städtische Müllabfuhr wurde beauftragt, die Toten einzusammeln und sie in Massengräber außerhalb der Stadt zu kippen. Wie viele es waren, wird man nie erfahren, aber es müssen mindestens tausend gewesen sein.

Irgendwie haben mehrere tausend Ibo die Orgie überlebt und sie alle hatten nur einen einzigen Gedanken: Weg aus der Nordregion.«

Walter Parrington im ›Daily Express‹, London, am 6. Oktober:

»Ich bin zu den Städten geflogen, die die zivile Luftfahrt der Nordregion anflieg, ich habe mich auf den Straßen durch dieses verlassene Land mitnehmen lassen, und nach dem, was ich unterwegs erfuhr, scheint der Terror manchmal ebenso entsetzlich wie der im Kongo zu sein. Ich weiß nicht, ob es in der Nordregion überhaupt noch Ibo gibt, wenn sie nicht tot sind, müssen sie sich im Busch versteckt haben, der so groß ist wie England und Frankreich zusammen.

Geier und Hunde zerren an den Leichen, und Frauen und Kinder schwingen Buschmesser, Knüppel und Gewehre.

In Kaduna habe ich mit dem Charter-Piloten gesprochen, der letzte Woche Hunderte von Ibo in Sicherheit brachte. Er sagte: ›Es müssen weit mehr als 3000 Tote sein...‹ Eine junge Engländerin berichtete: ›Die Haussa haben verletzte Ibo in die Krankenhäuser gekarrt und sie dort dann umgebracht.‹

Ich habe mit drei Familien gesprochen, die aus Nguru im Busch, 176 Meilen nördlich von hier (das Telegramm ist aus Lagos datiert) geflohen waren. Sie entkamen in drei Landrovers, nachdem der Mob sich in europäischen Läden mit Bier hatte volllaufen lassen und etwa fünfzig Ibo umgebracht hatte. Ein anderer Engländer, der aus Nguru geflohen war, hatte zwei katholische Geistliche gesehen, die um ihr Leben gerannt waren, der Mob hinter ihnen her. ›Ich weiß nicht, ob sie davongekommen sind, ich wollte es nicht abwarten...‹ Viele der ermordeten Ibo landeten in Massengräbern außerhalb der Mauern der Moslem-Stadt.

Charter-Piloten in Jos, die Ibo in die Ostregion geflogen hatten, sprechen von mindestens 800 Toten.

In Zaria, 45 Meilen von Kaduna, sagte ein Haussa in seinem safrangelben Gewand zu mir: ›Wir haben hier ungefähr 250 getötet. Allahs Wille geschehen Ein Europäer mußte zusehen, wie eine Frau und ihre Tochter in seinem Vorgarten abgeschlachtet wurden, nachdem man ihn gezwungen hatte, sie abzuweisen.«

Collin Legum vom ›Observer‹, London, 16. Oktober 1966:

»Die Haussa in den Städten und Dörfern der Nordregion wissen nur, was bei ihnen unmittelbar passiert ist, und nur die Ibo kennen die ganze entsetzliche Geschichte durch die etwa 600.000 Flüchtlinge, die sich in der Ostregion in Sicherheit bringen konnten - geprügelt, mit vielen Stichwunden, verstümmelt, nackt und ihres wenigen Eigentums beraubt, die

Waisen, die Witwen, Menschen, die noch immer unter Schock standen. Eine Frau war fünf Tage unterwegs gewesen, als sie stumm und benommen in ihrem Dorf ankam, hielt sie nur eine Schüssel in ihrem Schoß. Darin lag der Kopf ihres Kindes, man hatte ihn vor ihren Augen abgeschlagen.

Männer, Frauen und Kinder kamen mit gebrochenen Armen und Beinen, Hände abgehackt, Münder aufgeschlitzt. Schwangeren Frauen hatte man den Bauch aufgeschnitten und die ungeborenen Kinder getötet. Die Zahl der Opfer ist nicht bekannt. Die Zahl der Verletzten, die die Ostregion erreicht haben, geht in die Tausende. Nach vierzehn Tagen erinnert die Ostregion immer noch an die Ankunft der Juden aus dem Exil in Israel nach dem letzten Weltkrieg - eine schlimme Parallele.«

Ich lasse die Schilderungen über Art und Umfang der Gewalttätigkeiten, wie sie in jenen Wochen des Spätsommers 1966 durchgedrungen sind, hier deshalb enden, weil ich mich nicht dem Vorwurf aussetzen will, diese bestialischen Vorgänge als Sensation auszuschlachten. Die Augenzeugenberichte, die man später nach den Aussagen der Opfer zusammengestellt hat, umfassen mehrere tausend Seiten, manchmal begreift man einfach nicht, daß menschliche Wesen zu solcher Grausamkeit fähig sind. Das gilt auch für die Aussagen der europäischen Ärzte, die bei der Ankunft der Flüchtlinge in der Ostregion auf dem Flughafen und am Bahnhof von Enugu mitgeholfen haben, die Verletzten zu versorgen.

Fast ebenso eindrucksvoll war dann der Versuch der nigerianischen und der englischen Regierung, das alles unter den Teppich zu kehren, als ob man es durch bloßes Verschweigen in Vergessenheit geraten lassen könnte. Für die nigerianische Regierung ist das Thema tabu. Wer das Gespräch in parlamentarischen Kreisen in London verstummen lassen will, braucht nur davon anzufangen, das wirkt genauso wie damals im Fall Burgess und Maclean.

Viele schlaue Zeitungskorrespondenten haben sich offenbar auch stillschweigend darauf geeinigt, die Massaker von 1966 im Zusammenhang mit dem Austritt Ostnigerias aus dem Bund und dem gegenwärtigen Krieg nicht zu erwähnen. Das ist unrealistisch. Ohne auf diese Ereignisse einzugehen, kann man die heutige Haltung der Biafraner gegenüber den Nigerianern nicht erklären.

Aburi - Eine letzte Chance für Nigeria

Das Ziel des Pogroms von 1966 war zweifellos, die Ostbewohner aus der Nordregion und vielleicht überhaupt aus Nigeria zu vertreiben. Der Erfolg war in jeder Hinsicht erstaunlich. Die Mordwelle schwemmte die Menschen aus dem Osten in Scharen nach Hause. Sie waren ein für allemal davon überzeugt, daß Nigeria ihnen die Sicherheit von Leben und Eigentum nicht bieten konnte noch wollte, unveräußerliche Rechte, die jeder Bürger in seinem eigenen Land in Anspruch nehmen kann.

Man hat ihnen vorgeworfen, sie hätten Umfang und Resultat der Massaker hochgespielt. Das war aber leider gar nicht nötig. Die Tatsachen sprachen für sich selbst und es gab zu viele unabhängige Zeugen, um sie abzuschreiben. Ein Mann wie Walter Schwarz, dem man bestimmt keine Sensationslust vorwerfen kann, spricht von ›einem Pogrom von genociden Ausmaßen‹.

Die Ibo waren nicht allein die Opfer. Das Wort ›Ibo‹ bezeichnet im Norden einen einzelnen Stamm - das Haussa-Wort ist ›Nyamirik‹, es wird geringschätzig gebraucht und bezieht sich auf alle Menschen der Ostregion ohne Rücksicht auf Stammeszugehörigkeit. Daher hatten nicht nur die Ibo zu leiden, wenn sie auch zweifellos in der Mehrzahl waren. Efik, Ibibio, Ogoja und Ijaw kamen genauso unters Messer.

Auf die Berichte der Flüchtlinge hin ging eine Welle der Empörung durch die Ostregion, getragen von Verzweiflung und Enttäuschung. Es gab im ganzen Land kaum ein Dorf oder eine Stadt, eine Familie oder ein Lager, die nicht Flüchtlinge in ihrer Mitte aufnahmen und hörten, was sie zu berichten hatten. Tausende von ihnen waren auf Lebenszeit gezeichnet von ihren

seelischen oder körperlichen Leiden. Kaum einer besaß noch einen Pfennig, denn die Männer des Ostens hatten ihr Geld schon immer in Geschäften oder Grundbesitz angelegt, und kaum einer konnte mehr als einen kleinen Koffer auf die Flucht mitnehmen.

Alles hatten sie zurücklassen müssen - Häuser, Läden, Möbel, Autos, Löhne, Ersparnisse und geschäftliche Lizenzen, für viele das Endergebnis einer lebenslangen Mühe. Die Flüchtlinge waren nicht nur Flüchtlinge, sie waren auch ohne alle eigenen Mittel, als sie in der Ostregion ankamen, in einem Land, das viele von ihnen bis dahin nie gesehen hatten.

Natürlich gab es Reaktionen. Gleichzeitig mit den Gewalttaten im Norden kam es gelegentlich zu Racheakten gegen Menschen aus der Nordregion, die im Osten lebten. Nigerianer im Ausland haben berichtet, daß Hausa in Port Harcourt, in Aba und Onitsha angegriffen wurden. Aber dieselben Augenzeugen betonten, es habe sich um einzelne Vorfälle aus der Wut des Augenblicks heraus gehandelt. In der Ostregion hatte es immer nur ein paar tausend Menschen aus dem Norden gegeben, und als Oberst Ojukwu von den Übergriffen erfuhr, handelte er rasch. Es war klar, daß das Schicksal dieser Menschen in der Ostregion problematisch wurde, um es sanft auszudrücken, je höher die Zahl der Opfer im Norden stieg und je mehr man erfuhr, was dort eigentlich geschah.

Der Militär-Gouverneur befahl, die Menschen nach Norden über die Grenze zu führen und gab ihnen Polizeischutz für den ganzen Weg. Im Gegensatz zur Machtlosigkeit von Gowon und Katsina hatte er seine Leute fest in der Hand. Sicher haben die Polizisten der Ostregion ihre Schutzbefohlenen persönlich gehaßt, aber sie taten ihre Pflicht. Nur bei einer Gelegenheit, als der Zug von Aufständischen an der Brücke über den Imo aufgehalten wurde, gab es trotz des Begleitschutzes Ausfälle gegen ein paar Nordbewohner. Die überwältigende Mehrheit

verließ die Ostregion unversehrt.

Die Zahl der Opfer blieb umstritten. Collin Legum traf den Nagel auf den Kopf mit der Feststellung: »Nur die Ibo kennen die ganze entsetzliche Geschichte.« Da die Bundesregierung offensichtlich nicht geneigt war, eine Untersuchung durchzuführen, ordnete die Ostregion eine eigene an. Sie wurde von Gabriel Onyjuke geleitet, dem ehemaligen General-Staatsanwalt von Nigeria, der ebenfalls geflohen war. Die Untersuchung brauchte viel Zeit: Die Flüchtlinge hatten sich überall in der Region verteilt und waren schwer zu erreichen. Viele ließen den Aufruf, sich zu melden und auszusagen, unbeantwortet. Außerdem floß der Strom noch monatelang weiter, nachdem sich die Aura von Grausamkeit und Furcht aus dem Norden bis in den Westen und nach Lagos ausgebreitet hatte.

Soldaten aus dem Norden in der Westregion machten es ihren Kameraden zu Hause nach und fingen an, plündernd durch die Straßen zu ziehen und Jagd auf Opfer zu machen. Nachts streiften sie durch die Straßen von Lagos, nahmen verirrte Ost-Menschen fest und brachten sie zur Erschießung zur Agege Motor Road außerhalb der Stadt. Ein paar führende Männer packten ihre Autos mit ihren Habseligkeiten voll, flohen aus ihren Häusern und Wohnungen in Lagos und versuchten, sich jenseits des Niger in Sicherheit zu bringen.

Im Januar 1967 war die Untersuchung bei einer Zahl von 10.000 Toten angelangt, aber das war nur ein vorläufiges Ergebnis, bestehend aus den gewaltigen Verlustziffern der großen Städte. In der Nordregion gab es auf dem Land Hunderte von kleinen Siedlungen. Manchmal lebten in einem Dorf nur zehn oder zwölf Menschen aus dem Osten unter der Überzahl von Haussa oder Tiv. Als man überblicken konnte, was diesen kleinen Gruppen geschehen war, stieg die Zahl - einschließlich der Westregion und Lagos - auf über 30.000 Tote. Dazu kamen noch mehrere tausend, die verstümmelt und verkrüppelt worden

waren oder lebenslängliche seelische Schäden erlitten hatten.

Man hatte bis dahin gar nicht gewußt, daß es in der Nordregion so viele Menschen aus dem Osten gegeben hatte. Nachdem alle überlebenden zurückgekehrt waren, schätzte man sie auf 1.300.000, die aus den anderen Regionen auf knapp 500.000.

Natürlich enthielten diese Schätzungen einen Spielraum, viele hatten ausgesagt, sie hätten in irgendeinem Ort eine Familie gekannt, hätten aber nie wieder von ihr gehört. Man hätte einen Computer gebraucht, um durch Tabellenvergleich der Unterlagen das Schicksal derer aufzuklären, die nicht wiedergekommen waren.

Wer die Ostregion drei Monate nach diesem gewaltigen Rückstrom von Flüchtlingen besuchte, hatte sicher große Flüchtlingslager erwartet, die auf die Wohlfahrt angewiesen waren. Appelle an den Flüchtlingsfonds der UN um Hilfe und Beistand gegen den Hungertod wären ganz selbstverständlich gewesen. Es ist Ironie, sich vorzustellen, daß das Flüchtlingsproblem der Ostregion dann ein internationales Gewissensproblem geworden wäre, wie etwa der Gazastreifen. Mitgefühl und Segen der ganzen Welt hätten sie auf dem Weg in die Unabhängigkeit begleitet. Selbst wenn sie aus dieser Lage heraus sofort mit Nigeria gebrochen hätte, wäre ihr umgehende Unterstützung eines großen Kreises von Sympathisanten sicher gewesen.

Aber die Ost-Nigerianer wollten keine schwärende Wunde auf ihrer Heimatkarte. Das festgefügte Familiensystem trat voll in Kraft, die Tradition, nach der jeder verpflichtet ist, jeden noch so entfernten Verwandten in der Not aufzunehmen. Die Flüchtlinge verschwanden wie durch Zauberei und fanden Schutz bei Großeltern, die sie kaum noch kannten, bei Onkeln, Vettern und Schwägern. Der Ernährer der Familie nahm die Last auf sich, daß es noch mehr Mäuler zu stopfen gab. So kam es, daß es oberflächlich betrachtet so schien, als sei das Problem

rasch gelöst worden.

Unter der Oberfläche blieb es aber in seinem ganzen, ungeheuren Umfang bestehen. Der Flüchtlingsstrom hatte zu einer Arbeitslosigkeit geführt, die kaum noch zu bekämpfen war. Gesundheits- und Wohlfahrtsbehörden waren machtlos. Die medizinischen Einrichtungen brachen unter der Zahl der Verwundeten fast zusammen. Das Bildungswesen stand plötzlich vor der Aufgabe, mehrere hunderttausend Kinder in schulpflichtigem Alter zusätzlich zu unterrichten. In den meisten anderen Ländern der Welt hätte sich die Zentral-Regierung verpflichtet gefühlt, ein energisches Hilfsprogramm aufzustellen, die existierenden Einrichtungen so rasch wie möglich auszubauen oder umfassende finanzielle Unterstützung zu gewähren. Da immerhin Landsleute an der Not schuld waren, hätte man auch eine großzügige Entschädigung erwarten müssen. Aber in einem Nigeria unter Gowon geschah nichts dergleichen.

Es gab nicht einmal einen Ausdruck des Bedauerns. Die Nordregion wurde von der Zentral-Regierung nicht einmal aufgefordert, ihr Bedauern oder ihre Reue kundzutun. Es gab keine Sühne und kein Entgelt, nicht einmal das Angebot einer Wiedergutmachung, soweit sie überhaupt möglich war. Soviel man weiß, hat kein einziger Soldat einen einzigen Tag ›Bau‹ bekommen, kein Offizier kam vors Kriegsgericht, kein Polizist wurde auch nur in den Ruhestand versetzt, und kein Zivilist kam jemals vor Gericht, obwohl man viele von ihnen identifiziert hatte.

Diese Haltung der Regierung Gowon in Lagos klärte den Osten mit deprimierender Gründlichkeit über die Parteilichkeit der Zentral-Regierung auf. Die Spannung knisterte, und die Forderung nach Trennung, bisher nur ein leises Grollen, schwoll zum Sturm an.

Dabei war die Ostregion die letzte von den drei, die das Wort ›Sezession‹ auch nur in den Mund nahm. Die Nordregion hatte

zwanzig Jahre lang immer wieder damit gedroht. Bei den Verhandlungen von 1953 in London, die zu der Verfassung von 1954 geführt hatten, hatte Häuptling Awolowo als Führer der Action Group gewarnt, der Westen werde sich loslösen, wenn Lagos zum Bundesgebiet erklärt würde und nicht Teil der Westregion bliebe. Nur eine scharfe Zurechtweisung durch den Kolonialsekretär Oliver Lyttleton, später Lord Chandos, konnte ihn von diesem Kurs abbringen.

Mittlerweile waren die meisten Menschen der Ostregion überzeugt, daß das Nigeria, zu dem sie gehört hatten, tot war, das heißt: sein Geist tot war. Nur die Form war noch übrig, aber ohne den Geist war die Form eine leere Hülle und eine schwer beschädigte noch dazu.

Oberst Ojukwu dagegen glaubte, es gäbe noch eine Chance, Nigeria zu retten. Er bekämpfte den Separatismus mit seiner ganzen Autorität, obwohl er wußte, daß er seine Macht bei dieser Auseinandersetzung verlieren konnte. Er konnte nicht weiter gehen. Nach seiner nüchternen Überzeugung war das Beste für Nigeria eine zeitweilige Lockerung der regionalen Bindungen. In dieser Zeit würde sich die Situation abkühlen und später könne man dann in einer weniger erhitzten Atmosphäre neu verhandeln.

Gowon in Lagos schien dagegen unter dem Einfluß einer Gruppe von Männern zu stehen, die seit den Massakern im Norden nicht in der Ostregion gewesen waren und annahmen, die Gekränktheit des Ostens sei nur ein vorübergehender Koller, den man nicht weiter beachten müsse und mit dem man schon fertig werden würde, falls er später Schwierigkeiten machen sollte. Auch die britische High Commission ließ sich offenbar von dieser Unfähigkeit, den Umfang des Schadens und der Reaktion östlich des Niger richtig einzuschätzen, anstecken und empfahl daher dem Parlament, die Krise als ein kleines Buschfeuer zu ignorieren.

Oberst Ojukwu hielt es vorsichtshalber aber doch für nötig,

Waffen zu importieren. Nachdem die Besatzung der Garnison von Enugu bei ihrem Abzug ihre Ausrüstung mitgenommen hatte und die Soldaten des Ostens ohne Waffen heimgekehrt waren, stand es schlecht um die Verteidigung der Ostregion. Außerdem war Oberst Ojukwu von einem Ibo-Diplomaten in Rom ein Dokument zugespielt worden, aus dem hervorging, daß ein Major der Nordarmee, Sule Apollo, in Italien umfangreiche Rüstungskäufe tätigte.

Inzwischen hatte man Einladungen zur Wiederaufnahme der Verfassungsverhandlungen ausgeschickt. Ojukwu traute ihnen nicht: In den Straßen von Lagos wurden Menschen aus dem Osten immer noch von den Soldaten des Nordens bedroht, angemessene Sicherheitsvorkehrungen mußten garantiert sein. Es geschah aber nichts dergleichen und da sich alle drei anderen Regionen und die Hauptstadt unter der strengen Kontrolle der Nord-Truppen befanden, wußte Ojukwu nicht, wie er vernünftigerweise von den Ost-Delegierten verlangen sollte, ihr Leben zu riskieren. Gowons Reaktion bestand in der Auflösung der Konferenz, da sie sinnlos geworden sei, und in der Ankündigung, es werde ein Komitee zusammentreten und eine neue Verfassung entwerfen, die auf einem Nigeria aus acht bis vierzehn Staaten basieren solle.

Ojukwu war außer sich, aber er kannte seinen ehemaligen Kameraden gut genug, um zu wissen, daß der Schwächling Gowon in neue Hände gefallen war und sich von einer Gruppe neuer Ratgeber anstacheln ließ.

Vor den Morden im Herbst hatten ein paar Männer aus der Ostregion führende Positionen im Staatsapparat von Lagos innegehabt. Der Ständige Sekretär (Permanent Secretary) - d.h. der höchste Beamte in einem Ministerium - ist auch in einem demokratischen System ein einflußreicher Mann. Er kennt sein Ministerium und dessen Aufgaben manchmal besser als der Minister. Je nachdem, wie er den Minister berät, kann er die Politik beeinflussen oder sogar indirekt ›machen«. In einer

Militär-Regierung aus jungen und nicht allzu intelligenten Soldaten, die sich hinter ihrem Geschütz mal ganz wohlgeföhlt haben, und jetzt, nachdem die Kugeln sie schließlich an die Macht gebracht haben, den komplizierten Regierungszusammenhängen ziemlich verwirrt gegenüberstehen, gewinnt der Ständige Sekretär sogar noch an Einfluß. Wenn dann der Führer der machthabenden Militär-Clique auch noch ein Strohhann ist, hat der Staatssekretär alles in der Hand.

Die Ibo und andere Männer aus der Ostregion waren nach den Massakern geflohen, ihre Posten frei. Es gab nicht genug Männer der Nordregion, um sie neu zu besetzen, zudem ist ein fähiger Beamter der Nordregion zu Hause so wertvoll, daß ihm dort mit Sicherheit eine bessere Stellung geboten wird als in Lagos. Die Yoruba in der Westregion kümmern sich am liebsten um die Angelegenheiten ihres eigenen Gebiets. Die Männer, die nachrückten, nachdem die Ost-Nigerianer im Herbst und Frühwinter 1966 geflohen waren, kamen meistens aus Stämmen der Minderheiten. Ich habe schon früher erwähnt, daß sie ihre eigenen Gründe hatten, weshalb sie keine Rückkehr zu der starken Macht der Regionen von vorher wünschten. Solange Nigeria ein Gebilde aus vielen Staaten mit schwachen Regionen und einer Machtkonzentration im Zentrum blieb und solange sie das Zentrum kontrollierten, gehörte die Macht zum erstenmal in der Geschichte ihnen. Diese Chance wollten sie nicht versäumen.

Anfang des Winters 1966 wurde Oberst Gowon von östlichen Augen allmählich als ein höchst verdächtiges Individuum angesehen, ein Mann, der seine Versprechungen entweder nicht halten konnte oder wollte. Diese Einschätzung hat sich dann später so verstärkt, daß sie bis heute eines der größten Friedenshindernisse in Nigeria bildet. Hier einige Hintergründe dieses Mißtrauens: Der einstimmige Beschluß der Vertreter der Militär-Gouverneure vom 9. August 1966, die Truppen in ihre

Heimatgebiete zurückzuschicken, war nicht durchgeführt worden. Der Befehl, Waffen und Munition, die sie bei sich hatten, der Region zurückzugeben, wurde nicht befolgt. Gowon hatte beschworen, die Morde an Soldaten aus dem Osten würden aufhören, aber sie gingen weiter. Er hatte versprochen, die Untersuchung der Massaker vom Mai, die General Ironsi eingeleitet hatte, werde ›sicherlich fortgeführt, wie geplant‹. Man hörte nie wieder davon.

Anfang September hatten Truppen aus dem Norden, aus Ibadan, Benin City im Mittelwesten überfallen und eine Anzahl Offiziere aus dem Gefängnis entführt, die dort wegen ihrer Beteiligung am Januar-Coup saßen. Wer aus dem Norden stammte, wurde in der Nordregion freigelassen, die aus dem Osten wurden umgebracht. Gowon hatte sofort zugesagt, daß die Verantwortlichen bestraft würden, aber auch das ging verloren. Schließlich wurde die Auflösung der Ad Hoc Constitutional Conference am 30. November durch ihn mit der Begründung, die Ostdelegierten wären nach der ursprünglichen Vertagung vom 3. Oktober nicht mehr erschienen, im Osten als diktatorisch empfunden, denn der wirkliche Grund, weshalb sie nicht kamen, war ihre Furcht vor der Gewalttätigkeit der Nord-Truppen in Lagos. Genauso betrachtete man auch die unverfrorene Ankündigung, ein Komitee werde eine neue Verfassung auf der Basis von zehn bis vierzehn Staaten entwerfen. Während derselben Rundfunkansprache vom 30. November fühlte sich Gowon zum erstenmal stark genug, um mit Gewaltanwendung zu drohen, ›falls die Umstände es erforderten‹.

Wochen vergingen und die Zentral-Regierung machte immer noch kein Hilfsangebot zur Linderung der Not in der Ostregion, die durch den Flüchtlingsstrom entstanden war. Anfang Dezember sagte Ojukwu zu einem Journalisten: »Ich kann nicht mehr länger auf Lagos warten, ich muß meine eigenen

Vorkehrungen treffen.«*

Die Öffentlichkeit drängte immer mehr auf eine Untersuchung der einzelnen Probleme durch die regionalen Militär-Gouverneure, auch Oberst Ojukwu war unbedingt dafür. Nachdem es aber in ganz Nigeria keinen Ort gab, an dem er sich persönlich sicher fühlen konnte, beschloß man, in Aburi, in Ghana, unter dem Vorsitz von General Ankrah zusammenzutreten.

Am 4. und 5. Januar 1967 versammelte sich der Oberste Militär-Rat (Supreme Military Council) von Nigeria in Präsident Nkrumahs luxuriösem Landsitz in den Hügeln oberhalb Akkras. Anwesend waren Oberstleutnant Gowon und die vier regionalen Militär-Gouverneure: Oberst Robert Adebayo (Nachfolger des ermordeten Oberst Fajuyi) und die Oberstleutnants Katsina, Ojukwu und Ejoor. Dem Rat gehörten noch vier weitere Offiziere an, Vertreter der Marine, der Hauptstadt und zwei von der Polizei, aber die eigentliche Diskussion fand zwischen den fünf Obersten statt. Ojukwu war den andern intellektuell weit überlegen und sie schienen das zu wissen. Um sicherzustellen, daß nicht irgendwelche Entschlüsse später falsch interpretiert werden konnten, wurde das Gespräch mitstenographiert und auf Band aufgezeichnet. Später, als Gowon sich nicht an die Beschlüsse hielt, gab Ojukwu den vollen Wortlaut der zweitägigen Verhandlungen in Form von sechs Sprechplatten heraus.

Wenn man diesen Text prüft, stellt sich heraus, daß zweifellos nur ein Mann eine klare Vorstellung von dem einzigen Weg hatte, auf dem die politische Einheit Nigerias gerettet werden konnte: der Militär-Gouverneur der Ostregion, Ojukwu. Von Gowon erfährt man nur, daß auch er wollte, daß die Föderation erhalten bliebe, darüber hinaus aber dachte er nicht oder nur wenig. Die anderen drei sahen sich bald veranlaßt, der

* West Africa, 24. Dezember 1966

zwingenden Logik von Ojukwu Argumenten zu folgen.

Als Gowon mit der Frage der Rückkehr der Truppen und mit seinem Versagen in diesem Punkt konfrontiert wurde, erklärte er wenig überzeugend, er hätte gemeint, es sollten nur Soldaten aus dem Osten in die Ostregion und die aus dem Norden in die Nordregion heimkehren. Da es keine Yoruba-Truppen gegeben hätte, habe er die Nord-Truppen eben in der Westregion behalten müssen, obwohl die westlichen Spitzen der Thought Conference* einstimmig die feste Absicht der Ostregion unterstützt hatten, es müsse auch eine Repatriierung aus dem Westen geben. Adebayo protestierte.

Aber das Hauptproblem war die Staatsform von Nigeria und die Struktur seiner Armee in der unmittelbaren Zukunft. Ojukwu:

»Solange die Situation sich nicht ändert, kann man von den Soldaten der Ostregion nicht verlangen, daß sie in denselben Kasernen wohnen, in denselben Kantinen essen und in denselben Gräben kämpfen sollen, wie die Truppen der Nordregion. - Aus diesen entscheidenden Gründen empfiehlt sich die Trennung von Militär und Zivilisten beider Seiten in aller Offenheit, um weitere Auseinandersetzungen und weiteren Mord zu verhüten.«

Katsina war einverstanden, ebenso Adebayo und Ejoor.

Ojukwu äußerte sich auch dazu, weshalb er Gowon als Oberbefehlshaber nicht anerkennen könne: Solange das

* Die Führer von Thought wurden erstmals unter dem Regime von Ironsi zusammengerufen, um die Militär-Gouverneure in lokalen Angelegenheiten und öffentlicher Meinung zu beraten. Die Mitglieder des Gremiums gehörten zu den führenden Personen aus Handel, Gewerbe und Verwaltung, ebenso waren Häuptlinge und Älteste unter ihnen. Doch waren sie von den Gouverneuren ernannt worden, und das war der Grund, weshalb Ojukwu sich lieber an die frei gewählten Mitglieder seiner Beratenden Versammlung (Consultative Assembly) hielt, die es nur in der Ostregion gab.

Schicksal von General Ironsi unbekannt sei, könne es keinen Nachfolger geben. Außerdem gäbe es mindestens sechs ranghöhere Offiziere als Gowon und der nächsthöchste solle in Abwesenheit von Ironsi die Geschicke des Landes lenken. Drittens sei die Ostregion niemals mit der Ernennung von Gowon einverstanden gewesen. An dieser Stelle gab Gowon preis, was mit General Ironsi geschehen war. Er habe es für »undienlich« gehalten, früher davon zu sprechen - und das, obwohl ihm die Einzelheiten schon seit dem Abend des 29. Juli des Vorjahres durch Leutnant Walbe bekannt waren.

Schließlich fand man die Lösung in dem Beschluß, die Armee solle dem Obersten Militär-Rat (Supreme Military Council) unterstehen, dessen Vorsitzender gleichzeitig Oberbefehlshaber der Armed Forces und Leiter des Federal Military Government sein sollte. In der Frage der Verfassung einigte man sich darauf, die Ad-Hoc-Constitutional Conference solle so bald wie möglich ihre Sitzungen und ihre Arbeit wiederaufnehmen.

Zum größten Problem der Ostregion, den Flüchtlingen, faßte man folgende Beschlüsse: Innerhalb von zwei Wochen sollten sich die Staatssekretäre der Finanzministerien treffen und Vorschläge für die Förderung der Rehabilitation der Flüchtlinge machen. Ehemalige Beamte und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes bis hinunter zu denen, die täglich Lohn bezogen hatten, sollten bis zum Ende des Rechnungsjahres, dem 31. März, ihr volles Gehalt bekommen, falls sie noch keine neue Anstellung gefunden hatten. Kommissare der regionalen Polizei hatten die Aufgabe, den Flüchtlingen wieder zu ihrem Besitz zu verhelfen, den sie zurückgelassen hatten. Diese Beschlüsse brauchte Ojukwu seinem Volk gegenüber als wesentliche Elemente der Beruhigung. Unter den Flüchtlingen befanden sich zum Beispiel allein 12.000 Eisenbahnangestellte.

Zukünftige Konferenzen sollten an einem gemeinsam vereinbarten Ort in Nigeria stattfinden. Die Veröffentlichung hetzerischer oder peinlicher Aussagen und Dokumente durch die

staatlichen Informationsmedien sollte verhindert werden.

Dann prostete man sich mit Champagner zu und die Versammlung ging in bestem Einvernehmen auseinander. Daheim in der Ostregion gab Ojukwu eine Pressekonferenz und versicherte seinen Landsleuten (von denen viele sehr viel mehr für sofortige Sezession als für Gespräche gewesen waren), daß die Konferenz in Aburi etwas erbracht habe. Vorausgesetzt, daß man sie befolgte, würden die Beschlüsse einen großen Fortschritt für Entspannung und Beruhigung im Lande bedeuten.

Aburi war Nigerias letzte Chance. Später wurde behauptet, es sei auf gewisse Weise ›unfair‹ gewesen, da Ojukwu klüger gewesen sei als die anderen vier Obersten, so als habe er sie übervorteilt. Vor allem von englischen Autoren wurde Ojukwu vorgeworfen, es sei nicht ehrenhaft von ihm gewesen, mit einer klaren Vorstellung von den Beschlüssen, die er brauchte und einem überzeugenden Memorandum im Kopf nach Aburi zu gehen - die anderen hätten sich unter der Konferenz nicht mehr als eine freundliche Zusammenkunft von Offizierskameraden vorgestellt.

Zu behaupten, die anderen vier Obersten hätten nicht begriffen, daß sie zu einer ersten Sitzung des Obersten Militär-Rats (Supreme Military Council) nach der Hölle des Sommers zusammengerufen wurden und nicht zu einem Geplauder am Kamin, ist ziemlich einfältig. Einer wie der andere muß gewußt haben, daß Aburi eine historische Chance war. Die andern Obersten hätten sich ja auch vorbereiten können, Ojukwu hatte das von ihnen erwartet, auch sie verfügten schließlich über Beamte und Berater.

Gowon war kaum ein paar Tage wieder in Lagos, da faulte die Ernte von Aburi schon auf dem Halm. Die vorher erwähnten Beamten aus den Minderheitenstämmen sahen auf den ersten Blick, daß ihr einfältiger Vorsitzender Beschlüssen zugestimmt hatte, die für ihre Wünsche viel zu weit gingen. Aus ihrer Sicht gab die Entzerrung von Armee und Zivilbevölkerung zum

Zweck einer Beruhigungsphase den Regionen eine viel zu starke Autonomie, was eine Einschränkung ihrer eigenen Autorität bedeutete. Die Staatssekretäre setzten Gowon zu, er müsse seine Haltung revidieren.

Innerhalb von zehn Tagen brachte die Bundes-Regierung eine Broschüre mit dem Titel ›Nigeria 1966‹ heraus, in der alles was seit dem Coup vom Januar geschehen war, vom Standpunkt der Föderation, sprich: Nordregion aus dargestellt wurde, ein bis heute bemerkenswertes Beispiel an Verdrehung. Eine Welle der Empörung in der Ostregion erhob sich. Als Oberst Ojukwu telefonisch protestierte, man habe doch beschlossen, keinerlei offiziöse Darstellungen mehr zu veröffentlichen, wurde Gowon nervös und behauptete, es habe da ein Leck gegeben. Dagegen erfuhr Ojukwu später, daß das Resultat dieses ›Lecks‹ gleichzeitig in London, New York und mehreren anderen Hauptstädten erschienen war, mit allem Drum und Dran an Verlagsreklame bis zu Cocktailpartys der Hochkommissionen und Botschaften. Als er noch einmal telefonisch protestierte, fand sich der aufgeregte Gowon schließlich so in die Enge getrieben, daß er den Hörer auflegte. (Diese Gespräche sind in Enugu auf Band aufgenommen worden.) Auch Oberst Ojukwu hing auf, aber mit kalten Vorahnungen. Er wußte, daß er in seiner Position in der Ostregion die Beschlüsse von Aburi nicht antasten durfte.

Am 26. Januar hielt Gowon in Lagos eine Pressekonferenz ab, angeblich zu dem Zweck, das Ergebnis von Aburi bekanntzugeben. Dabei basierte sein Text offenbar nicht auf den Aufzeichnungen und den abschließenden Vereinbarungen von Aburi, sondern auf der Kritik der Staatssekretäre an diesen Dokumenten. Wenn man beides, den Wortlaut der Pressekonferenz und den von Aburi nebeneinander liest, zweifelt man, ob Gowon überhaupt in Aburi anwesend gewesen war.

Zunächst einmal wandte er sich dagegen, die Armee dem

Obersten Militär-Rat zu unterstellen, er werde nicht zulassen, daß man ihm den Oberbefehl aus der Hand nähme und ihn einer Organisation wie dem Rat übergäbe. Außerdem unterständen die Bezirks-Kommandanturen (für die einzelnen Bezirke der Regionen) dem Armee-Hauptquartier, »das mir als Oberbefehlshaber der Streitkräfte direkt unterstellt ist.«^{*} In Wirklichkeit fand sich dieses Zitat nirgendwo in den Beschlüssen von Aburi.

Zum Flüchtlingsproblem sagte er, die Staatssekretäre der Finanzministerien sollten »materielle Zuwendungen nicht diskutieren« - dabei war vor allem finanzielle Hilfe unabdinglich, wenn die Ostregion mit ihren 1.800.000 Flüchtlingen fertig werden sollte.

Was die Fortzahlung von Gehältern betraf, betonte er: »Der Beschluß, Gehälter bis Ende März weiter auszuzahlen, läßt die damit verbundenen wirtschaftlichen Faktoren außer acht... so ist es unvernünftig, daß auch die Empfänger von Tagelöhnen ihre bisherige Entschädigung weiter erhalten sollen. Dieser Beschluß muß daher revidiert werden.« Noch dazu mahnte er, es werde dem öffentlichen Dienst des Bundes »sehr schwer fallen«, seine verschleppten Angestellten zu bezahlen.

Auch in der Frage der Verfassung ließ er eine Bombe explodieren. Die Staatssekretäre hatten ihm geraten, sich »an ihre früheren Vorschläge und Empfehlungen zu halten«, nämlich: Die Ad Hoc Constitutional Conference solle auf unbestimmte Zeit vertagt bleiben, das unmittelbare politische Programm, verkündet durch den Oberbefehlshaber am 30. November (d. h. der Plan eines Nigeria aus zehn bis vierzehn Staaten) solle in Kraft gesetzt und das Land entsprechend informiert werden.

Als er mit den Fußnoten fertig war, schien von Aburi nur noch wenig übrig. Nichts dagegen, daß er mit dem, was er

^{*} Nigerian Crisis, Band 6, S. 11-15

unterzeichnet hatte, nicht einverstanden war, es mag gute Gründe gegeben haben, Aburi neu zu überdenken. Aber die Tatsache bleibt, daß er und die andern Obersten nach zwei Verhandlungstagen das Dokument freiwillig und ohne Druck unterschrieben hatten. Die einseitige Aufhebung so vieler entscheidender Passagen, die vor allem für die Ostregion lebenswichtig waren, versetzte Nigeria einen solchen Schlag, daß es sich nie wieder davon erholte.

Oberst Ojukwu in Enugu mußte sich sozusagen die Augen reiben, als er die Niederschrift dieser Pressekonferenz las. Viele Schreiber sagen damals und heute, »Oberst Ojukwu tat dies...« oder »Oberst Ojukwu weigerte sich, das zu tun...«, aber kaum einer hat versucht, zu begreifen, unter welchem Druck er stand. Schon seit den Massakern im vergangenen Herbst war der Ruf nach Sezession immer lauter und lärmender geworden. Mehr und mehr Gruppen der Bevölkerung schlossen sich ihm an. Das Flüchtlingsproblem, das man in Lagos so leicht vergessen oder verdrängt hatte, war eine quälende Realität geblieben. Für Tausende von Angestellten im öffentlichen Dienst hing von der Frage der Fortzahlung der Gehälter Verhungern oder Überleben ihrer Familien ab, ein immer noch brennendes Problem. Ojukwu hatte für den Wunsch nach Selbständigkeit gekämpft, so hart und so weit er konnte.

»Aburi oder nichts« wurde in der Ostregion zum Wahlspruch. Oberst Ojukwu weigerte sich, an weiteren Sitzungen des Obersten Militär-Rats teilzunehmen, bis die Beschlüsse von Aburi angewendet würden - teils, weil es in Benin, wo man sich treffen sollte, ziemlich viele Soldaten aus dem Norden gab, teils, weil er nicht weiter gehen konnte. In einer Rundfunkrede von Ende Februar sagte er: »Sollten die Beschlüsse von Aburi bis zum 31. März nicht voll in Kraft getreten sein, werde ich keine andere Alternative haben, als meinerseits jede notwendige Maßnahme zu ergreifen, um die Vereinbarungen in unserer Region wirksam zu machen.«

An diesem Tag wartete man nur noch auf die Loslösung von Ost-Nigeria. Die Journalisten der Pressekonferenz in Enugu reisten mit fertigen Schlagzeilen an. Statt dessen setzte Oberst Ojukwu immer noch auf eine letzte Chance, ein einiges Nigeria zu erhalten. Er kündigte an, er werde eine Verordnung über Staatseinnahmen erlassen und alle Mittel, die der Bund sonst in der Ostregion abkassierte, zurückhalten und in das Hilfsprogramm investieren, alle mit Ausnahme der Ölgelder, die ohnehin in Lagos zusammenflossen. Die Reporter trauten ihren Ohren nicht, sie hatten Feuer und Flamme erwartet, statt dessen legte man ihnen ein Finanzprogramm vor. Ojukwu beschränkte sich auf die Erklärung, die Ostregion werde sich nur im Fall eines Angriffs oder einer Blockade von Nigeria lossagen.

Die Bundes-Regierung erließ daraufhin Verordnung Acht, ein Dokument, das auf den ersten Blick die wichtigsten Punkte der konstitutionellen Beschlüsse von Aburi zu verwirklichen schien, wenn auch nicht die finanziellen Vereinbarungen. Diese Verordnung legte die Legislative und Exekutive in die Hände des Obersten Militär-Rats, alle wesentlichen Entschlüsse sollten nur mit Billigung der Militär-Gouverneure getroffen werden. Innerhalb ihrer Regionen sollten die Gouverneure unabhängig herrschen.

Das sah gut aus und wurde sehr begrüßt, obwohl es eigentlich über das Ergebnis von Aburi vier Monate zuvor nicht hinausging. Abgesehen von den Fußnoten: Sie waren so geschickt formuliert, daß man erst bei der zweiten Lektüre merkte, daß sie die Hauptpassagen zu nichts reduzierten.

Eine dieser Klauseln lautete: Die Gouverneure dürften ihre Befugnisse nicht dazu benützen, ›die Autorität des Bundes zu behindern oder einzuschränken, oder den Bestand der Bundes-Regierung zu gefährden«. Auch das sieht harmlos aus, hieß aber, daß die Bundes-Regierung, d. h. Gowon, letztlich zu entscheiden hatte, was ›die Autorität behindern oder einschränken« würde. Ein weiterer Abschnitt ermächtigte die

Bundes-Regierung, eine Regional-Regierung auszuschalten, falls diese ›den Fortbestand der Bundes-Regierung gefährde‹, und auch das nach dem Kriterium von Lagos.

Am bedrohlichsten empfand die Ostregion einen Paragraphen, nach dem in jeder Region mit der Zustimmung von nur drei Militär-Gouverneuren der Notstand ausgerufen werden konnte. Erklärung des Ausnahmezustandes heißt gewöhnlich, daß man Truppen einmarschieren läßt, und nachdem die anderen drei Militär-Gouverneure entweder aus der Nordregion stammten oder Truppen aus dem Norden in ihrer Region die Übermacht hatten, betrachtete Ojukwu diesen Absatz als besonders gegen die Ostregion gerichtet. Er lehnte die Verordnung ab.

Die wachsende Unbeliebtheit der Regierung Gowon machte sich nun auch im Rest des Südens bemerkbar. In der Westregion wuchs die Unzufriedenheit, weil die Truppen aus dem Norden nicht abgezogen wurden, obwohl diese Maßnahme in Aburi von neuem festgelegt worden war. Häuptling Awolowo führte die Revolte an. Die proletarischen und radikalen Gruppen der Westregion waren schon immer seine Anhänger gewesen und sie waren es, die die ›Besetzung‹ durch die Nord-Truppen am meisten verabscheuten. Auf einer Konferenz der Leaders of Thought Ende April in Ibadan trat er als Delegierter für die Ad Hoc Conference, die eigentlich bald wieder eröffnet werden sollte, zurück und begründete das in einem Brief: »Meine wohlüberlegte Meinung ist, daß einige Forderungen der Ostregion zwar weitgespannt sind, daß aber im Rahmen einer Nigerianischen Union die meisten dieser Ansprüche nicht nur durchaus begründet sind, sondern zu reibungslosen und gesunden Beziehungen der verschiedenen Stammesgruppen in Nigeria beitragen würden.«*

Häuptling Awolowo war eben von einem Besuch bei Oberst

* Walter Schwarz, S. 227

Ojukwu zurückgekehrt und hatte sich selbst von der Leidenschaft der Gefühle überzeugen können (andere haben das peinlich vermieden). Laut Oberst Ojukwu fragte ihn Awolowo, ob die Ostregion sich loslösen werde. Er habe ihm geantwortet: Nein, solange es noch irgendeine Alternative gibt.

Awolowo fühlte mit den Leiden der Ostregion, nachdem er die Lage selbst kennengelernt hatte. Falls der Osten abfallen sollte, bat er um eine Vorwarnung von vierundzwanzig Stunden, die Westregion werde dann folgen. Ojukwu stimmte zu und hielt sich später an sein Versprechen. Aber Awolowo hatte sich inzwischen anderen Verlockungen zugewandt und verzichtete darauf, seine Absicht auszuführen. Für die Yoruba war das arg, denn wäre Awolowo bei der Fahne geblieben, hätte sich die Bundes-Regierung zwei gleichzeitig Abtrünnigen gegenüber in einer aussichtslosen Lage befunden und wäre gezwungen gewesen, die Beschlüsse von Aburi bis zum letzten Buchstaben zu erfüllen. Nigeria hätte dann heute wahrscheinlich seinen Frieden, nicht als Staatenbund von zwölf Provinzen, sondern als harmonisches Gefüge fast autonomer Staaten in einer Föderation. Die Beamten der Zentralregierung hätten einiges von ihrer Macht eingebüßt, aber dafür wären sehr viel mehr Menschen am Leben geblieben - auch viele Yoruba, denn heute halten Nord-Truppen die Westregion besetzt wie zuvor und die hastig rekrutierten Yoruba müssen als Kanonenfutter für die Maschinengewehre der Biafraner dienen. In Biafra weiß man nicht genau, wie hoch ihre Verluste waren, und die Bundes-Armee äußert sich nicht dazu, aber der Militärische Nachrichtendienst der Biafraner ist überzeugt, daß von allen Gruppen in der Bundes-Armee die Yoruba schrecklicher dezimiert wurden als irgendeine andere.

Als Awolowo Ende April in Ibadan von seiner Teilnahme an der Ad Hoc Conference zurücktrat, erklärte er auch, im Fall einer Sezession der Ostregion werde die Westregion sich ihrerseits loslösen. Oberst Ejoor vom Mittelwesten schloß sich

ihm an, in seiner Region hatten über eine Million Ibo ihren festen Wohnsitz. Er wollte nicht zwischen die Fronten geraten und schlug eine entmilitarisierte Zone in seiner Region vor.

Da erfolgte ein weiterer Donnerschlag aus dem Norden. Die Emire, denen jahrzehntelang ausschließlich an ihrer eigenen Macht in Nigeria gelegen war, gaben eine Erklärung heraus, die Nordregion solle unwiderruflich zur Schaffung einzelner Staaten verpflichtet werden - ob sie nun anderwärts errichtet würden oder nicht -, als Basis der Stabilität in der Nordregion wie auch der ganzen Föderation. Die Bundes-Regierung wurde dringend ersucht, unmittelbare Schritte zu unternehmen, um den Apparat für die Gründung dieser Staaten in Gang zu setzen.*

So wie die Sinnesänderung des Nordens auf der Ad Hoc Conference, war auch diese Entscheidung derart überraschend, daß man daraus nur schließen konnte, daß entweder die Soldaten aus den Minderheitenstämmen in der Infanterie wieder ihre Stimme erhoben hatten oder die Emire beabsichtigten, durch die Errichtung neuer Staaten die wachsende Solidarität der Südregion zu zerstören, während sie selber hinter der Fassade und über alle Staatsgrenzen hinweg einmütig operierten.

Das war eine tatkräftige Unterstützung des Gowon-Regimes, die Einigkeit der drei südlichen Regionen zerbrach. Awolowo, der schon lange die Gründung neuer Staaten als ein gegen die Nordregion gerichtetes Mittel vertreten hatte, ließ sich die Gelegenheit nicht entgehen. Dieser Gesinnungswechsel brachte ihm auch gleich den Posten des Finanz-Kommissars und stellvertretenden Vorsitzenden des Supreme Council in einem aus Soldaten und Zivilisten gemischten Kabinett ein. Häuptling Enahoro von einem Minderheitenstamm des Mittelwestens und Joseph Tarka, der Anführer der Tiv, wurden ebenfalls Minister. Ejoor zog sich zurück. So hatten sich die Reihen hinter Gowon geschlossen und er fühlte sich stark genug, es mit der Ostregion

* West Africa, 13. Mai 1967

aufzunehmen. Anscheinend hatte man ihm bis dahin versichert, wenn es zu Kämpfen käme, würden sie rasch und zu seinen Gunsten entschieden werden. Man kann annehmen, daß er die Hände in den Taschen behalten hätte, hätte er Dauer und Ausmaß des bevorstehenden Krieges vorausgesehen. Aber hinter seinem Rücken flüsterte man ihm zu, für den Fall einer militärischen Auseinandersetzung gebe es einfache, militärische Lösungen, und das mag seinem schlichten, militärischen Gemüt eingeleuchtet haben.

Anfang Mai verhängte er eine Teilblockade über die Ostregion - sie betraf den gesamten Postverkehr, erstreckte sich auch auf die technischen Einrichtungen des Nachrichtenwesens und andere Verkehrsmittel, die alle über Lagos liefen. Damit war die Ostregion von der Außenwelt abgeschlossen, zumal auch die Flüge der Nigeria Airways eingestellt wurden.

Oberst Ojukwu sagte in Enugu zu einem Reuter-Korrespondenten: »Ich fürchte, jetzt geht es bergab. Wer weiß, ob sich das noch aufhalten läßt. Wir sind nahe dran, sehr, sehr nahe.«

Eine letzte Friedensbemühung gab es noch. Eine Gruppe, die sich National Conciliation Committee nannte unter dem neuen General-Staatsanwalt Sir Adetokunboh Ademola, einem Yoruba, und zu der auch Häuptling Awolowo gehörte, suchte Oberst Ojukwu am 7. Mai auf. Sie hörten sich seine Meinung an, akzeptierten alle seine Forderungen und baten die Bundes-Regierung, sie zu erfüllen. Diese Forderungen beschränkten sich wesentlich auf die Durchführung der Vereinbarung vom 9. August, die Truppen in ihre Herkunftsregionen zurückzuführen - und verlangten die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen.

Am 20. Mai schien Gowon allen diesen Empfehlungen zuzustimmen, aber auch diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Er verkündete, zusammen mit anderen Zwangsmaßnahmen sei auch das Flugverbot der Nigeria Airways für die Ostregion wieder aufgehoben. Aber der Direktor der Fluggesellschaft gab

im privaten Gespräch zu, er habe keine Anweisung, die Flüge wiederaufzunehmen. In bezug auf die Truppen flog zwar Oberst Katsina aus Kaduna nach Ibadan, um ihre Verlegung zu veranlassen - aber nur nach Ilorin, einen Steinwurf jenseits der Grenze zwischen West- und Nordregion und an der Hauptstraße nach Lagos. Von dort konnte man sie in kürzester Zeit zurückführen.

Schließlich konnte auch Oberst Ojukwu sich dem Ruf nach Sezession nicht länger entgegenstellen. Am Ende einer lärmenden Sitzung der 335 Mitglieder der Beratenden Versammlung der Häuptlinge und Ältesten bekam er einstimmig den Auftrag, ›zum frühestmöglichen Termin‹ die Ostregion aus der kaum noch als existent angesehenen Föderation Nigeria herauszuführen und sie zu einem ›freien, souveränen und selbständigen Staat mit dem Namen und Titel einer Republik Biafra zu erklären.

Die Bundes-Regierung beging ihren größten Fehler, als sie daraufhin Gewalt androhte. Bei Wohlwollen ließe sich das damit erklären, man habe sich in Lagos in seliger Unkenntnis der leidenschaftlichen Gefühle in der Ostregion befunden. Dort wußte man, daß die Bundes-Armee vorwiegend aus denselben Nord-Truppen bestand, die kaum acht Monate zuvor östliche Landsleute abgeschlachtet hatten, und man sah in dieser Drohung den Auftrag an diese Soldaten, die Ausrottung, die ihnen im Vorjahr nur zur Hälfte gelungen war, perfekt zu machen.

Obwohl das Mandat der Beratenden Versammlung gar nicht die unmittelbare Sezession bedeutete, tat Gowon am nächsten Tag einen weiteren Schritt. Er erklärte den Ausnahmezustand und erließ gleichzeitig ein Dekret, das Nigeria in zwölf neue Staaten aufteilte und die bisherigen Regionen abschaffte. Eine schlimmere Provokation war kaum denkbar. Vor allem hatte es vorher keine Beratung gegeben, was schon verfassungswidrig war, alle Versprechungen, jede Region werde zu jeder

zukünftigen Form des Bundes gehört werden, waren vergessen. Das Entscheidende war, daß die Ostregion in drei winzige, gleichermaßen machtlose Staaten aufgeteilt werden und Port Harcourt vom Ibo-Staat losgetrennt und zur Hauptstadt des Rivers-Staates gemacht werden sollte. Man nannte das »eine offene Aufforderung zur Sezession«. In derselben Rundfunkrede kündigte Gowon die Erneuerung der Blockade an, widerrief Dekret Acht und nahm sich alle Vollmachten »für die kurze Periode, die für die Maßnahmen nötig ist, die jetzt dringend erforderlich geworden sind«.

Am frühen Morgen des 30. Mai wurden Diplomaten und Journalisten im State House versammelt (bald sollte es in Biafra Lodge umbenannt werden) und Ojukwu verlas die Unabhängigkeitserklärung. Hier der Wortlaut:

»Männer und Frauen unseres Landes, ihr, das Volk von Ost-Nigeria:

In dem Bewußtsein, daß der Allmächtige Gott über der ganzen Menschheit thront, kennt ihr eure Pflicht euch selbst und euren Nachkommen gegenüber;

Ihr habt erfahren, daß keine Regierung außerhalb von Ost-Nigeria euer Leben und euren Besitz schützen kann;

Ihr glaubt daran, daß ihr frei geboren seid und bestimmte, unveräußerliche Rechte besitzt, die wir selbst am besten wahren können;

Ihr wollt nicht unterdrückte Glieder irgendeines Bündnisses politischer oder wirtschaftlicher Natur sein;

Keine andere Person oder Personen als die Militär-Regierung von Ost-Nigeria soll Macht haben, euch jemals irgend etwas aufzubürden;

Ihr seid entschlossen, alle politischen und anderen Bande zwischen euch und der ehemaligen Republik von Nigeria zu lösen;

Ihr seid bereit, euch mit jedem souveränen Staat inner- und außerhalb der ehemaligen Bundes-Republik von Nigeria unter Umständen und Bedingungen zu verbünden, die euch zum Besten dienen;

Nachdem ihr euren Glauben und euer Vertrauen in mich gesetzt habt;

Nachdem ihr mich beauftragt habt, nach eurem Willen und in eurem Namen Ost-Nigeria zu einer souveränen, unabhängigen Republik zu erklären, Erkläre ich, Oberstleutnant Chukwuemeka Odumegwu Ojukwu, Militär-Gouverneur von Ost-Nigeria, kraft des Amtes und der eben erklärten Grundsätze, das Gebiet und die Region, die man Ost-Nigeria nennt, zusammen mit ihren Küsten und Küstengewässern, feierlich zu einem zukünftigen unabhängigen und souveränen Staat mit Namen und Titel ›Republik von Biafra‹.«

Mit diesen Worten trat die Ostregion von Nigeria in ihre selbsterklärte Unabhängigkeit ein, und der Name ›Biafra‹ erschien zum erstenmal im politischen Vokabular - nur vorübergehend, wie damals die meisten politischen Beobachter glaubten.

Die Zukunftsaussichten des Volkes von Biafra wurden damals von drei Gefühlen bestimmt. Zunächst nicht tiefe Empörung, sondern das Empfinden, unerwünscht zu sein, und diese Empfindung hält sich bis heute. In den Augen der Biafraner haben nicht sie Nigeria verlassen, sondern wurden hinausgejagt. Sie sind fest davon überzeugt, daß der Anstoß zur Sezession von Seiten Nigerias kam. Eine lebenslängliche Illusion zerbrach, als sie, die am meisten für ein ›einiges Nigeria‹ gehandelt und gedacht hatten, sich schließlich abgewiesen sahen. Als Nigeria dann versuchte, sie dem Land mit Gewalt wieder einzuverleiben, war und blieb das für sie unlogisch - unter anderem. Sie sind überzeugt, daß es in Nigeria für sie keinen Platz als gleichberechtigte Bürger gibt, daß man sie nicht als Menschen haben will, sondern nur ihr Land mit seinem Öl und

den andern Reichtümern, die es hervorbringen kann. Sie sind überzeugt, daß es die Nigerianer waren und nicht sie, die den Gesellschaftsvertrag gebrochen haben, nach dem die Bürger zur Treue gegenüber ihrer Regierung verpflichtet sind und die Regierung sie belohnt, indem sie ihnen Schutz ihres Lebens, ihrer Freiheit und ihres Eigentums garantiert. Sie haben einsehen müssen, daß sie in Nigeria von nun an immer nur als Opfer oder höchstens als Arbeitssklaven geduldet sein würden. Gowon (der sich inzwischen zum Generalmajor befördert hatte), die höchsten Beamten in Lagos und die Propaganda aus Kaduna konnten beschwören, was sie wollten und wie immer sich die nigerianische Armee verhielt: Das Volk fühlte sich in seiner Furcht nur noch mehr bestärkt.

Außerdem mißtrauen die Biafraner von jeher zutiefst allem, was die Regierung in Lagos sagt oder verspricht. Die Präzedenzfälle sind unvergessen, nachdem General Gowon in den vergangenen achtzehn Monaten wiederholt bewiesen hatte, daß er gegenüber seinen kommandierenden Offizieren in Heer und Luftwaffe ohnmächtig war und daß sie ihrerseits die Truppen nicht in der Gewalt hatten. Wiederholte Versicherungen von Seiten Gowons, die Soldaten würden sich gemäßigt verhalten und die Luftwaffe werde zivile Zentren nicht angreifen, erwiesen sich als Schall und Rauch. Darum glaubte auch niemand an Friedenszusagen auf der Basis von ›Gebt eure Waffen her und wir sind nett zu euch‹. Wenn Gowon sie mit kräftiger Rückenstützung der britischen Regierung auf zukünftige verfaßte Sicherheitsgarantien innerhalb Nigerias hinwies, antworteten die Biafraner, diese selben Garantien habe auch die ehemalige Verfassung von Nigeria schon enthalten und sie hätten ihnen 1966 nichts genützt. Es ist kaum vorstellbar, daß irgendeine Friedensformel, die das heutige nigerianische Regime vorschlägt, dieses Mißtrauen überwinden könnte.

Auch konnten sich die Biafraner nicht von ihrer tiefen Überzeugung losmachen, daß der Einmarsch der nigerianischen

Armee in ihr Land ein weiteres Pogrom von den Ausmaßen eines Völkermords bedeuten würde. In ihren Augen planten die Herrscher der Nordregion (also die Regierung in Lagos) die endgültige Ausrottung der Biafraner. Danach würde der Norden in seiner Gier nach den Öleinnahmen den an der Küste Balewas unterbrochenen ›Marsch ans Meer‹ über ihre Leichen fortsetzen. Im Ausland, vor allem in britischen Regierungskreisen, tat man diese Furcht verächtlich als ›Ojukwu Propaganda‹ ab. Es war aber kein Wort von Ojukwu nötig, um in den folgenden Monaten die Biafraner in ihrer Furcht zu bestätigen: Sie erhielt nur noch mehr Rechtfertigung.

Unverzüglich präsentierte Lagos der Weltöffentlichkeit eine Reihe von Erklärungen für den Abfall Biafras von Nigeria, wobei es von London und anderen Korrespondenten einer Art ›Establishment-Presse‹ unterstützt wurde. Eine dieser Erklärungen lief darauf hinaus, ›Ojukwu Aufstand‹ sei der Versuch eines einzelnen Mannes, gestützt auf eine kleine Clique von Offizieren und Beamten, aus Ehrgeiz und persönlicher Habgier einen Rebellenstaat zu gründen. Zwar hält man heute noch hier und dort an dieser Meinung fest, aber inzwischen wurde sie von den Tatsachen längst widerlegt. Vor allem hatten die Führer von Biafra im Gegensatz zu ihrem Volk begriffen, was für eine ungeheure Aufgabe sie sich gestellt hatten, wie groß die Risiken waren, und die meisten von ihnen hatten ihre Machtpositionen draußen aufgegeben, um heimzukehren und ihren Dienst in Biafra unter viel dürftigeren Bedingungen zu versehen. Alle waren sich darüber klar, daß der Weg zu leichtem Leben und Luxus, Macht und Prestige nichts anderes bedeutet hätte als mit den an der Macht befindlichen Kräften, mit Lagos also, zu kooperieren. Hätte Oberst Ojukwu sich entschlossen, gegen den Wunsch seiner Landsleute mit Gowon zusammenzuarbeiten, hätte er seinen Besitz erhalten können, in Nigeria eine hohe Stellung innegehabt und wahrscheinlich auch Gouverneur der Ostregion bleiben können - allerdings nicht als

geachteter Führer des Volkes, sondern als verhaßter Quisling mit einer Leibgarde von Bundes-Truppen. Wäre persönliche Macht sein Motiv gewesen, hätte er sich Zeit lassen können, sich mit anderen Führern im Süden, bei denen er in hohem Ansehen stand, zu verbünden und mit einer eigenen, neuen Süd-Armee später einen Staatsstreich durchzuführen. Bei seiner Intelligenz wäre er als Anführer eines solchen Staatsstreichs vermutlich erfolgreicher gewesen als die Köpfe der beiden vorangegangenen Aufstände.

Auch zeigte die Einmütigkeit, mit der die Notablen des Ostens die Sache Biafras unterstützten, sehr bald, daß sie von ihrer Gerechtigkeit überzeugt waren. Hunderte von ihnen, die außerhalb und daheim hohe Stellungen erreicht hatten, boten ihre Dienste an, wie sie es bestimmt nicht für irgendeinen ehrgeizigen Oberst getan hätten, der sein Volk aus persönlichem Ehrgeiz ruinieren wollte. Als Gowon später nach Gouverneuren für die drei Staaten suchte, die er in der ehemaligen Ostregion errichtet hatte, fand er keinen einzigen fähigen Mann für diese Posten. Für den Ibo-Zentralstaat des Ostens mußte er auf einen unbedeutenden Lehrer für Soziologie an der Universität in Ibadan zurückgreifen, Ukpabi Asika, den seine ganze Familie enteignet hatte (was in Afrika als tiefste Schande gilt). Für den Rivers Staat mußte er einen fünfundzwanzigjährigen kleinen Marineoffizier aufbauen, Alfred Spiff - indem er ihn zum Korvettenkapitän beförderte -, auch ihn hatten die Spiffs von Port Harcourt enterbt. Für den Südost-Staat wählte Gowon einen Mr. Essuene, einen völlig unbekannten jungen Offizier aus Lagos, der seine Heimat jahrelang nicht gesehen hatte. Schließlich haben die Biafraner ihr Land derart tapfer verteidigt, daß sogar ihre ärgsten Feinde beeindruckt waren, und damit gezeigt, daß sie aus Überzeugung kämpften. Ein einzelner Offizier oder eine Gruppe von Militärs hätte ein laues, halbherziges und zögerndes Volk nicht einmal mit Gewalt zur Rebellion veranlassen können, geschweige denn die Kontrolle

behalten, als die Leiden dieses Volkes alles übertrafen, was bisher in Afrika geschehen war. Ein solcher Usurpator hätte nur zusehen können, wie die Bundes-Armee sein Reich überrennt und die unwilligen Verteidiger ihre Waffen wegwerfen und fliehen. Höchstwahrscheinlich wäre er überdies sofort einem Staatsstreich zum Opfer gefallen, weil die Bevölkerung ihm auf einem solchen Weg nicht gefolgt wäre. All dies geschah nicht. Die Biafraner haben mit Zähnen und Klauen um jeden Fußbreit ihres Landes gekämpft. An der Heimatfront gab es keinen einzigen Aufruhr gegen die Regierung - man hätte ihn gar nicht verhindern können, wären die Menschen unzufrieden gewesen. Auch die Engländer hatten Ende der zwanziger Jahre bereits erfahren, daß die Biafraner aus ihrem Herzen keine Mördergrube machen, wenn ihnen etwas nicht paßt.

Man hat versucht, die Standfestigkeit der Biafraner als Wirkung von ›Ojukwu Propaganda‹ zu erklären. Diese Idee spukt immer noch herum. Vielleicht wäre es sogar möglich gewesen, die Masse durch eine geschickte Manipulation der meinungsbildenden Medien (für eine Weile) zu beeinflussen. Kaum denkbar ist dagegen, daß die gesamte Führung, die ihre wichtigen Stellungen aufgegeben hatte, um Biafra in viel geringeren Positionen zu dienen, darauf hereingefallen wäre. Zu diesen Männern gehört der ehemalige Präsident Dr. Nnamdi Azikiwe, der frühere Premierminister Dr. Michael Okpara, der frühere Zivil-Gouverneur der Ostregion, Dr. Francis Ibiam, der frühere Judge of the World Court, Sir Louis Mbanefo, der ehemalige stellvertretende Dekan der Universität von Ibadan, Professor Kenneth Dike, und Männer wie Professor Eni Njoku, vielleicht einer der bedeutendsten Wissenschaftler, die Afrika hervorgebracht hat. Man darf auch nicht die unzähligen Akademiker, Anwälte, Lehrer, Ärzte, Chirurgen, Verwaltungsbeamte, Ingenieure und sonstige Beamte vergessen. General Gowon hätte der Welt nur zu gern einen einzigen Verräter auf dieser Liste gezeigt.

Innerhalb weniger Monate nach der Erklärung der Unabhängigkeit marschierten immer mehr Truppen auf, um den neuen Staat zu vernichten. Mit dem Schlachtruf ›Es gibt nur ein Nigeria - dafür sind wir Soldaten da‹ (To Keep Nigeria One - Is a Job That Must be Done), ließ Gowon die Bundes-Armee vorgehen. Phrasen wie ›Ein einiges Nigeria‹, ›Die territoriale Integrität von Nigeria muß gewahrt bleiben‹ und ›Nieder mit den Aufständischen‹ wurden überall laut, nur über eine dauerhafte Lösung für diese Forderungen hatte sich offenbar kaum jemand konstruktive Gedanken gemacht. Die drohende Balkanisierung Afrikas wurde düster an die Wand gemalt - daß die Loslösung der Republik Irland von Großbritannien durch irgendein Wunder nicht zu einer Balkanisierung Europas geführt hatte, vergaß man dabei. ›Sezession‹ galt als das Fürchterlichste, aber niemand sprach davon, daß Teilung schon seit Jahren ein probates politisches Mittel gewesen war, wenn zwei bestimmte Bevölkerungen auf keine Weise miteinander auskommen konnten.

Eine Reihe von Ländern unterstützten Nigeria sofort, vor allem das ›sozialistische‹ England, das faschistische Spanien und das kommunistische Rußland. Diese drei Länder liefern bis heute alles Kriegsmaterial und machten das gräßlichste Blutbad der afrikanischen Geschichte erst möglich.

Am 30. Mai 1967 war das noch in der Zukunft verborgen. Beide Seiten sahen, daß der Krieg unvermeidlich war, und beide Seiten bereiteten sich fieberhaft darauf vor - die Biafraner auf ihre Verteidigung und die Nigerianer auf eine rasche Erledigung dessen, was ihnen als kinderleichte Aufgabe erschien. Im Morgengrauen des 6. Juli fielen an der Nordgrenze von Biafra die ersten Schüsse.

ZWEITER TEIL

Der Kampf ums Überleben

8

Das ist Biafra

Als Gebiet ist Biafra nicht groß, ungefähr 93.000 Quadratkilometer. Aber in der übrigen Statistik gehört es zu den ersten drei Ländern in Afrika. Mit über 440 Menschen auf zweieinhalb Quadratkilometern ist seine Bevölkerungsdichte die größte von Afrika. Biafra ist in jeder Hinsicht im Vergleich mit dem übrigen Kontinent am weitesten entwickelt, es gibt dort am meisten Industrie, das Pro-Kopf-Einkommen ist am höchsten, ebenso die Kaufkraft, das Straßennetz ist am besten ausgebaut und es gibt mehr Schulen, Krankenhäuser, Geschäfte und Gewerbebetriebe als in den anderen Ländern.

Wenn von seiner wirtschaftlichen Kraft die Rede ist, hat man es oft als das Japan, das Israel, das Manchester oder Kuwait dieses Kontinents bezeichnet. Das bezieht sich auf viele Einzelercheinungen, die einen Besucher überraschen, der bisher ganz Afrika für gleichmäßig rückständig gehalten hat. In den langen Jahren, als Fabriken, Banken und öffentliche Dienste zwar oft von Männern der Ostregion verwaltet wurden, aber im anderen Gebiet lagen, wurde das Land wirtschaftlich kaum ausgenutzt und blieb hinter seinen vollen Entwicklungsmöglichkeiten weit zurück. Sogar im Süden haben die großen Ölgesellschaften die Produktion stets gedrosselt, man ließ die Pumpen lieber leerlaufen, um eine gute Reserve zu haben für die Zeit, da die arabischen Ölfelder versiegen würden.

Der Vergleich mit Japan gilt dem Charakter der Bevölkerung. Die Menschen sind fähig, ausdauernd und hart zu arbeiten, was für Afrikaner ungewöhnlich ist. Die Arbeiter in den Fabriken bringen es auf mehr Arbeitsstunden und die Bauern erzielen eine höhere Ernte pro Hektar als in irgendeinem anderen Land Afrikas. Vielleicht haben die natürlichen Gegebenheiten diese

Züge gefördert, aber sie fußen auch auf den Traditionen des Volkes. Persönlicher Erfolg hat in Biafra immer als Verdienst gegolten, ein erfolgreicher Mann wird bewundert und respektiert. Ämter oder Titel werden nicht vererbt. Wenn ein Mann stirbt, werden seine Lebensleistung, seine Ehren, sein Ansehen und seine Macht mit ihm begraben. Seine Söhne müssen sich auf gleicher Ebene mit den anderen jungen Männern der Gesellschaft von neuem bewähren.

Die Biafraner sind lerneifrig und besonders an der Ausbildung in technischen Berufen interessiert. Eine Situation wie diese ist nichts Ungewöhnliches: Ein Schreiner in einem Dorf hat fünf Söhne. Der Vater arbeitet von früh bis spät, die Mutter hat einen Stand auf dem Markt, die vier jüngeren Söhne verkaufen Streichhölzer, Zeitungen oder rote Pfefferschoten, und das alles für den ältesten Sohn, damit er das College besuchen kann. Wenn er sein Examen hat, ist er verpflichtet, die College-Ausbildung des nächsten Bruders zu bezahlen. Danach finanzieren die beiden die Erziehung des dritten, vierten und fünften. Der Schreiner mag als Schreiner sterben, aber er hinterläßt fünf ausgebildete Söhne. Die meisten Biafraner würden für berufliche Bildung alles tun. Dorfbewohner tun sich zusammen, um in ihrem Ort ein Gebäude zu errichten - aber kein Erholungszentrum, keinen Swimmingpool, kein Stadion, sondern eine Schule. Ein Dorf, das eine Schule hat, ist ein angesehenes Dorf.

Sie sind überzeugt, daß ›nichts auf dieser Welt ewig dauert‹ (ein Ibo-Spruch) und sind deshalb auch fähig, sich anzupassen und Neues zu lernen. Andere afrikanische Gruppen, vor allem die Moslem, nehmen ihre Armut oder Rückständigkeit als Allahs Willen hin - der Biafraner sieht in beidem eine Herausforderung an die Begabung, die Gott ihm verliehen hat. Der Unterschied dieser beiden Haltungen bedeutet sehr viel, denn er scheidet eine Gesellschaft, wo westliche Einflüsse nie Fuß fassen und finanzielle Investitionen selten Frucht tragen

werden von einer andern, die ihren Weg machen wird.

Zum Unglück haben gerade Arbeit und Leistung die Biafraner in Nigeria so unbeliebt gemacht, vor allem im Norden. Die Ablehnung, die sie hervorrufen, führt man aber auch auf andere Eigenschaften zurück. Sie sind energisch, überheblich und rücksichtslos - sagen ihre Gegner; ihre Freunde nennen sie ehrgeizig und tüchtig. Für Geld tun sie alles, sagen die einen - die andern loben ihre Umsicht und Sparsamkeit. Vetternwirtschaft und Jagen nach jedem Vorteil wirft man ihnen vor - andere preisen ihren familiären Zusammenhalt und die Schnelligkeit, mit der sie die Vorzüge einer guten Ausbildung begriffen haben.

Der Vergleich mit Manchester bezieht sich auf ihr kaufmännisches Geschick. Anstatt für einen gesicherten Lohn für einen Chef zu arbeiten, spart ein Biafraner lieber jahrelang und kauft sich dann seinen eigenen Laden. Den hält er Tag und Nacht geöffnet, es könnte ja noch ein Kunde kommen. Seinen Gewinn steckt er wieder in sein Geschäft, er kauft sich eine Ziegelhütte, dann ein richtiges Geschäft, dann eine Ladenkette. Nachdem er längst mehrere Tausend auf der Bank hat, fährt er immer noch mit dem Fahrrad. Überall in Afrika gibt es arabische Händler (Libanesen oder Syrer) und indische Kaufleute. Ihr Handelsgenie hat sie durch die Welt geführt, sie unterbieten die ansässigen Händler und drücken sie an die Wand. Aber sie meiden die Gebiete, wo Biafraner ihren Handel treiben.

»Israël« bezieht sich darauf, daß sie früher oder später überall, wo sie sich niederließen, Verfolgungen ausgesetzt waren. Cotton Legums Hinweis auf die Rückkehr der Juden nach Israel nach dem letzten Weltkrieg war vielleicht zutreffender, als er damals wußte - mit dem Rücken zur Wand gab es für die Biafraner jetzt keinen anderen Weg mehr. Auch sie wollen lieber in ihrer Heimat sterben, als nachzugeben und am Leben zu bleiben wie der Ewige Jude. Oberst Ojukwu hat einmal zu Journalisten

gesagt: »Was Sie hier sehen, ist das Ende eines langen Weges, eines Weges, der weit im Norden begann und schließlich hierher, ins Herzland der Ibo geführt hat. Es ist der Weg ins Schlachthaus.«^{*}

›Kuwait‹ bedeutet natürlich das Öl von Biafra. Man hat behauptet, wenn die Heimat der Biafraner aus nichts als Wüste und Busch bestanden hätte, dann hätte man sie leicht aus der Föderation entlassen und ihnen noch »Gott sei Dank!« nachgerufen. Bei einer Diskussion über den gegenwärtigen Krieg sagte ein ausländischer Geschäftsmann nur: »Es ist ein Öl-Krieg.« In der Erde von Biafra liegt ein Ozean von Öl von der reinsten Sorte der Welt. Man kann dieses Rohöl direkt in den Tank eines Diesellastwagens füllen und er wird fahren. Ungefähr ein Zehntel dieser Vorkommen liegen im benachbarten Kamerun, etwa drei Zehntel in Nigeria und die restlichen sechs Zehntel unter Biafra.

Wer Biafra besucht, um eine totalitäre Militär-Diktatur kennenzulernen, wird enttäuscht. Oberst Ojukwu regiert mit erstaunlich sanfter Hand. Die Biafraner wollen nicht einfach tun, was man ihnen sagt, sie wollen wissen, warum. Nachdem Oberst Ojukwu im Januar 1966 als Militär-Gouverneur an die Macht gekommen war, begriff er bald, daß er engeren Kontakt mit der breiten Masse seines Volkes pflegen mußte.

Die Versammlung der alten Politiker hatte abgewirtschaftet, und General Ironsi war damals vorläufig gegen andere parlamentarische Formen gewesen, er hatte gefunden, die Militär-Regierung müsse erst fester im Sattel sein. Ojukwu entwarf also im stillen einen Plan für eine Rückkehr zur Zivil-Regierung oder zumindest für ein beratendes Gremium, das dem Militär-Gouverneur die Wünsche des Volkes vermitteln und durch das er diese Wünsche erfahren konnte. Nach dem Juli-Coup war die Gelegenheit gekommen, um diese Pläne zu

^{*} Oberst Ojukwu zu James Wilde und dem Autor, Umuahia, 17. August 1968

entwickeln. Jede der neunundzwanzig Divisionen der Region mußte vier ernannte Vertreter und sechs Delegierte aus der Bevölkerung aufstellen. Die Ernennungen wurden zwar von Ojukwu Büro veranlaßt, waren aber ex officio, etwa der Divisions-Administrator, der Divisions-Sekretär etc. Die sechs Delegierten wurden durch die Dorf- und Sippenhäuptlinge gewählt sowie durch die Leaders of Thought. So kam er auf 290 Personen. Dazu forderte er noch fünfundvierzig Vertreter der Berufsstände. Die Gewerkschaften schickten Delegierte, die Teacher's Conference, die Bar Association, die Farmer's Union und andere Gruppen der Gemeinden und, nicht zuletzt, die Market Trader's Association - imposante und freizügige Market Mammies, die die Briten schon während der Unruhen von Aba in die Schranken gewiesen hatten.

Sie alle bildeten die Beratende Versammlung und galten zusammen mit dem Rat der Häuptlinge und Ältesten bald als das Parlament von Biafra. Oberst Ojukwu hat seither keine Entscheidung getroffen, ohne sich mit ihnen zu beraten und hat ihre Wünsche in der nationalen Politik ausnahmslos befolgt.

Für die direkten Regierungsaufgaben gibt es den Exekutivrat, der jede Woche tagt und in dem nur ein Mitglied außer Ojukwu ein Militär ist.

Seit die Beratende Versammlung am 31. August 1966 eröffnet worden war, dreiunddreißig Tage nach dem Gowon-Coup, ist sie bei jedem Schritt auf dem Weg zur Teilung befragt worden. Später wurde behauptet, die Ibo hätten die Nicht-Ibo-Minoritäten gegen ihren Willen in die Sezession hineingezogen. Dazu muß man wissen, daß von den 335 Mitgliedern der Versammlung 165 Nicht-Ibo sind, gegenüber 169 Ibosprechenden. Die Minoritäten sind also in der Versammlung sogar stärker vertreten, als ihrem Anteil an der Bevölkerung entspräche.

Der Beschluß, Oberst Ojukwu zu ermächtigen, den Bruch mit Nigeria zu vollziehen, wurde neun Monate später einstimmig

gefällt. Die Stammesvertreter der Minoritäten waren keineswegs widerstrebende Opfer einer Ibo-Vorherrschaft und wurden ebensowenig gegen ihren Willen zur Sezession gezwungen: Sie hatten volles Stimmrecht und beteiligten sich aktiv an jeder politischen Bewegung in dieser Richtung. Natürlich gab es bei ihnen wie in allen Gruppen solche, die mit den Beschlüssen nicht einverstanden waren - ein paar von ihnen wurden seither immer wieder von den Nigerianern zitiert zum Beweis, die Ibo hätten die Minoritäten weitgehend unter Druck gesetzt. Wer aber damals unterwegs mit diesen Minoritäten in Berührung kam, konnte nicht nur feststellen, daß diese Opposition verhältnismäßig gering war, sondern erlebte dort denselben überschäumenden Glauben an die Trennung wie im Ibo-Land.

Die Gebiete der Minderheiten liegen in den Randgebieten von Biafra, deshalb fielen sie zuerst der Bundesarmee in die Hand, und die Seiten wechselten hin und her. Die biafranische Armee zog ab und die Nigerianer marschierten ein, mit erhobener rechter Hand und mit dem Ruf »Nigeria soll einig bleiben« - eine Geste, die auf die meisten Beobachter mehr nach Selbstbehauptung als nach politischer Überzeugung aussah.

Natürlich gab es Kollaborateure. Viele der führenden Männer der Minderheitengruppen, die sich für Biafra erklärt hatten, mußten vor der Verfolgung durch die Bundestruppen die Flucht ergreifen. Gute Arbeitsplätze wurden frei, Häuser und Büros wurden leer, Autos blieben zurück und die mit solchen Stellungen verbundenen Sonderrechte. Es gelang den Nigerianern leicht, andere Männer zu finden, die bereit waren, diese Positionen einzunehmen unter der Bedingung uneingeschränkter Zusammenarbeit mit den Besatzern. Wenn man sich diese Leute genauer betrachtet, die jetzt unter nigerianischer Herrschaft solche Stellungen innehaben, waren sie vorher meist Subalterne, als ihre fähigeren Landsleute noch an der Spitze der biafranischen Verwaltung waren.

Unmittelbar nach der Eroberung blieben viele Eingeborene in

den Gebieten der Minderheiten, die vorausgegangene Bundespropaganda hatte sie umgestimmt zu der Ansicht, die Gründung von Biafra sei doch ein Fehler gewesen und es sei besser, mit der nigerianischen Armee zusammenzuarbeiten. Ein paar dieser eingeborenen Würdenträger war es ernst mit ihrer veränderten Gesinnung, andere hofften auf persönliche Verbesserung und Bereicherung aus dem Besitz der toten oder geflüchteten Führer von gestern. Allerdings drangen seit dem Mittsommer 1968 immer mehr Berichte nach Biafra, daß sie das Leben unter der Besatzung immer weniger angenehm fanden.

Oft erreichte die Hauptflüchtlingswelle nicht gleich nach dem Fall einer Provinz das unbesetzte Biafra, sondern erst ein paar Wochen später, nachdem man die Methoden der nigerianischen Armee kennengelernt hatte. Die Bundessoldaten schlachteten Ziegen, Hühner, Rinder und Schweine für ihre eigene Küche. Sie lebten von unreif geerntetem Maniok und Yam. Sie nahmen die Mädchen und machten mit ihnen, was sie wollten - wer dagegen protestierte, wurde verfolgt. Sie zwangen Dorfeinwohner, der öffentlichen Hinrichtung von Dorfhäuptlingen und Dorfältesten beizuwohnen. Sie schlossen die Schulen und benützten sie als Kasernen. Sie bereicherten sich durch Schwarzmarktgeschäfte an Lebensmitteln, die für die Notleidenden bestimmt waren. Sie plünderten und schickten die Beute nach Hause - sie ließen keinen Zweifel daran, daß sie bleiben würden und sich vom Lande nähren wollten, und zwar nicht schlecht.

Noch vor dem Sommer schickten immer mehr Häuptlinge ihre Boten durch die Frontlinie zu Ojukwu, sie waren nun endgültig davon überzeugt, daß ein Leben unter ihm für sie unendlich viel besser war, als unter den Nigerianern. Einer der Gründe, weshalb sie Ojukwu schätzten (unter den Politikern vor ihm hatte es freilich manches zu beklagen gegeben), war der veränderte Status der Minderheiten. Früher hatten die Ibo-sprechenden Gruppen die Beratende Versammlung beherrscht,

und einige Minderheitsgebiete fanden sich bei der Verteilung von finanziellen und technischen Mitteln oder Investitionen benachteiligt. Ojukwu hatte dem ein Ende gesetzt.

Eine der ersten Vorlagen der Beratenden Versammlung zielte auf die Abschaffung der von den Briten eingeführten neunundzwanzig Divisions-Distrikte. Sie sollten durch zwanzig Provinzen ersetzt werden, deren Grenzen mit den Stammes- und Sprachgrenzen übereinstimmen sollten. Der Vorschlag wurde von Okoi Arikpo vorgetragen, einem Delegierten aus Ugep, eines Minderheitsgebiets einer der kleinsten Gruppen, der Ekoi. Hätte es die seit Kriegsausbruch in der nigerianischen Propaganda so vielzitierte ›Ibo-Vorherrschaft‹ wirklich gegeben, dann hätte sie dieser Idee den Garaus gemacht. Der Plan sah nämlich auch ein hohes Maß an Autonomie innerhalb jeder Provinz vor, und in acht von diesen zwanzig Provinzen gab es eine Nicht-Ibo-Majorität. Doch begrüßte die Versammlung samt ihrer Ibo-Majorität die Vorlage, Oberst Ojukwu stimmte zu, und sie wurde Gesetz.

Auf diesen Erfolg hin gab Okoi Arikpo zu verstehen, er hätte eigentlich einen Ministerposten verdient, aber Ojukwu dachte anders darüber. Arikpo verschwand dann nach Lagos, wo er heute Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten ist.

Ojukwu hatte natürlich nichts gegen Minderheitenvertreter in hohen Stellungen, im Gegenteil, sie hatten in der Regierung mehr zu sagen als je zuvor in der Geschichte der Ostregion. Generalmajor Philip Effiong, Chef des Generalstabes und amtierender Staatspräsident in der Abwesenheit von Ojukwu, ist ein Efik. Der Generalsekretär und Präsident der öffentlichen Dienste, N. U. Akpan, ist ein Ibibio. Dr. S. J. Cookey, Kommissar z.b.V. und einer von Ojukwus engsten Vertrauten, stammt aus dem Rivers Staat, und Ignatius Kogbara, der Repräsentant Biafras in London, ebenso. In der Exekutive, im auswärtigen Dienst, im Kabinett, in der Verwaltung, in den Abordnungen der Friedensverhandlungen sind die Minderheiten

überall stark vertreten.

Kein anderer Faktor hat mehr dazu beigetragen, aus Biafra ein geeintes Volk zu machen, als die Massaker von 1966 und die ebenso brutale Behandlung von Ibo und Nicht-Ibo durch die nigerianische Armee während des Krieges. Die Vertreibung von Millionen Menschen, die Integration, das gemeinsame Leid, die gemeinsame Verarmung haben erreicht, was sich andere afrikanische Führer seit Jahren wünschen: Sie haben aus einer Vielzahl von Völkern eine Nation gemacht.

9

Der Krieg

Bis zum Konflikt zwischen Nigeria und Biafra haben in der neueren Geschichte noch nie Armeen von derart unterschiedlicher Stärke und Feuerkraft gegeneinander gekämpft. Auf der einen Seite die nigerianische Armee, alles in allem ein Monstrum von 85.000 bis an die Zähne mit modernen Waffen ausgerüsteten Männern, deren Regierung ungehinderten Zutritt zu den Arsenalen von mindestens zwei Großmächten und mehrerer kleinerer Staaten gehabt hatte - mit uneingeschränktem Nachschub an Munition, Mörsern, Maschinengewehren, Kampfgewehren, Handgranaten, Bazookas, Kanonen, Artilleriegeschossen und Panzerwagen. Dazu zahlreiches technisches Personal aus dem Ausland, das dafür sorgte, daß Funk- und Transportverbindungen, Fahrzeuginstandhaltung, Hilfsgerät, Schulungsprogramme, Nachrichtendienst, Kampftechniken und -truppen reibungslos funktionierten. Dazu viele professionelle Söldner, sowjetische Unteroffiziere für die Waffenreserven und unerschöpfliche Bestände an Loren, Lastwagen, Jeeps, Tiefladern, Benzin, Transportflugzeugen und Schiffen, technischer Ausrüstung, Brückenbauteilen, Generatoren und Fährbooten. Diese ganze Maschinerie unterstützte eine gnadenlose Luftwaffe von Düsenflugzeugen und Bombern, ausgerüstet mit Bordkanonen, Raketen und Bomben, und eine Marine, bestehend aus Fregatten, Kanonenbooten, Geleitschiffen, Landungsbooten, Barken, Fähren und Schleppern. Die Truppen waren mit Stiefeln, Gürteln, Uniformen, Helmen, Schaufeln, Brotbeuteln, Lebensmitteln, Bier und Zigaretten reichlich versehen.

Auf der anderen Seite die Armee von Biafra, eine Freiwilligenarmee, bestehend aus weniger als einem Zehntel

derer, die zu den Meldestellen geströmt waren. Die Truppenstärke war nie das Problem - aber wie sollte man die bewaffnen, die zu kämpfen bereit waren? Während der totalen Blockade von über achtzehn Monaten mußte die biafranische Armee - zumindest während der ersten sechzehn - mit durchschnittlich zwei oder manchmal auch nur einer Zehn-Tonnen-Flugzeugladung an Waffen und Munition in der Woche auskommen. Die Standardwaffe der Infanterie war das verbesserte Mauser-Bolzengewehr, außerdem hatten sie nur kleine Bestände an Maschinenpistolen, leichten und schweren Maschinengewehren und Pistolen. Mörsergeschosse und Bomben, Artillerie und Artilleriemunition besaßen sie kaum, auch fast keine Bazookas.

Vierzig Prozent der biafranischen kämpfenden Truppe sind heute mit erbeutetem nigerianischen Kriegsmaterial ausgerüstet. So erbeuteten sie auch eine Anzahl kostbarer Panzerwagen. Sie stellten selber Raketen, Landminen, Tretminen, Standgeschütze, Sprengladungen und Molotowcocktails her und verteidigten sich mit Panzerabwehrgräben, gefälltten Baumstämmen und spitzen Stangen.

Anderthalb Jahre gab es kein neues Fahrzeug. Die Biafraner mußten ihre Transportmittel immer wieder reparieren, ausschachten und wieder zusammenflicken, auch den Treibstoff mußten sie schließlich selbst raffinieren. Ersatzteile stammten entweder aus Wracks oder wurden von Hand hergestellt.

Entgegen allem, was über Hunderte von Söldnern geredet worden ist, sah die ausländische Hilfe so aus: Im November 1967 kamen vierzig Franzosen, die sechs Wochen blieben, bis es ihnen zu heiß wurde und sie eiligst wieder verschwanden. Im September 1968 trafen noch einmal sechzehn Franzosen ein, die nur vier Wochen brauchten, um zum selben Entschluß zu gelangen. In Wirklichkeit wurden die biafranischen Streitkräfte nur von einer Handvoll unterstützt: ein Deutscher, ein Schotte, ein Südafrikaner, ein Italiener, ein Engländer, ein Rhodesier, ein

Amerikaner, zwei Flamen und zwei Franzosen. Ein weiteres halbes Dutzend solcher Glücksritter tauchte mal für einen Tag, mal für drei Wochen auf. Kaum einer dieser Gäste blieb länger, die Härte der Kämpfe, die Größe der Gefahr und die tief wurzelnde Überzeugung, daß es leichtere Formen zur Erlangung des Lebensunterhalts geben müsse, ließ sie bald wieder abreisen. Die einzigen Männer, die ihren Halbjahresvertrag einhielten, waren der Deutsche Rolf Steiner, der nach zehn Monaten einen Nervenzusammenbruch erlitt und nach Hause geschickt werden mußte, und der Südafrikaner Taffy Williams, der zwei Verträge absolvierte und in den ersten Januartagen 1969 in Urlaub ging.

Der Mythos von den ›Weißen Riesen‹ aus dem Kongo, der Ruf der Söldner in Afrika hat sich im Krieg von Biafra jedenfalls nicht bestätigt, er fand hier sein Ende. Weiße waren schließlich auf biafranischer Seite zu weniger als einem Prozent beteiligt. Viele waren nichts als Gangster in Uniform, und das Gesindel aus dem Kongo bemühte sich gar nicht erst nach Biafra. Diejenigen, die zum Einsatz kamen, verfügten zwar über etwas mehr technische Kenntnisse, aber nicht über mehr Mut oder Kampfgeist als die biafranischen Offiziere. Major Williams, der einzige, der zwölf Kriegsmonate zu den Biafranern hielt und der einzige, von dem zu sprechen lohnt, hat das unterstrichen. »Ich habe eine Menge Afrikaner kämpfen sehen«, sagte er einmal.* »Aber an die Biafraner kommen sie nicht heran. Geben Sie mir 10.000 für sechs Monate und wir werden eine Armee aufbauen, die auf diesem Kontinent nicht zu schlagen ist. Ich habe in diesem Krieg Männer sterben sehen, denen man das Victoria Cross verliehen hätte, ginge es um eine andere Sache. Mein Gott, wie die gekämpft haben.« Sein Urteil über die meisten Söldner, vor allem über die Franzosen, eignet sich nicht für den Druck.

Zu Beginn des Krieges waren beide Seiten voller

* Gespräch mit dem Autor, 25. August 1968

Selbstvertrauen. General Gowon verkündete seinen Leuten und der Welt, er habe »eine kurze, heilsame Polizeiaktion«* unternommen. Man erwartete den Sieg nicht innerhalb von Wochen, sondern von Tagen. Oberst Katsina in der Nordregion sprach von den biafranischen Truppen verächtlich als von »Kinderwagenschiebern« und prophezeite einen raschen Sieg, während die vorwiegend aus dem Norden rekrutierte Infanterie des Bundes einmarschierte. Die Biafraner verließen sich auf ihre größere Wendigkeit, ihre Begabung und Findigkeit und glaubten, wenn sie den Nigerianern nur zehn Monate standhalten könnten, würden sie den Irrsinn dieses Krieges einsehen und sich zurückziehen oder verhandeln. Beides erwies sich als falsch.

Die Kämpfe begannen am 6. Juli 1967 mit einem Artillerieangriff auf Ogoja, einen Ort in der Nordostecke von Biafra nahe der Grenze zur Nordregion. Hier standen den Biafranern zwei Bataillone gegenüber. Oberst Ojukwu begriff, daß es sich nur um ein Ablenkungsmanöver handeln konnte: Der Hauptangriff erfolgte weiter westlich vor Nsukka, der reichen Handelsstadt, in der erst vor kurzer Zeit die hübsche »Universität von Nsukka« eingerichtet worden war, die inzwischen »Universität von Biafra« heißt. Hier waren die übrigen sechs Bataillone der Nigerianer auf der Hauptachse massiert und marschierten am 8. Juli ein. Sie rückten vier Meilen vor und blieben dann stecken. Die Biafraner hatten in diesem Gebiet den 6.000 Nigerianern nur 3.000 Bewaffnete entgegenzusetzen, aber sie wehrten sich hartnäckig mit 303-Gewehren der ostnigerianischen Polizei, mit italienischen, tschechischen und deutschen Maschinenpistolen und mit ziemlich vielen Schrotflinten, die im dichten Busch nicht so harmlos sind, wie man annimmt. Die Nigerianer eroberten Nsukka und zerstörten alles, Stadt und Universität, doch weiter drangen sie nicht vor. In der Provinz Ogoja nahmen sie Nyonya und Gakem und

* Zitat aus »Time Magazine«, 1. September 1967

brachten vor der Stadt Ogoja ihre Artillerie in Stellung. Sie zwangen die Biafraner, die Stadt aufzugeben und südlich davon am Fluß entlang eine Verteidigungslinie aufzubauen. Auch hier brachen die Kämpfe zusammen, die Lage schien stabil und hätte vielleicht so bleiben können.

Nach zwei Wochen wurde für Lagos die Unbeweglichkeit seiner zweifelhaften Infanterie peinlich, und man begann, im Rundfunk die Eroberung zahlreicher Städte in Biafra durch die Bundestruppen bekanntzugeben. Der Bevölkerung von Enugu samt den Ausländern, die dort lebten, kam das vor, als ob jemand in Lagos willkürlich Fähnchen auf einer Landkarte verteilte. Im Hotel Presidential trank man auf der Terrasse wie üblich Tee, die Beamten vom britischen Konsulat spielten Wasser-Polo und Smoking war Vorschrift zum Dinner.

Nach drei Wochen wurde es für die Nigerianer schwierig. Zwei ihrer Bataillone waren von der übrigen Truppe abgeschnitten, umzingelt und in den Osten von Nsukka zwischen Hauptstraße und Eisenbahnlinie abgedrängt worden. Man stellte hastig zwei Ersatzbataillone aus Ausbildern und Rekruten auf und warf sie in den Nsukkaraum.

Den Luftraum kontrollierte ein einsamer biafranischer B-26-Bomber der US-Luftwaffe aus dem Zweiten Weltkrieg, geflogen von einem schweigsamen Polen, der sich gern Kamikaze-Brown nennen ließ, und sechs französische Alouette-Hubschrauber, von Biafranern gesteuert, aus denen es Handgranaten und selbsthergestellte Bomben auf die Nigerianer regnete. Am 25. Juli griffen die Nigerianer unerwartet die Insel Bonny mit Marineeinheiten an, das letzte Stück Land vor dem offenen Ozean weit im Süden von Port Harcourt. Als Prestigeangelegenheit war das ein aufregender Vorgang in einem Krieg, von dem es immer weniger zu berichten gab, denn Bonny war die letzte Tankstation der Shell-BP-Pipeline nach Port Harcourt.

Aber militärischen Vorteil brachte das nicht, die Biafraner

waren nun gewarnt und patrouillierten unermüdlich in den Gewässern nördlich von Bonny. Es gelang den Nigerianern nicht, die Küste um Port Harcourt von See her weiter anzugreifen.

Am 9. August schlugen die Biafraner ernsthaft zu, Beobachter in Biafra und in Lagos horchten auf. Im Morgengrauen flutete eine motorisierte Brigade von 3.000 Mann, die man insgeheim sorgfältig aufgestellt hatte, über die Onitsha-Brücke in den Mittelwesten. Bis zehn Uhr war die Region gefallen und die Orte Warri, Sapele, das Ölzentrum bei Ughelli, Agbor, Uromi, Ubiaja und Benin City besetzt. Die kleine Armee des Mittelwestens rührte sich nicht. Neun von elf höheren Offizieren dieser Truppe waren Ica-Ibo, nahe Verwandte der Ibo von Biafra, sie wehrten sich nicht gegen ihre Brüder, sondern hießen sie willkommen.

Die Eroberung des Mittelwestens veränderte das militärische Gleichgewicht, denn die gesamten Ölvorkommen von Nigeria befanden sich damit unter biafranischer Kontrolle. Biafra hatte zwar mit den drei kleinen Randgebieten ungefähr 1.300 qkm seines eigenen Territoriums eingebüßt, aber dafür 5.000 qkm von Nigeria gewonnen. Vor allem befand sich die nigerianische Infanterie meilenweit entfernt gegenüber Nsukka, durch den Lauf des Niger von der Straße nach Lagos getrennt. Das machte ihr Eingreifen unmöglich. Die Straße zur Hauptstadt lag offen und ungeschützt vor den Biafranern.

Oberst Ojukwu bemühte sich um die Nicht-Ibo-Mehrheit im Mittelwesten und versicherte, er führe nichts gegen sie im Schild. Eine Woche lang hatten Delegationen von Stammeshäuptlingen, Geldleuten, Kaufleuten, Stützen der Chamber of Commerce, Offiziere und kirchliche Würdenträger in Enugu Gelegenheit, sich von dem Führer der Biafraner ein umfassendes Bild zu machen. Oberst Ojukwu hoffte, ein Bündnis zwischen zweien der drei südlichen Regionen würde die Westregion zum Einlenken bringen und die Bundes-

Regierung zu Verhandlungen zwingen.

Nach einer Woche erkannte man, daß sich diese Hoffnung nicht erfüllen würde, und Oberst Ojukwu gab Befehl zu weiterem Vorrücken nach Westen. Am 16. August erreichten die Biafraner die Brücke über den Ofusu und damit die Grenze zur Westregion. Nach einem kurzen Zusammenstoß zogen sich die nigerianischen Truppen von dort zurück. Als die Biafraner die nigerianischen Gefallenen sahen, bekamen sie neuen Mut: Sie gehörten zur nigerianischen Bundesgarde, Gowons persönlicher Leibwache von 500 Tiv, die ständig in Lagos stationiert war. Die Biafraner schlossen daraus, daß Gowon auf diese Soldaten als letzte Reserve hatte zurückgreifen müssen. Am 20. August wurde Ore von den Biafranern gestürmt, eine Stadt an einer Straßenkreuzung 56 Kilometer weiter im Inneren der Westregion, 210 km von Lagos und 370 km von Enugu entfernt. Die Tiv wurden vernichtend geschlagen und flohen in voller Auflösung. Beobachter hatten den Eindruck, als würden sie knapp zehn Wochen nach dem arabisch-israelischen Krieg Zeugen eines neuen militärischen Wunders: Das winzige Biafra stürzt die Regierung des Riesen Nigeria. Ein überraschender motorisierter Vorstoß auf einer der drei offenen, großen Straßen hätte die biafranischen Truppen tief ins Land der Yoruba und vor die Tore von Lagos gebracht. Ojukwu befahl diesen Vorstoß.

Später hat man aus Quellen der amerikanischen Botschaft erfahren, daß der Westen am 20. August bereits schwankte, ob er den Biafranern ein Friedensangebot machen solle, um seine Haut zu retten. Gowon soll damals veranlaßt haben, daß sein Privatflugzeug mit laufenden Motoren startklar, versehen mit einem ausgearbeiteten Flugplan nach Zaria, in der Nordregion bereitstand. Es habe ein langes und ernstes Gespräch zwischen Sir David Hunt, dem britischen Hoch-Kommissar, dem amerikanischen Botschafter, James Matthews, und Gowon in der Kaserne Dodan gegeben, an dessen Ende der nervöse

nigerianische Oberkommandierende schließlich bereit war, auf seinem Posten zu bleiben.

Oberst Ojukwu erfuhr innerhalb einer Woche von dieser Intervention, wenn es eine war (wie zuverlässig berichtet wurde). Engländer und Amerikaner, die in Biafra lebten, waren empört darüber wie gedankenlos ihre Botschafter mit ihrer Sicherheit spielten, denn wäre die Nachricht in die biafranische Öffentlichkeit gedrungen, hätte man sich auf eine heftige Reaktion gefaßt machen müssen.

Gowons Entschluß, zu bleiben, verhinderte den Zusammenbruch seiner Regierung und sorgte dafür, daß weitergekämpft wurde. Wenn er geflohen wäre, wäre die Westregion zweifellos zur anderen Seite übergewechselt und aus Nigeria wäre eine Konföderation von drei Staaten geworden. Biafraner hegten seitdem den Verdacht, der Köder für Gowon und seine Minderheitenbrüder, der sie auf ihren Sesseln hielt, sei das Versprechen britischer und amerikanischer Militärhilfe gewesen. Auf jeden Fall setzte diese Hilfe unmittelbar nach diesem Gespräch in großem Umfang ein.

Die Eroberung des Mittelwestens hatte noch etwas anderes zur Folge. Endlich mußten die Nigerianer begreifen, daß sie sich in einem Krieg befanden. Anfangs hatte man Biafra unterschätzt, die Biafraner hatten diese einmalige Chance ergriffen und von da an den Verlauf des Krieges bestimmt. Leider blieb das nicht so. Weiter als bis Ore konnten die biafranischen Truppen nicht vordringen, denn inzwischen war ein zweiter, bemerkenswerter Umschwung eingetreten. Niemand hatte bis dahin gehant, daß der Kommandeur der biafranischen Streitkräfte im Mittelwesten zum Verräter werden sollte.

Victor Banjo war ein Yoruba, er war Major der nigerianischen Armee gewesen und von General Ironsi wegen des angeblichen Putschversuchs eingesperrt worden. Er saß in einem Gefängnis in der Ostregion, dort wurde er bei Kriegsausbruch von Oberst Ojukwu entlassen und im Offiziersrang in die biafranische

Armee aufgenommen. Er zog es deshalb vor, sich den Biafranern anzuschließen und nicht nach Hause in die Westregion zu gehen, wo er womöglich die Rache der dort regierenden Männer aus dem Norden zu fürchten gehabt hätte. Oberst Ojukwu hat sich nie dazu geäußert, weshalb er ausgerechnet dem einzigen Yoruba in der biafranischen Armee das Kommando für den Einmarsch in West-Nigeria anvertraute. Aber man wußte, daß die beiden eng befreundet waren und daß er an ihn glaubte. Banjo befehligte als Brigadegeneral die ›S‹-Brigade bei ihrem Vorrücken in den Mittelwesten.

Als man ihn später entlarvte, hat er gestanden, er habe sich schon nach dem 9. August mit den Führern der Westregion, vor allem mit Häuptling Awolowo, in Verbindung setzen wollen. Er habe damals das Versteck des Gouverneurs des Mittelwestens, Oberst Ejoor, in Benin City entdeckt, habe es aber vor Ojukwu geheimgehalten, obwohl dieser mit Ejoor zu sprechen wünschte. Statt dessen bat er Ejoor, als Mittelsmann zwischen ihm, Banjo, und Awolowo zu fungieren, aber Ejoor war das zu gefährlich.

Banjo sagte, er habe später Meldungen über die Nebenfrequenz der Station der stellvertretenden britischen Hochkommission in Benin City gefunkt. Ein britischer Beamter übermittelte die Texte in deutscher Sprache an einen Kollegen bei der Hochkommission in Lagos, der sie Häuptling Awolowo zuspielte. Das Komplott, das Banjo später schilderte, war typisch Yoruba in seiner Umständlichkeit. Mit zwei anderen Mitverschwörern, höheren biafranischen Offizieren mit politischem Ehrgeiz, wollte er Biafra stürzen, indem er seine Truppen aus dem Mittelwesten unter einer Reihe von Vorwänden abzog, er wollte Ojukwu verhaften und umbringen und dann das Ende der ›Revolte‹ erklären. Als Held von Nigeria hätte er dann in seine Heimat in der Westregion zurückkehren können und seine ganze Vergangenheit wäre vergeben und vergessen gewesen.

In einem zweiten, späteren Teil des Komplotts wollten er und

Awolowo eine Yoraba-Armee neu aufbauen und Gowon absetzen. Er selber wollte dann Ministerpräsident von Nigeria werden und Awolowo sollte den langersehnten Posten des Premierministers bekommen. Von diesem Nachtrag wußte die Regierung Gowon höchstwahrscheinlich nichts.

Es gelang Banjo, Oberst Ifeajuana für diesen Plan zu gewinnen, ebenfalls ein Ex-Häftling, einen in Moskau ausgebildeten kommunistischen Offizier, genannt Major Philip Ale, einen Beamten des biafranischen auswärtigen Dienstes, namens Sam Agbam, der von außen einen Teil der Verhandlungen übernahm, und verschiedene andere jüngere Offiziere und Funktionäre.

Mitte September war es dann soweit. Oberst Ojukwu in Enugu war zwar beunruhigt über den Mangel an Aktion im Westen, aber er vertraute Banjo weiterhin und glaubte seinen Versicherungen, es handle sich um Verwaltungsschwierigkeiten, Mangel an Personal, Mangel an Waffen, Munition und so weiter. Es stimmte, daß die Nigerianer in den dazwischenliegenden drei Wochen stärker geworden waren. Nach einem gewaltsamen Rekrutierungsprogramm hatten sie nach einer Grundausbildung von jeweils einer Woche eine wilde Mischung, zum Beispiel aus Studenten und Häftlingen, in Uniformen gesteckt und so nacheinander zwei neue Brigaden aufgestellt. Diese sogenannte Zweite Division wurde von Oberst Murtela Mohammed befehligt und hatte die Abwehr in der Westregion übernommen. Schnelle, motorisierte Kolonnen hätten den Biafranern bis in die erste Septemberwoche hinein ihre Übermacht gesichert, aber am 12. September befahl Banjo, ohne dazu ermächtigt worden zu sein, Benin City ohne einen Schuß aufzugeben. Mohammed gelangte erst am 21. September nach Benin.

Daraufhin ordnete Banjo an, auch die Orte Warri, Sapele, Auchi, Igueben und andere wesentliche Positionen kampflos zu räumen. Die verdutzten und ratlosen jüngeren Offiziere taten,

was ihnen befohlen wurde. Gleichzeitig brach die biafranische Verteidigungslinie südlich von Nsukka zusammen und die Bundestruppen drangen mehrere Kilometer auf der Straße nach Enugu vor, das 73 km von Nsukka entfernt ist.

An diesem Punkt beschloß Banjo den direkten Schlag gegen Oberst Ojukwu. Er beriet sich im Mittelwesten mit Ifeajuana und Alale und sie arbeiteten die endgültigen Vorbereitungen für die Ermordung aus. Banjo war zum 19. September nach Enugu befohlen, um sein Verhalten im Mittelwesten zu rechtfertigen - dann sollte es geschehen.

Sie schienen alle drei nicht zu bemerken, daß sie den richtigen Zeitpunkt bereits verpaßt hatten. Erstaunlicherweise hatten sie eine Reihe von Offizieren und Zivilisten in ihren Plan eingeweiht, ohne sich vorher zu vergewissern, ob diese nicht Ojukwu-Anhänger bleiben würden. Die meisten suchten Ojukwu auf und klärten ihn über die Einzelheiten der Verschwörung auf.

Es war nicht leicht, ihn zu überzeugen, aber allmählich sprachen die Tatsachen für sich selbst. Ifeajuana und Alale wurden getrennt ins State House befohlen, wo Ojukwu sie kühl empfing und verhaften ließ. Banjo wurde ebenfalls herbeizitiert und kam mit einer starken Begleitung von Männern seines Anhangs, die er mit aufs Gelände nehmen wollte. Man sagte ihm, daß seine Männer am Tor warten sollten, er selber könne bewaffnet eintreten. Während er im Vorzimmer wartete, nahm Ojukwus Polizei-Adjutant, ein listiger junger Inspektor, eine Flasche Gin und trat damit zu dem Haufen hinaus. Der Alkohol ging reihum, dann lud er sie in sein Haus ein. Sie gingen bereitwillig mit.

Wachen innerhalb des State House beobachteten ihren Abmarsch und richteten dann ihre Gewehre auf Banjo. Sie entwaffneten ihn und brachten ihn vor das Staatsoberhaupt. Das war am 18. September kurz vor Mitternacht, sechs Stunden später hätte Oberst Ojukwu sterben sollen.

Der Skandal ließ sich nicht geheimhalten, denn die Haupttäter bekannten sich freimütig zu ihrem Vorhaben, die Helfer wurden ebenfalls verhaftet. Das war ein Schock für die Armee und die Demoralisierung griff rasch um sich. In den Augen der Soldaten, die Ojukwu unbedingt ergeben waren, traf die Schande das ganze Offizierskorps. Oberst Ojukwu dachte an seine Freundschaft mit Banjo, durch Heirat war er auch mit Alale verwandt, aber seine Freunde in der Armee beschworen ihn, es müsse ein Exempel statuiert werden, um die Fäulnis aufzuhalten. Schließlich stimmte er zu.

Die vier Anführer wurden vor ein Sondergericht gestellt, wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und im Morgengrauen des 22. September erschossen.

Bis heute weiß man in Biafra nicht, wie weit die Mittäter- oder Mitwisserschaft britischer Beamter in Nigeria wirklich ging. In seinem Geständnis (das sich auf dokumentarisches Beweismaterial stützt, das man bei ihm beschlagnahmt hatte und das der Autor bei Ojukwu einsehen konnte) belastete Banjo den britischen stellvertretenden Hoch-Kommissar in Benin und die Hoch-Kommission in Lagos schwer als Mittler zwischen ihm, Awolowo und Gowon. Korrespondenten in Lagos haben später berichtet, es habe damals unter den englischen Beamten plötzlich eine gute Stimmung geherrscht und Äußerungen gegeben wie ›In ein paar Tagen ist alles vorbei. Das stand in absolutem Gegensatz zu ihrer Panik vom 20. August, auch entsprach eine solche Voraussage kaum der militärischen Situation.

Aber nach dem Putschversuch änderte sich die Lage. Biafra erlitt großen Schaden. Bis zum 25. September hatte seine Armee sich aus Agbor im Mittelwesten, auf halbem Weg zwischen dem Niger und Benin City, zurückgezogen, und um den 30. stand sie in einem kleinen Verteidigungsgürtel rund um Asaba mit dem Rücken zum Fluß. Nördlich von Enugu wich die demoralisierte Infanterie vor dem Vormarsch der Nigerianer aus dem Süden

von Nsukka zurück, und Ende des Monats lag Enugu in der Reichweite der nigerianischen Artillerie. Am 6. Oktober überquerten die Biafraner von Asaba aus den Niger bis Onitsha und sprengten die neue Brücke hinter sich, die 6.000.000 Pfund gekostet hatte, um Mohammed den Weg zu versperren. Ihnen waren keine Illusionen mehr geblieben. Zwei Tage zuvor, am 4. Oktober, hatten die Nigerianer Enugu erobert.

Im Ausland wartete man auf den Zusammenbruch Biafras. Aber zwei Dinge retteten das Land vor dem Zerfall: Oberst Ojukwu war als Persönlichkeit stark genug, um die Truppen wieder in den Griff zu bekommen und den Soldaten die Leviten zu lesen - außerdem zeigte auch die Bevölkerung recht eindeutig, daß sie nicht daran dachte, aufzugeben. Soldaten sind und bleiben dort das Volk in Uniform und so begriffen sie rasch, was von ihnen erwartet wurde.

Oberst Ojukwu fühlte sich verpflichtet, seinen Rücktritt anzubieten, was von der Beratenden Versammlung einstimmig abgelehnt wurde. Damit war die Episode Banjo zu Ende. Biafra nahm alle Kraft zusammen und kämpfte weiter. Es war der Anfang einer neuen harten und langen Zeit.

Die ungeheure Feuerkraft, die Nigeria vor allem aus England, Belgien, Holland, Italien und Spanien importierte, wurde übermächtig. Eine neue Rekrutierungswelle hatte die Bundes-Armee auf 40.000 Mann anschwellen lassen. Die Truppen im nördlichen Teil von Biafra bildeten jetzt die Erste Division, die jenseits des Niger unter Mohammed die Zweite. Die Erste wurde von Markudi aus, meilenweit in der Nordregion entfernt, von Oberst Mohammed Shuwa befehligt. Zusammen mit Oberst Ekpo als Stabschef der Streitkräfte und Oberst Bissalla als Stabschef des Heeres standen nun vier Hausa an der Spitze der Armee. Bissallas Vorgänger, Oberst Akahan, ein Tiv, war bei einem Hubschrauberabsturz unter so undurchsichtigen Umständen umgekommen, daß man Verdacht auf ein Sprengstoffattentat hatte.

Spätherbst und Winter brachten schlechte Zeiten für Biafra. Im Norden war Enugu gefallen, während weiter östlich die nigerianischen Truppen auf der Hauptstraße ins Nachbarland Kamerun von Ogoja bis herunter nach Ikom vorgedrungen waren. Am 18. Oktober landete die neu gebildete Dritte Bundes-Marine-Division unter Oberst Benjamin Adekunle von See her bei Calabar im Südosten. Zusammen mit der ungewissen Lage auf Bonny und dem drohenden Vormarsch Mohammeds von jenseits des Niger gab es damit fünf Fronten, an denen die Biafraner sich zur Wehr setzen mußten.

Trotz heftiger Gegenangriffe ließen sich die Nigerianer aus Calabar nicht vertreiben, sie führten massiven Nachschub heran und ihr Küstenstützpunkt wurde immer stärker, bis Adekunle schließlich einen Ausfall wagte und in nördlicher Richtung auf dem Ostufer des Cross vordrang, um sich mit der Ersten Division in Ikom zu verbinden. Damit war die zweite Straße über Calabar nach Kamerun versperrt und die Biafraner hatten keine Landverbindung zur Außenwelt mehr. Die einzige Luftverbindung, die es noch gab, ging von Port Harcourt aus. Der einsame B-26-Bomber in Enugu war am Boden von Geschossen durchsiebt worden, sein ebenso einsamer Nachfolger war eine B-25, die ein ehemaliger deutscher Luftwaffenpilot namens Fred Herz flog.

Den ganzen Herbst über versicherten eilfertige ausländische Korrespondenten, nun sei Biafra am Ende. Das war ein Ruf, den man auch vorher schon gehört hatte und immer wieder hören sollte. Die Biafraner kümmerten sich nicht besonders darum.

Im Oktober und November 1967 versuchte Oberst Mohammed dreimal, den Niger bei Asaba mit Booten zu überqueren und Onitsha zu erobern.

Beim erstenmal am 12. Oktober gelang es zwei Bataillonen, überzusetzen. Einer der Einsatzkommandeure in Onitsha war Oberst Joe Achuzie, ein zäher und rücksichtsloser Offizier aus dem Mittelwesten, der den Zweiten Weltkrieg in der englischen

Armee mitgemacht und in Korea gekämpft hatte. Als der Krieg ausbrach, hatte er als Ingenieur in Port Harcourt gearbeitet, er meldete sich zur Miliz und ließ sich von dort zur biafranischen Armee versetzen. Er beobachtete Mohammeds Versuche, über den Fluß zu setzen, und beschloß, ihn in einen Hinterhalt zu locken. Die Boote näherten sich dem Ufer und die Soldaten fuhren mit ihren Panzerwagen an Land. Achuzie beobachtete sie vom Holzlagerplatz des Arbeitsministeriums aus und sah, wie die Hausa-Truppen Feuer an das Magazin von Onitsha legten, das größte von Westafrika mit Vorräten im Wert von etwa 3.000.000 Pfund. Nach diesem Akt sinnloser Zerstörung traten die Soldaten an und marschierten in Reih und Glied durch die verlassene Stadt. Nach ungefähr zwei Kilometern stießen sie auf einen Gegenangriff der Biafraner. Die Nigerianer verloren beide Panzerwagen, wurden zum Fluß zurückgedrängt und schließlich nahe dem Landeplatz aufgerieben.

Danach gab es noch zwei Versuche, den Fluß mit Booten zu überqueren, aber jedesmal gerieten sie in das Maschinengewehrfeuer der Biafraner und versanken. Die Verluste waren sehr schwer. Am meisten litten die Yoruba der Zweiten Division unter diesen Landeversuchen, bis ihr Kommandeur weitere Übersetzmanöver abblies. Mohammed ließ die Yoruba als Besatzung in Asaba zurück und marschierte mit seinen Hausa nach Norden bis in die Nordregion hinein. Von dort stieß er nach Biafra vor, um Onitsha von der Landseite her zu nehmen.

General Gowon hatte von Lagos aus schon einmal das Kriegsende zum Jahresende prophezeit. Als er sah, daß sich das nicht erfüllen würde, sagte er den Zusammenbruch von Biafra für den 31. März 1968 voraus. Ende des Jahres hatte sich die Lage südlich und östlich von Enugu stabilisiert: Die Nigerianer standen etwa 32 Kilometer östlich, während die Biafraner ihnen an den äußersten Rändern der Stadt gegenüberlagen. Im Nordosten hatten die Bundestruppen die ganze Provinz Ogoja

besetzt, und die Biafraner hatten sich jenseits des Anyim, eines Seitenflusses des Cross, verschanzt. Weiter im Süden befanden sich zwischen Calabar und Ikom Adekunles Soldaten. Tief im Süden, im Bonny-Sektor, hatte sich die Lage seit fünf Monaten nicht verändert, nachdem die Versuche, vom Meer her nach Norden vorzustoßen, katastrophal gescheitert waren.

Nigeria erhielt immer mehr Nachschub an Waffen, aber die Biafraner mit ihren zwei Flugzeugladungen pro Woche blieben gleich schlecht versorgt, und die Kämpfe wurden immer härter. Die Feuerkraft der Nigerianer, vor allem ihrer Artillerie und Mörser, wurde immer mörderischer, außerdem hatten sie aus England neue Panzer bekommen, die nicht nur ihre Verluste ausglich, sondern ihre bewaffneten Einheiten insgesamt erheblich verstärkten. Wenn sie Fortschritte erzielten, dann meist mit diesen Panzern, denen die Biafraner nichts entgegenzusetzen hatten.

Ende Dezember begann Oberst Mohammed mit seiner auf 14.000 Mann angewachsenen Division seinen Vormarsch über rund 110 Kilometer der Hauptstraße gegen Onitsha. Er führte enormen Nachschub mit. Ein Dokument, das man später in den Taschen eines gefallenen Majors dieser Division fand, zeigte, daß sein Bataillon allein über eine Reserve von 20.000 Artilleriegeschossen der 105mm-Klasse verfügte. Unmittelbar vor Enugu, nahe bei Udi, traf die Zweite Division auf die Biafraner, und damit begann eine der größten Rückzugsschlachten dieses Krieges. Entsprechend der Haussa-Tradition ließ Mohammed seine Truppen in massiven Marschsäulen vorgehen. Mitte Februar hatte er Awka erreicht und befand sich damit immer noch fast 50 Kilometer von Onitsha entfernt. Seine Verluste waren sehr groß, da seine Route bekannt war und die Bundes-Soldaten nur ungern von einer Hauptstraße abwichen. Seit Beginn des Krieges waren sie es müde, durch den Busch zu marschieren, wohin ihnen ihre schwere Ausrüstung nicht folgen konnte, aber in so dichter

Formation gaben sie lohnende Ziele für die Biafraner ab.

Als er in Ghana in Taktik unterrichtete, hatte Oberst Ojukwu in seiner Klasse einen jungen Leutnant namens Murtela Mohammed gehabt. Nun saß Ojukwu in seinem Amt in Umuahia und überlegte und plante, wie er seinen ehemaligen Schüler und jetzt weit überlegenen Gegner matt setzen könnte. Es mußte gelingen. Die Biafraner waren nur leicht bewaffnet, aber sehr beweglich, doch konnten sie Mohammed nicht frontal angreifen. Sie konzentrierten sich auf seine Flanken und seine Nachhut und brachten ihnen große Verluste bei. Mohammed nahm wenig Rücksicht auf das Leben seiner Leute und drängte weiter vorwärts. Bei Awka versäumte er seine große Chance. Zahlenmäßig waren die Biafraner den Bundestruppen weit unterlegen. Wenn Mohammed rücksichtslos vorgestoßen wäre, hätte er ungehindert Onitsha erreichen können. Oberst Ojukwu sah die Gefahr und verschob Entlastungseinheiten zur Hauptachse. Er brauchte achtundvierzig Stunden dazu und Mohammed nutzte sie gut. Nach drei Tagen hatten die Nordtruppen die Stadt Awka bis auf den Grund zerstört.

Aber inzwischen hatten sich die Biafraner neu formiert. Weiter im Norden war Achuzie mit seinem schlagkräftigen 29. Bataillon auf sich selbst gestellt. Er marschierte mit seinen Leuten 150 Kilometer und nahm Aduro in der Nordregion vom Rücken her ein. Von dort aus eroberte er Nsukka zurück, nachdem er zuerst die Verteidigung im Innern der Stadt ausgekundschaftet hatte. Er betrat die Stadt als alter Mann verkleidet, der bei den Nigerianern Arbeit suchte. Der nigerianische Stadtkommandant grüßte ihn sogar im Vorbeigehen. Zehn Stunden später stürmte das 29. Bataillon die Stadt dort, wo ihre Verteidigung am schwächsten war.

Von Nsukka marschierte er nach Süden auf Enugu zu und verband sich auf halbem Wege bei Ukehe mit Oberst Mike Invenso, der querfeldein dorthin gelangt war. Dieses Ereignis machte den Biafranern wieder Mut und beunruhigte die

Nigerianer in Enugu, denn diese Straße war ihr Hauptversorgungsweg. Aber Mohammed mußte zum Stehen gebracht werden. Ojukwu rief nur ungern beide Obersten nach Süden, um in die Kämpfe zwischen Awka und Abagana einzugreifen. In der ersten Märzwoche gelangte Mohammed bis Abagana, 26 Kilometer von Onitsha entfernt.

Die Kämpfe wurden immer schwerer, nachdem die beiden zusätzlichen Bataillone von Achuzie und Invenso eingegriffen hatten. Mohammed forderte verzweifelt mehr Truppen an und bekam noch 6.000 Mann aus Enugu, praktisch die ganze Garnison. Wenn Ojukwu ein Bataillon hätte entbehren können, wäre ihm Enugu kampflos zugefallen. Aber Mohammed drängte weiter in Richtung Ogidi vor, 13 Kilometer vor Onitsha, und ließ seine Hauptmacht in Abagana.

Am 25. März stieß die Spitze zweier Hausa-Sturmbataillone, das 102. und das 105., unter Mohammeds Führung bis Onitsha vor. Achuzie erkannte, daß sie nicht mehr aufzuhalten waren und beschloß, ihnen zu folgen. Er wollte so knapp hinter ihnen in Onitsha einmarschieren, daß die Bundessoldaten keine Zeit hätten, sich festzusetzen. Er hoffte, sie dann bis zum Niger weitertreiben zu können. Sein Plan hätte gelingen können, da die beiden Bundes-Bataillone erschöpft waren. Unterwegs aber hielt ein anderes biafranisches Bataillon Achuzies Truppen für Nigerianer. Als der Irrtum aufgeklärt war, drängte Achuzie weiter. Bei der apostolischen Kirche stießen die Männer auf 300 Leichen - Gemeindemitglieder, die zurückgeblieben waren, um zu beten, während die anderen flohen. Die Hausa hatten sie ins Freie gezerrt und erschossen. Die Soldaten packte ein solches Entsetzen, daß sie sich weigerten, weiterzumarschieren. Die Offiziere mußten es auf sich nehmen, die Toten aus dem Weg zu räumen.

Als die Straße wieder frei war, hatte Achuzie achtzehn Stunden verloren. Die Nigerianer hatten sich inzwischen gut verschanzt. Achuzie blieben zwei Möglichkeiten: zu versuchen,

die Nigerianer aus ihren Stellungen zu treiben, oder sich in Richtung Abagana zurückzuziehen. Das erste würde seine Männer und seine Munition derart erschöpft haben, daß sie der Masse der feindlichen Kräfte, deren Anmarsch er erst noch erwartete, nicht mehr standgehalten hätten. Es gab eine Auseinandersetzung zwischen Achuzie und den anderen biafranischen Kommandeuren, die der Ansicht waren, es gäbe gar keine solche Hauptmacht, aber Achuzie setzte sich durch und bereitete vor Abagana einen großen Hinterhalt vor. Schon am nächsten Morgen rollte die Hauptmacht der Bundes-Armee heran, ein Konvoi von 102 Lastwagen mit 6.000 Mann und 350 Tonnen Ausrüstung.

Dieser Hinterhalt war der erfolgreichste von allen. Ein Mörser traf zufällig das Tankfahrzeug und 3.600 Liter Treibstoff explodierten. Eine glühende Zunge schoß ungefähr 400 Meter weit die Straße entlang und erfaßte 60 Fahrzeuge, die sofort ausbrannten. Die Mannschaften sprangen in Panik von den Wagen und rannten davon, aber die biafranische Infanterie wartete schon auf sie. Nur wenige kamen mit dem Leben davon.

Mohammed hatte Onitsha erreicht, aber er hatte von 20.000 Mann nur 2.000 dorthin gebracht. Als er in einem kleinen Boot über den Niger setzte, mit dem Wagen nach Lagos fuhr und Bericht erstattete, war man dort nicht begeistert. Er hat seitdem nie mehr eine Division kommandiert. Das 102. und 105. Bataillon in Onitsha wurden entsetzt und neue Truppen aus Asaba auf dem andern Flußufer herangeführt. Bald war die Besatzung von Onitsha um 5.000 Mann stärker und behielt die Stadt in der Hand, obwohl die Biafraner wiederholt versuchten, sie zurückzuerobern. Im November 1968 waren dort 8.000 Nigerianer stationiert.

Der April 1968 entwickelte sich für Biafra zu einem katastrophalen Monat. Im Februar war eine große Zahl von technischem Hilfspersonal - nach Londoner Quellen hielt man sie in Biafra für britische Unteroffiziere ›im Trainingseinsatz‹ -,

in Nigeria eingetroffen, und im April zeigte sich die Wirkung. Die nigerianischen Funkverbindungen funktionierten unvergleichlich besser, aus den biafranischen Kontrollgeräten hörte man englische Stimmen, die knappe Anweisungen in den Äther schickten. Komplizierte, aufeinander abgestimmte Operationen, wie sie die Nigerianer bis dahin nicht zustande gebracht hatten, häuften sich. Der Fuhrpark der Bundestruppen wurde aufgefüllt, das Transportproblem der vergangenen Wochen war gelöst. Vor allem begannen sie im April Pontonbrücken über die Flüsse zu legen, von denen sie bis dahin monatelang aufgehalten worden waren. Das Pionierkorps der Nigerianer hatte früher fast ausschließlich aus Männern der Ostregion bestanden, und die Biafraner wußten, daß die Nigerianer allein zum Brückenbau in solcher Geschwindigkeit nicht imstande waren.

Im Osten von Enugu überquerten die Bundestruppen eine steile und enge Schlucht bei Ezulu, und ihre Tanks rasten die letzten 20 Kilometer nach Abakaliki hinein. Sie eroberten die Stadt, und damit waren die Biafraner, die jenseits des Anyim östlich von Abakaliki standen, eingeschlossen und mußten sich auf eine neue Frontlinie im Süden von Abakaliki zurückziehen. In wenigen Tagen hatten die Nigerianer im Gebiet von Ogoja den Antim auf einer zweiten Brücke überquert und die Verbindung zu Abakaliki hergestellt. Zum erstenmal waren zwei Flügel der nigerianischen Ersten Division vereinigt und kontrollierten einen Streifen, der von Osten nach Westen an Nord-Biafra entlanglief. Adekunles Dritte Division, zu der zwei Bataillone schwarzer Söldner aus dem Tschad, genannt Gwodo-Gwodo, gehörten, war auf dem Ostufer des Cross bis nach Obubra vorgestoßen, der letzten größeren Stadt im Ekoï-Gebiet. Zwölf Wochen lang hatte die Anwesenheit von Major Williams sie dort festgehalten, der dort mit Hunderten von ihm selbst ausgebildeter Kommandos und siebentausend Freischärlern des dortigen Ibo-Clans lag, mit dessen Häuptling er sich persönlich

angefreundet hatte. Diese Buschkrieger waren bedingungslos pro Biafra und hielten mit ihren Donnerbüchsen und Macheten 113 Kilometer (70 Meilen) des Flußufers unter ihrer Kontrolle.

Als Williams aber Anfang April zu einem Lehrgang fuhr, bekamen die Tschads auf der anderen Seite ihre Chance. Ende April setzten sie an zwei Stellen über und nahmen Afikpo, den größten Ort in diesem Gebiet auf dem Westufer.

Adekunle gelang der Durchbruch weiter südlich. Ende März versuchte er mit Hilfe einer Handvoll britischer Landungsexperten an der breitesten Stelle des Cross zwei Vorstöße, der Fluß ist dort fast 1,5 Kilometer breit. Oron und Itu fielen in wenigen Tagen, seine schnellen, von Söldnern geführten Truppen fluteten in einer Woche durch das Gebiet der Ibibio und eroberten nacheinander Uyo, Ikot Ekpene, Abak, Eket und Opobo. Sie kamen rasch voran, denn sie hatten Führer, die jede Fährte im Busch kannten, die Wintersonne hatte den Boden ausgetrocknet, und ein paar der ansässigen Häuptlinge zeigten sich hilfswillig. Nachdem diese Häuptlinge erst Wochen und dann Monate unter Adekunles Soldaten erlebt hatten, sandten sie verzweifelte Hilfeschreie an Oberst Ojukwu. Wahrscheinlich hat niemand in Biafra so barbarisch unter nigerianischer Besetzung gelitten wie die Ibibio und Annang.

Am Nordrand des Ibibio-Gebiets, etwa 48 Kilometer von Umuahia, wo das Land der Ibo beginnt, blieben die Nigerianer stehen. Adekunles eigentliches Ziel lag nicht im Norden, sondern im Westen - die lockende Beute war Port Harcourt.

Nach dem April gab es bei der Ersten und Zweiten Division nur noch wenig Bewegung, alle Aufmerksamkeit konzentrierte sich immer mehr auf Adekunle im Süden. Die Zweite Division versuchte mehrfach, eine Verbindung von Onitsha nach Abagana herzustellen, und die Erste baute ihre Stellungen in den Orten entlang der Hauptstraße Enugu-Onitsha aus. Mit ihren Fahrzeugen kamen sie bis Abagana, stießen aber nicht bis Onitsha durch. Dadurch wurde ein weiteres Vorrücken nach

Süden behindert. Der Ersten Division gelang es nur, bei einem Vorstoß nach Süden am 15. Juni Awgu südlich dieser Hauptstraße einzunehmen.

Den ganzen Sommer von 1968 hindurch galt Adekunle als der wichtigste der nigerianischen Kommandeure und wurde von Lagos bevorzugt mit Waffen und Munition versorgt. Die Stärke der Ersten Division mit etwa 15.000 Mann und die der Zweiten mit etwa 13.000 blieb sich gleich, während Adekunles Dritte, die den ganzen Süden zu kontrollieren hatte, bis Ende 1968 mehr als 25.000 Mann zählte.

In der zweiten Aprilhälfte stieß Adekunles Vorhut, wiederum mit Unterstützung britischer Experten, über den Imo vor, das letzte Hindernis auf dem Weg nach Port Harcourt. Noch 64 Kilometer trennten ihn von der bedeutendsten Stadt Biafras.

Da, wo Adekunle seine beiden Landungen unternahm, fließt der Imo von Umu Abayi nach Süden seiner Mündung bei Opobo zu. Oberhalb von Umu Abayi fließt er in westöstlicher Richtung 60 Kilometer (40 Meilen) von Awaza. Dieses Landrechteck, 60 Kilometer lang und 50 Kilometer von Nord nach Süd, wird im Westen von dem Fluß Bonny begrenzt, an dessen Mündung Port Harcourt liegt, und im Süden von den Buchten, Myriaden von kleinen Sümpfen und Mangrovendickicht, die sich bis ans offene Meer hinziehen. Von Port Harcourt selber abgesehen, liegen in diesem Block die naturgasgespeiste Generatorenstation von Afam, die den ganzen Süden von Biafra mit elektrischem Licht versorgt, die Erdölstadt Bori, die Shell-BP-Raffinerie von Okrika (10 Millionen Pfund wert) und zahlreiche Ölpumpstationen. Port Harcourt ist zwar vorwiegend eine Ibo-Stadt, aber in der Umgebung leben die Ogoni, Ikwerre und Okrikan, und in den Buchten und weiter westlich auf dem jenseitigen Ufer des Bonny die Rivers-Leute. Biafra gewährte damals bereits etwa vier Millionen Flüchtlingen aus den besetzten Gebieten Schutz, davon etwa eineinhalb Millionen Ibo und zweieinhalb Millionen aus den Minderheitenstämmen. Port

Harcourt und seine fruchtbare Umgebung hatten besonders viele Menschen angezogen, die Vorkriegsbevölkerung von einer halben Million war inzwischen auf fast eine Million angestiegen.

Nachdem die Bundestruppen sich auf dem Westufer des Imo rasch aufgestellt und mehrere Gegenangriffe auf ihre Brückenköpfe abgewiesen hatten, griff die Dritte Division in den letzten April tagen Port Harcourt an: Zuerst der übliche Panzerstoßkeil, ein Hagel von Artilleriegeschossen und Mörsern, und dann die nigerianische Infanterie - aber die Biafraner hielten stand. Major Georgio Norbiatto, der einzige Italiener auf biafranischer Seite, war vermißt. Auf verlorenem Posten, mit leerem Patronengürtel, wurde er wahrscheinlich getötet.

Mitte Mai fielen Afam, Bori und Okrika. Tausende von Flüchtlingen behinderten die biafranische Verteidigung, während der Vormarsch der Nigerianer durch kleine Gruppen von unterwegs ausgehobenen Männern, Freiwilligen und Führern unterstützt wurde. Ein paar hatte man aus Lagos hergebracht, unter anderen auch Isaac Boro, den Studentenrevolutionär - er trat nun als Major der Bundesarmee auf und fiel dann vor Bori.

Mit einem schnellen Rechtsausfall schnitten die Nigerianer die nördliche Straßenverbindung zwischen Port Harcourt und Aba ab, und am 18. Mai stießen Vorseinheiten bis in den östlichen Stadtrand vor. Seit Tagen hatte die Beschießung nicht aufgehört, und die Straße, die nordwestlich nach Owerri führt, war von fast einer Million Flüchtlingen verstopft, die sich in Sicherheit bringen wollten. In diesem Menschenstrom blieb Oberst Achuzie, der jetzt diesen Abschnitt befehligte, stecken. Als die Straße endlich geräumt war, hatten die Nigerianer in der Stadt bereits Stellung bezogen und hielten eine Hälfte des Flughafens besetzt, wo ihnen die Biafraner gegenüberlagen. Hier blieben beide Seiten einen Monat stehen, um Atem zu

schöpfen. Anfang April befahl Oberst Ojukwu dem ehemaligen Feldwebel der Fremdenlegion, Major Steiner, ranghöchster der vier Söldner (der vierte war ein Engländer, der wie Williams am Cross gekämpft hatte, aber dann Biafra verlassen hatte), eine Brigade von Sturmtruppen auszubilden und aufzustellen, so wie die kleinen, zähen Einheiten, die die vier Europäer bis dahin einzeln geführt hatten.

Steiner, dessen eigene Guerillatruppe rund um den Flughafen von Enugu den Nigerianern viel zu schaffen machte, schlug sein Lager auf und befahl Williams zu sich. Zusammen begannen sie mit dem Aufbau der biafranischen Vierten Kommandobrigade, einer umstrittenen Einheit, die aber bei den Operationen der Biafraner gegen die Bundes-Armee eine öffentlich stark beachtete Rolle spielen sollte.

Williams wollte am Cross bleiben, aber er mußte sich fügen. Vierzehn Tage nach seinem Abmarsch setzten die Gwodo-Gwodo über, und er war überzeugt, daß ihnen das nicht gelungen wäre, wäre er noch dort gewesen. Sein Vertrag lief ohnehin aus, und er war über die Niederlagen seiner geliebten Ibo so verzweifelt, daß er Anfang Mai nach London zurückging. Aber schon eine Woche später meldete er sich zurück und trat seine zweite Verpflichtung am 7. Juli an. Inzwischen hatte Steiner 3.000 Mann ausgebildet, die er in sechs kleine Bataillone oder Sturmtruppen eingeteilt hatte, und war bereit, einzugreifen. Als Operationsgebiet wählte er die Straße von Enugu nach Onitsha und kehrte in den Norden zurück, wo er mit Williams zusammentraf.

Den ganzen Juli über griffen diese Kommandos die Stellungen der Zweiten Division entlang dieser Straße mit einigem Erfolg an. Später befragt, warum er sich nicht mit der Ersten und Dritten Division ›zum Schlußangriff auf das Ibo-Land‹ vereinigt hätte, mußte Oberst Haruna, der Kommandeur der Zweiten, zugeben, alle seine Vorkehrungen seien an den Überfällen dieser Einsatzkommandos gescheitert, die ihn

fortwährend zwangen, größere Einheiten zur Verteidigung hier- und dorthin zu werfen. Die Erfolge der Kommandos bei Amansee, Uku und Amieni bestätigten Steiners nonkonformistische Theorie, daß auf afrikanischem Boden kleine, schnell bewegliche Gruppen wirkungsvoller seien als solide Infanterie-Marschblöcke. Oberst Ojukwu war zwar im Prinzip einverstanden, aber später zwangen ihn die Umstände, die Kommandos zurück in die Infanterie zu integrieren.

Im Juni brach Adekunle im Süden aus Port Harcourt aus, er hatte Befehl, die Reste von Gowons Rivers State westlich des Bonny zu erobern. Oberst Ojukwu bat die Häuptlinge der beiden südlichen Provinzen, Yenagoa und Degema, zu sich. Er erklärte ihnen, ihr Gebiet eigne sich so schlecht zur Verteidigung, daß er ihnen nicht viel Hoffnung machen könne, daß die biafranische Armee imstande sein werde, die Nigerianer vom Durchmarsch abzuhalten. Falls sie aber wünschten, für Nigeria zu optieren und eventuelle Repressalien vermeiden wollten, bot er ihnen an, seine Verteidigungslinie nördlich der beiden Provinzen aufzubauen und den Rest des Rivers-Gebiets den Nigerianern zu überlassen.

Die Häuptlinge wollten sich sofort entscheiden, aber Ojukwu riet ihnen, nach Hause zu fahren und ihre Ratsversammlung zu befragen. Schon am nächsten Tag kam ein Bote mit der Antwort der Rivers-Bevölkerung zurück: Sie wollten bei Biafra bleiben, sie hofften, daß man sie schützen werde, so gut es ging und wollten auch selbst zur Verteidigung beitragen. Es war ihnen klar, daß sie Vergeltungsmaßnahmen zu erwarten hatten, aber sie waren bereit, sie auf sich zu nehmen.

Später ließ Adekunle die Rivers-Stämme für ihre Loyalität gegenüber Biafra schwer bezahlen. Wie Ojukwu vorausgesagt hatte, war das Gebiet gegen einen Feind mit so vielen Booten und Schiffen nicht zu verteidigen. Die biafranische Abwehr mußte sich in winzige Grüppchen aufsplintern, um jeden Fußbreit Land und Inselland im Auge zu behalten. Die

Nigerianer dagegen konnten sich die Stellen aussuchen, wo sie von See her vorgehen wollten. Mitte Juli waren sie in Degema, Yenagoa, Brass und einer Reihe von anderen Orten gelandet. Im Inland marschierte ihre Infanterie durch Igritta, Elele und Ahoad, um den Rest des Rivers Staats zu besetzen.

Bis dahin hatte Oberst Adekunle noch nie außerhalb der Minderheitengebiete operiert. Er hatte noch nie seinen Fuß ins Ibo-Land gesetzt, so wie die beiden anderen nigerianischen Divisionen - mit Ausnahme der Kämpfe der Ersten Division um die Provinz Ogoja - noch nie außerhalb des Ibo-Landes gekämpft hatten.

Das soll aber nicht heißen, daß die Auseinandersetzungen in den Minderheitengebieten weniger schwer gewesen wären als bei den Ibo, auch hielten die meisten der Minderheitenhäuptlinge treu zu Biafra. Aber es war in den Minderheitengebieten leichter, Abtrünnige zu finden, die entweder aus wirklicher Überzeugung oder aus persönlichem Ehrgeiz zur Kollaboration mit den Nigerianern bereit waren. Diese Agenten leisteten Ungeheures, indem sie die nigerianischen Streitkräfte führten und ihnen verborgene Nebenwege zeigten, wie sie nur den Ortsansässigen bekannt waren.

Es war leicht, schon Wochen vor einem Angriff in die Minderheitengebiete Agenten einzuschleusen, die man bei den oststämmigen Minderheiten in Lagos angeworben hatte. Ein paar von ihnen desertierten allerdings, als sie wieder unter ihren eigenen Leuten waren. Sie berichteten von großen Geldbeträgen, die überall in den Minderheitengebieten ausgestreut wurden, um die Häuptlinge zu kaufen, von Agents provocateurs, die Haß gegen die Ibo predigten, und von den Drohungen, was denen beim nächsten Angriff blühen werde, die sich etwa loyal zu Biafra verhalten würden.

In einigen Gebieten waren diese Methoden erfolgreich, aber dann wurden die Versprechungen meist nicht erfüllt, und das

Verhalten der nigerianischen Soldateska machte allen Illusionen ein Ende. Der Terror kam gewöhnlich in zwei Wellen. Zuerst marschierten die Kampftruppen durch und schossen auf alles, was sie zu sehen bekamen, ohne Rücksicht auf Stammeszugehörigkeit, dann plünderten sie, was immer sie ergreifen konnten. Meist stand die Feindseligkeit der Soldaten dabei in einem Verhältnis zu den Verlusten, die sie selber bei der Eroberung der betreffenden Stellung hatten hinnehmen müssen. Wenn daher eine Stadt ohne einen Schuß gefallen war und die Bevölkerung sich dem raschen Machtwechsel entsprechend pro-nigerianisch verhielt, gab es manchmal freundschaftliche Phasen zwischen der Infanterie und der Bevölkerung - allerdings nie im Ibo-Land, aber dort zweifelte auch kaum einer daran, daß sein Schicksal ohnehin besiegelt war.

Wenn die Infanterie abmarschiert war, kamen die Etappetruppen. In wenigen Wochen mußten die angestammten Bewohner begreifen, daß ›Einheit für Nigeria‹ ein schöner Zukunftsslogan war, aber eine unangenehme Realität, wenn man sich dafür die anscheinend endlose Besetzung durch Soldaten gefallen lassen mußte, deren Hauptinteresse darin lag, sich in Biafra alles zu nehmen, was ihnen gefiel. Deshalb waren auch Ende 1968 diejenigen Minderheitsgebiete, die am längsten unter nigerianischer Besatzung gelitten hatten, der fruchtbarste Boden für die keimende biafranische Guerillabewegung.

Im Juli marschierte Adekunle zum erstenmal ins Ibo-Land ein und stieß in Richtung Owerri vor. Sein sogenannter ›O.A. U.-Plan‹ sah die rasch aufeinanderfolgende Eroberung von Owerri, Aba und Umuahia vor. Berauscht von seiner Bedeutung und einer übertriebenen Vorstellung seiner Fähigkeiten, hatte er überall herumgeprahlt, er würde nun mit dem Rest von Biafra rasch fertig werden. Sein Verhalten wurde so unberechenbar, daß es eine Reihe von Klagen über ihn gab und Gowon sich mehrfach für ihn entschuldigen mußte. Aber wenn Adekunle

etwas wollte, konnte er Gowon offenbar um den Finger wickeln, und so blieb er an der Spitze seiner Dritten Division wie der Herrscher eines Königreichs.

Ende Juli waren seine Truppen auf der Straße zwischen Port Harcourt und Owerri bis Umuakpu vorgestoßen, rund 40 Kilometer südlich von Owerri. Oberst Ojukwu, der sich auf dem Weg nach Addis Abeba befand und verhindern wollte, daß Owerri in seiner Abwesenheit verloren ging, befahl Steiner und seinen Kommandos, Awka zu verlassen und nach Owerri zu marschieren.

Inzwischen hatte sich eingespielt, daß Steiner sich mit dem Kommando der Brigade und mit der Gefechtsplanung, was beides seine Stärke war, begnügte, während er die eigentliche Führung der Kämpfe Williams überließ. Williams war ein hagerer Südafrikaner Walliser Abstammung. Er bezeichnete sich gern als verrückt, und zum Beweis, daß er kugelsicher sei, blieb er im Geschoßhagel aufrecht stehen, während rechts und links von ihm die Männer fielen, schwenkte einen Spazierstock und brüllte den nigerianischen Maschinengewehrschützen solche Obszönitäten zu, daß diese vor Wut außer sich gerieten. Immerhin wirkte sein Beispiel auf die biafranischen Kommandos, und ›Taffy's boys‹ galten als harte Kämpfer. Jedenfalls gaben nigerianische Gefangene zu, ihre Infanterie scheue die Begegnung mit den Kommandos, und das gefiel Steiner und Williams natürlich sehr. Inzwischen hatten sich ihnen drei Neuankömmlinge angeschlossen, ein stämmiger Schotte, ein magerer, leise sprechender, aber hochgefährlicher Korse und ein gut aussehender junger Rhodesier, Johnny Erasmus, keineswegs ein Intellektueller, aber ein Genie im Umgang mit Sprengstoff.

Steiner ließ ihn südlich von Owerri, gegenüber Umuakpu, gleich an die Arbeit gehen: Er sollte den Nigerianern einen Ring von Hindernissen in den Weg legen. Nach drei Tagen hatte er zweihundert Bäume gefällt, Fallgruben ausgehoben, Minen

gelegt, Schreckladungen angebracht, Feuerreifen installiert, Bunker ausgehoben und alles, was sich nur spalten ließ, mit Handgranaten mit gezogenem Abzug verkeilt. Dann meldete Erasmus, die Nigerianer könnten entweder in Umuakpu bleiben oder sie müßten Fallschirme benutzen. Tatsächlich haben die Nigerianer diese Hindernisse nie ganz durchbrechen können, sie mußten sie schließlich umgehen und von hinten her ausschalten.

Steiner ließ die biafranische Infanterie sicher hinter seiner Maginot-Linie und schickte Williams mit 500 Mann der Kommandos seitlich um den Feind herum. Am 4. August schlugen sie zu, nicht bei Umuakpu, sondern gegen das nigerianische Hauptquartier im nächsten Dorf die Straße abwärts, in Amu Nelu. Innerhalb einer Stunde zerstörte Williams das Hauptquartier, hatte große Mengen an Ausrüstung, Waffen und Munition erobert, hinterließ 100 gefallene Feinde auf der Straße und war rechtzeitig zum Frühstück zurück. Die Wirkung von Amu Nelu ließ nicht lange auf sich warten. Die Nigerianer schickten einen Unterhändler durch die Linien zu der biafranischen Infanterie und baten um einen lokalen Waffenstillstand.

Innerhalb einer Woche mußten die Kommandos wieder verlegt werden, diesmal nach Okpuala auf der Hälfte der Straße zwischen Owerri und Aba. Auch die Nigerianer marschierten vom Süden her auf diese Kreuzung zu, und der Schotte und der Korse wurden abkommandiert, sie aufzuhalten. Es gab ein paar heftige Gefechte, beide wurden verwundet, und doch gelang es einer aus Kommando- und Infanterie-Einheiten gemischten Truppe, die Nigerianer so lange vor Okpuala festzuhalten, bis Aba gefallen war.

Aba, im Süden und Westen durch die Biegung des Imo geschützt, schien vor jedem Angriff sicher. Es war die größte Stadt, die frei geblieben war und voll von Flüchtlingen, vielen aus Port Harcourt. Aba war auch das Verwaltungszentrum von Biafra. Es gab zwei Brücken über den Imo, eine bei Imo River

Town, über die die Hauptstraße von Aba nach Port Harcourt führte, und eine andere bei Awaza weiter westlich. Die eine war gesprengt worden, die andere stand noch, war aber vermint. Die Nigerianer entschieden sich für die Brücke bei Awaza. Als sie auf dem gegenüberliegenden Ufer erschienen, zündeten die Biafraner die Sprengladungen, doch waren sie schlecht montiert gewesen - einer der folgenreichsten Fehler dieses Krieges. Die Brücke brach zwar zusammen, aber eine Gas-Pipeline ein paar Meter daneben blieb unversehrt. Auf den Röhren führte ein Steg entlang, und die Biafraner, die keine Munition mehr hatten, mußten hilflos zusehen, wie die Nigerianer zu Fuß einer nach dem andern herüberkamen. Man schrieb den 17. August. Williams sollte mit 700 Mann eingreifen, aber er kam erst am Morgen des 19., und bis dahin hatten die Nigerianer bereits drei Bataillone herübergebracht.

Zwei Tage lang kämpften die Kommandos, um den Brückenkopf zurückzuerobern, aber zwei Bundes-Bataillone hielten sie eine Meile vom Ufer entfernt und ein drittes marschierte nach Süden weiter und besetzte den nördlichen Ansatz der zweiten, größeren Brücke. Williams mußte aufgeben und zog sich bis zur Hauptstraße Aba-Port Harcourt zurück. Sechs Tage lang wehrte sich die biafranische Zwölfte Division, zusammen mit Williams' Soldaten etwa 1.000 Mann, gegen eine weitere Welle von Nigerianern, die zu Fuß über den Imo kam. Der Gegner arbeitete dem Vernehmen nach mit Hilfe russischer Ingenieure fieberhaft an der Wiederherstellung der Imo-Brücke, um auch die schwere Ausrüstung herüberschaffen zu können.

Williams hielt die Mittelachse und nahm die Nigerianer nicht für so gefährlich, solange sie weder über Panzer noch Artillerie verfügten, obwohl sie den Biafranern an Kanonen, Munition und Mörsern immer noch vielfach überlegen waren. Am 24. August war die Brücke fertig und die Angriffsspitze rollte. Die Schlacht, die nun folgte, war die blutigste des ganzen Krieges. Williams begnügte sich nicht mit Verteidigung, sondern warf seine 1.000

Mann in den Angriff. Auf eine solche Unverschämtheit waren die Nigerianer nicht gefaßt. Sie sollen damals drei Brigaden auf der Hauptstraße gehabt haben, der Plan war, bequem nach Aba zu marschieren, den Widerstand wegzufegen und bis Umuahia vorzustößen.

Drei Tage lang führten Williams und Erasmus ihre knapp 1.000 jungen Biafraner mit ihren Bolzenschußflinten gegen die Elite der nigerianischen Armee. Sie hatten keine Bazookas, keine Artillerie, nur ein paar kostbare Mörser. Unterstützt von fünf Panzern ließen die Nigerianer Kugeln, Mörser und Bazookas regnen. Zweiundsiebzig Stunden schwiegen ihre Maschinengewehre und Repetierflinten nicht. Das Rückgrat der Verteidigung war die ›Ogbunigwe‹, eine seltsame Bombe biafranischer Erfindung. Sie sah aus wie ein breiter Kegel, in der schmalen Spitze befand sich der Sprengstoff, das übrige war mit Kugellagern, Nägeln, Steinen, Eisenstücken und Metallsplintern vollgestopft. Der Boden wird gegen einen Baum gelehnt, um den Rückstoß aufzufangen, und die trompetenförmige Öffnung sieht, mit Sperrholz verdeckt, dem anrückenden Feind entgegen. Sie wird mit einem Draht gezündet, und die Fachleute sagen, man soll dabei reichlich Abstand halten. Die ›Ogbunigwe‹ beschreibt nach der Explosion einen Bogen von 90 Grad und wirkt innerhalb von maximal 200 Metern tödlich. Wenn so ein Apparat aus geringer Entfernung abgefeuert wird, setzt er eine ganze Kompanie außer Gefecht und bringt jeden Angriff zum Stehen.

Die Nigerianer kamen die Straße entlang, sie sangen ihren Schlachtruf ›Oshe-bey‹ und bemühten sich überhaupt nicht um Deckung. Außerdem schwankten sie seltsam hin und her. Williams, der im Kongo gedient hatte, erkannte auf den ersten Blick: »Die sind stockbesoffen.«

Erasmus ließ die Ogbunigwes direkt auf sie los, und die Nigerianer fielen wie Halme bei der Ernte. Nur ein paar Überlebende schwankten weiter. An diesem Tag zündete

Erasmus mehr als vierzig Ogbunigwes. Einer der Saladin-Panzerwagen zog sich mit zerfetzten Reifen zurück. Die Biafraner hatten keine Munition mehr, aber die nigerianische Brigade, die den Angriff vortragen sollte, war aufgerieben. Sie hatten die Panzergräben mit Schaufeln zuzuschütten versucht, aber eine Mannschaft nach der andern fiel aus. Gefällte Bäume von vielen Tonnen Gewicht versuchten sie mit ihren eigenen Körperkräften aus dem Weg zu stemmen, bis die Bombe unter dem Baum automatisch losging und die Soldaten in Stücke riß.

Während der nigerianische Vortrupp ausgewechselt wurde, trieb Williams seine erschöpften Männer zum Angriff an, um die Unordnung beim Gegner auszunützen. Sie gewannen die drei Meilen, die sie während des Tages verloren hatten, zurück und erreichten wieder ihre ursprünglichen Stellungen. Bis zum nächsten Tag durften sie schlafen, Erasmus baute inzwischen mehr Booby-traps und Williams fuhr nach Aba, um Munition zu beschaffen. Aber die Nachschub-Maschinen kamen nicht. Steiner, inzwischen Oberstleutnant, appellierte von seinem Hauptquartier in Aba aus an Oberst Ojukwu. Es gab keine Munition. Williams mußte an die Front zurückkehren. Für den nächsten Tag, Sonntag, den 25. August, blieben jedem seiner Männer je zwei Kugeln.

Am Sonntag und Montag wiederholten sich mehr oder weniger die Geschehnisse vom Samstag, dann war sechs Tage Ruhe. Später erfuhr man, daß Adekunle die Spitäler von Calabar, Port Harcourt, Benin und sogar Lagos mit seinen Verwundeten gefüllt hatte. Wie viele tot auf dieser Straße liegen blieben, hat niemand gezählt - Williams schätzte sie auf nahezu 2.500.

Nachdem die Dritte Division ihre Wunden geleckt hatte, griff sie Aba wieder an, aber diesmal nicht auf der Hauptstraße. Sie konzentrierte sich auf die rechte Flanke der Kommandos, die vor ihren Panzerwagen nachgab. Aba fiel am 4. September, aber nicht von der Front, sondern von der Flanke her. Steiner wagte

mit ein paar Köchen, die er mit Maschinenpistolen bewaffnet hatte, einen Ausfall. Oberst Achuzie stieß beinahe frontal mit einem nigerianischen Saladin zusammen, als er um eine Häuserecke raste. Williams befand sich mit seinen Männern immer noch 10 Kilometer südlich der Stadt und hielt die Hauptachse, als Aba hinter ihm fiel. Er und seine Männer retteten sich landeinwärts.

Oberst Ojukwu befahl den Kommandoeinheiten, zu ihren Basen zurückzukehren, neue Soldaten zu rekrutieren und sich wieder in Form zu bringen. Von den 3.000, die neun Wochen zuvor nach Awka marschiert waren, kehrten von beiden Achsen, Aba und Okpuala, nur 1.000 Mann zurück. Mitte September ging Steiner in Urlaub; Williams übernahm stellvertretend den Befehl.

Der Angriff auf Aba war das Signal für den umfassenden ›Schlußangriff auf das Ibo-Land‹, von dem man dem britischen Parlament weisgemacht hatte, es werde nie dazu kommen. Das ganze Land brannte, von Ikot Ekpene im Süden, das bereits sechsmal den Besitzer gewechselt hatte, bis Owerri. Im Norden machte Haruna einen mutigen Ausfall aus Onitsha und vereinigte sich mit seinen Truppen bei Abagana, die Erste Division warf inzwischen alle Kräfte auf den demilitarisierten Rot-Kreuz-Landeplatz bei Obilagu, der am 23. September fiel.

Am 11. September stießen die Nigerianer mit ihren Booten schnell auf dem Orashi bis Oguta vor, einer Stadt am Seeufer nicht weit vom Flughafen Uli. Die Schiffe gelangten unbeobachtet über den See und die Soldaten gingen an Land. Oguta war immer noch von Menschen überfüllt, viele mußten sterben. Nachdem die Bevölkerung aus der Stadt geflohen war, wurde Oguta systematisch geplündert, und immer mehr Nigerianer kamen aus dem Mittelwesten über den Niger. Oberst Ojukwu befahl seinen Offizieren barsch, Oguta in achtundvierzig Stunden zurückzuerobern. Er selber leitete den Einsatz, Achuzie befehligte die einzelnen Operationen. Die

Biafraner fluteten in die Stadt zurück und die Nigerianer flohen zum Fluß. Unter den Hunderten von Toten, die sie zurückließen, befand sich auch ihr Kommandeur.

Dieses Oguta blieb nicht ohne Nebenfolgen. Einige der beteiligten biafranischen Truppen hatte man von der rechten Flanke bei Umuakpu abgezogen, und am 13. September entdeckte eine nigerianische Patrouille die schwache Stelle. Die Nigerianer griffen an und umgingen die Verteidigung von der Flanke her. Auf diese Art kamen sie bis Obinze, 15 Kilometer südlich von Owerri. Am 18. September stürmten sie im Schutz einer Panzerwagenvorhut die Stadt.

Im Norden verließ die Erste Division Obilagu und nahm Okigwi ein, das keine Verteidigung besaß, weil es als Zentrum des Roten Kreuzes für die Verteilung von Lebensmitteln galt, die im benachbarten Obilagu eintrafen. Hier, am 1. Oktober, zeichneten sich die Nigerianer dadurch aus, daß sie ein älteres englisches Missionars-Ehepaar erschossen, Mr. und Mrs. Savory, und zwei Mitarbeiter des schwedischen Roten Kreuzes.

Von da an änderte sich die Situation. Der Pilot, der die Biafraner bei Aba und Owerri im Stich gelassen hatte, wurde gefeuert und eine neue Luftbrücke mit Basis in Libreville in Gabun eingerichtet. Englische, südafrikanische, rhodesische und französische Piloten flogen die Maschinen. Oberst Ojukwu stellte sein Privatvermögen zur Verfügung, damit war ihm der europäische Waffenhandel zugänglich und allmählich wurden größere Kontingente eingeflogen. Die Biafraner bereiteten sich auf den Gegenangriff vor.

Steiner kehrte aus dem Urlaub zurück, aber er war immer noch ein geschwächter Mann. Als Kommandeur der neu gebildeten Kommando-Division zeigte er deutlich, daß er der Aufgabe nicht gewachsen war. Anfälle von nervöser Erschöpfung, an denen er schon immer gelitten hatte, traten wieder auf, eine Art Größenwahn verbunden mit Verfolgungswahn. Sein Verhalten wurde immer

unberechenbarer, bis er schließlich seinen Männern sogar befahl, drei Rotkreuz-Jeeps für seinen privaten Gebrauch zu »entführen«.

Er wurde vor Ojukwu gerufen, aber anstatt sich zu entschuldigen, fing er mit dem Staatsoberhaupt zu streiten an. Es blieb keine Wahl, man mußte ihn entlassen. Sechs weitere Offiziere, die er aus dem Urlaub mitgebracht hatte, gingen ebenfalls. Williams übernahm wieder das stellvertretende Kommando und gab es später an einen biafranischen Brigadegeneral weiter. Aber noch während seiner Zeit gab es zwei Schlachten unter seiner Führung. Vom 10. bis 12. November griff eine der drei Brigaden der Kommando-Division mehrmals Onitsha an. Sie konnten die Stadt zwar nicht einnehmen, aber sie verkleinerten die nigerianische Vorpostenlinie um die Hälfte und verringerten damit die Gefahr eines Ausbruchs. Diese Angriffe hätte man fortgesetzt, wären die Nigerianer nicht von Awka aus nach Süden vorgestoßen, um die Dörfer Agolo und Adazi zu erobern, von wo aus sie das Herzland Biafras hätten bedrohen können. Aber die Kommandos im dortigen Gebiet, unterstützt von zwei Bataillonen der biafranischen Infanterie, wehrten sich tapfer und die Nigerianer mußten sich nach Awka zurückziehen.

An anderen Stellen spielte sich im November und Dezember das gleiche ab. Die Biafraner traten auf den meisten Abschnitten zum Gegenangriff an, vor allem bei Aba und Owerri. In Aba trieb Oberst Timothy Onuatuegwu die Bundestruppen bis zum Stadtrand zurück, dann besetzte er mit seinen Männern die rechte und linke Flanke. In Owerri eroberte Oberst John Kalu 400 qkm rund um die Stadt zurück und begann mit der Belagerung.

Diese nackte Wiedergabe der Ereignisse wirkt vielleicht so, als sei der Vormarsch der Nigerianer nach Biafra ein reibungsloses, flüssiges Unternehmen gewesen. Das war nicht der Fall. Von gelegentlichen Ausnahmen abgesehen, wo die

nigerianischen Truppen ein leichtes Vorwärtstkommen fanden, mußten sie um jeden Fußbreit des Weges kämpfen. Manche Ziele wurden erst nach dem dritten oder vierten Versuch erreicht, manchmal waren sie auch monatelang blockiert. Eine gemäßigte Schätzung ihrer Materialkosten belauft sich auf Hunderte von Millionen Schuß, ihre Verluste an Menschen lagen bei mehreren Zehntausend.

Die Nigerianer lernten nicht, ihre Eroberungen in den Griff zu bekommen und zu verwalten. Sie zogen Linien auf der Karte, die mit der Realität der Lage wenig zu tun hatten, sie hielten sich eng an die großen Straßen und die Ortschaften und mieden den Busch, der mehr als neunzig Prozent des Landes bedeckt. Ihre eigenen Administratoren blieben in den Ortschaften und konnten es nicht mit dem biafranischen Kollegen aufnehmen, der irgendwo im besetzten Gebiet im Busch saß und mit seinem Fiat im Land herumfuhr und Kontakt mit der vorwiegend ländlichen Bevölkerung hielt.

Das Geheimnis, weshalb Biafra überlebt hat, liegt zum Teil in der Führung durch Oberst Ojukwu, aber noch viel mehr in den Menschen von Biafra. Weder ein Führer noch eine Armee hätten kämpfen können, hätte die Bevölkerung sie nicht unterstützt. Ohne diese Rückendeckung kann eine Armee keinen wirklichen Widerstand leisten. Die Menschen gaben alles, was sie hatten: Arme Dörfer veranstalteten Sammlungen, reiche Leute gingen an ihre ausländischen Konten und spendeten Dollars und Pfund. Schneider machten Uniformen aus Vorhangstoffen, Schuster nähten Armeestiefel aus Streifen von Zeltleinwand. Bauern brachten Eingemachtes, Cassava, Reis, Ziegen, Hühner und Eier. Buschmänner meldeten sich mit ihren Äxten und uralten Schießprügeln. Taxifahrer und Besitzer von Kleinkraftwagen fuhren in den Kolonnen, Geistliche und Schullehrer gaben ihre Fahrräder ab. Natürlich gab es Verräter, Schwindler, Überläufer, Profitgeier und Gangster, wie sie jeder Krieg an die Oberfläche schwemmt. Aber das Volk blieb ruhig, es gab keine

Demonstration, keine Meuterei. Als sie sehen mußten, wie man ihr Land zerstörte und ihre Nächsten umbrachte, wurde aus den Trümmern zweierlei geboren: das Nationalgefühl und der Haß gegen die Nigerianer. Nur deshalb ist die gegenwärtige politische Situation eine unantastbare Realität. Man kann Biafra nicht zerstören, wenn man nicht das ganze Volk vernichten will. Selbst unter totaler Besetzung, mit oder ohne Oberst Ojukwu: Biafra würde sich wieder erheben.

Im Lauf des Jahres 1969 gab es nur noch wenige territoriale Veränderungen von Bedeutung, und Ende des Jahres kam der Krieg zum Stehen. Am 3. Januar des neuen Jahres verlegte Oberst Ojukwu zwei Brigaden der S-Division unter Oberst Onuatuegwu von der Aba-Front an die Owerri-Front, um Oberst Kalu und die 14. Division bei der Belagerung von Owerri zu unterstützen.

Die Vorhut stand bereits innerhalb des nördlichen Stadtrands, und beide Kommandeure benutzten den Januar dazu, die Bundes-Garnison frontal anzugreifen. Es gab Verluste und wenig Gewinn, denn wie üblich hatten die Nigerianer ihre Stellungen gut ausgebaut und der Nachschub an notwendigem Gerät und Munition rollte auf der Hauptstraße von Port Harcourt nach Süden und funktionierte hervorragend. Ende Januar schlug Onuatuegwu bei einer Besprechung mit Oberst Ojukwu und Oberst Kalu vor, diese Frontalangriffe einzustellen und die biafranische Feuerkraft lieber auf die Flanken von Owerri und auf die nigerianische Nachschublinie zu konzentrieren - diese Taktik hatte er vorher schon bei Aba angewendet.

Der Plan fand Zustimmung. Im Februar entsetzten beide Kommandeure die von den Nigerianern gehaltenen Dörfer östlich und westlich von Owerri und stießen schließlich im Halbkreis mit Macht in den Süden der Stadt vor. Am 28. Februar war der Kreis geschlossen und der nigerianische Nachschub abgeschnitten. Den ganzen Monat März über

versuchten die Bundestruppen zwar immer wieder, den Kordon zu durchbrechen und die in Owerri eingeschlossene Brigade zu befreien, aber der biafranische Gürtel hielt und die nigerianische Luftwaffe mußte die Munition schließlich über der Garnison aus der Luft abwerfen. Sie hatte keine Erfahrung in solchen Operationen, etwa siebzig Prozent der Versorgung fielen außerhalb der besetzten Teile und damit den Biafranern in die Hände. Unter anderem kamen sie auf diese Art zu großen Mengen von neuen russischen Kalashnikov AK-47, einem leichten Sturmgewehr, samt zugehöriger Munition.

Anfang April hörte diese Versorgung auf. Die Biafraner begriffen, daß nun kein Manna mehr vom Himmel fallen würde und nahmen ihre Angriffe auf die zunehmend demoralisierte nigerianische Besatzung wieder auf, wobei ihnen der Nachschub, den man ungewollt über ihnen abgeworfen hatte, gute Dienste tat.

Im März hatten die Nigerianer eine besonders starke Einheit von Port Harcourt in Marsch gesetzt, die den Weg nach Owerri wieder freikämpfen sollte. Sie war aber in westlicher Richtung von der geteerten Hauptstraße abgedrängt worden und kam bei Ohuba, etwa 15 Kilometer südlich von Owerri, zum Stehen. Hier blieb sie bis Ende 1969.

Am Abend des 22. April, nach zwanzig Tagen pausenloser Angriffe der Biafraner, knapp an Lebensmitteln und Munition, befahl Oberst Utuk, der nigerianische Kommandeur der Besatzung von Owerri, seine Bataillons-Kommandeure zu sich. Man beschloß, daß man entgegen dem Befehl von Oberst Adekunle in Port Harcourt die Stellung nicht länger halten, sondern einen Ausfall versuchen werde. In der Nacht marschierte die ganze Garnison - einschließlich der Verwundeten, die man auf Lastwagen lud - in der Stadt in südlicher Ausrichtung auf. Patrouillen hatten vorher den südlichen Stadtrand erkundet und gefunden, daß eine Straße nach Süden nur durch ein ziemlich schwaches biafranisches

Bataillon geschützt war. Das war allerdings nicht die geteerte Hauptstraße, sondern eine Lehmstraße in leicht östlicher Richtung. Am Morgen des 23. April griff die Kolonne im Schutz ihrer beiden Saladin-Panzer dieses biafranische Bataillon an und stieß durch. Dann marschierte sie zurück zur nigerianischen Dritten Division, deren Vorhut bei Umuakpu und Amu Nelu lag, wo Taffy Williams sie zehn Monate zuvor aufgehalten hatte.

Als Oberst Onuatuegwu erfuhr, daß die Bundestruppen durchs Netz geschlüpft waren, kommandierte er hastig zwei Bataillone zu ihrer Verfolgung ab. Sie holten das Ende der nigerianischen Kolonne acht Kilometer südlich von Owerri ein, die von da an auf ihrem Marsch nach Süden erbitterte Rückzugsgefechte liefern mußte. Vom Rücken und von den Seiten angegriffen und von einem Hinterhalt in den nächsten stolpernd, ging die Kolonne in Stücke, was von ihr schließlich bei den nigerianischen Stellungen rund um Amu Nelu 35 Kilometer südlich von Owerri ankam, waren nur noch wirre Gruppen und Haufen. Sie hatten fast die gesamte Ausrüstung und fast die Hälfte der Männer verloren.

Noch am 23. April nahmen die Biafraner Owerri wieder voll in Besitz und fingen an, die zertrümmerte und ausgeplünderte Stadt in Ordnung zu bringen. Die Aufgabe von Owerri wirkte sehr ungünstig auf die Moral der Nigerianer, Oberst Adekunle wurde vierzehn Tage danach seines Kommandos enthoben und kehrte als Ausbilder nach Lagos zurück. Trotz verschiedener Vorstöße standen die Bundestruppen Ende November 1969 immer noch bei Ohuba und Umuakpu, und Owerri wurde die neue Hauptstadt der Regierung von Biafra.

Allzu groß war die Freude der Biafraner über die Rückeroberung dieser strategisch wichtigen Stadt nicht, hatten sie doch eben erst ihre bisherige Hauptstadt Umuahia verloren. Es hatte viel Zeit und Mühe gekostet, Owerri zurückzubekommen, dagegen war die Eroberung von Umuahia

durch die Bundestruppen der Höhepunkt eines Alles oder Nichts mit Hilfe enormen materiellen Einsatzes gewesen. Die Regenzeit nahte und die Bundesregierung beschloß, ihre Anstrengungen weniger auf die berühmte Dritte Division im Süden zu konzentrieren, sondern auf die weniger hervorgetretene Erste Division im Norden. Diese Erste bekam im letzten Vierteljahr von 1968 und in den ersten drei Monaten von 1969 große Mengen der neu gelieferten sowjetischen Waffen, und am 26. März - demselben Tag, an dem Harold Wilson in Nigeria landete - brach sie gleichzeitig aus Okigwi und Afikpo aus.

Die Spitze beider Stoßtruppen bildeten ein Dutzend Panzerwagen, außerdem wurden sie durch starkes Artillerie- und Mörserfeuer unterstützt. Am 1. April erreichten sie Bende und Uzoakoli, beide Gebiete wurden heftig umkämpft. Uzoakoli bedeutete für die Biafraner einen besonders schweren Verlust, weil dort die Ölraffinerie lag, die sie nach der Aufgabe von Port Harcourt im vergangenen Mai aufgebaut hatten. Diese Raffinerie erreichte eine Spitzenproduktion von 1,3 Millionen Liter täglich und war eben dabei, den Brennstoffmangel zu beseitigen, der den Biafranern seit dem Versiegen ihrer Vorräte im vergangenen November drohte.

Ein paar Tage sah es so aus, als kämen die Bundestruppen vor diesen beiden Orten zum Stehen. Bende war genauso wichtig, weil es auf einer Hügelkette liegt, von der es abwärts nach Umuahia geht. Am 7. April stieß eine nigerianische Kolonne quer landein vor und nahm Ovim an der Eisenbahnstrecke nach Umuahia. Um den 10. April fielen die ersten Geschosse am Stadtrand von Umuahia und die Bevölkerung mußte evakuiert werden.

Umuahia fiel am 15. April, wenn auch danach noch hier und da geschossen wurde. Als letzter verließ Oberst Ojukwu die Stadt, der die Kämpfe zum großen Teil persönlich von seinem Haus in der Okpara-Straße aus geleitet hatte.

Die Nigerianer hatten die Stadt zwar erobert, aber nur schwachen Halt gefunden. Wie immer in solchen Situationen hatte der Fall der Stadt die Biafraner zunächst in Verwirrung gestürzt, dann hatten sie sich neu gruppiert und gingen eine Woche später zum Gegenangriff vor. Die Nachschublinien der Bundestruppen nach Umuahia verliefen meilenweit durch das Hügelland nördlich und nordöstlich der Stadt und boten gute Angriffsmöglichkeiten. Die Garnison war mehrmals während des Sommers auf Versorgung aus der Luft angewiesen. Ende des Jahres war Umuahia ebenso wie Aba immer noch von drei Seiten belagert, ein Vorposten am Ende eines langen und äußerst gefährdeten Korridors durch feindliches Land.

Von diesen zwei größeren Auseinandersetzungen abgesehen, blieb es an allen Fronten ruhig. Anfang März griff die Zweite Bundes-Division, die in Onitsha stationiert war, gleichzeitig von Onitsha in Richtung Awka an und von Awka in Richtung Onitsha, um das Straßenstück von 10 Kilometern zu erobern, das die Biafraner besetzt hielten und das die beiden Hälften der Division trennte. Es gelang, diese Lücke zu schließen und vierzehn Tage lang floß der Verkehr hin und her. Dann gewannen die Biafraner im Gegenangriff diese Strecke zurück und erreichten schließlich im Juni den östlichen Stadtrand von Onitsha selbst.

Sonst geschah im Norden während des Jahres 1969 nichts. Im Süden waren die Biafraner zum erstenmal auf allen Sektoren im Angriff. Sie hatten aus der neuen Taktik von Owerri gelernt und versuchten nicht mehr, frontal vorzugehen, sondern vertrieben die Nigerianer nacheinander aus den einzelnen kleinen Dörfern. Auf diese Weise hatten sie Ende des Jahres die ganze Länge der Straße von Owerri nach Aba bis zu einem Punkt acht Kilometer vor Aba unter ihre Kontrolle gebracht. Die Bundestruppen mußten Okpuala aufgeben und Pater Kevin Doheny konnte sein Seminar dort wieder eröffnen. Auch Owerrinta war wieder frei, und die Spitze der Nigerianer stand jetzt wieder in Amala, acht

Kilometer südlich der umkämpften Straße, wohin der schottische und der korsische Söldner sie mit einer Kommando-Einheit im August 1968 zurückgetrieben hatten. Alles in allem hatten die Biafraner im Lauf des Jahres 1969 im südlichen Abschnitt 2500 Quadratkilometer ohne viel Aufwand an sich gebracht.

Diese Erfolge, wenn sie auch nicht besonders groß waren, hatten fünf Ursachen. Erstens die veränderte Taktik, der Verzicht auf frontale Zusammenstöße mit einem überlegen bewaffneten Gegner und ein größeres Gewicht auf Angriffe von der Flanke, auf Hinterhalt- und Überfalltaktik - kurz, jene Kampfmethoden, für die Williams vergebens eingetreten war, der im Februar Biafra verlassen hatte, ohne seinen Vertrag ein drittes Mal erneuert zu haben. Zweitens war die Moral der Bundes-Infanterie immer mehr gesunken. Während des ganzen Jahres hatten die schrecklichen Nachschubverhältnisse die Soldaten in den vordersten Linien nur schlecht mit Lebensmitteln und Munition versorgt - gefangene Nigerianer klagten, die Männer auf der anderen Seite seien erschöpft, sie wollten nach Hause und ihr Leben nicht in weiteren, selbstmörderischen Angriffen riskieren, während die kommandierenden Offiziere so weit hinten wie möglich blieben. Diese Kriegsmüdigkeit hatte auf beiden Seiten eingesetzt, aber die Biafraner befanden sich wenigstens auf heimatlichem Boden, sie wurden von der bäuerlichen Bevölkerung unterstützt und waren beträchtlich besser ausgerüstet als je zuvor.

Die letzten drei Gründe für die veränderte Situation beziehen sich auf die Bewaffnung. Zunächst hatten die Bundestruppen bis in den Spätf Frühling von 1969 den Vorteil ihrer Panzerwagen gehabt, denen die Biafraner nichts entgegenzusetzen hatten. Im Verlauf des Jahres erhielten sie eine beträchtliche Zahl guter Bazookas und die Raketen dazu. Ein Teil war sowjetischer Bauart, äußerst leichte und leistungsfähige Panzerbüchsen mit einer Zielgenauigkeit bis auf fast 300 Meter und leicht zu

warten, außerdem hatten sie auch die kompliziertere französische LRAC. Im Jahr 1968 war die Ausbildung an diesen Waffen noch höchst dürftig gewesen, aber im folgenden Jahr trainierten zwei europäische Offiziere die biafranischen Bazooka-Besatzungen, die schließlich so gut damit umgehen konnten, daß die biafranische Infanterie bald ihre Angst vor den Saladins und Ferrets verlor und diese Panzerfahrzeuge sich immer weniger weit vorwagten - ihre Lebenserwartung wurde geringer.

Außerdem stiegen Qualität und Feuerkraft der biafranischen Ausrüstung 1969 ständig. General Ojukwu (die Beratende Versammlung hatte ihn im März 1969 befördert) sagte auf einer Pressekonferenz am 4. November in Owerri: »Wir besitzen jetzt unendlich viel mehr Feuerkraft als jemals seit Beginn des Krieges.« Er setzte hinzu, der Hauptzuwachs seien Verteidigungswaffen gewesen, also Bazookas, Artillerie, Mörser und schwere Maschinengewehre. Auch die Ausbildung an diesen Waffen hatte sich gegenüber 1968 stark verbessert. Die Bundesarmee war so lange überlegen gewesen, daß es schon fast als selbstverständlich galt, aber die veränderte Lage bei den Biafranern glich diese Vorteile inzwischen fast aus.

Die dritte Veränderung spielte sich bei der neuen biafranischen Luftwaffe ab, die am 22. Mai zum erstenmal angriff und im Lauf des Jahres immer stärker wurde. Die Geschichte der biafranischen Luftstreitkräfte läßt sich noch nicht schreiben, weil zu vieles noch unbekannt ist, aber man kann sagen, daß das Hauptverdienst an ihren Operationen und Erfolgen bei Graf Carl Gustav von Rosen liegt, einem enorm fähigen und erfahrenen schwedischen Piloten.

Von diesem Flieger hatte man vorher schon gehört. Er war der Mann, der als erster Pilot für das Hilfsprogramm der Nord-Church-Aid flog und am 10. August die erste Maschine aus São Tomé im Tiefflug hereinbrachte, um zu beweisen, daß Whartons Beherrschung der Nachschublinien nicht unbezwinglich war.

Nach mehreren Meinungsverschiedenheiten mit seiner eigentlichen Firma Transair und seinem jüngsten Arbeitgeber Nord-Church-Aid trat er von seinem Posten in São Tomé zurück und ging wieder nach Schweden.

Das nächste Mal tauchte er in Umuahia in Biafra auf, Weihnachten 1968 übermittelte er Oberst Ojukwu einen Brief des Kaisers Haile Selassie, der ein persönlicher Freund war. Er weinte fast, als er am Weihnachtstag in meinen Wohnwagen in Umuahia kam, er hatte gerade die Verwüstung und das Blutbad gesehen, das drei Bombenangriffe der nigerianischen Luftwaffe auf Umuahia an diesem Tag nacheinander angerichtet hatten. Ein paar Bomben waren auf ein Haus voller Kinder gefallen und dieser Anblick hatte den Grafen tief verstört, ebenso wie die Journalisten, denen solche Szenen doch nicht mehr neu waren.

Wir tranken zusammen Kaffee und der alte Pilot sagte mir, er sei entschlossen, nach Biafra zurückzukehren und die von Ägyptern geflogene Bundes-Luftwaffe zerschlagen zu helfen - dabei stand er nur ein Jahr vor seiner Pensionierung bei Transair. Stundenlang entwickelte er Schritt für Schritt, wie er die Probleme sah und fand eine Lösung nach der andern. Er wollte leichte Maschinen eines äußerst beweglichen Typs kaufen, sie mit Raketen oder Bomben ausstatten, dicht über den Baumkronen anfliegen und die MiGs und Ilyushins auf dem Boden zerstören. Die Überraschung des Gegners und die niedrige Flughöhe würden ihnen das Entkommen ermöglichen. Von oben grün und von unten blau angestrichen, sollten sie knapp über die Palmwipfel fliegen, so würde man sie erst im Augenblick des Angriffs wahrnehmen und der Feind würde sie nicht verfolgen können.

Damals hörte sich das an wie eine allgemeine Erörterung, wie Piloten sie lieben. Aber er tat genau das, was er gesagt hatte. Am 22. Mai führte Graf Rosen seinen ersten Angriff auf Port Harcourt und zerstörte mit Raketen, die von schwedischen MFI Minicons, leichten Eindeckern, abgefeuert wurden, eine Ilyushin

und zwei MiGs auf dem Rollfeld. Fünf Minicons waren an diesem Unternehmen beteiligt, drei wurden von Schweden geflogen und zwei von Biafranern, die Rosen in Gabun ausgebildet hatte.

Die Minicons schlugen in den nächsten Monaten immer wieder auf die Flugplätze der Nigerianer los. Ende des Jahres hatten sie etwa dreißig Kampf- und Transportflugzeuge vernichtet, einschließlich drei der Bomber, die fast jede Nacht die Piste bei Uli angriffen, wenn der Nachschub eingeflogen wurde. Nach den Flugplätzen konzentrierten sich die Minicons, die inzwischen ausschließlich von Biafranern geflogen wurden, Mitte Juni auf die Ölförderungsanlagen, die Nigerias Hauptquelle für Devisen und Kredite für den Waffenankauf waren.

Ende des Jahres hatte diese winzige Flotte von Tieffliegern so viel Schaden angerichtet, daß Shell-BP sich vorübergehend von Groß-Nigeria zurückzog. Andere Gesellschaften folgten, nachdem ihre Einrichtungen mit Raketen beschossen worden waren. Das Öl tröpfelte nur noch aus Nigeria, und damals begannen englische Unternehmerkreise zum erstenmal seit Kriegsbeginn umzudenken.

Mitte des Sommers konnte Graf Rosen den Knüppel an die begeisterten jungen Biafraner ganz übergeben, die von seinen beiden schwedischen Kollegen in Gabun ausgebildet wurden, und sich mehr organisatorischen Aufgaben zuwenden. Die Früchte zeigten sich am 2. November 1969, als zwei Harvards in Uli landeten und sich zu den Minicons gesellten, die dort im Busch auf einer Piste stationiert waren. Bis dahin gab es fünfzehn Minicons. Die Harvards waren zweisitzige, einmotorige Eindecker mit tiefliegenden Tragflächen, ursprünglich waren sie als Trainingsmaschinen für Fortgeschrittene der kanadischen Luftwaffe gebaut worden, erwiesen sich aber später als stark und anpassungsfähig genug, um in der Kongo-Krise mit großem Erfolg gegen die Simba

eingesetzt zu werden. Mit Bomben, Raketen oder Maschinengewehren ausgerüstet, eignen sie sich hervorragend für Tieffliegerangriffe, wie sie der Krieg in Afrika notwendig macht, sogar besser als Düsenkampfflugzeuge.

Beide Piloten waren Deutsche, einer von ihnen Fred Herz, der früher im Januar 1968 die alte 8-25 geflogen hatte. Am 10. November griffen die beiden Harvards mit einem Geleitschutz von drei Minicons gegen die Flugabwehr zum erstenmal Port Harcourt an. Sie zerstörten drei der neuen MiGs, drei Transportmaschinen einschließlich des letzten der Bomber von Uli, die Haupthalle, die Tankstation und den Kontrollturm. Ende des Jahres wurden für »Biafras Mini-Airforce«, wie Oberst Ojukwu sagte, noch zwei englische Meteor-Düsen-Kampfbomber erwartet.

Die Angriffe auf die Ölfelder, in denen Ojukwu im Jahr 1969 das Hauptdruckmittel sah, um die Nigerianer und Engländer zum Einlenken zu bringen, wurden nur teilweise von den Minicons geflogen. Man unterstützte sie auf dem Boden durch Angriffe auf einsam gelegene Anlagen im Busch im traditionellen Kommandostil.

In diesem Zusammenhang schickte General Ojukwu auch im März Oberst Joe Achuzie in seine Heimatregion, den Mittelwesten, zurück mit dem Befehl, mit einigen Kommandoeinheiten einen Aufstand unter den Ica-Ibo in Bewegung zu setzen, die nach dem Abzug der Biafraner aus dem Mittelwesten im Oktober 1967 ein schwieriges Leben geführt hatten - sie verbargen sich hauptsächlich im Busch auf dem Westufer des Niger. Danach hörte man bis zum 9. Mai wenig von Achuzie, abgesehen von Gerüchten in Lagos, die von verstärkter Guerillaaktivität in den Ibo-sprechenden Gebieten des Mittelwestens berichteten.

An diesem Tag stürmte eine Einheit von Achuzies Truppen im Morgengrauen eine Ölniederlassung bei Kwale und eroberte sie. Die nigerianische Kompanie, die die Anlagen bewachen

sollte, floh und überließ die neunundzwanzig Weißen, die dort arbeiteten, ihrem Schicksal. Elf von ihnen, zehn Italiener und ein Jordanier, kamen bei dem Gefecht ums Leben. Achtzehn weitere, vierzehn Italiener, drei Deutsche und ein Libanese, wurden gefangen genommen und zurück auf das andere Ufer des Niger gebracht.

Da einige der Gefangenen im Besitz von Waffen gewesen sein sollen, wurden sie alle als Söldner behandelt, schuldig gesprochen und zum Tod verurteilt. Als diese Geschichte bekannt wurde, reagierte die europäische Presse fast hysterisch. Es bleibt äußerst zweifelhaft, ob Ojukwu überhaupt wußte, was mit diesen Männern passierte, nachweisen läßt es sich nicht. Die Urteile erregten jedenfalls einen Sturm, die Ölherren zitterten bis in die Spitzen ihrer Wildlederschuhe, und das Direktorium der italienischen Firma Agip, deren Angestellte die Männer gewesen waren, protestierte direkt bei Ojukwu. Biafra bekam jedenfalls die schlechteste Publicity, die sich denken läßt.

Trotzdem war Ojukwu alles in allem mit den Ergebnissen zufrieden. Er hatte erreicht, was er wollte: Eine unmittelbare Reaktion der Ölmagnaten. Er hatte sie alle überzeugt, daß die nigerianische Armee entgegen ihren Versicherungen diese Angestellten nicht schützen konnte, und nicht zufällig zogen alle Ölgesellschaften daraufhin viele ihrer Leute aus den nigerianisch besetzten Gebieten von Biafra zurück. Blieb nur noch die Frage, was mit den achtzehn verurteilten Männern geschehen sollte.

Ojukwu empfing schließlich einen Gnadenappell vom Papst, und am 6. Juni wurden die Männer in einer Zeremonie außerhalb des Gefängnisses von Owerri einer Delegation übergeben, die aus Vertretern der Caritas, des Weltkirchenrats, von Gabun und der Elfenbeinküste bestand. Sie wurden noch am gleichen Abend nach Gabun ausgeflogen und von dort nach Hause zu ihren Familien.

Die einzige andere Person, die unter ungewöhnlichen

Umständen den Biafranern in die Hände fiel, war eine englische Kinderschwester. Miß Sally Goatcher arbeitete für den Save the Children Fund auf der nigerianischen Seite der Front, sie geriet am 29. Mai mit ihrem Wagen versehentlich auf die andere Seite und wurde gefangengenommen. Man hielt sie bis zum 16. Juni fest, dann wurde sie entlassen und über Libreville in Gabun ausgeflogen. Weder sie noch die Ölleute zeigten irgendwelchen Groll gegen die Biafraner und alle sagten aus, sie seien während ihrer Gefangenschaft gut behandelt worden.

Im Herbst häuften sich die Berichte aus Nigeria, die Bundesarmee raffe sich langsam zu einem weiteren ›letzten Angriff‹ auf. Manche Reporter glaubten wirklich, was sie ihren Lesern erzählten: Die sechsmonatige Untätigkeit der nigerianischen Armee von April bis Oktober sei nur der Güte von General Gowon zu verdanken gewesen, der nicht den Befehl zum Angriff und zur Vernichtung der Reste von Biafra gegeben habe. Wer willens oder imstande war, unter die Propagandaoberfläche zu blicken, sah zwei ganz andere Gründe für das Nachlassen der Kämpfe. Der eine war die Regenzeit, 1967 und 1968 war sie leicht gewesen, aber die von April bis Oktober 1969 war besonders schwer. Die Pfade und Fahrspuren durch den Busch verwandelten sich in einen klebrigen Morast, der jede Vorwärtsbewegung auf Rädern gefährlich machte, und sogar große Stücke der geteerten Straßen wurden weggeschwemmt. Der andere Grund war, daß Nachschub und Versorgung der Bundesarmee, die in ihren besten Zeiten nie besonders gut funktioniert hatten, im Lauf des Sommers schlechter wurden als je zuvor. Auch das lag teilweise an den Regenfällen, teils am Zustand der Fahrzeuge, die nach zwei Jahren fast ohne Wartung meist unbrauchbar geworden waren. Auch die zunehmende Guerillatätigkeit spielte eine Rolle, sie zwang die Bundestruppen, ihren Kolonnen besonders starken Geleitschutz zu geben.

Trotz allem waren die Nigerianer Mitte Oktober bereit und

der Angriff begann. Er sollte noch jämmerlicher scheitern als seine Vorläufer.

Vor jedem bisherigen ›letzten Angriff‹ hatte Radio Lagos Mahnungen an die Truppen ausgestrahlt, unterstützt von forschenden Ansprachen der Divisions- und Brigade-Kommandeure. Diesmal trieb General Gowon über den Militärsender die Soldaten immer wieder zu einem einzigen, letzten Vorgehen an. Er wiederholte mehrmals, es müsse der letzte Angriff sein, denn für die Männer hieße es nun Alles oder Nichts. Das hatte er noch nie gesagt.

Der Angriff schlug fehl, weil die Nigerianer an der vordersten Front keine Begeisterung aufbrachten, weil die Bewaffnung der Biafraner überlegen war und zum Teil aus reiner Unfähigkeit. Es begann mit der Ersten Division im Norden, jetzt unter Oberst Bissalla, die ihre beiden besten Brigaden am 22. Oktober aus Okigwi heraus angreifen ließ. Die schweren Kämpfe dauerten zehn Tage. Es schien bereits, als hätten die nigerianischen Truppen die Verteidigungslinie an einem Punkt durchstoßen und damit die Straße frei, die nach Orlu und Uli, dem wichtigsten Flughafen, führte. Die Entscheidung fiel auf überraschende Weise durch die nigerianische Luftwaffe.

Europäische Augenzeugen berichten, die DDR-Piloten, die sonst die MiGs mit großer Zuverlässigkeit flogen, hätten die angreifenden Bundestruppen für Biafraner gehalten und sie zweimal innerhalb von drei Tagen so fürchterlich aufgerieben, daß ihre Kampfmoral dahin war und sie sich auf ihre eigenen ursprünglichen Linien zurückzogen. Die andern beiden Faktoren waren neu. Da war zuerst einmal, abgesehen von der stärkeren Feuerkraft der Biafraner, eine neue Rakete, die sie erfunden und gebaut hatten. Sie nannten sie ›Fliegende Ogbunigwes‹, es war eine 35cm-Rakete, etwas über 2 Meter lang, mit einer Mine als Kopf, wie wir sie schon beschrieben haben. Diese Konstruktion flog mit Raketentreibstoff im Bogen ungefähr 500 Meter und explodierte dann mit der Spitze nach unten etwa 15 Meter über

dem angreifenden Gegner. Sie brachte in einem weiten Umkreis Tod und Zerstörung. Wie gewöhnlich marschierte die Erste Division, hauptsächlich Haussa und andere Nord-Stämme, in massiven, geschlossenen Formationen, und ein Amerikaner, der das Schlachtfeld später besuchte, hat geschätzt, daß von den 6.000 Angreifern etwa 4.000 tot lieengeblieben waren.

Der zweite Faktor war die neue biafranische Luftwaffe. Die Minicons fanden die Wagenkolonnen mit dem Nachschub der Nigerianer säuberlich an der Straße hinter der Front entlang aufgereiht. Sie feuerten mit Raketen und Bordwaffen, und wo die Lastwagen nicht in Flammen aufgingen, flohen die Fahrer in den Busch und ließen ihre Fahrzeuge liegen. Nach zehn Tagen schweren Maschinengewehrfeuers, das sie überrascht hatte, nach den Begegnungen mit den ›Fliegenden Ogbunigwes‹ und auch noch den Aufmerksamkeiten ihrer eigenen Luftwaffe zogen sich die arg mitgenommenen beiden Brigaden am 2. November in ihre alten Stellungen zurück. Hätten die Nigerianer ihre verschiedenen Angriffe aufeinander abgestimmt, wären sie sicher nicht wirkungslos geblieben. Aber wie gewöhnlich weigerten sich die Divisions-Kommandeure, zusammenzuarbeiten. Der Angriff der Ersten Division war eben erst zusammengebrochen, da begab sich die Dritte - jetzt unter Oberst Obassi, nachdem man Adekunle nach dem Verlust von Owerri das Kommando entzogen hatte - im Süden auf den Kriegspfad. In der ersten Novemberwoche gab es bei Ohuba westlich der Hauptstraße Owerri-Port Harcourt schwere Gefechte. Nicht nur brachten die Biafraner den Angriff zum Stehen: als die Kämpfe Mitte November allmählich nachließen, hatten sie die Bundestruppen aus den meisten der Dörfer vertrieben, aus denen Ojuba besteht.

Auch weiter östlich wurde an der Hauptstraße noch gekämpft, und die Bundestruppen rückten vom Dorf Umuakpu sieben Kilometer (in Richtung Owerri) vor, hatten aber immer noch 25 Kilometer auf direktem Weg nach Owerri vor sich.

Mitte November gab es noch einen größeren Vorstoß auf Okpuala und hier hatte die Dritte Division mehr Erfolg. Sie kam bis zum Dorf Amala, das bedeutete 15 Kilometer Wegstrecke, und jetzt stand sie etwa acht Kilometer südlich der Hauptstraße Aba-Owerri. Dieser Vorstoß kam die Nigerianer an Männern und Material teuer zu stehen. Gleichzeitig mit dem Angriff auf der Okpuala-Achse wagte sich auch die Zweite Division von Onitsha aus vor - das einzige Mal, daß zwei Angriffe in verschiedenen Abschnitten koordiniert wurden. Es gelang der Zweiten Division, die Lücke östlich Onitsha bei Ogidi zu schließen. Bei diesem Unternehmen wurde der biafranische Divisions-Kommandeur, Brigadegeneral Amadi, durch einen Granatsplitter verletzt. Das Ausfallen ihres Kommandeurs schien die Reihen der biafranischen Elften Division fester zu schließen: Sie traten in der letzten Novemberwoche zum Gegenangriff an und eroberten außer den verlorengegangenen 15 Kilometern Rollbahn zwischen den östlichen Ortsrändern von Onitsha und Ogidi noch eine weitere Strecke zurück.

Die einzige kritische Situation entstand während der letzten Angriffsserie der Bundestruppen, und zwar bei Ikot Ekpene im Land der Ibibio weit unten im Südosten. Dort war über ein Jahr lang alles ruhig geblieben, aber in der letzten Novemberwoche warfen die Nigerianer in diesem Abschnitt alles, was sie hatten in einen Vorstoß auf Umuahia, durch den sie die biafranische Enklave mit den Städten Ohafia und Arochukwu und ihre Brückenköpfe am Cross bei Ikot Okpora abschneiden wollten.

Die überraschten Truppen von General Ojukwu wurden auf der Umuahia-Straße 15 Kilometer bis Ito-Ndan zurückgetrieben, bis an den Punkt, von dem aus sie im Mai 1968 mit ihren Gegenangriffen in Richtung Ikot Ekpene begonnen hatten. Die Missionare, die unter den verhungernenden Ibibio für verschiedene Hilfsprogramme arbeiteten, mußten Urho-Akpan im Nordosten von Ikot Ekpene evakuieren, und Ende November wüteten die Kämpfe immer noch. Am 29. November sagte mir General

Ojukwu, daß er hoffe, mit dem Nachschub an Waffen vom Abend davor die Angriffe in diesem Sektor aufhalten zu können, und so geschah es auch.

Mitte Dezember hatte der fünfte Angriff der Nigerianer auf die innere Peripherie von Biafra den Widerstand immer noch nicht durchbrochen, und die biafranischen Waffenimporte nahmen keineswegs ab, sondern gingen in großem Umfang weiter.

Ende 1969 waren Korrespondenten, die auf beiden Seiten der Front arbeiteten, überzeugt, daß eine Entscheidung im militärischen Sinn höchst unwahrscheinlich geworden war. Keine Seite schien über genügend Mittel zu verfügen, um der andern wesentliche Erfolge abzurufen und damit war und blieb die ganze Frage von Friedensvereinbarungen auf der politischen Ebene, wo sie eigentlich schon 1967 nach der ersten Spaltung zwischen Lagos und Enugu hingehört hatte. Daß in den dazwischenliegenden 30 Monaten eineinhalb Millionen Menschen hatten sterben müssen, änderte daran nichts.

10

Die Rolle der englischen Regierung

Wie bereits festgestellt, hatte Englands Interesse an Nigeria niemals etwas mit dem Wohl der Menschen des Landes zu tun gehabt, und in dieser Hinsicht hat sich nichts geändert. So weit das Interesse ging, wurde es von einem kleinen Kreis britischer Politiker, Beamter und Unternehmer vertreten und war rein imperialistischer Natur. Es ging um die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, um das Eintreiben von Steuern für die Finanzierung der Kolonialverwaltung, die Förderung der Produktion von Rohstoffen für die englische Industrie und die Schaffung eines Absatzmarktes für die Erzeugnisse dieser Industrie. Mit der Unabhängigkeit überließ man die beiden ersten Aufgaben ausgewählten und entsprechend loyalen Einheimischen, die beiden anderen Funktionen behielten die Engländer sich vor. Für diejenigen in England, die sich überhaupt mit Nigeria beschäftigten, war dieses Land nicht ein Land mit einer Bevölkerung von lebendigen Menschen, sondern ein Markt. Alle Entwicklungen innerhalb Nigerias, die diesem Markt hätten schaden können, waren zu unterbinden und genau so eine Entwicklung war der Wunsch Biafras, sich vom übrigen Land zu trennen.

Die Beurteilung der gesamten englischen Regierungspolitik in der Frage des nigerianisch-biafranischen Krieges geht in zwei Richtungen. Die eine sagt, diese Politik sei in Wirklichkeit keine Politik gewesen, sondern das hoffnungslose Ergebnis einer Mischung aus Dummheit, Unlust, Gleichgültigkeit, Dickfelligkeit und Unwissenheit in den höchsten Stellen. Die andere behauptet, es habe von Anfang an eine politische Linie gegeben, und zwar der totalen Unterstützung nicht des nigerianischen Volkes, sondern des derzeit an der Macht

befindlichen Regimes in Lagos - man habe diese Politik vor der Öffentlichkeit so lange wie möglich verschleiert und habe die Beschränktheit der Politiker und die Unwissenheit und Gleichgültigkeit der Allgemeinheit wie der Männer an den Schalthebeln der Massenmedien lediglich benützt, um diese Politik je nachdem zu fördern oder zu leugnen. Je länger man sich mit der immer umfangreicher werdenden Dokumentation befaßt, desto mehr findet man, was die zweite These unterstützt.

Man kann die englische Führungsschicht nicht dafür tadeln, daß sie so lange wie möglich ein ganzes und geeintes Nigeria wünschte. Aber tatsächlich hat die englische Regierung in ihrer absoluten Entschlossenheit, ohne Rücksicht auf den Preis an Leid für die Menschen des Landes, eine ungeteilte ökonomische Einheit zu haben, sich in der massivsten Weise in die Innenpolitik dieses Landes eingemischt und sich dabei nicht etwa mit der Bevölkerung und ihrem Sehnen und Trachten verbündet, sondern mit einer kleinen Clique meuternder Militärs.

Selbst die Tatsache, daß dieses Regime sich durch und durch als mit der volkstümlichen Meinung in Nigeria als wenig übereinstimmend erwies, hat an dieser ›Unterstützungspolitik‹ nichts geändert. Sie verhärtete sich im Gegenteil bis zu einem Punkt, an dem die englische Regierungspolitik mit dem Überleben des gegenwärtigen nigerianischen Regimes derart unauflöslich verstrickt ist, daß sie bei allem, was das Regime tut oder nicht tut, auch öffentlich als Komplize dasteht.

Am Morgen nach Gowons Putsch vom 29. Juli war es den Beratern der englischen Regierung immerhin klar, daß Gowons Legitimität zweifelhaft genug war, um eine Entscheidung höchster Stellen zu fordern, ob man sein Regime überhaupt anerkennen solle oder nicht. Beim ersten Staatsstreich vom Januar 1966, der zwar scheiterte, aber doch dazu führte, daß das Rumpfkabinett General Ironsi die Führung anbot, war das ganz anders gewesen. Am 25. Januar erklärte der britische

Staatssekretär für das Commonwealth vor dem Unterhaus, die britische Regierung hielte eine formelle Anerkennung von General Ironsi nicht einmal für notwendig.*

Im Juli, als Gowons Regierung nicht den Anschein von Legalität besaß und der ganze Erfolg der Aufständischen darin bestand, daß sie die Hauptstadt und zwei von vier Regionen beherrschten, war die Lage eine andere. Wann genau und aus welchen Gründen man beschloß, Gowon anzuerkennen, weiß man bis heute nicht. Jedenfalls präsentierte Gowons Abgesandter als nigerianischer Hochkommissar in London, der wendige Brigadegeneral Ogundipe, sein Beglaubigungsschreiben bei Hof erst im November 1966. Auch dann dauerte es noch bis zum 20. Dezember, ehe das Unterhaus von der vollen englischen Anerkennung für Gowons Regime unterrichtet wurde.** Im Februar 1967 trat Sir David Hunt in Lagos sein Amt als Englands neuer Hochkommissar für Nigeria an. Er war es, der die vorher beschlossene Politik der uneingeschränkten Unterstützung für Gowon Schritt um Schritt weiterentwickelte.

Zweifellos kamen die treibenden Kräfte für die Formulierung der britischen Politik in Nigeria nach 1968 nicht von den Politikern, sondern von ihren Beratern, den höheren Beamten in der Hochkommission in Lagos und im Commonwealth-Ministerium in London. Der damalige Staatssekretär des Ministeriums, Bottomley, galt zwar bei denen, die ihn kannten, als angenehmer Mann, aber die Situation kannte er offenbar kaum. Auch sein Nachfolger, Herbert Bowden, zeichnete sich nicht gerade durch besonderen Einblick in diese Lage aus, und sein Nachfolger wiederum, Mr. George Thomson, ließ privat wie in der Öffentlichkeit erkennen, daß er vor allem an einer Lösung des weitaus mehr beachteten Rhodesien-Konflikts

* Hansard, 25. Januar 1966, col. 21

** Hansard, 20. Dezember 1966, col. 263

interessiert war. Weder im Unterhaus noch im Oberhaus wurde je einem von ihnen von irgendeinem halbwegs fähigen Unterstaatssekretär assistiert. Wer wußte, was hinter der Bühne von Whitehall vorging, wunderte sich deshalb nicht, daß die Formulierung der Nigeria-Politik, die Abfassung der Antworten der Minister vor dem Parlament und die enorm wichtige Unterrichtung der akkreditierten Korrespondenten völlig den Beamten überlassen blieb. Diesen Beamten sagt man nach, einen Bus zu erreichen sei das äußerste an Problematik, was sie ihrer Intelligenz als Berufspolitiker zumuten dürften - ihnen gefiel die Situation aber nicht schlecht. Leider bewiesen sie im Lauf der Zeit dementsprechend, daß auch sie zu nichts fähig waren, als das Problem mit jener Mischung aus Unwissenheit, Fehlinformationen, Vorurteil und Verachtung zu belasten, die die britische Oberschicht schon immer gegenüber allen Afrikanern gehegt hat und gegenüber selbstbewußten im besonderen.

Aus diesem krassen Durcheinander, das später noch von Haß begleitet wurde, wuchs die Unterstützung Englands für eine afrikanische Militärjunta und deren Kriegspolitik und Englands Mitschuld an der blutigsten Episode in der Geschichte des Commonwealth.

Den Anfang auf diesem Weg machte der damalige Hochkommissar in Lagos, Sir Francis Cumming-Bruce. Später sagte er zu Professor Eni Njoku, dem Kanzler der Universität von Nsukka und Führer der Delegation der Ostregion bei der Ad Hoc Constitutional Conference, als ihm klargeworden sei, daß Gowon in seiner Ansprache vom 1. August 1966 die Auflösung der Föderation Nigeria zu verkünden beabsichtige, sei es ihm gelungen, Gowon zur Streichung dieser Passage und zur Ergänzung durch andere Worte zu veranlassen. Auf diese Weise, sagte er zu Professor Njoku, habe er die Einheit Nigerias gerettet. Einen Monat später war er nicht mehr da, aber man muß annehmen, daß sein Vorgehen England auf einen Weg

gebracht hat, von dem wieder abzuweichen immer schwieriger geworden wäre, hätte man es überhaupt jemals versucht.

In den darauffolgenden Monaten ergaben sich noch zwei Gelegenheiten, bei denen der britische Hochkommissar, hätte er noch einmal vollen Gebrauch von der Macht seines Amtes machen wollen, hätte helfen können, die Katastrophe abzuwenden. Die erste war, als nach der Sitzung der Verfassungskonferenz deutlich wurde, daß die Mehrheit der Nigerianer durch alle Schichten der Bevölkerung eine lose Föderation mit einer schwachen Zentralregierung wünschte. Die zweite war gekommen, als die Militär-Gouverneure der Regionen bei ihrer Sitzung in Aburi zur selben Auffassung gelangt waren und die entsprechende Resolution unterschrieben hatten.

Es gibt keinen Hinweis darauf, ob bei irgendeiner dieser Gelegenheiten der Vertreter der britischen Regierung am Ort vorgeschlagen hat, man solle diesem Kurs folgen. Man weiß im Gegenteil, daß die Engländer beide Male Gowon keineswegs geraten haben, sich nach der öffentlichen Meinung zu richten, sondern ihn dazu ermutigt haben, Gewalt anzudrohen, falls er keine Zustimmung für den weiteren Verlauf finden würde, wie er und seine eigenen Beamten ihn wünschten. Man bedenke: Eine lose Föderation Nigeria hätte den Engländern alle jene Vorzüge eines einheitlichen Marktes geboten, wie sie ihn im eigenen Interesse vorzogen, denn die vier Regionalen Handelskammern (Regional Marketing Boards), die es bereits gab, waren so autonom, daß sie bereits damals eine Art Konföderation auf wirtschaftlichem Gebiet darstellten. Die tatsächliche Folge war, daß Englands jährlicher Umsatz von 170 Millionen Pfund an Handelsgütern unheilbar ausgezehrt wurde und vielleicht für immer verloren ging.

Die wohlwollendste Erklärung für den Entschluß der Hochkommission, Gowon gegen alle unerbetenen Mitspieler einschließlich seines eigenen Volkes zu unterstützen und das

Parlament zur selben Haltung zu überreden, läuft darauf hinaus, daß die Vertreter Englands in Nigeria mit Gowon der Ansicht waren, die nigerianische Armee werde mit allen Abtrünnigen rasch fertig werden und daß man daher die Opposition gegen das Regime Gowons überhaupt nicht ernst nehmen müsse. Dieser Optimismus war im besten Fall Unwissenheit, im schlechtesten Menschenverachtung.

Im allgemeinen hat ein Botschafter drei Aufgaben. Er soll möglichst freundliche Beziehungen zwischen dem Land, das er vertritt, und dem, wo er akkreditiert ist, unterhalten, sowohl auf offizieller als auch auf allgemeiner Ebene. Er soll Leben, Sicherheit, Besitz und Interessen seiner Landsleute in dem betreffenden Staat schützen. Er soll seine eigene Regierung durch ständige, zuverlässige Berichterstattung über alles auf dem laufenden halten, was dort passiert. Irgendeine Rangfolge dieser drei Funktionen scheint niemals festgelegt worden zu sein, aber die beiden ersten können von der Politik der Regierung zu Hause gegenüber dem Gastland stark beeinflußt werden und diese Politik wiederum ist mitbeeinflußt von den Informationen, die der Botschafter liefert. Ein Diplomat macht zwar keine Politik, aber seine Ratschläge können, jedenfalls bei der Gestaltung der Politik seines Landes, ziemliches Gewicht haben.

Wenn eine politische Richtung geändert werden muß, wird der Botschafter gewöhnlich zur Berichterstattung nach Hause gerufen, und was er über die politische, wirtschaftliche und soziale Situation in seinem Gastland zu sagen hat, wird meist mit größter Aufmerksamkeit aufgenommen. Von daher könnte man der ›informierenden‹ Tätigkeit eines Botschafters unter seinen anderen Funktionen den Vorrang einräumen. Untaugliche Information kennzeichnet ihn nicht nur als schlechten Diplomaten, sondern kann die Politik seines Landes auch in die Katastrophe führen.

Einem britischen Hochkommissar in Nigeria sollte es nicht

schwerfallen, eine sachliche Darstellung der Lage zu geben. Nigeria wimmelt von englischen Geschäftsleuten, Beamten, Händlern, Journalisten, Touristen, Missionaren, Ärzten, Lehrern, Hochschulprofessoren und Ingenieuren, die alle zusammen über Jahrhunderte an Erfahrung und gründlichem Verständnis verfügen. Es gibt auch in jeder der vier Regionen einen stellvertretenden Hochkommissar.

Nach Gowons Formulierung vor dem Krieg, als er von einer ›kurzen, heilsamen Polizei-Aktion‹ sprach, zu schließen, scheint er aufrichtig geglaubt zu haben, die nigerianische Armee könne mit der Unzufriedenheit der Ostregion binnen Tagen fertig werden. Daß er so schlecht informiert war, darf einen nicht wundern. Alle Potentaten in Afrika sind umgeben von Schmarotzern, Schmeichlern und Opportunisten, die in ihrem eigenen Interesse dem Mann an der Macht nur das sagen, was er hören will. Aber es scheint, als habe die britische Hochkommission diese Euphorie geteilt. Journalisten gewannen damals in privaten Unterhaltungen den Eindruck, daß die englischen Beamten überzeugt waren, wenn es zu Kämpfen käme, würden sie nur kurz und so gut wie unblutig sein, Oberst Ojukwu würde stürzen und die Ostregion würde in höchstens ein paar Wochen wieder in Nigeria eingegliedert sein.

Beamte, Journalisten und Partygänger bestärkten sich in der rotierenden Sodomie der diplomatischen Cocktails in ihren Illusionen und glaubten daran. Was wirklich in der Ostregion vor sich ging, bekümmerte sie nicht.

Daß Gowon und seine Berater irregeführt waren, war verständlich, daß der britische Hochkommissar sich getäuscht haben soll, war nicht zu begreifen. Sir David Hunt hatte nämlich das Glück, daß er in der Ostregion einen schlaunen und wohlinformierten Stellvertreter besaß. James Parker verfügte über weitgestreute Kontakte mit Menschen jeder Nationalität und Gesellschaftsschicht überall in der Ostregion. Sein amerikanischer Kollege, Konsul Robert Barnard, sagte von ihm:

»Jim hat den Finger am Puls dieses Landes.«* Parker kannte das Terrain mit seinen Menschen gut genug, um zu wissen, daß die Sorgen der Bevölkerung und ihre Fähigkeit und Entschlossenheit, sich notfalls zur Wehr zu setzen, die Lage viel gefährlicher machten, als man in Lagos wahrhaben wollte.

Aus anderen Quellen bei der britischen stellvertretenden Hochkommission in Enugu weiß man inzwischen ganz genau, daß James Parker seine Informationen und seine Warnungen dem Hochkommissar in Lagos immer wieder vorgetragen hat. Presseleute in Lagos sagten später, diese Warnungen aus der Ostregion seien entweder weggelassen, wenn der Hochkommissar nach London berichtete, oder mit spöttischen Bemerkungen versehen weitergereicht worden. Sir David soll seinen Untergebenen in Enugu öffentlich auf dem gesellschaftlichen Parkett verächtlich einen ›weißen Ibo‹ genannt haben.

(Diese Verunglimpfung von jedem, selbst der unbeteiligten Journalisten, der auf die Fehler in der offiziellen Analyse hinwies, gehörte später zum Rückgrat der Taktik von Hochkommission und Commonwealth-Ministerium, die Aufmerksamkeit von der Nigeria-Biafra-Krise abzulenken.)

Im Rückblick ist heute klar, daß die britischen Beamten bei Ausbruch des Krieges zumindest beschlossen hatten, eine Politik der einhelligen Unterstützung für Gowon zu verfolgen. Daß diese Unterstützung in den ersten Kriegswochen praktisch kaum zum Ausdruck kam, lag daran, daß man annahm, Nigeria brauche keine Hilfe, um Biafra niederzuzwingen. Als klar wurde, daß solche Hilfe nötig wurde, zögerten die Politiker eine Weile. An einem obskuren afrikanischen ›Busch-Krieg‹ ohnehin nicht interessiert, fragten sie ihre Berater erst einmal: »Sind Sie sicher?«

Das war die Stunde der Beamten und von da an traf die Hilfe

* Gespräch mit dem Autor, Enugu, Juli 1967

für Gowon in immer größerem Umfang und immer vielgestaltigeren Formen ein. Es ist bezeichnend für die Einstellung der Engländer zu ›ihrem‹ Commonwealth, wie es sich in ihrer Presse und in ihrem Parlament darstellt, daß diese Politik fast ein Jahr lang einfach hingenommen wurde. Das änderte sich erst, als Gowons Regierung fast 200.000 Commonwealth-Bürgern das Leben gekostet hatte. Erst auf energische Fragen verschob sich die offizielle Maske ein wenig und ließ für einen Moment erkennen, was im Namen des englischen Volkes wirklich geschah. Die Reaktion der Öffentlichkeit war heftig, aber sie kam zu spät. Die Politik der Regierung war bis dahin schon völlig erstarrt, und obwohl ihre ursprüngliche Grundlage und spätere Rechtfertigung äußerst fragwürdig geworden waren, war der Ruf der Politiker und vor allem des Premierministers unlöslich mit der Unterwerfung Biafras verbunden, koste es, was es wolle.

Die Biafraner waren nicht allein über die Tatsache, daß die englische Regierung sich auf die Seite des Regimes von Gowon geschlagen hatte, so aufgebracht. Es war die scheinheilige Art, in der das geschah. Zwölf Monate lang gab man sich jede Mühe, dem britischen Parlament, der Presse und Bevölkerung die Fakten vorzuenthalten. Im Parlament diente eine Antwort nach der andern nur dazu, die Fragesteller und Abgeordneten irrezuführen, zu täuschen, abzuweisen und zu verunsichern. Die Sprecher der Regierung erklärten dem Hohen Haus nachdrücklich, die Regierung sei neutral, bis sie später zugeben mußten, sie sei es nicht und sei es nie gewesen. Daß die Waffenlieferungen an Nigeria das Vorkriegskontingent überstiegen, wurde immer noch stur geleugnet, nachdem der Umfang bereits mehrmals erhöht worden war. Minister widersprachen sich selbst, wechselten den Standpunkt, schwankten und wichen aus, und das leichtgläubige Haus nickte und war zehn Monate lang zufrieden.

Inzwischen gingen die Waffenlieferungen immer weiter. Daß

sie derart geheimgehalten wurden, zeigt, daß die Verantwortlichen dieser Politik fürchten mußten, sie würden das Vertrauen der Engländer verlieren, wenn die Tatsachen je ans Licht kämen.

Geschlossene Lastwagen rasten beladen mit Geschossen und Munition durch die Nacht zum Flughafen Gatwick. Dort ließ man sie über die Landepiste fahren (das hatte es auf einem internationalen Flughafen noch kaum jemals gegeben) bis zu einem versteckten Platz, wo sie am äußersten Rand des Rollfelds entladen wurden. Diese Sache ließ später ein Reporter in Malta ›platzen‹, wo eine der Maschinen aufgetankt wurde. Viele Käufe für die nigerianische Regierung wurden durch Crown Agents in Millbank in London getätigt, und nicht alle Waffenbestellungen bei dieser alteingesessenen Agentur für Lieferungen an Commonwealthländer wurden auf den Britischen Inseln ausgeführt.

Das wichtigste Dokument beim Waffenkauf ist die Exportlizenz. Sie wird gewöhnlich nur erteilt, wenn die ›Bestätigung des Endverbrauchers‹ vorliegt, aus der der endgültige Bestimmungsort der Ladung hervorgeht - so verhindert man, daß sie in andere Hände gerät. So eine Bestätigung, in einem Land unterschrieben, kann trotzdem für einen Einkauf woanders gelten, auch dann, wenn das Schiff, das die Waffen führt, keinen Hafen des unterzeichneten Landes anläuft. Wenn der Verkäufer die Lizenz und die Bestätigung des Endverbrauchers vorgelegt bekommt und seine Regierung keinen Einspruch erhebt, steht dem Kauf nichts im Wege. Auf diese Weise gelangten Waffen aus den Arsenalen der britischen Rheinarmee in Antwerpen in Belgien nach Nigeria, vor allem Mörser, Artilleriemunition und Panzerwagen.

Es kann nicht der Zweck dieses Kapitels sein, jede der bekanntgewordenen Waffenlieferungen nach Nigeria aus

England oder durch englische Behörden aufzuzählen.* Diese Schiffstransporte sind registriert und man kann sie studieren, vor allem in Zeitungsarchiven. Die ersten zuverlässigen Berichte über fortlaufende und heimliche Waffenlieferungen der britischen Regierung an das nigerianische Regime, meist im Schutz der Dunkelheit und als ›Top Security‹ klassifiziert, erschienen am 9. August 1967, dreiunddreißig Tage nach Kriegsausbruch, und wurden von da an immer wieder veröffentlicht, bis sie schließlich so bekannt waren, daß sie keinen Nachrichtenwert mehr hatten. Interessant ist vor allem, was die britische Regierung dazu erklärte.

In den ersten sechs Monaten hatte es die Regierung nicht schwer, es wurden wenig Fragen gestellt und noch weniger Fragesteller waren genügend über dieses Thema informiert, bis am 29. Januar 1968 Lord Brockway im Oberhaus dem Staatssekretär für Fragen des Commonwealth, Lord Shepherd, eine Frage stellte. Nach der üblichen Antwort, die Regierung äußere sich nicht zu Waffenlieferungen an ausländische Regierungen, erinnerte Brockway Lord Shepherd daran, die Regierung habe früher behauptet, es würden gegenüber Nigeria nur ›bereits geschlossene Verträge erfüllt und Ersatzteile geliefert‹. Shepherd sagte, er wüßte davon nichts, aber dann fuhr er fort: »Während wir den tragischen und traurigen Bürgerkrieg in Nigeria tief bedauern, haben wir an Nigeria fast seine gesamte militärische Ausrüstung geliefert...«**

Das war hundert Tage, nachdem der nigerianische Kommandeur bei Asaba seinen Anteil an ›fast der gesamten militärischen Ausrüstung‹ dazu benützt hatte, die Erschießung aller männlichen Ibo, die älter als zehn Jahre waren, zu befehlen.

Nach Shepherds unüberlegter Antwort war die Maske der

* Hinweise darauf finden sich in: ›Financial Times‹ vom 9. August 1967, ›Birmingham Post‹ vom 15. August 1967, ›The Times‹ vom 3. Januar 1968 und ›Hansard‹ vom 22. Juli 1968, col. 68

** ›Hansard‹, 29. Januar 1968, cols. 599 und 650

Regierung arg verrutscht und von da an konzentrierte sie sich mehr darauf, die Waffenlieferungen an Lagos zu begründen, als sie zu leugnen. Nur in bezug auf die Menge ging die Täuschung weiter. Dem Parlament wurde immer wieder gesagt, es würde nur das bisher übliche geliefert, sowohl an Typen wie an Mengen. Noch am 16. Mai 1968 erklärte Mr. Harold Wilson vor dem Unterhaus:

»Wir haben die Lieferungen fortgesetzt - nicht die Regierung. Ich will damit sagen, daß wir die Fortsetzung der Waffenlieferungen durch private Hersteller in unserem Land auf genau der Basis, wie sie bisher gegolten hat, zugelassen haben. Besondere Vorkehrungen für Kriegsbedarf hat es dabei nicht gegeben.«*

Das war eine bemerkenswerte Erklärung insofern, als die Nigerianer stolz verkündeten, sie hätten die Stärke ihrer Armee von 8000 Mann bei Kriegsbeginn auf ungefähr 80.000 Mann anheben können. Abgesehen von der Bewaffnung, die dazu gehörte, gingen sie so verschwenderisch mit Munition um, daß selbst Journalisten, die im Vietnamkrieg gewesen waren, nur so staunten. Der Nachschub, der ununterbrochen nötig wurde, ging weit über das hinaus, was die Vorkriegslieferungen aus England hätten decken können. Was außerdem die »privaten Hersteller« betrifft, von denen Mr. Wilson sprach, so hat der Autor während des ganzen Frühjahrs 1968 Hunderte von nigerianischen Munitionskisten gesehen, auf denen deutlich stand: »U. K. Government Explosives - War Department/Army« und ebenso deutlich auf der Seite das Herstellungsdatum - November 1967.

Endlich gab man zu, daß die englischen Waffenlieferungen an Nigeria eskaliert waren, »weil der Krieg eskaliert war«. Die Politiker fühlten sich so in die Ecke gedrängt, daß sie nach und nach vor dem Parlament, vor Presse und Öffentlichkeit zu erkennen geben mußten, daß der Versand von Waffen sehr

* »Hansard«, 16. Mai 1968, cols. 1397 und 1398

umfangreich geworden war. Trotzdem hielt man die Fassade aufrecht, es gäbe berechnete Gründe dafür. Vielleicht sollte man die angegebenen Gründe prüfen und versuchen, sie in eine gewisse Perspektive zu bringen.

Als Hauptgrund wurde genannt, England habe immer schon Waffen an Nigeria geliefert und diese Lieferungen jetzt einzustellen, hätte eine Verletzung der Neutralität zugunsten Biafras bedeutet. Das war nicht wahr. Oberst Ojukwu als damals erster eingeborener General-Quartiermeister von Nigeria war genau bekannt, welche Bestellungen er während seiner Dienstzeit nach England aufgegeben hatte und welche er zurückgezogen hatte. Bis zum Tag der Unabhängigkeit von Biafra wußte er genau, was für Käufe getätigt wurden und welche geplant waren. Auf einer Pressekonferenz am 28. April 1968 gab er eine Erklärung dazu ab. Bezeichnenderweise hat Lagos nie dagegen Einspruch erhoben und auch keiner seiner Nachfolger hat ihm widersprochen. Er stellte fest, zwischen 1964 und 1966 ›hat die einzige Lieferung militärischer Ausrüstung an das damalige Nigeria (aus England) in zwölf Peilfahrzeugen und zwei Saladins bestanden, weitere vier sollten bis 1966 geliefert werden‹.

Er wisse, ›daß Nigeria keine Gewehre und Maschinengewehre mehr von England bezogen hat, nachdem 1964 ein Vertrag mit der deutschen Firma Fritz Werner über den Bau einer Munitionsfabrik in Kaduna geschlossen worden ist‹. (Werner wollte keine Kugeln für einen Bürgerkrieg produzieren und schloß den Betrieb bei Kriegsbeginn.) Ojukwu stellte fest, Nigeria habe rückstoßfreie Gewehre von Amerika gekauft, Maschinenpistolen und Gewehre von Italien, leichte Maschinengewehre von Deutschland, 105mm-Haubitzen von Italien, 31mm-Mörser von Israel und Stiefel und andere Ausrüstungsgegenstände wiederum von Deutschland.

Als General Ironsi im Juli 1966 ermordet wurde, war England als traditioneller Lieferant an Nigeria so weit durch andere

Länder ersetzt worden, daß man nur noch Paradeuniformen und Panzerwagen von dort bezog.

Über die Gesamtkosten der Militärhilfe, die England an Nigeria während des Rechnungsjahres 1965/66 geleistet hat, gibt es eine genaue Ziffer. Bottomley hat sie am 2. März 1966 vor dem Unterhaus mit 68.000 Pfund angegeben.* Noch am 12. Juni 1968 erklärte Außenminister Michael Stewart an der gleichen Stelle: »Es wäre auf jeden Fall ein Fehler gewesen, hätten wir unsere Lieferungen an die Bundesregierung bei Beginn der Sezession vollkommen eingestellt... Damals betrugen unsere Lieferungen fünfundsiebzig Prozent der Waffen, die Nigeria aus sämtlichen Quellen bezog.«** Vorher hatte Stewart in derselben Debatte gesagt, bis zur Machtübernahme von Gowon in Lagos »ist Nigeria in allen seinen Verteidigungsvorkehrungen stark von uns abhängig gewesen.«***

In Wirklichkeit hatte Nigerias Haupteinkauf für Verteidigungszwecke 1966 aus einer Fregatte aus Holland bestanden, seine Luftwaffe steckte noch in den Kinderschuhen und wurde von westdeutschen Piloten auf Dorniers ausgebildet. Mr. Stewarts Prozente erscheinen noch seltsamer, wenn man weiß, daß Nigeria im Mai 1967 eine angegebene Zahl von fünfzig französischen Panhard-Panzerwagen erhalten hat. Wenn die Fregatte, die Flugzeuge und die fünfzig Panhards in den fünfundzwanzig Prozent enthalten sein sollen, die Nigeria nicht aus England bezog, dann hätten die fünfundsiebzig Prozent aus England ein ganzes Arsenal darstellen müssen. Nachdem aber Gowon völlig überzeugt war, er könne mit Biafra in ein paar Tagen fertig werden, ist es höchst unwahrscheinlich, daß er derart umfangreiche Bestellungen aufgeben haben soll. Also

* »Hansard«, 2. März 1966, col. 316

** ebenda, 12. Juni, col. 290

*** ebenda, 12. Juni 1968, cols. 289-90

müssen die angegebenen Zahlen sich auf die Situation vor dem Krieg beziehen.

Am 22. Juli 1968 erklärte George Thomson vor dem Unterhaus, der englische Anteil an den nigerianischen Waffenkäufen betrage nun, nach zwölf Monaten Krieg, nur fünfzehn Prozent des Gesamtvolumens.* Diese Zahl ist irreführend. Sie bezieht sich nur auf den Geldwert, dabei hatte Nigeria damals sehr kostspielige Düsenkampfflugzeuge und Bomber von Sowjetrußland bekommen, zusammen mit sowjetischen Technikern für ihre Wartung und ägyptischen Piloten, die sie flogen (und später durch DDR-Piloten ersetzt wurden). Dieser Prozentsatz sagt auch nichts darüber aus, ob er sich nur auf Waffen bezieht, die von den Britischen Inseln kamen, oder ob auch das Gerät aus den Arsenalen der britischen Rheinarmee in Antwerpen mit einbezogen ist. Man weiß auch nicht, ob die angegebene Summe den Nominalwert darstellt oder die geleistete Barzahlung.

Selbst wenn das wahr gewesen wäre, was Thomson erklärte: Seine eigenen Kollegen haben ihm widersprochen. Sechs Monate zuvor hatte Lord Shepherd erklärt, England versorge Nigeria mit ›fast seiner gesamten militärischen Ausrüstung‹. Gleichzeitig sagte der unermüdliche Hochkommissar Sir David Hunt am 22. Januar 1968 in Kaduna öffentlich, ›die meisten Waffen in den Händen der Bundestruppen sind aus England.‹**

Und so ging es weiter. Immer wieder wurde das Argument vom ›herkömmlichen Lieferanten‹ zitiert, obwohl inzwischen längst klar war, daß England diese Rolle nie gespielt hatte und daß die Mengen, um die es angeblich ging, nach wenigen Stunden Kriegführung verbraucht gewesen wären, hätten sie sich wirklich auf Vorkriegsebene befunden. Die

* ›Hansard‹, 22. Juli 1968, col. 106

** BBC Summary of World Broadcasts, Part 46, Non-Arab Africa, ME/2677/6/2.

›Aufrechterhaltung laufender Lieferungen« in bezug auf Typen sowohl wie Mengen war eine Lüge.

Soweit die erste Rechtfertigung. Die zweite lautete, England sei verpflichtet, die Regierung eines befreundeten Landes zu unterstützen. Auch diese Auslegung war falsch. Es gab weder eine moralische noch eine völkerrechtliche Verpflichtung, irgend jemand in Kriegszeiten mit Waffen zu versorgen und es gibt sie auch sonst nicht. Jedes Land wird, ehe es beschließt, Kriegsgerät an ein Land im Kriegszustand zu liefern, zuerst über zwei Fragen entscheiden: Erstens, ob es sich in voller Übereinstimmung mit der Politik des anderen Landes befindet, die den Kriegszustand herbeigeführt hat, und zweitens, ob es mit dem Gebrauch, der vernünftigerweise von den Waffen gemacht werden wird, falls sie geliefert werden sollen, einverstanden sein kann.

In beiden Punkten muß die Lieferung von Waffen an Nigeria zu dem Zweck, Krieg gegen Biafra zu führen, jedem fragwürdig erscheinen. Die Hintergründe des nigerianisch-biafranischen Krieges sind in früheren Kapiteln bereits dargelegt worden. Innerhalb weniger Wochen nach Kriegsausbruch haben genügend Zeugen beobachtet, wie die nigerianische Infanterie im Mittelwesten vorging und daß die gelieferten Waffen ohne Rücksicht gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden durften.

Außerdem lehnen gewissenhafte Regierungen es meist ab, Kriegsgerät und selbst Ausrüstung für die Verteidigung in Friedenszeiten an Länder zu verkaufen, mit deren innenpolitischer Situation sie nicht einverstanden sind. Als England unter den Konservativen bereit war, Kriegsschiffe an Spanien zu liefern, sprang Mr. Harold Wilson auf und rief: »Keine Fregatten für Faschisten!« Als seine Wahl in Aussicht stand, machten die Spanier den Handel rückgängig.

Später erließ die Labourregierung ein Embargo gegen Waffenausführen nach Süd-Afrika. Apartheid lehnte man ab,

aber nicht einmal die Unentwegten der Labour-Partei sprachen davon, Kriegsschiffe und Buccaneer-Bomber könnten gegen aufständische Afrikaner eingesetzt werden. Man argumentierte ganz redlich, daß man durch Waffenlieferungen an einen Staat das an der Macht befindliche Regime unterstützt und stärkt, auch in Friedenszeiten, und daß man das nicht tun sollte, wenn man mit diesem Regime und dem, was es im Inland tut, nicht einverstanden ist. Wenn also die Wilson-Regierung fortfuhr, Waffen an Nigeria zu liefern, so konnte man daraus nur den logischen Schluß ziehen, daß sie die Praktiken des Gowon-Regimes billigte. Augenzeugen sollen in einem späteren Kapitel über diese Praktiken berichten.

Die dritte Rechtfertigung lautete: Hätte England die Waffen an Nigeria nicht geliefert, hätte es jemand anders getan. Verglichen mit den Tatsachen ist das unwahrscheinlich. Von den Großhändlern, die Nigeria mit Waffen versorgten, schied einer nach dem andern aus, weil Regierung und Bevölkerung begriffen hatten, wozu die Waffen verwendet wurden. Die Tschechoslowakei, Holland, Italien und Belgien stellten nacheinander ihre Lieferungen ein. In Belgien wurde sogar ein besonderes Gesetz durchgebracht, das auch die Restlieferungen verbot. Die Theorie, daß die Sowjets automatisch alles das liefern würden, was die Engländer nicht mehr lieferten, hätte jeder Waffenexperte auseinandernehmen können. Alle sowjetischen Waffen haben ein anderes Kaliber als die Englands und der NATO. Das sowjetische Kaliber ist meist einen Millimeter stärker als die NATO-Größen, auf diese Weise können sowjetische Truppen erbeutete westliche Munition verwenden, während die NATO-Streitkräfte die Munition der Warschauer-Pakt-Armeen nicht benützen können. Eine andere Munition hätte einen Austausch der Ausrüstung einer Armee von 80.000 Mann bedeutet, was unerschwinglich gewesen wäre. In Wirklichkeit wäre Nigeria bei der Aussicht, so wie Biafra mit Waffenkäufen auf den schwarzen Markt angewiesen zu sein,

nach dem Ausscheiden der Briten wahrscheinlich gezwungen gewesen, mit sinnvollen Vorschlägen an den Verhandlungstisch zu gehen. Nachdem England und die Sowjetunion die einzigen Lieferanten geworden waren, bestand eine Chance, daß eine Einigung zwischen diesen beiden die Basis für eine allgemeine Sperre für Waffenimporte hätte werden können, der Oberst Ojukwu von vornherein zugestimmt hatte. Aber nicht einmal der Versuch wurde gemacht, vielleicht war das Ganze gar nicht als ernsthaftes Argument gedacht, sondern nur als Vorwand für Leichtgläubige.

Was die moralische Seite anlangt, erklärte der Earl of Cork and Orrery vor dem Oberhaus am 27. August 1968: »Man kann natürlich auch sagen: Wenn ohnehin jemand die Waffen liefern wird, warum dann nicht wir? Aber nur, wenn Sie behaupten wollen, der Zweck, dem sie dienen sollen, sei harmlos - und ich sehe nicht, wie Sie das behaupten können -, sonst ist dies ein Argument, das keine ehrenhafte Regierung sich zu eigen machen kann, denn es ist die klassische Selbstrechtfertigung der Schwarzmarkthändler, der Plünderer und Drogenverkäufer... Wenn ein 9mm-Geschoß im Bauch eines Afrikaners explodiert, dann ist das eine schlimme Sache, ganz egal, wie man sie betrachtet, und wenn wir diese Kugeln aus England schicken und wissen, wie sie verwendet werden, dann machen wir uns für unser Teil schuldig an dem allgemeinen Übel, und diese Mitschuld wird um kein Haar kleiner oder größer durch die Wahrscheinlichkeit, daß jemand anders diese Kugeln liefern würde, wenn wir es nicht tun.«^{*}

Der vierte und letzte Vorwand für die Lieferungen lautete, Englands Einfluß in Lagos würde verlorengehen, falls man sie einstellte. Diese Begründung tauchte erst in der Debatte des Unterhauses vom 12. Juni 1968 zum erstenmal auf und wurde danach immer öfter angeführt. Sie war genauso fadenscheinig

^{*} ›Hansard‹, 27. August 1968, cols. 754-755

wie ihre drei Vorgänger. In dieser Debatte versicherte Stewart vor dem Hohen Haus, falls die nigerianische Armee das Herzland der Ibo ernsthaft angreifen sollte oder falls es »unnötig Tote geben sollte«, müsse England seine Politik mehr als nur überdenken. Das Versprechen war ohne Bedeutung. Entweder wurde von dem sogenannten Einfluß, den England durch die Waffenlieferungen gewonnen haben sollte, niemals Gebrauch gemacht oder er existierte überhaupt nicht. Jedenfalls rückte das Gowon-Regime kein Jota von seiner Vernichtungspolitik gegenüber Biafra und den Biafranern ab, und man weiß von keinem ernsthaften Versuch der englischen Seite, diesen Kurs zu beeinflussen. Wie zu erwarten, begann am 23. August 1968 der Generalangriff auf das Ibo-Land an allen Fronten und mit äußerster Kraft. Ausländische Augenzeugen berichteten aus dem Tal des Imo von der willkürlichen Abschlachtung Tausender von Dorfbewohnern, Oberst Adekunles Befehl gehorchend, auf alles zu schießen, was sich bewegt. Aber kein »Überdenken« der Politik fand statt. Das Unterhaus blieb gleichgültig und ließ sich auch diesmal von der Regierung von oben herab behandeln, die ihrerseits so tat, als seien Ober- und Unterhaus nur dazu da, von ihr getäuscht zu werden.

So war die Lage auf dem Waffensektor bis zur Debatte vom 27. August 1968. Diese Debatte veränderte die Situation in gewisser Weise, jedenfalls ließ die Regierung an diesem Tag ihre Maske der Bedenklichkeit endgültig fallen und ließ erkennen, was für eine Politik sie die ganze Zeit schon betrieben hatte.

Außerdem wurde nun klar, daß die britische Regierung keinerlei Absicht hatte, das Gowon-Regime von seiner Kriegspolitik abzubringen. Als Nebenbeschäftigung betrieben die Regierungsbehörden eine mächtige Public-Relations-Firma für Nigeria. Ausländische Diplomaten wurden in einseitigster Weise unterrichtet und merkten nicht, wie ungenau und parteiisch diese Informationen waren. Korrespondenten wurden

täglich im Sinne der Nigerianer informiert und zweckmäßig ausgewählte Unwahrheiten emsig verbreitet. So ließ man Presseleute, von denen man wußte, daß sie Fakten kaum selbständig überprüfen konnten, zum Beispiel phantasievolle Mythen wie die ›massive französische Unterstützung für Biafra‹ sozusagen unterderhand erfahren.

Abgeordnete und andere einflußreiche Leute, die nach Biafra fahren und sich durch Augenschein informieren wollten, machte man Schwierigkeiten, aber wer nach Nigeria wollte, fand jegliche Unterstützung. In Bars und Clubs, in Sitzungszimmern und auf Cocktailpartys wurde die ›Linie von Lagos‹ begeistert gefördert, denn so war es angeordnet worden. Man scheute keine Mühe, um die Sache der Nigerianer als die einzig geltende darzustellen und die Biafraner und ihre ›Version‹ in jeder Weise anzuschwärzen, auch vor Rufmord machte man nicht halt. Diese Kampagne blieb nicht ohne Wirkung. Eine ganze Zahl einflußreicher, aber zumindest auf diesem Gebiet uninformatierter Leute nahmen die Lagospropaganda unwidersprochen hin, sie ließen sich von weiterem Eindringen in die Hintergründe abhalten und hielten vermutlich für wahr, was sie ihrerseits verkündeten.

In bezug auf technische Hilfe für Nigeria war die englische Regierung ebenso entgegenkommend und ebensowenig aufrichtig wie in der Waffenfrage. Zwar wurde immer wieder geleugnet, daß es britisches Militärpersonal auf nigerianischer Seite gebe, aber bald erfuhr man, daß englische Techniker an Nigeria ›zu Ausbildungszwecken‹ überstellt worden waren. Es kann sein, daß diese Männer zur Zeit ihrer Verwendung dort aus dem aktiven Dienst in den Streitkräften Ihrer Majestät bereits ausgeschieden waren, aber sie wurden mit vollem Wissen und der Billigung der britischen Regierung unter Vertrag genommen. In Friedenszeiten ist es nichts Ungewöhnliches, wenn ehemalige Heeres- oder Marineexperten an ausländische oder Commonwealth-Regierungen zu Trainingszwecken

ausgeliehen werden, aber im Kriegsfall werden solche Abmachungen gewöhnlich revidiert.

Man weiß, und es ist auch gar nicht zu leugnen versucht worden, daß ehemalige Offiziere der Royal Navy die Blockadetätigkeit der nigerianischen Flotte maßgeblich geleitet haben und leiten. Sie handeln mit vollem Einverständnis der britischen Regierung, und diese Blockade ist schuld an der Hungersnot in weiten Teilen von Biafra, die allein in den zwölf Monaten von 1968 schätzungsweise eine Million Menschenleben forderte. Hätte man die Blockade unterschiedlich gehandhabt und zum Beispiel Schiffe mit Lebensmitteln für kleine Kinder durchgelassen, wäre der militärische Nutzen für Nigeria genauso groß gewesen. So jedoch sind die totale Blockade und die Hungersnot in ihrer Folge nicht unvermeidliche Nebenergebnisse des Kriegsgeschehens, sondern eine mit voller Absicht gegen die Zivilbevölkerung eingesetzte Waffe.

Unter vielen Erklärungen, die seine totale und bedingungslose Unterstützung der Sache Gowons und seinen unverhohlenen Haß gegen Biafra und seine Führer bestätigen, hat Sir David Hunt zugegeben, daß seit Kriegsbeginn »enge Beziehungen zwischen der britischen und nigerianischen Armee und Marine bestanden und verstärkt wurden«*.

Aber die stärkste Unterstützung des Gowon-Regimes durch die Regierung Wilson spielte sich im politischen und diplomatischen Bereich ab. Als Biafra seine Unabhängigkeit erklärte, gab es für England drei Möglichkeiten. Die eine bestand in der Anerkennung des neuen Staats - damit hätte man nur die Defacto-Teilung in eine Form gebracht, die bereits seit dem 1. August 1966 existierte, als Gowon sich an die Spitze

* Rede in Kaduna, 24. November 1967 - BBC Summary of World Broadcasts, Non-Arab-Africa, ME/2631/B/2

einer teilweise erfolgreichen Gruppe von meuternden Offizieren setzte und Ojukwu sich weigerte, seinen Oberbefehl anzuerkennen. Daß man diese Linie nicht in Betracht zog, verdient keinen Vorwurf.

Die zweite wäre gewesen, eine neutrale Haltung in Gedanken, Worten und Taten zu verkünden und dabei zu bleiben. Damit hätte man sich keine der beiden Parteien des drohenden Konflikts zum Feind gemacht: Ojukwu hätte die Neutralität als aufrichtig empfunden und anerkannt (er hat tatsächlich am Mythos von Englands vorgeblicher Neutralität so lange festgehalten, wie er konnte, weil er daran glauben wollte), und Gowon war ohnehin von seinem schnellen Sieg überzeugt.

Die dritte Möglichkeit war, sich moralisch, politisch und militärisch voll und ganz hinter Gowon zu stellen. Dieser Entschluß hätte Ojukwu zwar enttäuscht, aber er hätte wenigstens gewußt, daß England die richtige Flagge zeigte.

Die Wilson-Regierung ergriff die dritte Möglichkeit und verkündete die zweite. Damit und indem sie ein Jahr lang an diesem Märchen festhielt, hat sie das englische Parlament und das englische Volk ebenso irregeführt wie mehrere fremde Regierungen, vor allem Kanada, die Vereinigten Staaten und die skandinavischen Länder - deren Bedenken wurden später so groß, daß sie einen Friedensschluß mit Hilfe eines für beide Seiten akzeptablen und unparteiischen Vermittlers forderten.

Die genauen Gründe für den Entschluß der Engländer, Lagos bedingungslos zu unterstützen, sind heute noch schwer zu erklären. Die Hintergründe des Konflikts müssen bekannt gewesen sein.

Später wurden die verschiedensten Gründe angegeben, die der objektiven Kritik alle nicht standhalten. So hieß es, England müsse unter allen Umständen einer Commonwealth-Regierung beistehen, der ein Aufstand, eine Rebellion oder Sezession drohten. Das ist nicht wahr. England ist absolut frei, jeden Fall

für sich zu beurteilen. Selbst als Süd-Afrika noch Mitglied des Commonwealth war, hätte England die südafrikanische Regierung im Fall einer drohenden Revolte der Bantu kaum unterstützt und damit ein Massaker gegen diese Rasse gebilligt wie das, in dem 30.000 Bantu haben sterben müssen.

Eine weitere Begründung entstammte geradewegs der nigerianischen Propaganda und lautete, die Ibo von Biafra hätten die Nicht-Ibo-Minderheiten gegen ihren Willen zur Trennung von Nigeria gezwungen, um den Ölreichtum der Ostregion an sich zu reißen. An Ort und Stelle deutete aber alles darauf hin, daß die Minderheiten am Reifen des Entschlusses, aus Nigeria auszutreten, voll beteiligt waren und genauso leidenschaftlich dafür eintraten wie die Ibo. Über das Öl sagte die nigerianische Propaganda, 70,3 Prozent kämen aus Nicht-Ibo-Gebieten. Glücklicherweise stehen die Statistiken sowohl der großen Ölgesellschaften wie auch die der nigerianischen Regierung zur Verfügung.* Im Monat Dezember 1966 kamen 36,5 Prozent der Gesamtproduktion von Nigeria aus dem Mittelwesten, der nicht zu Biafra gehörte. Für die biafranische Produktion geht aus Lagos' eigenen Zahlen hervor, daß 50 Prozent aus der Provinz Aba kamen (reines Ibo-Gebiet), 20 Prozent aus dem Ahoada-Abschnitt (mit Ibo-Mehrheit) und 30 Prozent aus Ogoni und Oloibiri (Ogoni-Ijaw-Gebiet). Außerdem sagten alle, die vor dem Entschluß zur Sezession dort waren, Öl sei nicht das Hauptmotiv gewesen.

Die häufigste Behauptung, die auch am meisten Unterstützung findet, ist die, Sezession sei immer eine schlechte Sache, weil sie unausweichlich eine Kettenreaktion weiterer Unabhängigkeitsbewegungen in Afrika auslösen werde. Gespenster wie ›Balkanisierung‹, ›Auflösung‹ und ›Rückfall ins Stammessystem‹ werden fleißig zitiert, und selbst logisch

* George Knapp, Aspects of the Biafran Affair, London, 1968, S. 27, 28, 53 und 54

denkende Leute lassen sich davon einschüchtern.

David Williams, Herausgeber der Zeitschrift ›West Africa‹ und einer der bekanntesten Autoren auf diesem Gebiet, schrieb am 27. Oktober 1968 im ›Sunday Mirror‹: »Und doch werden die Bundestruppen am Ende siegen und sie müssen siegen, wenn dieser ganze Erdteil nicht in ein Mosaik aus winzigen, bankrotten, sich bekriegenden Staaten zerfallen soll.«

Diese Feststellung, die auch der Haltung der Wilson-Regierung entspricht, hat man immer wieder gehört - in Frage gestellt wurde sie anscheinend nie und ebenso wenig wurde sie jemals bewiesen. Sie bleibt eine schwache Behauptung, die vorgibt, richtig zu sein, aber die Tatsachen bestätigen diese These keineswegs.

Vor allem ist Biafra ein entschiedener Ausnahmefall. Selbst Präsident Mobutu vom Kongo hat kategorisch erklärt, es gebe keinerlei Ähnlichkeit zwischen der Situation von Biafra und der von Katanga. Dieser Ansicht ist sogar UN-Diplomat Dr. Conor Cruise O'Brien, dem man gewiß nicht nachsagen kann, er sei ein Anhänger von Unabhängigkeitsbewegungen.

Zweitens hat Mr. Wilson, als er sich gegen die Anwendung militärischer Gewalt in Rhodesien wandte, darauf hingewiesen, Gewalttätigkeit im Süden Afrikas könne Gewalttätigkeit überall auf dem Kontinent auslösen. In der Tat wirkt Gewalt viel ansteckender als der Drang nach Unabhängigkeit, und trotzdem läßt man den Krieg weitergehen und versucht nicht, ihn zu beenden.

Außerdem ist Teilung aufgrund von Unvereinbarkeit eine legitime politische Lösung in Situationen, wo zwei Völker bewiesen haben, daß sie kaum imstande sein werden, friedlich miteinander zu leben. So hat sich zum Beispiel Irland vom Vereinigten Königreich losgelöst. Erst kürzlich war die britische Regierung einverstanden, als Njassaland sich von der Zentralafrikanischen Föderation trennte, die Cayman-Inseln von

Westindien, ebenso Jamaika (nachdem der Premierminister von Jamaika zugegeben hatte, es gebe keine rechtliche Grundlage für die Sezession). Ebenso hat sie dem Verlangen der Moslem-Liga, sich von Indien zu trennen, 1947 stattgegeben, als klar wurde, daß sich die Einheit Indiens nur um den Preis eines blutigen Bürgerkrieges erreichen ließe.

Die sogenannte ›Balkanisierung‹ der Westindischen Föderation, der Zentralafrikanischen Föderation und Malaysias hat die britische Regierung widerspruchslos hingenommen. In keinem dieser Fälle war ein Ausbruch von Sezessionsbewegungen in den betreffenden Teilen der Welt die Folge. Ein paar der unabhängigen Staaten Westindiens sind so winzig, daß man sie kaum als Staaten bezeichnen kann - aber ein unabhängiges Biafra würde die drittstärkste Bevölkerung von Afrika und das größte Wohlstandswachstum haben.

Die wirklichen Gründe muß man woanders suchen, und dabei finden sich eigentlich nur zwei. Die eine Begründung lautet, die Regierung habe bei Kriegsbeginn von ihrem Hochkommissar in Lagos Informationen erhalten, wonach der Krieg kurz, knapp und harmlos sein werde und daß man sich unbedingt auf die Seite des Siegers schlagen solle. Politisch ist das kein ungewöhnlicher Vorgang. Man stellt sich nicht hinter Angelegenheiten, die innerhalb von einer oder zwei Wochen von der Landkarte verschwinden. Als aber ganz klar war, daß Ihrer Majestät Bevollmächtigte und deren Stäbe die Situation ganz falsch eingeschätzt hatten, daß sie schlecht informiert waren, daß ›Ojukwu Revolte‹ in Wirklichkeit eine starke und ausgedehnte Volksbewegung war, daß der Krieg Monate, vielleicht Jahre dauern und immer mehr Menschenleben kosten würde und wie besorgniserregend das Vorgehen der nigerianischen Truppen gegen biafranische Zivilisten jeder rassischen Herkunft war - auch da revidierte die britische Regierung ihre Politik nicht, sie schraubte sie noch höher und dafür muß man sie ernsthaft kritisieren.

Man hätte vielleicht sagen können, daß die britische Regierung bis Ende 1967 wirklich nicht wußte, welcher Gebrauch von ihren Waffen und ihrer diplomatischen Unterstützung gemacht wurde. Aber das Jahr 1968 lieferte so viele Beweise, so viele Augenzeugenberichte, Fotos, zuverlässige Berichte, zu viele Nachrichten und Fernsehsendungen, als daß irgend jemand noch berechtigte Zweifel hätte haben können.

Ein zweiter Grund, weshalb die Wilson-Regierung das Gowon-Regime politisch, diplomatisch und militärisch auch dann weiter unterstützte, nachdem die Fakten bekannt waren, läßt sich nur darin erkennen, daß England - auf der Grundlage welcher Überlegungen auch immer - beschlossen hatte, der nigerianische Markt müsse um jeden Preis intakt bleiben.

Aber all das erfuhren nur die, die ausreichend interessiert waren, um immer wieder nachzuforschen und zu fragen. Zwölf Monate lang behielt man die Maske der Neutralität vor dem Gesicht und nur gelegentlich rutschte sie und ließ die Parteilichkeit dahinter erkennen.

Am 20. Juni 1967, sechzehn Tage vor Kriegsbeginn, erklärte Lord Walston vor dem Oberhaus, die Regierung habe keinerlei Absicht, sich in die internen Angelegenheiten Nigerias einzumischen und habe dies »allen nigerianischen Führern sehr deutlich gemacht«.^{*} Als Korrespondenten acht Wochen später nach den Waffentransporten über den Flughafen Gatwick fragten, bekamen sie zu hören, dies seien nur »letzte Bestellungen«. Das Trugbild der »Neutralität« wurde ungehindert aufrechterhalten, bis es im Januar ein gewisses Gemurmel der Verwunderung gab. Als Lord Shepherd am 25. Januar von Lord Conesford gebeten wurde, die Haltung der Regierung klarzustellen, antwortete er: »Wir verhalten uns nach beiden Seiten neutral, obwohl eine anerkannte Regierung in Nigeria

^{*} »Hansard«, 20. Juni 1967, col. 1376

ganz klar existiert... Wir helfen keinesfalls der einen oder der anderen Seite.«^{**}

Vier Tage später gab er zu, Nigeria erhalte ›fast seine gesamte militärische Ausrüstung‹ von England. Am 13. Februar hielt Lord Shepherd die Komödie immer noch aufrecht, er hatte sie nur leicht verändert. Er sagte vor dem Oberhaus: »Unsere (Waffen-)Lieferungen ganz einzustellen, würde von Lagos als Verletzung der Neutralität und als einseitig gegen Lagos und gegen unsere erklärte Politik der Unterstützung für ein einiges Nigeria gerichteter Akt gesehen werden.«^{***}

Aber die Frager blieben hartnäckig, und es wurde immer schwieriger, die Täuschung weiter aufrechtzuerhalten. Am 21. Mai erweiterte George Thomson das Thema von Shepherd: Neutralität bedeute die Unterstützung des Aufstands.^{****} Auch dann ging die Komödie noch weiter bis zu der bedeutenden Debatte vom 27. August, in der die Wilson-Regierung endlich die Karten auf den Tisch legte und zugab, sie habe nie etwas anderes getan, als Gowon mit allen Mitteln unterstützt.

Das volle Gewicht der Folgen dieser falschen Darstellungen machte sich auf der internationalen diplomatischen Bühne erst später bemerkbar. 1968 gingen noch die meisten ausländischen Regierungen davon aus, England verhielte sich zumindest politisch neutral und stünde daher notfalls als unparteiischer Vermittler bereit. In Wirklichkeit tat die englische Regierung gleichzeitig folgendes: Sie versicherte Lagos, die Waffenlieferungen würden weitergehen und ermutigte damit die Bundesregierung, bis zum bitteren und blutigen Ende zu kämpfen. Vor der Weltöffentlichkeit behauptete sie, alles zu tun, was in ihren Kräften stünde, um durch Geheimdiplomatie einen Waffenstillstand und sinnvolle Friedensverhandlungen

^{**} »Hansard«, 25. Januar 1968, cols. 437-438

^{***} »Hansard«, 13. Februar 1968, cols. 90-91

^{****} ebenda, 21. Mai 1968, col. 266

herbeizuführen. Sie nützte die ganze Überredungskunst ihrer Diplomaten, um tief besorgten Regierungen einzureden, sie dürften ja nicht dem Beispiel von Tansania, Sambia, Elfenbeinküste und Gabun folgen und Biafra anerkennen. Als die Weltmeinung schließlich Nigeria zu Friedensgesprächen zwang, warben die Engländer hinter den Kulissen als Sprecher und Anwälte für Nigeria. Zwölf Monate dauerte dieser Schwindel. Wenn andere Staaten unruhig wurden und eine eigene Initiative ergreifen wollten, hielt man sie zurück mit der Erklärung: »Wir sind in dieser Lage in der besten Position, um Friedensbemühungen in Gang zu setzen. Auch die bestgemeinte Einmischung von außen würde die Sache nur verwirren. Überlaßt das uns, wir tun, was wir können.«

Die Engländer taten wirklich alles, was sie konnten - für den totalen militärischen Sieg der Nigerianer und die tödliche Vernichtung Biafras. Als Oberst Ojukwu sich weigerte, die Wilson-Regierung als Vermittler anzuerkennen, solange sie der Hauptwaffenlieferant seiner Gegner blieb, wurde er wie in anderen Fällen, als er sich von nigerianischer oder britischer List nicht täuschen ließ, für diesen weiteren Beweis seiner Dickfelligkeit und seinen Mangel an Versöhnungsbereitschaft geißelt.

Fast hätte die Maske der ›Neutralität‹ auch auf die Biafraner gewirkt. Viele höhere Beamte in der Regierung hätten gern daran geglaubt, obwohl das Material auf ihren Schreibtischen ihnen das Gegenteil bewies. Sir Louis Mbanefo, oberster Richter von Biafra, und später wichtiger Unterhändler in Kampala, führte wochenlang Gespräche mit britischen Regierungsbeamten und Lord Shepherd in der Hoffnung, ihre Versicherungen der Neutralität und ihr Wunsch nach Frieden möchten aufrichtig sein.

Wenn sich schon die Biafraner täuschen ließen, deren Lebensinteressen betroffen waren, so gelang das mit anderen Regierungen, die besorgt, aber nicht direkt berührt waren, erst

recht. Richard Nixon, der damals gerade im Präsidentschaftswahlkampf stand, gab am 9. September 1968 einen unbeabsichtigten Hinweis darauf, warum die übrige Welt zögerte, sich mit der Nigeria-Biafra-Krise auseinanderzusetzen. Er sagte: »Alle bisherigen Bemühungen, dem Volk von Biafra zu helfen, sind an dem Streben der Zentralregierung von Nigeria nach einem totalen, bedingungslosen Sieg gescheitert und an der Furcht der Ibo, eine Niederlage würde für sie nichts als Terror und Völkermord bedeuten. Aber das, was jetzt geschieht, ist bereits Völkermord, und der Hungertod hält grausige Ernte. Jetzt ist nicht die Zeit für Protokoll, Formalitäten oder diplomatische Feinheiten. Selbst im moralischsten aller Kriege wäre die Vernichtung eines ganzen Volkes ein unmoralisches Ziel. Dafür gibt es keine Rechtfertigung und keine Nachsicht.«

Trotzdem hielt sich die Welt im Jahr 1968 ans Protokoll, an den Amtsweg und an diplomatische Feinheiten. Ich will damit nicht behaupten, daß eine offene Parteinahme durch England unbedingt Initiativen anderer Regierungen zur Folge gehabt hätte oder daß solche Anstöße mit Sicherheit zum Frieden geführt hätten. Aber man darf behaupten, daß das englische ›Händeweg‹ und die Art, wie England sich des Monopols auf die Vermittlerrolle bemächtigte, dafür sorgten, daß sich irgendwelche Initiativen von anderer Seite gar nicht erst entwickeln konnten. Die Unterhausdebatte vom 27. August verdient insofern eine kurze Schilderung, als sie am nächsten Tag in der Presse als ›eines der außerordentlichsten Beispiele von Feindseligkeit (gegen die Regierung) des Unterhauses seit Jahren‹ (›Financial Times‹) bezeichnet wurde, als ›miese Tagesleistung‹ (›Guardian‹) und ›phantastisches Durcheinander‹ (›The Times‹).

Es gab zwei Debatten an diesem Tag, eine im Ober- und eine im Unterhaus und beide beschäftigten sich mit dem Konflikt Nigeria-Biafra. Wenige Stunden nachdem der Earl of Cork and Orrery den Gebrauch beschrieben hatte, der in Nigeria von den

englischen Waffen gemacht wurde, nagelte Thomson die englische Regierung auf ihre wahre Rolle fest. Im Hinblick auf den Kriegsausbruch vor dreizehn Monaten erklärte er: »Neutralität kam damals für die Regierung Ihrer Majestät nicht in Betracht.«^{*}

In der Folge vertraten er und seine Kollegen die nigerianische Sache eifriger, leidenschaftlicher, parteiischer und gelegentlich heftiger, als die Nigerianer selbst. Zuerst machte Thomson klar, England habe im blutigsten Lokalkonflikt der letzten Jahrzehnte eindeutig Stellung bezogen, und das schon seit dreizehn Monaten. Dann äußerte er die Ansicht, die Regierung in Lagos werde sicherlich entgegenkommend sein, was die verfassungsmäßige Form betraf, in der die Einheit sich ausdrücken sollte - er sprach sogar von Föderation. (Aus Lagos wurde das nie bestätigt, dort vertrat man das genaue Gegenteil.) In keinem seiner Berichte über den Meinungsaustausch zwischen Gowon und Ojukwu vor Kriegsausbruch hat Mr. Thomson ein einziges Mal erwähnt, daß Ojukwu die ganze Zeit auf Föderation bestanden hatte, um so die Einheit auf friedliche Weise zu sichern.

Hätten die Abgeordneten jetzt noch irgendwelche Zweifel an der Parteinahme der britischen Regierung gehabt, so hätte Staatsminister William Whitlock sie zerstreut. Was er Wort für Wort nach dem Konzept vorlas, das irgendein Beamter im Commonwealth-Office aufgesetzt hatte, nannten Zeugen später die voreingenommenste Interpretation der Propaganda einer fremden Regierung, die man im Unterhaus je zu hören bekommen hatte.

Whitlock begann mit einem vernichtenden Angriff gegen Biafra, machte die biafranische Sache herunter und nahm sich besonders den biafranischen Overseas Press Service vor, eine kleine Firma in Genf, von wo aus Public-Relations-Agenten die

^{*} ›Hansard‹, 27. August, col. 1446

Nachrichten aus Biafra an die internationale Presse verteilen. Abgeordneten, die auch nur irgend etwas glaubten, was aus Biafra kam, warf er Leichtgläubigkeit vor. In einer grotesken Art von Beweisführung versicherte er dem Unterhaus, der entscheidende Angriff der Nigerianer auf das Herzland der Ibo - der erst am Abend davor von General Gowon auf den englischen Bildschirmen ausdrücklich als solcher angekündigt worden war - sei trotz allem, was Gowon gesagt habe, nicht der endgültige Schlag, sondern nur ein Teil der Vorbereitungen.

Schließlich las Whitlock aus seinen Notizen fast wörtlich die Behauptungen der nigerianischen Kriegspropaganda ab, die sich bei neutraler Überprüfung längst als irreführend oder vollkommen unwahr erwiesen hatten.

Whitlock hatte die Aufgabe, die letzten zweiunddreißig Minuten der Debatte »zu verbrauchen«, damit die Sitzung um zehn Uhr abends ohne Abstimmung geschlossen werden konnte - über die Richtlinien für die Debatte hatte man sich tags zuvor geeinigt. Als aber die wahre Haltung der Regierung immer deutlicher wurde, reagierten die Abgeordneten zunächst mit Belustigung, später mit Zorn, der sich bis zum Tumult steigerte. Neunzehnmal wurde Whitlock von Abgeordneten unterbrochen, die ihrer Empörung Luft machen wollten. Joan Vickers, die sonst nicht zu Ausbrüchen neigt, rief dazwischen: »Zu Beginn seiner Rede hat der Herr Staatssekretär gesagt, die englische Regierung werde neutral bleiben. Glaubt der Ehrenwerte Herr, daß seine Rede der Linie folgt, die sein sehr Ehrenwerter Freund vorgezeichnet hat?«

Whitlock brachte die Sache auf seine Art in Ordnung. Er erinnerte Joan Vickers daran, Mr. Thomson habe gesagt, die Regierung könne in dieser Situation nicht neutral bleiben - und dann sprach er weiter.

Nun wünschte das Haus abzustimmen, aber es war zu spät. Sir Douglas Glover protestierte, die Abgeordneten hätten am Vortag, als man beschloß, nicht abzustimmen, ja gar nicht

wissen können, welchen Kurs die Regierung steuern werde. Whitlock zog seine Rede bis zum Schluß hinaus, und dann kehrten die Abgeordneten in ihre Ferien zurück, während gleichzeitig in Biafra zwischen 6.000 und 10.000 Menschen täglich sterben mußten. Als das Parlament das nächste Mal aus der Sommerpause zurückgerufen wurde, war der Anlaß ironischerweise nicht Biafra, sondern der Einmarsch der Sowjets in die Tschechoslowakei.

Ab 27. August war die Lage ziemlich klar. Die Maske war gefallen und die Linien waren abgesteckt. Die Parteigänger Nigerias inner- und außerhalb von Whitehall brauchten sich nun nicht mehr zu verstellen. Nicht Täuschung, sondern Rechtfertigung hieß jetzt die Devise. Die Pro-Gowon-Kampagne wurde angeheizt. Meinungsmacher in- und außerhalb des Parlaments wurden in Bars und Clubs auf die Seite genommen und gründlich mit den alten, ausgedienten Argumenten bearbeitet: der drohenden Balkanisierung Afrikas, der absoluten Notwendigkeit, nicht nur Nigeria, sondern Gowons Nigeria zu erhalten, der latenten Bedrohung durch die hinterlistigen Ibo und die gefährliche Persönlichkeit von Oberst Ojukwu.

Auf der täglichen Pressekonferenz des Commonwealth Office wurden die Journalisten mit ›autorisierten‹ Meldungen über die massive Unterstützung der Franzosen für Biafra von Gabun aus bedient, die offensichtlich mehr Gewehre, Munition und Saladins aus England notwendig machte. Man spielte kräftig auf den antifranzösischen oder zumindest antigaullistischen Gefühlen, die es bei einem Teil der Presse, der konservativen Rechten und den Linken der Labour Party gab.

Als das Unterhaus am 22. Oktober zusammentrat, warf Außenminister Michael Stewart, der seit der Verschmelzung der beiden Ämter auch Commonwealth-Minister war, Oberst Ojukwu wieder einmal vor, er riskiere das Leben seiner eigenen Landsleute.

Mr. Stewart ›bestätigte‹, es habe nie Völkermord gegeben und

bestand darauf, England müsse weiter Waffen liefern.*

Auf allen Ebenen startete man eine energische Kampagne: Man versuchte nicht nur, die biafranische Propaganda in Mißkredit zu bringen, sondern verharmloste sogar die Berichte des Roten Kreuzes und der Presse über die Zahl der Opfer des Hungers, diffamierte Berichte über von der nigerianischen Armee ermordete Zivilisten und leugnete das Schicksal, das die Biafraner im Fall ihrer Niederlage erwartete.

Öl und Großindustrie

Die Großindustrie war nicht gezwungen, sich einer Fragestunde zu stellen und konnte sich deshalb viel ruhiger verhalten als die englische Regierung, was ihre wirkliche Position in der Nigeria-Biafra-Frage und ihre Beteiligung daran anging. Die Rolle, die wirtschaftliche Interessen und vor allem das Öl gespielt haben, blieb bis heute weitgehend ein Geheimnis und läßt die unterschiedlichsten Auslegungen zu. Vor dem Krieg hatte vor allem England in Nigeria investiert. Der Gesamtbetrag wurde auf 600 Millionen Pfund geschätzt, ein Drittel davon in der Ostregion und davon wiederum das meiste im Ölgeschäft. Es gab einen wesentlichen Unterschied zwischen den Ölintereessen und allen anderen finanziellen oder kommerziellen Interessen der Engländer in Nigeria. Die Ölinvestitionen waren hauptsächlich in den Osten geflossen und nur zu einem geringen Teil ins übrige Nigeria. Umgekehrt spielten alle anderen Geschäfte sich vor allem in der restlichen Föderation ab und nur ein kleiner Teil in der Ostregion. Ungefähr 200 Millionen Pfund der Gesamtsumme sollen im Ölgeschäft angelegt worden sein.

Die Biafraner warfen den Unternehmen und Ölgesellschaften später zwar vor, sie hätten Lagos von Anfang an unterstützt, aber man darf annehmen, daß sie zunächst in ihrem eigenen Interesse unbeteiligt geblieben waren und den ehrlichen Wunsch

* Yesterday in Parliament, »Daily Telegraph«, 23. Oktober 1968

hatten, es auch zu bleiben. Es ist eigentümlich, daß die ausländischen Kapitalvertreter - obwohl ihre Gewinnmöglichkeiten durch den verlängerten Krieg auf beiden Seiten gelitten haben, ihre Maschinen und Anlagen von beiden Seiten beschädigt, zerstört oder besetzt wurden und das kommerzielle Interesse dementsprechend nachgelassen hatte - von beiden Seiten viel mehr Vorwürfe bekamen als die Diplomaten, die für die ›Helft-Gowon-Politik‹ verantwortlich waren, zu der sich die englische Regierung entschlossen hatte.

Man weiß nicht, wie weit britische Firmen sich seither auf nigerianischer Seite beteiligt haben. Allerdings laufen alle britischen wirtschaftlichen Interessen bei dem einflußreichen West Africa Committee in London zusammen, und es ist unumstößliches Gesetz, daß das West Africa Committee sich jeder englischen Regierungspolitik in West-Afrika anschließt, sobald diese Politik eindeutig feststeht.

Die Großunternehmen sind vor allem daran interessiert, auszubeuten, zu verkaufen und Gewinne zu machen und deshalb wünschten sie auch ein baldiges Kriegsende. Trotzdem kann man nicht behaupten, Öl- und andere Gesellschaften hätten für die Vernichtung Biafras gestimmt. Geschäftsleute äußerten zu Kriegsbeginn in privaten Unterhaltungen, ihnen sei alles ziemlich gleich. Es hätte sie nur wenig gekostet, in Nigeria und in Biafra getrennt zu operieren, und so lange die beiden Länder friedlich nebeneinander lebten, hätten die Geschäfte weitergehen können wie bisher. Was sie nicht wollten, war eine Verlängerung des Krieges.

Für das Ölgeschäft war das besonders wichtig. Das Öl aus dem Mittelwesten von Nigeria wird nicht von der Küste des Mittelwestens aus exportiert, sondern fließt durch eine Pipeline im Nigerdelta nach Port Harcourt in Biafra, dort strömt es mit dem Öl aus den biafranischen Pumpstationen zusammen und durch eine weitere Pipeline zur Endstation auf der Insel Bonny, wo es die Tanker aufnehmen. Als Biafra sich von Nigeria

trennte und als die Blockade verhängt wurde, war der Ölstrom sowohl aus Biafra wie aus dem Mittelwesten abgeschnitten. Darunter hatte Shell-BP am meisten zu leiden, ein englisch-holländischer Konzern, der die Mehrheit der Konzessionen in beiden Regionen besaß.

Im August 1967 schickten die Biafraner eine starke Lobby nach London, bestehend aus dem Oberrichter Sir Louis Mbanefo und Professor Eni Njoku. Sie versuchten, die britische Regierung von ihrer pro-nigerianischen Politik abzubringen. Drei Wochen saßen sie im Royal Garden Hotel und verhandelten mit einem Strom von Beamten und Geschäftsleuten des West Africa Committee. Das Commonwealth-Ministerium reagierte auch tatsächlich, man wußte, daß die Wirtschaft und das Komitee Druck in Richtung auf eine wenigstens strikte Neutralität ausübten. In den ersten zehn Septembertagen änderte sich das alles mit überraschender Plötzlichkeit. Später erfuhr man, daß in dieser Zeit Banjos Plan, Ojukwu zu beseitigen, der Verwirklichung entgegenreifte. Einer der Engländer sagte aus, es habe Anfang September Informationen aus Lagos gegeben, woraufhin die Regierung rasch ihre bisherige Politik der Rückendeckung für Gowon wiederaufnahm und die Geschäftsleute dementsprechend unterrichtete. Die beiden Biafraner merkten auf einmal, daß sie ins Leere redeten und reisten ab. Von da an marschierte das Commonwealth Office und die Londoner Geschäftswelt offenbar Hand in Hand, wenn auch die Firmen gegen Ende 1968 von immer mehr bösen Ahnungen geplagt wurden. Auf jeden Fall wurde kurz nach dem September 1967 ein Betrag von etwa 7.000.000 Pfund an Öllizenzen, die vor dem Krieg angefallen waren, an die Regierung Gowon ausbezahlt, obwohl die Biafraner protestierten, das Geld gehöre von Rechts wegen ihnen.

Ende 1968 hatte die Wirtschaft den Krieg längst satt und nahm die Versicherungen der Regierung, in ein paar Wochen

werde alles vorbei sein, nur mit äußerster Skepsis entgegen. Man begann wieder, auf ein paar Geschäftsleute zu hören, die für größere Unternehmen in West-Afrika gearbeitet hatten und jahrelang in der Ostregion beschäftigt gewesen waren: Wie Mr. Parker warnten sie davor, man solle die Lage nicht vorschnell beurteilen. Anfangs hatte man auf ihre Prophezeiungen in London nicht geachtet, man tat sie ab als persönliche Voreingenommenheit zugunsten der Bevölkerung der Ostregion. Außerdem wurde immer klarer, daß selbst im Fall eines militärischen Sieges der Nigerianer die Wirtschaftslage in Biafra sich nicht allzu rasch normalisieren würde nach all dem Blutvergießen, all der Bitterkeit, nachdem biafranische Techniker und höheres Personal in den Busch hatten fliehen müssen, die Wirtschaft zerrüttet war und der Guerillakrieg immer heftiger wurde.

Höchstens das Öl war eine Ausnahme: Es ist ein Produkt, das sich als Rohstoff verhältnismäßig leicht exportieren läßt, außerdem hatte man schon Ende 1968 mit der Förderung aus Quellen, die sich fest in nigerianischer Hand befanden, begonnen. Ob aber die Ölgesellschaften es wahrhaben wollen oder nicht: In einem erbitterten Guerillakrieg hat das Öl genausowenig Chancen, ungehindert zu fließen, wie man mit anderen Produkten einen schwunghaften Handel treiben kann.

Öl ist eine ganz besondere Ware. Es hat einen strategischen Wert. Nachdem ein Ende der Unsicherheit im Vorderen Orient vorläufig nicht abzusehen ist, würden Ausweichmöglichkeiten interessant. Biafra bot eine große Ausweichmöglichkeit. Für Frankreich, Portugal und Süd-Afrika (um nur diese drei zu nennen) ist Öl einer der wichtigsten strategischen Faktoren. Abgesehen davon, daß nicht alle Ölkonzessionen in Biafra voll abgesichert sind, haben die Biafraner immer wieder gewarnt, falls die Engländer ihre Haltung ihnen gegenüber im Lauf des Krieges nicht änderten, könnten sie eines Tages ihre Ölkonzessionen an andere Abnehmer verlieren.

Man muß annehmen, daß die britische Regierung wie die britischen Unternehmer auf das eine Pferd, das angeblich leicht gewinnen sollte, so lange gesetzt haben, daß sie immer weiter auf den Sieg dieses Pferdes setzen müssen, ganz gleich, was das kostet - England ist gebunden an eine Politik, die es insgeheim vielleicht gern ändern würde, weiß aber nicht wie. Wenn das zutrifft, dann müssen die Ölgesellschaften und andere Wirtschaftsunternehmen zu ihrem zusätzlichen Unbehagen auch noch einsehen, daß diese Politik von Anfang an nicht ihre Politik war.

Die englische Öffentlichkeit

Erst ein volles Jahr nach dem Ausbruch des Krieges zwischen Nigeria und Biafra konnte sich die englische Öffentlichkeit ein verschwommenes und weitgehend unzuverlässiges Bild von den Ereignissen machen. Als man aber in der Presse und im Fernsehen erfuhr, wie barbarisch die Biafraner leiden mußten, reagierten die Engländer sofort. Im folgenden halben Jahr taten sie alles, was in den Grenzen ihrer Verfassung möglich war, um die Waffenpolitik der Regierung zu ändern und um Biafra zu helfen.

Es gab Sitzungen, Komitees, Protestdemonstrationen, Tumulte, Lobbys, Sitz- und Hungerstreiks, Nachtwachen, Sammlungen, Transparente, öffentliche Versammlungen, Märsche, Briefe an alle Personen im öffentlichen Leben, die die Meinung anderer beeinflussen konnten, Gottesdienste, Vorträge, Filme und Spenden.

Junge Menschen meldeten sich freiwillig nach Biafra und wollten helfen, Ärzte und Schwestern boten ihre Dienste an. Wieder andere erklärten sich bereit, Kinder aus Biafra für die Dauer des Krieges bei sich aufzunehmen, manche wollten für Biafra fliegen oder kämpfen. Spenden kamen von alten Rentnern genauso wie von Eton-Boys. Es gab natürlich

unrealistische Angebote, es gab auch hirnrissige, aber gut gemeint waren sie alle.

In Holland und Belgien mußten Presse und öffentliche Meinung gar nicht so sehr mobilisiert werden, um die Regierung zur Einschränkung ihrer Waffenlieferungen an Lagos zu bringen - die britische Regierung wich dem öffentlichen Druck keinen Zentimeter, und das darf man nicht den Engländern anlasten, sondern nur der Regierung Wilson.

Für gewöhnlich tut ein derart starker Ausdruck des Volkswillens auf so breiter Basis seine Wirkung auf eine Regierung. England besitzt zwar keine geschriebene Verfassung, aber man ist sich einig darüber, daß der Premierminister die Wünsche der großen Mehrheit seiner Wähler berücksichtigen und die politische Linie revidieren wird, falls es sich nicht gerade um einen Eckpfeiler der Verteidigung oder außenpolitische Verpflichtungen handelt, die von Regierungspartei und Opposition, vom Parteivorstand, den Kirchen und den Gewerkschaften, der Presse und der allgemeinen Öffentlichkeit verurteilt und abgelehnt werden.

Eine Regierung muß schon unerhört arrogant sein, die erst das Parlament ein Jahr lang hintergeht und dann auf den erklärten Willen der Abgeordneten und der Bevölkerung und ihrer Organisationen von oben herab reagiert. Aber genau das hatte England seit dem Oktober 1964: eine Regierung von unerhörter und einmaliger Arroganz, gepaart mit einer schlappen und feigen Opposition.

Die Einmischung der Sowjets

Beobachter von draußen stellten mit wachsender Besorgnis fest, daß die Sowjets sich in Nigeria immer stärker engagierten. Die ersten MiGs und Ilyushin-Bomber kamen schon Ende August 1967 in Nord-Nigeria an, und in den folgenden fünfzehn Monaten kamen noch mehr, von zwei- bis dreihundert

Technikern begleitet, um Verluste auszugleichen - aber erst die Unterzeichnung des sowjetisch-nigerianischen Pakts im November 1968 öffnete der sowjetischen Infiltration weit die Tore.

Als der Pakt zwischen den beiden Partnern noch diskutiert wurde, waren westliche Diplomaten bereits sehr beunruhigt, und die Engländer machten drei Versuche, um die Nigerianer von der Unterschrift abzuhalten. Jedesmal gelang ihnen eine Verzögerung, aber am 21. November wurde in Gegenwart einer ungewöhnlich starken Delegation aus Moskau schließlich doch unterzeichnet.

In den folgenden Wochen machte sich die Anwesenheit der Russen zur Beunruhigung nicht nur der Engländer und Amerikaner, sondern auch gemäßigter Nigerianer immer mehr bemerkbar.

Der Pakt nannte die einzelnen Gebiete, auf denen Nigeria in Zukunft die Unterstützung der Sowjetunion erhalten sollte, zum Beispiel für die Errichtung einer Eisen- und Stahlindustrie. Anscheinend war die Unterzeichnung aber auch von anderen Unternehmungen abhängig. Kurz nach der Übereinkunft drangen Berichte aus Nord-Nigeria durch, nach denen eine nächtliche Luftbrücke große Mengen sowjetischer Infanterieausrüstung über Flughäfen in der südlichen Sahara nach Kaduna brachte und von dort zur nigerianischen Ersten Division in Enugu. Bisher hatte das sowjetische Gerät aus Kampfflugzeugen, Bombern, Bomben, Raketen, Patrouillenbooten und aus Bazookas und Handgranaten für die Infanterie bestanden. In der zweiten Hälfte des Jahres 1968 erschienen allmählich immer mehr Lastwagen, Jeeps, Schanzgerät und sowjetische Unteroffiziere zur Bedienung der Verteidigungswaffen. Nach erbeuteten Stücken ließ sich die Identität leicht ermitteln. Gefangene sagten über die Anwesenheit sowjetischer Berater aus, vor allem ein Yoruba im Rang eines Kompanie-Kommandeurs, der behauptete, die

Russen machten kein Geheimnis aus ihrer Nationalität, und die jüngeren nigerianischen Offiziere mußten an Kursen teilnehmen, in denen Propaganda für das Leben in der Sowjetunion gemacht würde.

Nach der Unterzeichnung des Pakts gegen Kriegsende wurde die Erste Division für den Angriff gegen Biafra im Januar 1969 vor allem mit sowjetischen Bodenwaffen ausgerüstet, mit Tausenden von RK 49 (leichten Maschinengewehren) und Kalashnikows.

Auch sonst fielen den Journalisten überall in Nigeria russische Beraterteams auf den verschiedensten Gebieten auf. Sie wurden als Mineralogen, Geologen, Landwirtschaftsexperten und alles mögliche getarnt. Man fürchtete, die extreme Linke in Nigeria, die bereits einen starken Einfluß in den Gewerkschaften besaß, würde noch stärker werden - gegen Kriegsende gab es sogar antiwestliche Demonstrationen. In Ibadan rissen singende Studenten und Gewerkschaftsleute die amerikanische und die englische Flagge herunter, trampelten auf ihnen herum und verbrannten sie.

Ende 1968 war immer noch nicht klar zu erkennen, was das Fernziel der Sowjets in Nigeria war. Manche Beobachter nahmen an, den Russen sei gar nicht an einer raschen Beendigung des Krieges gelegen, sondern vielmehr daran, ihn so zu verlängern, daß ein hoffnungslos verschuldetes Nigeria sich sowjetischen Wünschen beugen müsse, die über gegenseitige Unterstützung weit hinausgingen. Andere glaubten, die Sowjets wollten sich ein langfristiges Monopol auf Nigerias leicht verkäufliche Agrarprodukte sichern, auf Erdnüsse, Baumwolle, Kakaofrüchte und Palmöl, indem sie diese Produkte für Waffen und andere Lieferungen in Zahlung nahmen - auf diese Weise konnten sie in den siebziger Jahren denselben Druck auf die Nigerianer ausüben. Außerdem konnte es sich auch um strategische Ziele handeln, um Luftstützpunkte in Nord-Nigeria oder vielleicht eine Basis entlang der Südküste.

Beobachter, die dieser Ansicht waren, erinnerten an die Kette britischer Basen von Gibraltar über Malta, Libyen, Zypern, Aden, auf den Maladiven und in Singapore, die 1960 die schnelle englische Intervention östlich von Suez möglich machten. Mit Zugang von der Krim bis Damaskus, Port Said, Ober-Ägypten und bis in den Sudan, erklärten sie, brauchten die Sowjets nur noch Kaduna und Calabar und hätten dann eine Kette von Basen bis nach Süd-Afrika. Ende 1968 hatten russische Ingenieure in Kaduna bereits eine Basis errichtet und die ehemaligen schmalen Provinzpisten zu Rollfeldern von normaler Länge ausgebaut, mit allen Einrichtungen für Schlechtwetter- und Nachtlandungen, auf denen Ilyushin-Bomber und Antonov-Lastenflieger landen konnten.

Wollte man alle Handlungen und Äußerungen der britischen Regierung, mit denen sie ihre einmal beschworene Politik zugunsten der Nigerianer während des Krieges verfolgte, des langen und breiten mit all den Einzelheiten von Daten, Namen, Plätzen und Hinweisen schildern, so kämen nur Wiederholungen dessen heraus, was in diesem Kapitel bereits steht.

Es genügt daher festzustellen, daß diese Politik unverändert fortgeführt wurde, ohne Rücksicht auf die sich ständig mehrenden Beweise nicht nur für die entsetzlichen Leiden, die so verursacht wurden, sondern auch dann noch, als unverrückbar feststand, daß diese Politik fehlgeleitet und untauglich war. Auch im Jahr 1969 werden die Fakten in ministeriellen und offiziellen Erklärungen weiter verdreht und entstellt, obwohl sie sich in Zeugnissen aus bester Quelle bereits hätten nachprüfen lassen. Um die Öffentlichkeit für die Regierungspolitik und die Unterstützung der nigerianischen Kriegs- und Hungerpolitik zu gewinnen, tischte man Presse, Parlament und Publikum bei vielen Gelegenheiten absichtlich Unwahrheiten auf.

Nur wenn die britische Regierung sich scheinbar um den Frieden bemühte, und das auch nur unter dem Druck der

öffentlichen und veröffentlichten Meinung, machte England Zugeständnisse an sein Gewissen. Betrachtet man sie von heute aus, dann sind diese Initiativen nichts anderes als Propaganda gewesen, für die Leichtgläubigen bestimmt - konkrete Ergebnisse wurden sorgfältig vermieden. Die erste dieser Initiativen erfolgte, als Mr. Winston Churchills Artikel in der ›Times‹ im März bei Presse und Parlament einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen hatten. Eine der Wirkungen dieser Artikel bestand in verstärktem Druck auf das Parlament von innen, der zu einer weiteren Debatte am 20. März führte. Auch sie erbrachte nichts. Das Hauptargument, die Regierung dürfe sich nicht mit Waffen an einem Krieg beteiligen, der ein solches Maß an Leiden wie das der Biafraner mit sich brachte, wurde nicht einmal erwähnt. Nach der Unwissenheit ihrer Sprecher zu urteilen, hatte die Konservative Partei keinerlei konstruktive Vorstellungen und ging geistig völlig unvorbereitet in eine Auseinandersetzung mit der Regierung um das eine große Thema, das ihr die einstimmige Unterstützung der Liberalen und ein gewisses Maß an Beistand von Mr. Wilsons Hinterbänken hätte einbringen können.

Nach der Debatte verkündete Mr. Wilson, er werde selbst nach Nigeria fahren. Presse und Unterhaus äußerten sich skeptisch über den Wert eines solchen persönlichen Auftritts und seines praktischen Nutzens. Zuerst sah das nach einem der vielen Drehs aus, die die Öffentlichkeit von ihrem Premierminister bereits gewöhnt war. Nachdem aber Außenminister Michael Stewart am Vorabend von Wilsons Abreise vor dem Unterhaus erklärt hatte, der Premier ›schlösse die Möglichkeit eines Besuchs in Biafra nicht aus‹ und nachdem politische Korrespondenten durchblicken ließen, Bemühungen um einen solchen Besuch seien bereits im Gang, begannen Optimisten zu hoffen, die britische Regierung sei vielleicht endlich bereit, beide Seiten des Konflikts zu prüfen und nicht nur die, die in ihr vorgefaßtes Bild paßte.

Offenbar in derselben Hoffnung lud General Ojukwu Mr. Wilson ein, Biafra zu besuchen, obwohl er sich große Mühe geben mußte, um seine Landsleute für einen Gast zu erwärmen, den sie von ganzem Herzen haßten.

Aller Optimismus war verfrüht, denn Ojukwus Angebot brachte Englands Staatsdiener nur in Verwirrung. Es war bekannt, daß Wilson nach seiner Rückkehr nach London vor dem Unterhaus über seine Eindrücke als Augenzeuge berichten sollte. Wäre er Ojukwus Einladung gefolgt, wäre es wohl ziemlich schwierig für ihn geworden, nach Biafra zu gehen, zu sehen was dort geschah und zu berichten, was er gesehen hatte und das alles in Einklang mit seiner eigenen bisherigen Politik und den Äußerungen seiner Kollegen zu bringen. Das war ein kompliziertes Problem, aber es wurde rasch gelöst.

Mr. H. B. Boyne, der Wilson nach Nigeria begleitet hatte, schrieb am 30. März im ›Sunday Telegraph‹: »Übrigens hatte Mr. Wilson zu dieser Zeit nicht die Absicht, die abgefallenen Gebiete zu betreten.« Arme, verwirrte Leser konnten nun beruhigt sein.

Am selben Tag gab Mr. Nicholas Carroll in der ›Sunday Times‹ etwas zum besten, was sich fast wie eine Erklärung für die kurze Nebenbemerkung seines Kollegen liest: »So flüchtig Mr. Wilsons Aufenthalt auch nur sein konnte, hat er doch genug gesehen, was seine Gastgeber und seine eigenen Berater bestätigte.« Weiter nichts, und so war es ja wohl auch geplant gewesen.

Monate später enthüllte Group Captain Leonard Cheshire V. C, der eine Woche vor Mr. Wilsons Besuch in Lagos in Biafra gewesen war und mit General Ojukwu gesprochen hatte, in einem Artikel im ›Guardian Weekly Magazine‹ vom 22. November, weshalb er hingefahren war, und das warf ein seltsames Licht auf diesen Staatsbesuch. Cheshire ist ein ehemaliger Bomberpilot und Kriegsheld, und er war der erste, von dem man erfuhr, daß er als Abgesandter des Foreign Office

gereist war, wenn auch ohne Vollmachten. Die Biafraner und andere in Biafra hatte das damals in den letzten zehn Märztagen nicht gewundert, aber vor britischen Lesern wurde das Geheimnis so wohl gehütet, daß sie es erst im November erfuhren.

Group Captain Cheshire sagte aus, er sei von einem seiner persönlichen Freunde im Außenministerium gebeten worden, nach Biafra zu gehen, zu versuchen, mit General Ojukwu zu sprechen und zu erfahren, was er über einen Friedensschluß dachte. Er wurde aufgefordert, seine eigene Analyse zu machen und Mr. Wilson in Lagos persönlich zu berichten.

Das tat er. Was er herausgefunden hatte, war sehr zum Leidwesen seiner Auftraggeber. Er schrieb: »Nie werde ich mein Gespräch mit Ojukwu vergessen und den Eindruck absoluter Aufrichtigkeit, den er auf mich machte... Ich kam in Lagos einen Tag vor Mr. Wilsons Besuch an, berichtete ausführlich einem führenden Mitglied der britischen Delegation und hatte dann etwa fünfzehn Minuten Zeit mit Mr. Wilson zu sprechen. Ich sagte ihm, Biafra sei ein Land, das für eine leidenschaftliche Überzeugung kämpfe und nicht eines, das nur seine politischen Führer geprellt haben... Ich unterstrich meine Überzeugung von Ojukwus ehrlichem Wollen und bat ihn dringend, nach Biafra zu gehen, denn das sei die einzige Hoffnung für den Frieden. Er antwortete mir, ein Besuch dort käme nicht in Frage...«

Am Schluß seines Artikels beschreibt Group Captain Cheshire, wie er im Außenministerium in London von einem Beamten abschließend angehört wurde, der so offensichtlich skeptisch war, daß er am Schluß des Berichts nur sagte: »Seltsam, jeder, der nach Biafra fährt, scheint hinterher für die Biafraner zu sein.«

Die väterliche Herablassung, der Group Captain Cheshire begegnete - immerhin war es das Außenministerium selber gewesen, das ihn ausgesucht und mit dieser Mission beauftragt

hatte - ist bezeichnend für die Haltung der Berater des Foreign Office gegenüber jedem, der von einer Erkundung der Lage an Ort und Stelle zurückkam. Die man so behandelte, füllen eine lange Liste, von Lords und Abgeordneten über Geistliche und Fachleute bis zu Journalisten und Fotografen. Diese Beamten, die selten in Nigeria gewesen sind und bestimmt nie in Biafra, haben immer recht und alle andern haben unrecht.

So ging es bis zum Ende des Jahres 1969 weiter. Im Oktober fand eine Verschmelzung des Commonwealth Office, dessen Berater England zuerst in das Nigeria-Biafra-Schlamassel geführt hatten, mit dem Foreign Office statt, das bei politischen Beobachtern in London stets als die kompetentere Organisation gegolten hatte - das Umgekehrte wäre unwahrscheinlich gewesen. Daher schöpfte man etwas Hoffnung, im Lauf des Jahres könne sich eine etwas realistischere Haltung in der ganzen Nigeria-Biafra-Frage entwickeln, nachdem nun das Foreign Office die Führung hatte und man im Commonwealth Office im Verlauf des Zusammenschlusses vorsichtig die Spreu vom Weizen geschieden hatte. Leider bewahrheitete sich das nicht.

Für die Tatsache, daß sich an der britischen Politik im Jahr 1969 überhaupt nichts änderte, nicht einmal aus pragmatischen Gründen, war weitgehend der Außenminister verantwortlich, Mr. Michael Stewart, ein Politiker, dessen geistige Flexibilität einen an die Gesetze der Meder und Perser erinnert. Er hatte alle auswärtigen Angelegenheiten Englands noch nicht lange übernommen, als er bereits öffentlich und privat wissen ließ, er sei ein Mann, der sich nur noch ungern durch Fakten verwirren ließe, wenn sein Entschluß einmal gefaßt sei. Schon vor der Zusammenlegung von Commonwealth Office und Foreign Office war er sich zum Beispiel über Nigeria längst im klaren gewesen und daran hätte man vielleicht höchstens mit Dynamit etwas ändern können. Als es dann darum ging, wie man den Hungers sterbenden Menschen in Biafra Hilfe bringen könne,

erklärte er bei jeder Gelegenheit vor dem Parlament und an anderen Orten, Ojukwu und niemand anders sei schuld, wenn man keine Regelung für den Seetransport von Lebensmitteln durch das Rote Kreuz finden könne, nachdem man es im Juni gezwungen hatte, seine Nachtflüge einzustellen. Selbst wenn man Mr. Stewart Schritt für Schritt an die Entwicklung der Lage erinnert und versucht hätte, ihm klarzumachen, daß das Angebot von Lagos für Flüge am Tag weiter nichts gewesen war als ein zynischer Trick - nichts hätte seinen Glauben erschüttern können, der in dem Bundesregime in Lagos einen Chor von Erzengeln sah.

Trotzdem gab sich Mr. Stewart bei seinen Anstrengungen, seine Kollegen im Unterhaus, Presse und Öffentlichkeit zu überreden, selbst für einen Politiker viel Mühe. Als das Internationale Rote Kreuz unter dem Druck von Lagos seine Hilfsmaßnahmen im Wert von vielen Millionen Dollar an die Nigerian Rehabilitation Commission übergab und seine Nachtflüge einstellte, unterstützte England dieses Vorgehen ganz offen, obwohl es die Hilfslieferungen für Biafra um die Hälfte kürzte. Als Mr. Stewart diesen Entschluß im Juni vor dem Unterhaus verteidigte, behauptete er, die Aktion des Internationalen Roten Kreuzes werde von allen Hilfsorganisationen unterstützt. Das war eine schreiende Unwahrheit, der auch prompt und nachdrücklich von den betroffenen Kirchen, die sich zur Joint Church Aid zusammengeschlossen hatten, widersprochen wurde.* Nachdem ein Versuch, eine Einigung zwischen Lagos und Biafra über Einsatzflüge am Tage zu erreichen, gescheitert war, tat Mr. Stewart am 17. November vor dem Unterhaus alles, um die militärischen Gründe herunterzuspielen, aus denen General Ojukwu abgelehnt hatte, den Flughafen Uli tagsüber zu öffnen. Er behauptete dabei, wenn solche Flüge am Tag stattfänden,

* Mr. Wilson and Biafran Starvation, Walter Schwarz, »Guardian Weekly«, 22. November 1969

wären die Amerikaner bereit, zu garantieren, daß daraus kein militärischer Vorteil für die Bundesarmee entstünde. In Wahrheit gab es keine solche Garantie der Amerikaner und hatte sie nie gegeben. Es fiel vielmehr auf, daß keiner der ausländischen Staaten die Zusicherung übernehmen wollte, die nigerianische Luftwaffe werde bei einem solchen Abkommen die Unverletzlichkeit der Maschinen und des Flughafens respektieren.**

Am folgenden Samstag kommentierte das ›Guardian Weekly Magazine‹ diesen Auftritt des Außenministers so: »Wieder einmal hat Mr. Stewart über Englands Rolle im nigerianischen Krieg in schändlicher Weise die Unwahrheit gesagt.«***

Man muß mit Bedauern feststellen, daß während der Amtszeit von Mr. Stewart als Außenminister Ihrer Majestät so viele Verdrehungen und Unwahrheiten vorkamen, jedenfalls in dieser Frage, daß man sie kaum noch auf das Konto mangelhafter Unterrichtung setzen kann, bis sie schließlich in der Presse fast keinen Widerhall mehr fanden.

** Britain's Role in Nigeria, Editorial Comment, 22. November 1969

*** Britain's Role in Nigeria, Editorial Comment, 22. November 1969
Britain's Role in Nigeria, Editorial Comment, 22. November 1969

11

Flüchtlinge, Hunger und Hilfe

Erst die Hungersnot in Biafra machte der Welt bewußt, was dort geschah. Nicht nur in England, in ganz Westeuropa hatte die Öffentlichkeit zwar keinen Begriff von den komplizierten Zusammenhängen, die für sie hinter den Kriegsnachrichten nur schwer zu erkennen waren, aber das Bild eines an Hunger sterbenden Kindes spricht eine deutliche Sprache. Mit diesem Foto begann eine Pressekampagne überall in der westlichen Welt, die etliche Regierungen veranlaßte, ihre Politik zu ändern und Biafra eine Chance eröffnete, zu überleben oder wenigstens nicht geschichtslos unterzugehen.

Aber selbst dieses Problem versuchte eine Propaganda noch zu verschleiern, die behauptete, die Biafraner »spielten die Sache nur hoch und benützten den Hunger ihrer Landsleute, um die Sympathien der Welt für ihre politischen Ziele zu gewinnen. Keiner der vielen Geistlichen, Ärzte, Sozialarbeiter oder Beamten aus einem Dutzend europäischer Länder, der in der zweiten Hälfte 1968 in Biafra gearbeitet hat und sehen mußte, wie mehrere hunderttausend Kinder elend umkamen, hätte wohl behauptet, die Lage erfordere irgendwelches »Hochspielen«. Die Tatsachen waren da, die Pressekameras klickten, und der Hungertod der Kinder von Biafra wurde zu einem weltweiten Skandal.

Noch schwerwiegender ist der Vorwurf, die Biafraner und besonders Oberst Ojukwu hätten die Situation ausgenützt und eine Linderung sogar verhindert, nur um politische Unterstützung und Sympathien zu erschleichen. Diese Anklage ist so schwer, und es ist so viel Schmutz durch sie unbeseitigt geblieben, daß dieses Buch nicht geschrieben werden kann, ohne zu erklären, was wirklich geschah. Schon an anderer Stelle

wurde darauf hingewiesen, daß der Hungertod der Biafraner kein zufälliges Ereignis war, kein Mißgeschick und nicht einmal eine ebenso unvermeidliche wie bedauerliche Nebenerscheinung des Krieges. Die Hungersnot war ein geplanter und wesentlicher Teil der nigerianischen Kriegführung. Im Gegensatz zu dem, was die Engländer von ihrer Regierung vorgemacht bekamen, waren die nigerianischen Führer in dieser Hinsicht von erfrischender Offenheit. Alle Schlußfolgerungen deuten darauf hin, daß es gar keine Zugeständnisse gab, die Oberst Ojukwu hätte machen können, um die Lebensmitteltransporte schneller und in größeren Mengen nach Biafra zu bringen - hätte er sich den Vorschlägen der Nigerianer und Engländer gefügt, so hätte das die endgültige Selbstaufgabe seines Landes bedeutet.

Prüft man die sogenannten ›Angebote‹, die die nigerianische Regierung oft nach gemeinsamer Beratung mit der britischen Regierung machte und die das englische Parlament, Presse und Öffentlichkeit in ihrer Ahnungslosigkeit begrüßten, so sieht man, daß sie allein auf taktische und strategische Vorteile für die nigerianische Armee zielten.

Alle Vorschläge von Oberst Ojukwu und anderen beteiligten Partnern wie das Internationale Rote Kreuz, die römisch-katholische Kirche und ein paar Zeitungen enthielten keinerlei militärische Bevorzugung einer der beiden Seiten und wurden trotzdem mit Billigung von Whitehall von den Nigerianern abgelehnt.

Hier ist also die Geschichte. Biafra hat eine quadratähnliche Form. Ungefähr ein Drittel seines östlichen Randes werden vom Cross mit seinen fruchtbaren Tälern und Weiden begrenzt. Am Südrand verläuft hinter den Buchten und Sümpfen ein Landstreifen, der von vielen kleinen Flüssen bewässert wird, die im Hochland entspringen und dem Meer zufließen. Der Rest des Landes, sozusagen die linke obere Ecke des Quadrats, besteht aus einer Hochebene, wo die Ibo zu Hause sind.

In der Vorkriegszeit war diese Hochebene am stärksten

bevölkert, obwohl die Minderheitengebiete im Osten und Süden die meisten Lebensmittel produzierten. Das ganze Gebiet konnte sich mehr oder weniger selbst ernähren, alle Kohlehydrate und alles Obst wurden hier erzeugt, nur Fleisch mußte in gewissem Umfang aus dem Norden Nigerias importiert werden, Stockfisch und Salz kamen auf dem Seeweg aus Skandinavien. Fleisch und Fisch lieferten die notwendigen Proteine. Es gab zwar Ziegen und Hühner, aber nicht genug, um für eine gesunde Ernährung von mehr als dreizehn Millionen Menschen zu sorgen.

Die Blockade und der Krieg bereiteten diesen Einfuhren ein Ende. Erwachsene können zwar eine lange Zeit ohne Protein ohne Schaden überstehen, aber Kinder müssen ständig damit versorgt werden.

Die Biafraner errichteten Farmen für intensive Hühnerzucht und Legebatterien. Sie versuchten, die Produktion proteinreicher Lebensmittel im Lande zu steigern. Vielleicht hätten sie das Problem sogar lösen können, zumindest für zwei Jahre, aber ihr Territorium schrumpfte zu sehr, dazu kam der Verlust der fruchtbaren Randgebiete, aus denen als zusätzliche Belastung fast fünf Millionen Flüchtlinge hereinströmten.

Mitte April war fast das ganze Tal des Cross verloren und ein Teil des Südens, das Land der Ibibio in den Gebieten der Uyo, der Annang und Eket, dazu Land mit dem fruchtbarsten Boden von Biafra. Um diese Zeit ließ sich aus Berichten des Vertreters des Internationalen Roten Kreuzes in Biafra, dem Schweizer Geschäftsmann Heinrich Jaggi, der leitenden Caritasleute, des Weltkirchenrats, des biafranischen Roten Kreuzes und von Ärzten vieler Nationen bereits herauslesen, daß die Lage immer gespannter wurde. Die Fachleute beobachteten zunehmende Fälle von Kwashiorkor, einer Krankheit, die durch Proteinmangel hervorgerufen wird und vor allem Kinder befällt. Die Haare schimmern rötlich, die Haut wird blaß, die Gelenke werden dick und das vom Wasser aufgetriebene Fleisch schwillt an. Außer Kwashiorkor traten zunehmend Blutarmut, Aussatz und

Hungertod auf, der Haut und Knochen schrumpfen ließ. Kwashiorkor war die schlimmste Seuche, die Gehirnzellen werden beschädigt, Lethargie setzt ein, der ein Koma und schließlich der Tod folgen.

Ende Januar wandte sich Heinrich Jaggi an das Rote Kreuz in Genf, um von beiden Seiten die Zustimmung für einen begrenzten internationalen Spendenaufruf für Medikamente, Lebensmittel und Kleidung zu erreichen. Oberst Ojukwu stimmte am 10. Februar sofort zu, Lagos ließ sich bis Ende April Zeit.

Doch soweit es Regierung und Militärbehörden von Nigeria betraf, haben Journalisten und Helfer immer wieder aus den Gebieten hinter den Kampflinien berichtet, daß diese Behörden alles, was aufgrund ausländischer Spenden an Hilfe geleistet werden sollte, behindert haben. Brigadegeneral Benjamin Adekunle, Kommandeur der Dritten nigerianischen Division, ließ in seinen Reden vor Reportern keinen Zweifel daran, daß er solche lebensrettenden Bemühungen nicht wünschte, geschweige denn, sie unterstützen wollte. Diese Einstellung wurde überall beobachtet und publiziert - sie war um so sonderbarer, als die leidenden Zivilisten vom nigerianischen Standpunkt aus ja schließlich Nigerianer waren.

Die große Mehrheit der Zivilbevölkerung floh aus den Kampfgebieten nicht aus dem unbesetzten Biafra hinaus, sondern hinein. Ende Februar gab es innerhalb der unbesetzten Zone ungefähr eine Million Flüchtlinge, und zwar viel mehr Angehörige der Minderheiten als Ibo. Der ausgedehnte Familienzusammenhalt, der es der Ostregion achtzehn Monate zuvor ermöglicht hatte, die Menschen aus dem Norden und dem Osten zu absorbieren, konnte sich diesmal nicht auswirken, weil die meisten Flüchtlinge keine Verwandten hatten, die sie hätten aufnehmen können. Sie drängten sich in notdürftigen Unterkünften im Busch am Rand der Dörfer zusammen. Mit Hilfe des Roten Kreuzes und der Kirchen errichteten die

biafranischen Behörden eine Kette von Flüchtlingslagern, wo die Vertriebenen wenigstens ein Dach über dem Kopf hatten und täglich eine Mahlzeit bekamen. Viele dieser Lager wurden in leeren Schulgebäuden eingerichtet, wo die nötigsten Voraussetzungen für die Unterbringung von Menschen wenigstens schon vorhanden waren. (Später waren sie dann Ziel der von ägyptischen Piloten geflogenen MiGs und Ilyushins.)

Aus den militärischen Gründen, die wir bereits geschildert haben, nahm der Flüchtlingsstrom alarmierend zu - Ende April schätzte man ihn auf dreieinhalb Millionen.

Caritas und Weltkirchenrat waren als Organisationen auf der nigerianischen Seite der Front nicht tätig und brauchten sich deshalb bei ihren Hilfeleistungen auch nicht an Jaggis Vereinbarungen zu halten. Sie beschlossen, selbständig zu handeln.

Vom Beginn des Jahres an kauften sie im Ausland Lebensmittel und Medikamente, um sie nach Biafra zu schaffen. Sie verfügten weder über Flugzeuge noch Piloten und mieteten deshalb bei Hank Wharton, einem Amerikaner, der als Freiwilliger zweimal wöchentlich Waffen von Lissabon nach Biafra flog, Laderaum auf seiner Maschine. Die Mengen, die sich auf diese Weise heranschaffen ließen, waren natürlich sehr gering.

Am 8. April begann auch das Rote Kreuz, Hilfsgüter in kleinem Umfang mit Whartons Maschine transportieren zu lassen. Man hatte den Entschluß gefaßt, eigene Flugzeuge zu chartern oder zu kaufen und eigene Piloten anzuheuern. Immer wieder ersuchte das Rote Kreuz von Genf aus die nigerianische Regierung um freies Geleit für deutlich gekennzeichnete Rotkreuz-Flugzeuge, damit sie bei Tag fliegen könnten, ohne abgeschossen zu werden, aber diese Bitten wurden jedesmal abgelehnt.

Man versuchte auch, die Befürchtung der Nigerianer zu

zerstreuen, Wharton könne bei seinen Tagflügen heimlich Waffen importieren. Man schlug vor, eine Gruppe vom schweizerischen Roten Kreuz solle garantieren, daß Whartons Flugzeuge sich tagsüber nicht vom Boden erhoben. Die Antwort: Nein. Die Nigerianer befürchteten, daß die Hilfsmaschinen Waffen befördern würden. Dann sollte das Rote Kreuz das Beladen beaufsichtigen. Wiederum: Nein. Das nigerianische Rote Kreuz könne das übernehmen. Noch einmal: Nein.

Ojukwu erklärte sich bereit, Personal des nigerianischen Roten Kreuzes als Begleiter bei jedem Flug direkt bis zum Zielflughafen in Biafra einfliegen zu lassen. Die Antwort: Nein.

Damals begriffen nicht einmal die Biafraner, daß nie und nimmer auch nur die Absicht bestanden hatte, Hilfsflüge zuzulassen. Während dieser Zeit plagten sich die Kirchen weiter und brachten ins Land, was ihnen möglich war und wann immer Laderaum vorhanden war.

Als Oberst Ojukwu Mitte April die Berichte über den Proteinmangel gelesen hatte, sah er, daß nur noch wenig Zeit blieb, um eine größere Katastrophe zu vermeiden. Die Vertreter der Hilfsorganisationen erklärten ihm, das Problem sei nicht, die Lebensmittel zu kaufen (dazu fühlten sie sich absolut in der Lage), sondern sie durch die Blockade nach Biafra hineinzubringen. Oberst Ojukwu beauftragte einen technischen Ausschuß, ihm in der kürzestmöglichen Zeit über Wege zu berichten, auf denen Lebensmittel herangeschafft werden könnten.

Anfang Mai lieferten diese Techniker ihre Ergebnisse. Es gab drei Wege, auf denen man Lebensmittel nach Biafra transportieren konnte: den Luftweg, den See- und den Landweg. Eine Luftbrücke, die in der Lage wäre, genügend Mengen heranzuschaffen, mußte stärker sein als Whartons drei Maschinen. Sie würde kostspielig sein, aber auch bei weitem die schnellste Möglichkeit. Der Seeweg über Port Harcourt und den

Niger hinauf wäre zeitraubender, aber dafür könne man größere Tonnagen an Lebensmitteln für weniger Geld befördern. Die Landroute wäre langsam, gefährlich und teuer: Die Lebensmittel müßten zuerst per Schiff nach Nigeria gebracht werden und dann über Hunderte von Kilometern durch nigerianisches Gebiet bis zum besetzten Biafra transportiert werden, dann über von nigerianischen Militärfahrzeugen verstopfte Straßen mit ihren zerstörten Brücken. Der Landweg konnte weder an Schnelligkeit mit der Luftbrücke noch an Rentabilität und Leistungsfähigkeit mit dem Seeweg konkurrieren.

Die Ärzte drängten zur Eile, und Ojukwu entschied sich für eine Luftbrücke als vorübergehenden Notbehelf, der möglichst Schiffstransporte folgen sollten, um die großen Lieferungen hereinzubringen. Jaggi und die Leiter der anderen Hilfsorganisationen wurden entsprechend informiert und machten keine Einwände.

Mitte Mai verlor Biafra Port Harcourt, und etwa eine weitere Million Flüchtlinge drängten ins Landesinnere. Der Verlust des Hafens änderte nichts an den Hilfsmöglichkeiten. Der Flughafen Uli, Spitzname ›Annabelle‹, wurde geöffnet und ersetzte den von Port Harcourt, und der Zugang vom Meer zum Niger und zum Port of Oguta war noch offen, vorausgesetzt, die nigerianische Flotte erhielt Befehl, Rotkreuzschiffe passieren zu lassen. Ende Mai erließ das Rote Kreuz in Genf seinen zweiten Aufruf, diesmal ausdrücklich für Biafra, da Nigeria nicht einverstanden war.

Während dieser Zeit wußte die Weltöffentlichkeit nichts Von dem ganzen Problem, niemand hatte die Geschichte aufgegriffen. Mitte Juni besuchte Leslie Kirkley, der Direktor von Oxfam, Biafra für eine fünfzehntägige Informationsreise. Was er sah, beunruhigte ihn schwer. Gleichzeitig berichteten Michael Leapman vom ›Sun‹ und Brian Dixon vom ›Daily Sketch‹ aus Biafra, und diese beiden Männer mit ihren Kameralenten sahen die Lage, wie sie wirklich war. Ende Juni

erschieden plötzlich Fotos von kleinen Kindern, zu lebenden Skeletten abgemagert, auf den Seiten der Londoner Zeitungen.

Die einzigen Lebensmittel, die Biafra von draußen erreichten, bestanden im Mai aus den kleinen Mengen, die man in Whartons Super Constellations unterbringen konnte, wenn sie in Lissabon starteten. Da sich aber inzwischen drei Organisationen den Platz auf diesen Maschinen streitig machten, warteten bald mehr Lebensmittel auf den Transport, als mitgenommen werden konnten. In den folgenden Wochen kauften alle drei Organisationen Flugzeuge, aber Wharton bestand darauf, daß sie von ihm eingeteilt und gewartet werden sollten und daß sie von seinen Piloten geflogen würden.

Ehe Kirkley Biafra verließ, gab er eine Pressekonferenz und sprach davon, daß nach seiner Schätzung bis zu 400.000 Kinder in einen hoffnungslosen Zustand geraten und an Kwashiorkor sterben würden, wenn nicht in den nächsten sechs Wochen wesentlich größere Mengen an Lebensmitteln ins Land kämen. Auf die Frage, wie groß die Lieferungen sein müßten, um diese Gefahr abzuwenden, erwähnte er eine Zahl von 300 Tonnen pro Tag (oder pro Nacht).

Am 2. Juli berichtete der ›Evening Standard‹ in London darüber, aber auch das hielten die meisten noch für ›biafranische Propaganda‹, bis Kirkley am 3. Juli selber in der aktuellen BBC-Sendung ›Twenty-Four Hours‹ auftrat und seine Zahlen wiederholte. Durch die Fotos in den Zeitungen war die Öffentlichkeit inzwischen langsam aufgewacht. Ehe er Biafra verlassen hatte, war Kirkley mit Jaggi und Oberst Ojukwu zusammengetroffen. Der Führer der Biafraner hatte dabei angeboten, nicht nur irgendeinen, sondern seinen besten Flughafen ausschließlich den Hilfsorganisationen zur Verfügung zu stellen. So hätte man die Waffenluftbrücke von der Lebensmittelluftbrücke trennen können - vielleicht wären die Nigerianer dann eher bereit gewesen, Landungen der Hilfsflüge bei Tag zuzulassen. Jaggi und Kirkley nahmen das Angebot an.

Am 1. Juli traf Kirkley in London mit Lord Shepherd zusammen und am 3. Juli mit George Thomson. Bei diesen Zusammenkünften unterrichtete er beide Minister ausführlich über Umfang und Reichweite des Problems, über seine Dringlichkeit, die verschiedenen Vorzüge der drei möglichen Transitwege für Lebensmittel und das Angebot eines besonderen Flugplatzes. Da Kirkley selbst in ›Annabelle‹ gelandet und wieder abgeflogen war, konnte er beiden Ministern bestätigen, daß schwere Maschinen wie Super Constellations dort starten und landen konnten. Beobachter sahen hier eine ausgezeichnete Gelegenheit für England, den Einfluß, den die Regierung durch die Waffenlieferungen an Lagos in der nigerianischen Hauptstadt gewonnen hatte (wie Labour dachte), zu einem guten Zweck zu nutzen. Man schickte tatsächlich eine Aufforderung an General Gowon und bat ihn, Flüge des Roten Kreuzes nach Biafra am Tage zuzulassen. Seine Antwort traf am Nachmittag des 5. Juli ein, sie war kurz und deutlich: Er werde Befehl geben, jede anfliegende Rotkreuzmaschine abzuschießen.

Mr. Harold Wilson hatte offenbar seine moralische Höhensonne zur Hand. Kirkley hatte eine Delegation geleitet, die den Premier gebeten hatte, seinen Einfluß auf Gowon geltend zu machen. In der telegrafischen Antwort des Premiers hieß es, Gowon habe nur gemeint, er werde nicht genehmigte Flugzeuge abschießen lassen. Da Gowon aber gar keine Flüge genehmigt hatte, war dieser Punkt ohne praktisches Interesse und so blieb es.

Nachdem die englische Regierung diese Ohrfeige von Nigeria bezogen hatte, mußte etwas geschehen, um die Harmonie der beiden Partner wiederherzustellen: Am 8. Juli hielt der nigerianische Außenminister, Okoi Arikpo, in Lagos eine Pressekonferenz, auf der er einen Landkorridor vorschlug. Die Nahrungsmittel sollten per Schiff in Lagos landen, dann über eine Luftbrücke nach Enugu gelangen (das fest in nigerianischer Hand war) und von dort auf dem Landweg zu einem Punkt

südlich von Awgu (das die Bundestruppen vor einem Monat besetzt hatten) gebracht werden. Dort würde man sie dann an der Straße liegen lassen - die ›Rebellen‹ würden schon kommen und sie holen.

Die britische Regierung und die Presse begrüßten diesen Vorschlag als eine äußerst großzügige Geste. Niemand machte sich die Mühe, darauf hinzuweisen, daß es genauso teuer war, ein Schiff nach Lagos zu senden, wie nach São Tomé oder Fernando Póo oder den Niger hinauf. Eine Luftbrücke von Lagos nach Enugu hätte genausoviel gekostet wie von São Tomé nach ›Annabelle‹. Niemand erinnerte daran, daß die Nigerianer gesagt hatten, eine Luftbrücke werde aus Witterungsgründen nicht funktionieren und auch, weil es zuwenig Maschinen und Piloten gab. Um regelmäßige Transporte von 300 Tonnen pro Tag zwischen Enugu und Awgu durchzuführen, gab es einfach nicht genug Lastwagen - außerdem wurde um Awgu immer noch erbittert gekämpft.

Tatsächlich brauchte man sich über den Vorschlag von Arikpo gar nicht zu einigen, denn eine Mitwirkung der Biafraner an dem Plan war überhaupt nicht vorgesehen.

Vom Standpunkt der Biafraner aus war das Problem ohnehin nicht mehr nur technischer Natur. Nicht Oberst Ojukwu, die Bevölkerung war heftig dagegen, Lebensmittel aus den ›hilfreichen‹ Händen der nigerianischen Armee entgegenzunehmen. Viele sagten, sie wollten lieber nichts zu essen haben, als Nahrung von ihren Feinden und Verfolgern anzunehmen. Außerdem hatte es Fälle von Vergiftung gegeben. Eine Reihe von Menschen waren in letzter Zeit aus unbekannter Ursache gestorben, nachdem sie Lebensmittel zu sich genommen hatten, die von Schmugglern guten Glaubens jenseits des Niger im Mittelwesten gekauft worden waren. Aus der Analyse von Proben im Labor der Klinik von Ihiala ging hervor, daß die Nahrungsmittel Arsen und andere giftige Substanzen enthalten hatten.

Im Ausland fand man das lächerlich, aber neutrale Ausländer in Biafra, vor allem der Journalist Anthony Hayden-Guest, betrieben ihre eigenen Nachforschungen und kamen zu dem Schluß, daß es sich keineswegs um Propaganda handelte.* Der körperliche Schaden war gering, aber der psychologische war ungeheuer. Für viele Menschen hieß Nahrung aus Nigeria vergiftete Nahrung, und so dachten nicht nur Biafraner. Ein irischer Geistlicher sagte: »Ich kann einem kleinen Kind keine Tasse Milch geben, wenn ich weiß, daß sie aus Nigeria stammt. Auch wenn das Risiko noch so klein ist, mir ist es zu groß.«**

Die entscheidende Frage war die militärische. Die Kommandeure meldeten Oberst Ojukwu, die Nigerianer verlegten immer mehr Truppen von Enugu nach Awgu, und wenn man jetzt die Verteidigungslinie schwächen würde, um Hilfslieferungen durchzulassen, würde das nichts anderes als eine gerade, freie Straße mitten nach Biafra hinein bedeuten. Konnte man sich darauf verlassen, daß die nigerianische Armee sie nicht für den Vormarsch ihrer Panzerwagen, Soldaten und Geschütze benützen würde? Nach den bisherigen Erfahrungen jedenfalls nicht.

Auf einer Pressekonferenz in Aba am 17. Juli machte Oberst Ojukwu seinen Standpunkt klar. Er wollte die Luftbrücke bald, als effektivstes Mittel, mit der Lage fertig zu werden. Er schlug vor, entweder eine neutrale Route den Niger hinauf zu vereinbaren oder einen Korridor von Port Harcourt bis zur Front zu entmilitarisieren. Er war mit Lebensmitteltransporten, die ohne Kontrolle und Begleitung durch neutrales ausländisches Personal durch die Hände der Nigerianer gingen, nicht einverstanden, ebenso wenig wie mit einem Korridor, der ausschließlich von der nigerianischen Armee kontrolliert wurde. Am gleichen Abend flog er als Gast der Organization for

* »Daily Telegraph«, 8. Juli 1968

** Pater Kevin Doherty vom Order of the Holy Ghost im Missionshaus in Okpuala zum Autor, im August 1968

African Unity's Committee on Nigeria in die Hauptstadt der Republik Niger, nach Niamey. Auch hier erklärte er die Mittel und Wege, die offenstanden, wenn man das Problem ernsthaft lösen und keine Alsob-Politik betreiben wollte.

Die englische Regierung unterstützte den Enugu-Awgu-Plan mit allen Mitteln. Gegenvorschläge wurden ungeduldig beiseitegelegt. Da sich die Regierung der öffentlichen Entrüstung immer mehr bewußt wurde, bot sie Nigeria eine Finanzhilfe von 250.000 Pfund an. Obwohl die Tatsachen, um die es ging, die Lösungsmöglichkeiten und Hinweise von Augenzeugen auf die technischen Probleme entweder bereits bekannt oder leicht greifbar waren, beschloß die Regierung, Lord Hunt auf eine Reise durch Nigeria und Biafra zu schicken, um zu entscheiden, auf welche Weise die britische Hilfe am besten angewandt war.

Oberst Ojukwu antwortete, sein Volk wolle kein Geld und keine Hilfe von Mr. Wilsons Regierung, auch entspreche der erwähnte Betrag kaum einem Prozent jener Waffenlieferungen, die am ganzen Unglück schuld gewesen waren. So lange diese Transporte weitergingen, fänden die Biafraner Milchspenden von den Engländern ungenießbar. Zugleich machte er klar, jede Hilfe von der englischen Bevölkerung sei herzlich willkommen. Da Lord Hunts Mission mit der Verteilung von Regierungsgeschenken zu tun habe, brauche er nicht nach Biafra zu kommen.

Manche Beobachter in Biafra fanden diesen Beschluß etwas übereilt, zumindest hätten Lord Hunt und seine Begleitung sich bei einem Besuch in Biafra davon überzeugen können, daß eine Luftbrücke nach ›Annabelle‹ durchaus möglich gewesen wäre. Aber Oberst Ojukwu wußte, wie leidenschaftlich seine Leute gegen den Hunt-Besuch waren. Fast hätte er seine Meinung geändert, aber da kam noch eine unüberlegte Äußerung von Mr. Thomson: Ojukwu werde sich vor der ganzen Welt verächtlich machen, falls er dem Awgu-Korridor nicht zustimme. Daraufhin

blieb ihm nichts übrig, als auf seinem ursprünglichen Entschluß zu beharren.

Lord Hunt besuchte also verschiedene Frontabschnitte an der nigerianischen Kampfflinie, aber dort bekam er nichts anderes zu hören als Argumente für den Awgu-Korridor, den die englische Regierung in seiner Abwesenheit bereits gebilligt hatte. Welchen Nutzen sein Bericht später noch hatte, weiß man nicht. Jedenfalls erschien es in den folgenden Wochen und Monaten ziemlich zweifelhaft, ob die Lebensmittel im Wert von 250.000 Pfund jemals die notleidende Bevölkerung jenseits der Front der Nigerianer erreichen würden, geschweige denn mit deren Hilfe.

Ein paar englische Politiker hatten die Befürchtungen der Biafraner begriffen. Hugh Fraser erklärte am 22. Juli, als er vor dem Unterhaus gegen die Fortsetzung der Waffenlieferungen protestierte: »Im Namen der Menschlichkeit wäre es töricht, Kriegsgerät zu schicken, das Hilfskorridore in Aufmarschstraßen zum Völkermord verwandelt.«^{*}

Um den Vorschlag für diesen Korridor einleuchtender zu machen, mußte man sich mit der Frage einer Luftbrücke auseinandersetzen und dabei den Flughafen ›Annabelle‹ als möglichst ungeeignet erscheinen lassen. Mr. Thomson nannte Uli - so der richtige Name - ›eine holprige Graspiste‹, die eine Luftbrücke nicht bewältigen könne. Dabei gab es, abgesehen von Mr. Kirkley, in nächster Nähe von Whitehall mindestens zwanzig Journalisten, die das Gegenteil hätten bezeugen können. Sie wurden aber gar nicht erst gefragt, und als das Unterhaus die genauen Einzelheiten über Uli erhielt, fegte man sie eilig vom Tisch.

Das Rollfeld von Uli ist 1800 Meter lang, also doppelt so lang wie das von Enugu und halb so lang wie das von Port Harcourt. Es ist über 20 Meter breit und damit für den Geschmack der Piloten etwas schmal, aber für die meisten, nicht allzu breiten

^{*} ›Hansard‹, 22. Juli 1968, col. 68

Fahrgestelle geräumig genug, und hat eine Gesamtladekapazität von 75 Tonnen. Uli wurde von demselben Ingenieur gebaut, der vor der Unabhängigkeit die Bauaufsicht über die Hauptpisten der internationalen Flughäfen Lagos und Kano in Nigeria geführt hatte.

Die Propaganda der britischen Regierung blieb nicht ohne Wirkung und Millionen von Engländern ließen sich einreden, Oberst Ojukwu lehne einen Landkorridor um jeden Preis ab und sei damit verantwortlich für jeden Biafraner, der nun noch sterben müsse.

In Wahrheit haben ihm die Nigerianer weder direkt noch indirekt jemals einen Korridor nach Awgu offiziell angeboten. Die Täuschung war perfekt, und nach Arikpos Pressekonferenz ließ man die Sache fallen. Nur einmal wurde sie von den Biafranern wieder aufgenommen, als sie in Niamey mit den Nigerianern verhandelten. Nach Prüfung der Argumente beider Seiten sahen die Nigerianer, daß die biafranischen Vorschläge besser waren, was die Durchführbarkeit betraf. Daraufhin zogen sie alles zurück und ließen die Biafraner wissen, sie seien entschlossen, sie auszuhungern. Mehr darüber in einem späteren Kapitel.

Der Verhandlungsführer auf der nigerianischen Seite, Allison Ayida, sagte vor seiner Rückkehr nach Lagos in einem Interview, wiedergegeben im ›Observer‹ vom 28. Juli 1968:

»Die Biafraner waren bereit, einen Landkorridor auch dann zu akzeptieren, wenn ihre Forderung nach einem Luftkorridor nach Biafra am Tage nicht erfüllt würde, vorausgesetzt, der Landkorridor werde von einer bewaffneten internationalen Polizeitruppe überwacht.«

Nachdem Allison Ayida als Sprecher der Nigerianer in Niamey deren Absichten ein für allemal klargemacht hatte, war jede ernsthafte Aussicht, Lebensmittel zu Lande, zu Wasser oder aus der Luft nach Biafra zu bringen, zunichte geworden. Man

begreift eigentlich nicht, weshalb man sich damals überhaupt die Mühe machte, über einen solchen Korridor zu verhandeln. Nachtflüge waren die einzige Möglichkeit, überhaupt Lebensmittel heranzuschaffen und dazu mußte man die Blockade ohnehin brechen. Den Kirchen war das auch klar, und sie flogen ohne jede geräuschvolle Publizität einfach so viele Lebensmittel ein, wie sie konnten. Jede der beiden kirchlichen Organisationen hatte inzwischen ihre eigenen Maschinen, die Wharton unterstanden, doch wünschten sie unabhängig operieren zu können. Das Problem war, daß Wharton sein Monopol auf alle Flüge nach und von Biafra nicht aufgeben wollte. Dabei konnten die Kirchen keine eigenen Piloten und eigenes Bodenpersonal anstellen, denn nur Whartons Piloten kannten die Codeworte, an denen der Kontrollturm in Uli ein befreundetes Flugzeug erkennen konnte.

Nicht nur die Kirchen, auch die Biafraner scheuten sich, es mit Wharton zu verderben, indem sie seinen Alleinanspruch antasteten - vor allem waren ihre Waffentransporte von ihm abhängig. Aber endlich entschlossen sie sich, die Codes auch dem Roten Kreuz und den Kirchen zugänglich zu machen. Das war gar nicht so einfach. Ein Biafraner, der nach São Tomé fliegen sollte, wurde in Uli von einem der Piloten Whartons, der ihn (mit Recht) verdächtigte, die Codes in der Tasche zu haben, am Betreten seiner Maschine gehindert. Schließlich mußten sie von einem biafranischen Delegierten, der über Gabun zur Friedenskonferenz nach Addis Abeba flog, herausgeschmuggelt werden. In der äthiopischen Hauptstadt wurden sie einem Vertreter des Roten Kreuzes übergeben, der sie an die kirchlichen Organisationen weiterreichte.

Nur Wharton könnte die Frage beantworten, ob seine spätere Handlungsweise, als er Ende August während der ›endgültigen Offensive‹ der Nigerianer die lebensentscheidende Munition an die Biafraner einfach nicht einflog, etwas mit dieser Beeinträchtigung seines Monopols zu tun hatte.

Am 15. Juli begannen nigerianische Flugabwehrgeschütze von Schiffen in den Buchten vor dem südlichen Biafra zu feuern, und Whartons Piloten wurde es zu gefährlich. Sie starteten nicht mehr - zehn Tage lang landete keine Maschine in Uli. Sie ließen sich mit Geld und guten Worten aber beruhigen und nahmen am 25. Juli die Flüge wieder auf.

Endlich begann das Rote Kreuz am 31. Juli von Fernando Póo aus zu operieren, einer Insel, die damals spanische Kolonie war und nur 60 km vor der Küste lag, während die portugiesische Insel, São Tomé, 450 km entfernt war. Die Unabhängigkeit von Fernando Póo stand für den 12. Oktober bevor, und man wußte nicht, wie die zukünftige Eingeborenenregierung sich verhalten würde. Tatsächlich gewann dann eine andere Partei die Wahlen als die, mit der man gerechnet hatte und verweigerte jegliche Hilfe, eine Situation, für die nicht zuletzt der ständige Druck verantwortlich war, den der nigerianische Konsul auf der Insel ausübte.

Das Internationale Rote Kreuz mußte sich von beiden kämpfenden Seiten und von der Presse manche Kritik gefallen lassen. Man warf ihm vor, es tue nicht genug, es werde mehr Geld für administrativen Unfug ausgegeben als für die eigentliche Aufgabe, man achte zu ängstlich darauf, nicht irgendwelchen Politikern auf die Zehen zu treten und leiste zuwenig an tatsächlicher Hilfe. Die Situation des Roten Kreuzes war aber nicht einfach. Seine Charta verpflichtet es zu absoluter Neutralität und die muß nicht nur eingehalten, sie muß erkennbar eingehalten werden. Die Organisationen mußten auf beiden Seiten der Front arbeiten. Sicher hätten sie mehr ausrichten und weniger Fehler machen können, aber immerhin war dies eine Aufgabe von einem Umfang und einer Reichweite, wie sie ihnen noch nie zuvor gestellt worden war. Es gab Teams verschiedener Nationalität beim Internationalen Roten Kreuz und andere Teams derselben Nationalität, die unter der Flagge ihrer eigenen Rot-Kreuz-Organisation arbeiteten. So gab es in

Biafra zwei französische Gruppen, eine beim IRK und die andere vom französischen Roten Kreuz. Man verzettelte sich und es klappte oft nicht mit der Zusammenarbeit. Um etwas Ordnung in die ganze Situation zu bringen, wurde August Lindt, ehemaliger Botschafter der Schweiz in Moskau und höherer Beamter bei der UNO für Flüchtlingsfragen und Ernährungskatastrophen, vom Internationalen Roten Kreuz gebeten, zu kommen und die Operationen zu leiten.

Zu den häufigen Vorwürfen, das IRK setze seine Ziele nicht energisch genug durch, sagte ein resignierter Sprecher: »Schauen Sie, hier in Biafra bekommen wir jede Unterstützung, die wir brauchen. Aber die auf der anderen Seite haben ganz deutlich gezeigt, daß sie uns nicht wollen. Was wir tun, gefällt ihnen nicht, weil wir Menschen retten, die sie ihrerseits lieber dahinsiechen sähen, und sie mögen unsere Anwesenheit nicht, weil wir sie daran hindern, gewisse Dinge zu tun, die sie eigentlich mit der Zivilbevölkerung gern täten.

Wenn wir zu ruppig zu ihnen sind, ist es eine Kleinigkeit für sie, uns hinauszuerwerfen. O. k., fein, dann stehen wir einen Tag lang in allen Schlagzeilen. Aber was wird dann aus der Million Menschen, die wir mit unseren Transporten hinter den nigerianischen Linien am Leben erhalten? Was geschieht mit ihnen?«

Nur ein Vorwurf ist berechtigt: Das Internationale Rote Kreuz in Genf hat katastrophal lange gebraucht, um zu sich zu kommen und zu handeln. Obwohl Jaggi die Organisation vom allerersten Anfang an über die Dringlichkeit der Lage unterrichtete und obwohl die Spenden im Juli bereits Millionen Dollars betrugen, dauerte es bis Ende des Monats, ehe das erste Flugzeug der internationalen Organisation in Uli landete. Selbst noch im August, als eine eigene Luftbrücke stand, hat das Rote Kreuz nur 219 Tonnen Nahrungsmittel eingeflogen, während die Kirchen mit weniger Geld und immer noch von Wharton abhängig, über 1000 Tonnen transportiert haben. Der allgemein

geschätzte Bedarf von 300 Tonnen pro Nacht hätte bedeutet, daß diese Mengen regelmäßig auf alle vier Tage verteilt hätten hereinkommen müssen. Kirkleys düstere Prophezeiung wurde wahr.

In diesem Kapitel sollen keine krassen Bilder menschlichen Leidens gezeichnet werden, es bietet eher eine Chronik der Ereignisse, aus der der verwirrte Leser erfahren kann, was wirklich geschah. Man kennt ja die Bilder aus der Presse und dem Fernsehen, und zahllose Journalisten und Autoren haben das, was sie gesehen hatten, mit leidenschaftlichen Worten geschildert. Eine kurze Zusammenfassung wird genügen.

Bis zum Juli hatte man 650 Flüchtlingslager errichtet, in denen etwa 700.000 abgemagerte Bündel menschlichen Treibguts hoffnungslos auf eine Mahlzeit warteten. Außerhalb dieser Lager im Busch gab es noch die Überreste von viereinhalb bis fünf Millionen Vertriebenen. Die vorhandenen Lebensmittel wurden immer teurer, und darunter hatten nicht nur die Flüchtlinge, sondern auch die Bevölkerung der unbesetzten Zone zu leiden. Die Angaben über die Zahl der Toten gehen weit auseinander. Ich habe versucht, die Schätzungen aus den zuverlässigsten Quellen des Roten Kreuzes, des Weltkirchenrats, der Caritas und der Nonnen- und Mönchsorden, die draußen im Land an vielen Stellen Essen verteilten, auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Wie vorausgesagt, schnellte die Zahl der Todesopfer in die Höhe. Es begann mit ungefähr 400 am Tag, auf dem Höhepunkt schätzten die vier wichtigsten Hilfsorganisationen in Biafra sie auf 10.000 täglich. Die Lebensmitteltransporte im Juli und August waren erbärmlich gering. Zwar konnte man die Todesfälle in den Lagern registrieren, aber weit mehr Menschen starben draußen in den Dörfern. Wie so oft nahmen die Katholiken die herzerreißendsten Aufgaben und die dreckigste Arbeit auf sich. Es gibt überhaupt keine Worte, um das Heldentum der Mönche des Order of the Holy Ghost und der

Nonnen vom Order of the Holy Rosary (beide aus Irland), zu schildern. Zu sehen, wie zwanzig winzige Babys im Zustand fortgeschrittener Kwashiorkor hereingebracht werden und zu wissen, daß nur für zehn genug Nahrung da ist, um sie vielleicht am Leben zu erhalten, während für die andern zehn überhaupt keine Hoffnung besteht, tagaus, tagein mit dieser Not konfrontiert zu sein, in zehn Monaten solcher Strapazen zehn Jahre älter zu werden, unter Bombenangriffen und Tieffliegern schmutzig, erschöpft, hungrig, und doch weiterzumachen -, das erfordert jene Art von Mut, wie viele Männer mit einer Brust voller Kriegsauszeichnungen ihn nicht besitzen.

Ende 1968 lautete die übereinstimmende Schätzung der Zahl an Toten im nichtbesetzten Biafra auf eine dreiviertel Million, die zurückhaltendsten Angaben auf eine halbe Million. Die Mitarbeiter des Roten Kreuzes, die auf der anderen Seite der Front tätig waren, meldeten aus den von den Nigerianern besetzten Gebieten eine halbe Million Tote.

Es muß leider festgestellt werden, daß viel von den Lebensmitteln, die von den Spenden aus England, West-Europa und Nordamerika gekauft wurden und nicht direkt nach Biafra gingen, die Hungernden nie erreicht haben. Stanford und Thomas von ›News of the World‹ berichteten im Juni und Juli über die Szenen menschlicher Erniedrigung, die sie in Ikot Ekpene beobachtet hatten, einer Stadt der Ibibio, die nach den korrekten Aussagen von Lagos zwölf Wochen in nigerianischer Hand gewesen war - andere Reporter meldeten aus Lagos, daß dort Türme von gespendeten Lebensmitteln auf den Kais verdarben. Mitarbeiter des Roten Kreuzes klagten, auf allen Ebenen der Bürokratie würden ihnen Schwierigkeiten gemacht.

Dasselbe Rote Kreuz berichtete später von stillen Bemühungen englischer Diplomaten im August und September, man solle doch die direkte Hilfe nach Biafra einstellen, da es ohnehin erledigt sei und das Problem dem nigerianischen Roten Kreuz überlassen, das viel leistungsfähiger sei.

Nachdem die beiden kirchlichen Hilfsorganisationen in der ersten Augustwoche 1968 die lebenswichtigen Codes für ihre Landungen vom Roten Kreuz erhalten hatten, trennten sie sich von Wharton und organisierten ihre eigenen Flüge, aber immer noch von São Tomé aus. Am 10. August flog Graf Carl Gustav von Rosen, ein erfahrener schwedischer Pilot der Transair, entgegen allen Warnungen bei Tag in geringer Höhe einen Hilfstransport ein, um zu beweisen, daß das möglich war. Das war der erste Flug einer weiteren Hilfsorganisation: Nord Church Aid, ein Zusammenschluß der skandinavischen und westdeutschen protestantischen Kirchen. Später vereinigten sich die drei kirchlichen Institutionen in São Tomé unter der Bezeichnung Joint Church Aid.

Da kaum noch Hoffnung auf eine Genehmigung der Nigerianer für Tagflüge nach Uli bestand, nahmen die Biafraner den Plan für einen Sonderflughafen wieder auf. Bei Obilagu gab es ein Flughafengebäude und ein Rollfeld, aber weder elektrische Installationen noch einen voll eingerichteten Kontrollturm. Das Rote Kreuz erklärte sich bereit, diese Installationen auf eigene Kosten zu übernehmen und am 4. August begannen die Arbeiten. Am 13. August unterschrieben Oberst Ojukwu für die biafranische Regierung und Jaggi für das Rote Kreuz eine Vereinbarung, in der vorgesehen war, daß jede Partei auf Verlangen von dem Vertrag zurücktreten könne und der Flughafen für die Dauer seiner Benutzung als demilitarisiertes Gebiet zu gelten habe.

Kommandeur des Flughafens wurde Jean Kriller, ein Architekt aus Genf und Mitarbeiter des Roten Kreuzes. Seine erste Amtshandlung war, daß er darauf bestand, alle Truppen und die ganze militärische Ausrüstung einschließlich der Flugabwehrgeschütze mußten außerhalb eines Radius von acht Kilometern, gemessen vom Zentrum des Rollfeldes, verlegt werden. Die Armee protestierte mit der Begründung, die Vorhut der Nigerianer sei nur zwanzig Kilometer entfernt und man

könne sich eine derart geschwächte Verteidigung nicht leisten. Oberst Ojukwu war auf Krillers Seite und die Verlegung fand statt. Als nächstes ließ Kriller drei weiße Kreise von 20 Metern Durchmesser mit einem großen Roten Kreuz in der Mitte in regelmäßigen Abständen auf die Rollbahn malen. Unter diesem Schutz richtete er sich in einem Zelt neben der Piste ein. Am 20., 24. und 31. August fielen Bomben und Raketen gezielt auf den Flugplatz. Ein halbes Dutzend biafranischer Träger wurde getötet und eine Reihe anderer verletzt.

Am 1. September 1968 startete in Fernando Póo der erste Testflug zum neuen Flughafen. Das Rote Kreuz fühlte sich nun, seit es einen eigenen Flughafen gab, in seiner Position gestärkt und versuchte weiter, die Genehmigung der Nigerianer für Flüge am Tag zu bekommen. Aber die Antwort blieb negativ. Am 3. September schien Lagos seine Einstellung zu ändern. Flüge sollten tagsüber zugelassen sein, aber nicht nach Obilagu, nur nach Uli.

Das Rote Kreuz wies höflich darauf hin, die Hilfsflüge gingen inzwischen gar nicht mehr nach Uli, sondern nach Obilagu, und wenn man ein Maximum an Lebensmitteln hereinbringen wolle, um Menschenleben zu retten, müßten die Tagesflüge in Obilagu landen. Oberst Ojukwu und seine Leute sahen diese plötzliche und überraschende Entscheidung aus Lagos in einem anderen Licht.

Warum bestehen sie auf Uli, fragten sie sich und fanden dafür nur eine einzige Antwort. Uli war bisher nur am Tag wiederholt angegriffen worden, wenn der Flughafen also nicht in Betrieb war, und das Feuer der biafranischen Flugabwehr war zwar nicht besonders genau, aber doch stark genug, um die nigerianischen Bomber zum Ausweichen in größere Höhen zu zwingen und aus dem Zielgebiet zu vertreiben. Daher war auch noch keine einzige schwere Bombe auf das Rollfeld gefallen, und kleine Krater nach dem Beschuß durch tieffliegende MiGs ließen sich rasch wieder zuschütten. Aber wenn das Flakfeuer

schwieg, um die großen DC-7 aus Fernando Póo und São Tomé mit den Lebensmitteln landen zu lassen, brauchte bloß einer der nigerianischen Lastenflieger russischer Bauart, so eine Antonov, wie man sie häufig hoch oben vorüberziehen sah, eine 2-Kilo-Bombe unter dem Bauch zu haben. Falls sie sich in den Kreis schlich und die Bombe ausklinkte, konnte das Loch in der Piste den Flughafen für vierzehn Tage lahmlegen. Eine Zerstörung des Flughafens konnte Oberst Ojukwu nicht riskieren: Die Nigerianer waren eben in Aba eingedrungen, sie bereiteten sich auf den großen Vormarsch nach Owerri vor, und die Biafraner hatten so wenig Munition, daß sie den Himmel nach dem nächsten Flugzeug absuchten, das Nachschub bringen sollte.

Am 10. September warfen sich die Nigerianer auf Oguta und eroberten die Stadt. Sie wurden zwar achtundvierzig Stunden später wieder vertrieben, aber Ojukwu konnte nun die Demilitarisierung von Obilagu nicht mehr aufrechterhalten. Das besetzte Oguta lag in bedrohlicher Nähe von Uli mit seinem Flughafen, und Uli mußte evakuiert werden. Er wurde dann am 14. September wieder geöffnet, aber drei Tage lang mußte Ojukwu auch für die Munitionstransporte, die endlich wieder kamen, Landeerlaubnis in Obilagu erteilen. Von da an landeten Waffen- und Lebensmitteltransporte auf beiden Flugplätzen ohne Unterschied. Am 23. September, nach einem heftigen Angriff der Nigerianer, fiel Obilagu, und wieder war Uli der einzige Flughafen, der noch funktionierte.

Lagos hatte seitdem noch einmal Flüge mit Hilfsgütern bei Tage angeboten, aber Ojukwu mußte sie ablehnen und daher wurde ihm überall von neuem vorgeworfen, er allein sei an der Hungersnot schuld. Ojukwu erklärte, er werde Flüge am Tag nach jedem anderen Flugplatz genehmigen, nur nicht nach Uli. Dort könne er einen gezielten Angriff des Gegners mit schweren Bomben und bei Tag nicht riskieren.

Vom 1. Oktober bis 31. Dezember wurden die Flüge nach Uli bei Nacht fortgesetzt. Im Oktober ließ die kanadische Luftwaffe

einen Herkules-Laster mit einer Transportkapazität von achtundzwanzig Tonnen an das Rote Kreuz aus. Man rechnete bei einer solchen Tragkraft mit zwei Flügen pro Nacht, und das Rote Kreuz entwarf ein hoffnungsvolles Programm für November. Aber nach elf Flügen verbot die Regierung in Ottawa weitere Starts dieser Maschine, später wurde sie ganz zurückgezogen. Im Dezember bot die amerikanische Regierung acht Globemaster an, jede mit einer Tragkraft von über dreißig Tonnen, vier für das Rote Kreuz und vier für die kirchliche Organisation. In diese Maschinen, die nach Neujahr starten sollten, setzte man große Hoffnungen.

Aber im Dezember informierte die Regierung von Äquatorial-Guinea, der Fernando Póo inzwischen unterstand, das Rote Kreuz, es dürften kein Dieselöl für die Lastwagen, die man für die Verteilung der Lieferungen brauchte, und keine Sauerstoffflaschen für chirurgische Eingriffe mehr transportiert werden. Offensichtlich war diese Änderung das Ergebnis einer Nacht, als der guinesische Innenminister in Begleitung des nigerianischen Konsuls betrunken auf dem Flughafen aufgetaucht waren - es hatte einen Tumult gegeben und einer der Frachterpiloten hatte dabei deutlich seine Meinung gesagt.

Im Oktober begannen die nächtlichen Luftangriffe auf Uli. Jedesmal kam ein Lastenflieger der nigerianischen Luftwaffe, seine Kolbenmotoren dröhnten zwei oder drei Stunden über den Platz und er warf in unregelmäßigen Abständen schwere Bomben ab. Die Angriffe waren nicht besonders gefährlich: Da die Beleuchtung auf dem Flugplatzgelände ausgeschaltet war, konnte der Pilot das Rollfeld in der Dunkelheit nicht finden. Trotzdem war es nicht gerade angenehm, wenn man stundenlang mit dem Gesicht zum Boden im Warteraum liegen mußte und auf das Pfeifen wartete, mit dem die nächste Bombe in den Wald nebenan fiel. Man kam sich wie ein unfreiwilliger Partner einer Partie Russischen Rouletts vor.

Ende November war es gelungen, die Geißel der Kwashiokor

unter Kontrolle zu bringen, aber ausgerottet war die Krankheit noch nicht ganz. Die meisten Kinder, die daran gelitten und überlebt hatten, befanden sich zwar auf dem Weg der Besserung, aber jedesmal, wenn die angespannte Nachschubsituation zusammenbrach, drohte ihnen ein Rückfall. Im Dezember drohte eine neue Gefahr - die Masern. An der westafrikanischen Küste gibt es immer wieder Masernepidemien bei den Kindern, die Sterberate beträgt meist fünf Prozent. Ein englischer Kinderarzt, der lange in Westafrika gearbeitet hatte, schätzte die Sterblichkeit in Kriegszeiten aber auf nahe zwanzig Prozent.

Im Januar hatte die Krankheit anderthalb Millionen Kinder ergriffen, damit stieg die erwartete Zahl an Todesfällen noch einmal um 300.000 Kinder. In letzter Minute wurde mit Hilfe von UNICEF und anderen Kinderhilfsorganisationen der nötige Impfstoff eingeflogen, in Spezialbehälter verpackt, die für die erforderliche niedrige Temperatur sorgten; die allgemeine Impfung konnte beginnen.

Ende des Jahres tauchte bereits ein neues Problem auf: Eine Knappheit an denjenigen Lebensmitteln, die am meisten Kohlehydrate lieferten - Yam, Kassava und Reis. Man konnte nur eine geringe Januar-Ernte erwarten, teils, weil der vorhergehende Ertrag an Yam-Samen aufgegessen worden war, teils, weil man unreif geerntet und den Ertrag verbraucht hatte. Man versuchte zwar, auch hier mit Lieferungen auszuweichen, aber wegen des größeren Gewichts hätte man mehr und leistungsfähigere Flugzeuge gebraucht oder man mußte sich bei den Nigerianern energisch um die Genehmigung von Schiffstransporten den Niger hinauf bemühen.

Wenn man alle Versuche miteinander abwägt, die zur Rettung der Kinder in Biafra unternommen wurden, dann sieht man, was für eine heroische Anstrengung das war. Trotz aller Bemühungen ist kein einziges Paket mit Nahrungsmitteln jemals ›legal‹ nach Biafra gelangt, alles, was kam, mußte erst die

Blockade der Nigerianer durchbrechen. In den sechs Monaten, nachdem Kirkley seine Frist von sechs Wochen gesetzt und den Bedarf auf 300 Tonnen Lebensmittel pro Nacht errechnet hatte, flogen das Rote Kreuz 6.847 Tonnen und die kirchlichen Organisationen gemeinsam etwa 7.500 Tonnen Nahrungsmittel ein. In 180 Nächten, in denen Flugbetrieb möglich war, kam man mit diesen 14.347 Tonnen nur auf durchschnittlich 80 Tonnen Lebensmittel pro Nacht. Aber selbst dieser Durchschnitt trägt. So hätte man in den ersten fünfzig Tagen nach dem 1. Juli die Transporte besonders dringend gebraucht und damals noch zwei- oder dreihunderttausend Kindern das Leben retten können - aber gerade in dieser Zeit kam fast überhaupt nichts.

Diese Erfahrung war es - hilflos zusehen zu müssen, wie ihre Kinder immer schwächer wurden und starben -, die mehr als die Pogrome von 1966, mehr als die Verluste im Krieg und mehr als die Terrorangriffe einen tiefen und unversöhnlichen Haß gegen die Nigerianer, die nigerianische Regierung und die Engländer in die Herzen der Biafraner pflanzte. Diese Gefühle werden zu einer bitteren Ernte reifen, wenn die beiden Völker nicht getrennt bleiben.

Hinter der Fassade ihrer Behauptungen, man täte, was man könne, um die Lage zu verbessern, gab die englische Regierung nach Gowons böser Antwort vom 5. Juli allen Wünschen der Nigerianer nach. Sie bemühte sich gar nicht erst, Lagos zum freien Geleit für die Transporte nach Biafra zu veranlassen, im Gegenteil. Ein hervorragender Zeuge ist van Walsum, der hochangesehene ehemalige Bürgermeister von Rotterdam, früheres Mitglied von Parlament und Senat und dann Vorsitzender des holländischen Ad Hoc National Committee for Biafra Relief. Er hat bereits öffentlich erklärt, er sei bereit, auszusagen, daß alle Berichte zutreffend seien, nach denen die englische Regierung und das amerikanische State Department im August und September massiven Druck auf das Rote Kreuz

in Genf ausgeübt haben, jede Hilfe für Biafra einzustellen.* Englische Journalisten haben sich van Walsums Erklärung direkt beim IRK in Genf bestätigen lassen.

Eine umfassendere Prüfung der Ereignisse wird später wahrscheinlich ergeben, daß dieser Versuch, in Rettungsaktionen für hilflose afrikanische Kinder einzugreifen, das schäbigste Kapitel der britischen Nigeria-Politik war.

Was mit den Notmaßnahmen für die hungernden Kinder von Biafra in der zweiten Jahreshälfte von 1969 passierte, ist ein klassischer Anschauungsunterricht dafür, was sich eine rücksichtslose und brutale Diktatur erlauben kann, wenn die zivilisierte Welt um sie herum nicht bereit ist, sich durchzusetzen und auf Grundsätzen zu bestehen, die sie sonst als unverletzlich erklärt.

Von Januar bis Mitte Mai gingen die Hilfsflüge der Joint Church Aid (bestehend aus Caritas, Weltkirchenrat und Nord Church Aid) und des Internationalen Roten Kreuzes ohne Zwischenfall weiter. Die amerikanische Regierung hatte dem Roten Kreuz und der Joint Church Aid für ein Ei und ein Butterbrot acht weitere Maschinen verkauft, und immer mehr Lebensmittel konnten transportiert werden.

In den Spitzenmonaten März und April erreichte die Gesamttonnage, die nachts nach Biafra eingeflogen wurde, einen Höchststand von fast 400 Tonnen pro Nacht. Das war weit mehr als das Minimum von 300 Tonnen, die Fachleute für notwendig gehalten hatten, um Kwashiorkor und Unterernährung zum Stehen zu bringen. Dieses Ziel wurde erreicht und das ganze Schreckgespenst des Hungers und der Hungerkrankheiten wich allmählich zurück.

Die Flüge des IRK starteten inzwischen vor allem von

* Gespräch mit Mr. Peter Gatacre, von diesem in einem Brief an ›The Times‹ vom 2. Dezember 1968 zitiert

Cotonou, der Hauptstadt des westlichen Nachbarlandes Dahomey, ein paar andere IRK-Maschinen hatten mit der persönlichen Genehmigung von Präsident Enrico Macias, der die Unstimmigkeiten geregelt hatte, wieder von Fernando Póo zu operieren begonnen. Die Joint Church Aid flog nach wie vor ungestört und ausschließlich von São Tomé.

Als die Menschen in Biafra sahen, daß immer mehr Lebensmittel kamen, atmeten sie auf. Mehr als zwei Millionen Kinder und eine halbe Million Erwachsene wurden jetzt regelmäßig mit der proteinreichen Nahrung versorgt, die sie brauchten. Wo man unterwegs noch vor ein paar Monaten schweigende, verlassen wirkende Umzäunungen gesehen hatte, wo die Menschen zum Sterben erschöpft auf dem Boden ihrer Hütten lagen, sprangen wieder Kinder in der Sonne herum und rannten zum Straßenrand, um dem vorbeifahrenden Auto zuzurufen und zu winken. Im ganzen Land wurden die Krankenstationen mit ihren endlosen Reihen von rohen Holzgestellen, voll von bis auf die Knochen abgemagerter, sterbender Kinder seltener, sogar die langen Schlangen von Kindern vor den dreitausend Versorgungsstellen der beiden Hilfsorganisationen schienen kürzer zu werden. Wenn nichts dazwischen gekommen wäre, hätte man von Mai 1969 an hoffen dürfen, daß - ganz gleich, wie der Krieg ausging - Millionen von Kindern an seinem Ende noch am Leben sein würden und eine Zukunft irgendwelcher Art gehabt hätten, die ohne die Hilfsmaßnahmen rettungslos zugrunde gegangen wären.

Es wurde zwar behauptet, die Nahrungsmittel seien an die biafranischen Truppen gegangen, aber die Leiter der Verwaltungen beider Verteilerorganisationen kontrollierten den Weg jeder Tonne genau und konnten befriedigt feststellen, daß nur etwa »akzeptable« fünf Prozent des Transportgewichts verloren gingen oder unterwegs gestohlen wurden. Wenn man bedenkt, unter welchen außerordentlichen Bedingungen diese Luftbrücke durchgeführt werden mußte - in Uli gab es nicht

einmal mechanische Geräte zum Abladen, und alles mußte bei Nacht geschehen -, dann erscheint diese Zahl wirklich menschlich.

Die Organisatoren des Roten Kreuzes, das allein auch in den Hungergebieten auf der nigerianischen Seite der Front operierte, haben geschätzt, daß die Verlust- und Diebstahlsziffern in Nigeria höher waren als in Biafra. Das lag teilweise an der Leistungsfähigkeit des biafranischen Transport- und Verteilungssystems, teils aber auch daran, daß die Nachschubwege zwischen dem Ankunftsort und dem Bestimmungsort so viel kürzer waren.

Der Joint Church Aid kam zugute, daß eine umfassende Infrastruktur von europäischen Missionaren bereits bestand - achtzig irische Mönche und fünfzig irische Nonnen arbeiteten für die Caritas und siebenundzwanzig Missionare und zwanzig Freiwillige aus dem Ausland für den Weltkirchenrat. Viele dieser Europäer besaßen genaue Kenntnisse des Landes und seiner Menschen, sie konnten die Vorgänge in jedem Stadium überwachen, und so kamen höchstens gelegentlich kleine Unterschlagungen vor. Das Rote Kreuz mußte zwar seine Verteilerorganisation erst aufbauen, aber man brachte genügend Freiwillige ins Land, die eine genaue Kontrolle durchführen konnten.

Nord Church Aid, der Dritte im Bunde der Joint Church Aid, besaß keinerlei Verteilungssystem, und man war klug genug, mit den katholischen und protestantischen Kirchen gar nicht erst zu konkurrieren. Nord Church Aid übernahm die Luftbrücke und organisierte sie hervorragend.

Das einzige, was die Lebensmitteltransporte in diesen fünf Monaten störte, war die nächtliche Aktivität eines nigerianischen Dakota-Lasters, in einen Bomber umgebaut und von einem südafrikanischen Söldner geflogen. Dieser Bomber überflog Uli in der Dunkelheit und ließ seine Fracht ziellos fallen, wobei der Pilot die anderen Flugzeugbesatzungen über

Funk beschimpfte - er nannte sich ›Genocide‹ (Völkermord) und drohte, was ihnen passieren würde, wenn sie zu landen versuchten. Seine Bomben trafen keine der Maschinen oder Mannschaften am Boden, er war lästig, sonst nichts. In Uli wurden immer noch Waffen für Biafra entladen, deshalb konnte niemand behaupten, es sei kein militärisches Ziel und die Hilfsorganisationen beriefen sich auch nicht darauf.

Ende Mai begannen die Flüge der Minicons des Grafen von Rosen und zerstörten in vier aufeinanderfolgenden Angriffen auf die von den Bundestruppen besetzten Flughäfen Enugu, Benin, Calabar und Port Harcourt die meisten der einsatzfähigen MiGs und Ilyushins der nigerianischen Luftwaffe. Auch der Bomber von Mr. Genocide wurde am Boden zerstört. Die Antwort der Russen kam schnell.

Als der australische Pilot Captain Vernon Polley, der für Joint Church Aid arbeitete, am Montag, dem 2. Juni, in Uli landen wollte, wurde er von zwei in dichter Formation fliegenden MiGs beschossen. Die Beleuchtung des Flughafens war eingeschaltet. Sie kamen von vorn aus dem Nachthimmel auf ihn zu und jede feuerte einen kurzen Stoß aus ihren Bordwaffen. In der nächsten Sekunde waren sie verschwunden, sie heulten über den Schwanz des Lasters zurück in die Dunkelheit. Captain Polleys DC-6 war von vorn bis hinten durchlöchert, aber zum Glück war niemand verwundet.

In der gleichen Nacht wurde eine Gruppe von Monteuren aus São Tomé eingeflogen und arbeitete unter Tarnungsplanen an dem Lastenflugzeug, um es wieder flugtüchtig zu machen. Dienstag nacht flog Captain Polley den angeschlagenen Laster allein nach São Tomé zurück. Die Lehre vom Montag sprach sich bei den Piloten der Hilfstransporte rasch herum. Um aus der Dunkelheit ein beleuchtetes Ziel zu beschießen, braucht man kein voll ausgerüstetes Nachtjagdflugzeug, aber der Pilot muß sehr geschickt sein. Tagjäger werden auch nachts eingesetzt, weil alle Jäger Instrumente für den Nachtflug und Zielfluggerät

besitzen. Der gezielte Beschuß ließ darauf schließen, daß es sich bei den Piloten unmöglich um die schlecht ausgebildeten Ägypter handeln konnte, die bisher für Nigeria geflogen waren.

Wenn ein Kampfflieger nachts ein beleuchtetes Ziel anfliegt, muß er in die Helligkeit sehen und verliert dabei selbst mit getöntem Augenschirm einen Teil seiner Nachtsichtigkeit. Bis auf fünfundzwanzig Meter herunterzutauchen und dabei haargenau zu treffen, und das in enger Formation mit einem zweiten Jäger bei einer Geschwindigkeit von mehr als 500 km/h, immer mit dem Risiko, in weniger als Sekundenschnelle blind hochziehen zu müssen - all das verlangt vom Piloten große Geschicklichkeit, intime Vertrautheit mit seiner Maschine und beste Zusammenarbeit mit seinem Kollegen neben der Tragflächenspitze. Solche Meisterschaft lernt man nicht in ein paar Stunden; die Ägypter besaßen sie jedenfalls nicht. Damit war klar, daß neue Leute für die Nigerianer flogen.

Am 22. Juni brachte der ›Sunday Telegraph‹ als erster die Geschichte: Die Neuen waren ein halbes Dutzend Piloten aus der DDR und von den Russen eingesetzt. Zehn Tage danach erklärte der Regierungssprecher der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Ahlers, der westdeutsche Nachrichtendienst habe bestätigt, daß DDR-Piloten für Nigeria flögen. Aber in den westlichen Staaten sprach man weiter von der ›nigerianischen Luftwaffe‹ - daß diese sogenannte ›Bundes-Luftwaffe‹ ein Haufen aus Russen, Ostdeutschen, Ägyptern und Söldnern war, interessierte dort nicht weiter. Vorher hatte man die Maschinen bereits am Himmel von Biafra ausgemacht: Es waren MiGs 19, wesentlich moderner als die MiGs 15 und MiGs 17, die die Ägypter bisher geflogen hatten.

Obwohl die Gefahr, am Boden beschossen zu werden, immer größer wurde, beschlossen die Piloten des IRK und der Joint Church Aid, die Transportflüge fortzusetzen. Sie machten zur Bedingung, daß die Beleuchtung in Uli erst in der letzten Sekunde vor der Landung eingeschaltet wurde, um die Zeit, in

der die Piste hell war, möglichst kurz zu halten, und daß sie auf Weisung des Piloten während der Landung abgeschaltet werden sollte, sobald seine Geschwindigkeit auf dem Rollfeld gering genug war, um ein risikoloses Anhalten im Dunkeln zu erlauben. Bei den Starts benützten sie nur die Scheinwerfer der Maschine.

Diese Methode bewährte sich. Die MiGs 19 griffen zwar den Flughafen weiter an, wenn sie ihn im Dunkeln finden konnten, aber sie trafen nie wieder ein Flugzeug. Das Bodenpersonal wartete, bis das Heulen der Düsen leiser wurde und forderte dann den Piloten auf, auf dem Landegleitweg hereinzukommen. In der letzten Sekunde schaltete man die Lampen ein. Hoch oben kreisten die Düsenjäger und gingen in den Steilflug, aber noch ehe sie in Reichweite kamen, gingen die Lichter aus und sie mußten hochziehen, um nicht am Boden zu zerschmettern. Dann belegten sie das Gebiet, wo sie den Flugplatz vermuteten, mit dem Feuer ihrer Bordkanonen und Raketen, trafen aber meist nicht.

Am Donnerstag, dem 5. Juni, übertraf sich die Bundes-Luftwaffe selbst. Eine MiG 17 schoß am hellichten Tag ein deutlich mit dem Roten Kreuz gekennzeichnetes Flugzeug ab. Weiter kann eine Luftwaffe eigentlich nicht gehen, sowohl nach den schriftlichen Bestimmungen der Genfer Konferenz wie nach den ungeschriebenen Gesetzen der Fliegerwelt. Der Pilot der DC-6, die dem Roten Kreuz gehörte, war Captain David Brown, ein amerikanischer Veteran des Zweiten Weltkriegs und des Korea-Kriegs.

Es war kaum zu glauben, daß ein paar englische Journalisten versuchten, den Vorfall zu rechtfertigen oder zu bagatellisieren. Einer schrieb ein paar Tage später in einer Sonntagszeitung, der Pilot des Jägers habe Captain Brown in einer langen Sprechfunkunterhaltung wiederholt aufgefordert, auf einem nigerianischen Flugplatz zu landen und habe ihn erst abgeschossen, als er sich hartnäckig weigerte. Das war

offenkundiger Unsinn, und zwar aus drei Gründen:

1. Eine MiG 17 verständigt sich mit seiner Basis oder mit anderen Jägern in der Luft auf einer Reihe von quarzstabilisierten Wellenlängen, die seinem Wähler zur Verfügung stehen. Er kann nicht ›auf allen Frequenzen herumtanzen‹, wie der Funker eines Lastenflugzeugs, der ein wendigeres Funkgerät hat. Die Piloten des IRK und der Joint Church Aid wechselten regelmäßig jeden Tag ihre Wellenlängen, die sie vorher mit ihrem Kontrollturm absprachen. Nicht ein einziges Mal hatte sich ein Pilot eines Hilfstransports auf derselben Welle mit nigerianischen Jägern befunden. Auch durch Handsignale hätte ein Pilot, der neben einer gekaperten Maschine fliegt, dem anderen Piloten kaum bedeuten können, er solle auf seinen Kanal überwechseln, damit sie sich verständigen könnten. Und selbst wenn es solche Handzeichen gegeben hätte, wäre es immer noch äußerst fraglich, ob der Funker des Transportflugzeugs die Wellenlänge der MiG überhaupt gefunden hätte.

2. Es existiert ein international bekanntes System von Handzeichen, durch die ein Pilot einem anderen signalisieren kann, daß er abgefangen ist und tun soll, was man ihm sagt. Diese Methode wird manchmal benutzt, wenn es darum geht, eine Maschine, deren Funkgerät ausgefallen ist, sicher auf die Erde zu bringen. Jäger haben auf diese Weise schon abgefangene Transportmaschinen veranlaßt, auf einem von ihnen bestimmten Flugplatz zu landen - zum Beispiel, wenn Verkehrsflugzeuge den Berliner Luftkorridor verlassen haben und von MiGs aufgehalten wurden. Der Pilot eines Transporters, der abgefangen wird und sich weigert, einen bestimmten Platz anzufliegen, muß ein Idiot oder ein Selbstmordkandidat sein - beides traf auf Captain Brown nicht zu. In der Fliegerei gibt es ein Sprichwort: ›There are old pilots and there are bold pilots, but there are no old, bold pilots.‹ Captain Brown war ein alter Pilot mit einem Vierteljahrhundert Flugpraxis. Er wußte, was er

gelernt hatte und kannte das Verfahren. Wäre er wie angeblich aufgefordert in Port Harcourt gelandet, hätte sich seine Ladung als harmlose zehn Tonnen Milchpulver und Stockfisch erwiesen und die amerikanische Regierung oder das IRK hätten dafür gesorgt, daß er nach einiger Zeit freigelassen worden wäre. All das war ihm bekannt.

3. Es ist unvorstellbar, daß ein erfahrener Pilot wie er abgefangen worden sein und den Befehl erhalten haben soll, auf einem von dem Abfangjäger bestimmten Flugplatz zu landen, ohne sich mit einem einzigen Atemzug an seinen eigenen Kontrollturm zu wenden. Jedem Piloten ist sonnenklar, daß er in einer solchen Situation zuallererst seinen eigenen Kontrollturm informiert. Das Personal in Fernando Póo wußte genau, daß Captain Brown seine eigene Frequenz, die ihn mit dem Kontrollturm dort verband, nie verlassen hatte.

In Wirklichkeit war folgendes geschehen. Um 17.38 Uhr an jenem Donnerstag startete Captain Brown mit seinem Transport von Fernando Póo. Mit ihm war seine Crew, zwei Schweden als Kopilot und Bordingenieur und ein Norweger als Lademeister, hinten in der Maschine. Die Maschine war eine weißgestrichene DC-6, auf und unter den Tragflächen waren je zwei Rotkreuz-Zeichen gemalt, jedes zweieinhalb Meter im Durchmesser. Auch seitlich am Rumpf befanden sich zwei dieser Zeichen, ebenso an der Schwanzflosse: Deutlicher konnte man ein Flugzeug kaum kennzeichnen.

Wenn Captain Brown einen Fehler gemacht hat, dann höchstens den, daß er zu früh nach Biafra startete. Der Himmel war wolkenlos und strahlend blau und die Sonne stand noch ziemlich hoch über dem Horizont. Die Maschinen starteten von São Tomé meist um diese Zeit, sie hatten einen längeren Weg und gelangten erst gegen 18.30 Uhr an die biafranische Küste, wenn es schon dunkel war. In Afrika gibt es nur eine ganz kurze Dämmerung, im Juni wird das Tageslicht gegen 18.30 Uhr schwächer und um 19 Uhr ist es Nacht. Aber der Weg von

Fernando Póo war viel kürzer (nur 90 Kilometer) und so erreichte Captain Brown die Küste gegen sechs Uhr bei vollem Tageslicht.

Das war ein Fehler, aber hinterher sind wir allemal klüger. Wie alle Piloten wollte auch Brown so oft wie möglich in einer Nacht zwischen Fernando Póo und Uli hin und her fliegen. Mit ihm befanden sich noch drei weitere Transporter aus Fernando Póo in der Luft.

Um 18.03 Uhr hörte man plötzlich seine Stimme im Kontrollturm von Fernando Póo und aus den Funkgeräten der anderen Rotkreuz-Piloten auf derselben Strecke. Er gab kein Erkennungszeichen und seine Stimme klang ganz hoch und ängstlich. Er rief: »Ich werde angegriffen... Ich werde angegriffen...« Dann war die Verbindung tot und nach kurzem Schweigen hörte man undeutliches Sprechen: Fernando Póo wollte wissen, wer da rief. Eine halbe Minute später war die Stimme wieder da. »Mein Motor brennt... Ich stürze ab...« Dann wieder Schweigen. Von Captain Brown wurde nie wieder etwas gehört.

Seine Maschine war brennend bei Opobo an der Küste in die Sümpfe gestürzt. Zuerst hieß es, drei der vier Männer hätten überlebt, dann, daß sie alle umgekommen seien. Die Regierungen von Amerika und Schweden protestierten gegen den Zwischenfall und verlangten die Herausgabe der Toten ihrer Nationalität. Aber man bestand nicht darauf und auch die Proteste verliefen sich im Sand.

Viele Piloten stellten ihre eigenen, unauffälligen Untersuchungen an und ihnen wie allen anderen an der Küste war absolut klar: Was dem Amerikaner, den Schweden und dem Norweger geschehen war, war Mord. Nun mußte man nur noch den finden, der es getan hatte. Zuerst glaubte man, es sei ein DDR-Pilot gewesen, dann gab es Gerüchte, die MiG sei von einem Nigerianer geflogen worden.

Die Fliegerei ist eine Welt für sich: Sie hat ihre eigenen Gesetze, ihren eigenen Kodex und ihr eigenes Nachrichtensystem. Ebenso wie unter den Seeleuten gibt es auch unter den Fliegern eine Art Bruderschaft. Piloten, die gegeneinander gekämpft haben, setzen sich Jahre später zusammen und reden ohne böse Gefühle von alten Zeiten - in anderen Waffengattungen kommt das kaum jemals vor. Es wäre durchaus möglich, daß einer der Piloten der Hilfstransporte sich mit dem Söldner, der den nigerianischen Bomber nachts über Uli flog, auf ein Bier an der Bar träfe, beide haben ihre Pflicht getan und das ist alles. Besonders am Rande der Welt der Charterflüge gibt es Männer, die für gutes Geld seltsame Ladungen und Passagiere nach den seltsamsten Landeplätzen geflogen haben - wenn der ›Job‹ erledigt ist, denken sie nicht mehr daran, daß sie Gegner waren. Sie wissen fast alles voneinander. Wenn man mit solchen Piloten zusammensteht und irgendeinen anderen Veteranen ihres Gewerbes erwähnt, ist meistens einer darunter, der den Mann kennt.

Innerhalb von vierzehn Tagen wußten die Piloten des IRK und der Joint Church Aid, wer Captain Brown abgeschossen hatte. Es handelte sich um einen australischen Söldner, und mehrere von Browns Kollegen schworen, sie würden ihn schon irgendwo oder irgendwann ›kriegen‹. Der Australier hatte das strengste Gebot einer sonst bemerkenswert toleranten Gemeinschaft übertreten. Er hatte einen Fliegerkollegen abgeschossen, ohne ihm eine Chance zu geben, und das war unverzeihlich. All das spielte sich natürlich innerhalb der geschlossenen Gesellschaft der Piloten ab. Die Beobachter draußen in der Welt warteten gespannt darauf, was für eine Reaktion dieser neueste Fall von beachtlicher Brutalität auslösen würde, den sich die blutbefleckte nigerianische Luftwaffe geleistet hatte. Aber man hoffte vergeblich, die Amerikaner würden gegen solche Übergriffe protestieren und im Fall der Wiederholung vielleicht Geleitschutz für die

Transportmaschinen anbieten. In Schweden wurde wenigstens protestiert, aber nur formell, dann ließ die Regierung die Sache fallen.

Am gespanntesten waren die Nigerianer. Wie alle brutalen Kerle probierten sie, wie weit sie gehen konnten. Sie sind eben Afrikaner und die beobachten, wie viele andere Völker, gern, wie weit ein »zäher Bursche« es bringt. Wenn er durchkommt, hat er gewonnen. Wenn sich ihm aber jemand in den Weg stellt, der stärker ist und ihm klarmacht, daß die Sache seiner Meinung nach entschieden zu weit geht, wird meist der andere gewinnen. Der Afrikaner wird dann den Neuen respektieren und den Herausforderer fallen lassen. So ist das auf der ganzen Welt, in Europa konnte man das zwischen 1935 und 1939 besonders deutlich sehen.

General Charles de Gaulle hat das gewußt, deshalb kam er auch mit Afrikanern besonders gut aus und war bei ihnen sehr geachtet. Die Engländer und Amerikaner verstehen das nicht und werden deshalb in ganz Afrika nur verachtet. Die Achtung, die der Afrikaner freiwillig einem Mann entgegenbringt, der unbeirrt zu seinen Grundsätzen steht, läßt sich weder für noch so viele Dollar noch für Pfund Sterling kaufen.

Die nigerianische Regierung erkannte innerhalb einer Woche, daß sie mit der Ungeheuerlichkeit vom 5. Juni davongekommen war und daß sich nichts daran ändern würde. Das ermutigte sie, das Internationale Rote Kreuz zu demütigen und seine Bemühungen zu vernichten. Die amerikanische Botschaft in Lagos half ihnen dabei.

Einen Tag nach dem Abschluß von Captain Brown stellte das IRK auf Anweisung des Komitees in Genf seine Operationen ein, zumindest vorübergehend. Was dann kam, war ein klassisches Beispiel dafür, wie man mit psychologischen Mitteln die Moral von Männern untergräbt, die einen Plan durchführen wollen - und mit Erfolg.

Nach dem Zwischenfall erwartete das Rote Kreuz in Genf (und, wie man dachte, zu Recht) den Beistand der Regierungen des Westens, aber es geschah nichts. Dr. Lindt, der in Cotonou die Aktionen des Roten Kreuzes leitete, drängte auf Wiederaufnahme der Luftbrücke. Er wies darauf hin, es sei nicht nötig, bei Tag zu fliegen, wie es Captain Brown getan hatte, daß man weiter wie bisher bei Nacht fliegen könne und daß die Flüge der Joint Church Aid ja auch weitergingen.

Joint Church Aid hatte allerdings auf den 5. Juni hin die Flüge auf drei bis vier pro Nacht reduziert, und die Piloten wurden unruhig, nicht, weil Captain Brown abgeschossen worden war, sondern wegen der MiGs, die Uli jede Nacht beschossen. Die unentschiedene Lage bei Joint Church Aid wurde durch den eisernen Willen von Pastor Vigo Mollerup gerettet, der Pfarrer einer Slumgemeinde in Kopenhagen gewesen war und die Planung der Nord Church Aid und damit die Luftbrücke von São Tomé leitete, und dem dänischen Luftwaffen-Oberst Denis Wiechmann, einer starken Persönlichkeit, der für die Operationen in São Tomé verantwortlich war. Pastor Mollerup reiste zwischen seinen Leuten in Kopenhagen und seinen Kollegen bei der Caritas und beim Weltkirchenrat hin und her und beredete und beschwor sie, doch ihre Luftbrücke ja nicht wegen dieses einen Zwischenfalls einzustellen. Im Raum der Crew in São Tomé beschwatzte Oberst Wiechmann die Piloten. Um den 10. Juni versuchten sie schließlich wieder auf die frühere Frequenz von acht oder zehn Maschinen pro Nacht zu kommen.

Am 10. Juni flog Dr. Lindt nach Moskau zurück, wo er bis dahin Schweizer Botschafter gewesen war, um sein Gepäck und seine Möbel auf den Weg zu bringen, die dort elf Monate gelegen hatten, seit er im vergangenen Juli in größter Eile dem Ruf des Roten Kreuzes gefolgt war. Niels Wachtmeister in Cotonou hatte er instruiert, man solle nach ein paar Probeflügen von einer oder zwei Maschinen die Rotkreuz-Luftbrücke

allmählich wieder aufbauen. Er schrieb verschiedene Vorsichtsmaßnahmen vor: Gestartet werden sollte immer nur nach Einbruch der Nacht, auch wenn das einen Flug weniger bedeutete, und beim Landen und Starten in Uli sollte besonders darauf geachtet werden, daß die Flugplatzbeleuchtung nur so kurz wie möglich eingeschaltet wurde.

Am 10. Juni flog ein isländischer Pilot des Roten Kreuzes, Captain Lofto Johanssen, von Cotonou aus mit seiner eigenen Maschine zwei Einsätze nach Uli und kam jedesmal wohlbehalten zurück. Am 12. sollte er noch einmal zwei Probeflüge machen und danach der volle Flugplan wiederaufgenommen werden.

Als die Leiter der Joint Church Aid am Abend des 12. Juni in Luzern in der Schweiz konferierten, erreichte sie ein geheimnisvoller Anruf. Er kam aus der amerikanischen Botschaft in Genf (man versicherte sich durch Rückruf, daß es sich nicht um einen Schwindel handelte), und der Anrufer drängte in höchst besorgtem Ton darauf, Joint Church Aid müsse alle Flüge in dieser Nacht ausfallen lassen. Die Gründe seien äußerst ernst, hieß es, könnten aber nicht bekanntgegeben werden.

Nach einer eiligen Beratung beschlossen die vier Leiter von JCA, die Einstellung aller Flüge für diese Nacht in São Tomé telegraphisch anzuordnen. Gleichzeitig bestanden sie darauf, von den Amerikanern die Gründe für dieses kurzfristige Verlangen zu erfahren.

Nord Church Aid sandte ein dringendes Telex durch den International Aviation Control Tower Service. Auf Oberst Wiechmann wirkte das alles natürlich wie eine Hiobspost. Sieben Maschinen waren in der Luft und wurden von São Tomé aus zurückgerufen. Eine Maschine war bereits in Uli gelandet, zwei weitere befanden sich im Anflug - die Piloten beschlossen, trotzdem zu landen. Die übrigen vier kehrten zurück und der zweite Pendelverkehr wurde aufgegeben. Alle diese Vorgänge

waren nicht gerade dazu angetan, die ohnehin schon arg angeschlagene Moral der Piloten zu heben.

Am nächsten Morgen geruhten die Amerikaner, eine Begründung für die Panik zu geben, die sie am Abend zuvor verursacht hatten: In Cotonou habe es politische Unruhen gegeben. Pastor Mollerup antwortete darauf mit einiger Schärfe, das habe mit der Luftbrücke von São Tomé nicht das geringste zu tun.

Oberst Wiechmann brachte die Luftbrücke wieder in Gang. Inzwischen hatte das Rote Kreuz ebenfalls am Abend des 12. Juni die gleiche Hiobspost von der amerikanischen Botschaft in Genf empfangen. Man stellte auch diese Flüge für die Nacht ein und Lofto Johanssen blieb auf dem Platz. Abgesehen von ein paar Maschinen mit Medikamenten einige Monate später flog das Rote Kreuz nie wieder.

Nach diesem 12. Juni machte man sich in Genf Gedanken, ob man die Flüge wiederaufnehmen sollte oder nicht. Durch die Ereignisse des 12. Juni angeregt, bemühten sich beide Hilfsorganisationen unabhängig voneinander, festzustellen, woher diese fragwürdigen Meldungen stammten, nach denen ihnen irgendwelche Gefahr drohen sollte, falls sie die Hilfsflüge fortsetzten. Beide landeten schließlich bei derselben Quelle - der amerikanischen Botschaft in Lagos.

In der Zwischenzeit wurde das Rote Kreuz von einem neuen Schlag getroffen. Als Dr. Lindt am 14. Juni nach Westafrika zurückkehrte, wo er versuchen wollte, die Überreste der Operationen wieder zusammenzusetzen, die er in den Monaten davor mit so viel Mühe und Energie aufgebaut hatte, wurde er auf dem Flugplatz von Lagos verhaftet - angeblich, weil die Landung seiner privaten Beachcraft nicht genehmigt gewesen sei. In Wirklichkeit waren seine Papiere tadellos in Ordnung. Man hielt ihn mehrere Stunden fest, dann wurde er ausgewiesen und zur Persona non grata erklärt.

Auf diese massive Kränkung hin brachte Genf kaum noch den Willen auf, weiterzumachen. Man wollte zwar versuchen, zu verhandeln und an den Hilfsaktionen wieder teilzunehmen, aber jeder, der die Lage kannte, wußte, daß es vergeblich sein würde. Monate später hat mir einer der leitenden Männer des Roten Kreuzes, der von Anfang bis Ende dabei war, gesagt: »In meinen Augen gibt es nicht den Schatten eines Zweifels, daß wir die Zielscheibe einer geplanten Verschwörung waren, die in Lagos zwischen den Nigerianern und der amerikanischen Botschaft ausgebrütet worden war und die glänzend funktioniert hat.«

Derselbe Mann sagte aber auch, die Abreise von Dr. Lindt hätte ohnehin das Ende der Operationen des Roten Kreuzes in Nigeria und Biafra bedeutet, selbst wenn das Flugzeug am 5. Juni nicht abgeschossen worden wäre. Er allein hatte sie aufgebaut und betreut und mit guten und bösen Worten manche Schwierigkeiten überwunden. Hinter seinem harten Äußeren und seiner schroffen Art verbarg sich tiefes und aufrichtiges Mitgefühl für die Notleidenden auf beiden Seiten der Front, und obwohl er nicht mehr der Jüngste war, setzte er mehr Kräfte ein als mancher jüngere Mann. In Nigeria machte er sich erbitterte Feinde. Er ließ einfach nicht zu, daß Schwarzmarkthändler sich der Hilfsgüter bemächtigten oder Transportmittel für alle möglichen militärischen Zwecke beschlagnahmt wurden, er machte Diebstahl und Korruption ein Ende und sorgte dafür, daß ein absolutes Maximum an Lebensmitteln an die hungrigen Kinder und Flüchtlinge auf der nigerianischen Seite gelangte.

Wenn das nigerianische Regime mit dem Abschluß von Captain Brown nicht so einfach davongekommen wäre, hätte man wahrscheinlich nicht gewagt, den Leiter des Internationalen Roten Kreuzes so zu behandeln und auszuweisen und das IRK zu zwingen, die ganze Hilfsorganisation in die Hände der durch und durch korrupten nigerianischen Funktionäre zu übergeben.

Seither hieß es oft, das Internationale Rote Kreuz habe beide

Parteien im Stich gelassen, denen es verantwortlich war, als es sich aus Nigeria und Biafra zurückzog - die leidenden Menschen auf beiden Seiten und die Spender, die Leben retten wollten und deren Gaben nun in den Lagerhäusern verderben. Dazu muß vor allem gesagt werden, daß das IRK in der Stunde der Not selber von den beiden westlichen Regierungen verraten wurde, von denen es als der Welt größte und absolut neutrale Wohlfahrtseinrichtung jede Unterstützung hätte erwarten können - von den Engländern und den Amerikanern. Während dieser Vorfälle hörte das IRK weder aus Whitehall noch aus dem Weißen Haus ein Wort, das ihm bei seiner Mission in Nigeria und Biafra hilfreich gewesen wäre.

Der Höhepunkt der Geschmacklosigkeit blieb wahrscheinlich »Daily Telegraph« überlassen. Dort las man im Leitartikel vom 8. Juli: »Die immer leistungsfähigere Bundes-Luftwaffe schoß bei ihren Bemühungen, Waffentransporte zu unterbinden, eine Maschine ab, die sich als Rotkreuz-Flugzeug erwies, ein Unglücksfall, den sich die biafranische Propaganda nicht entgehen ließ.« Da fragte man sich doch, wer wohl mehr vom Unglück betroffen war, die vier Flieger in ihrem morastigen Grab oder der Söldner, der sie auf dem Gewissen hat.

Am 17. Juni machte man einen letzten Versuch, die Luftbrücke der Joint Church Aid auszuschalten. In Genf verbreitete sich ein hartnäckiges Gerücht aus amerikanischer Quelle, die Nigerianer hätten zwei mit Radar ausgestattete Sukhoi-7-Nachtjäger erworben, die in der Dunkelheit gegen die Maschinen mit den Hilfstransporten eingesetzt werden sollten. Auch in der Presse erschien dieses Gerücht. Das Hauptquartier der Joint Church Aid in Genf fand rasch heraus, daß auch dieses Bonbon aus der amerikanischen Botschaft in Lagos stammte. Vigo Mollerup hatte inzwischen genug von amerikanischen Gerüchten und wies Oberst Wiechmann an, sich nicht darum zu kümmern. Das Gerücht erwies sich als falsch - nie hatte es in Nigeria irgendwelche Sukhoi-Jäger gegeben, was die

amerikanische Botschaft mit ihrem umfangreichen CIA-Apparat in Nigeria sehr wohl wußte.

Als die Luftbrücke eingestellt wurde, waren die Auswirkungen innerhalb Biafras prompt und katastrophal. Die beiden großen Hilfsorganisationen verfügten zusammen noch über Vorräte für ungefähr zehn Tage und versuchten, etwa drei Millionen Menschen auf irgendeine Weise zu helfen. Ihre Möglichkeiten waren durch den Ausfall der Rotkreuz-Flüge auf die Hälfte beschränkt und schmolzen durch die Verringerung der Flüge der Joint Church Aid immer mehr zusammen.

Die meisten Kinder, die täglich ernährt werden mußten, befanden sich bereits am Rande des Todes, sie besaßen keinerlei körperliche Reserven und konnten weiteren Hunger oder Proteinmangel nicht mehr ertragen. Innerhalb einer Woche begann die Sterberate wieder zu steigen.

Zum zweitenmal sahen sich katholische und protestantische Geistliche vor eine qualvolle Wahl gestellt: Sollte man diejenigen Kinder verhungern lassen, die bereits so krank und entkräftet waren, daß ihnen kaum noch eine Überlebenschance blieb, und an ihrer Stelle die ernähren, die noch nicht so schlimm dran waren - oder sollte man zuerst den Bedürftigsten etwas geben in dem Bewußtsein, daß die anderen dann bald in demselben Zustand sein würden? Beide Kirchen kamen zu der gleichen Entscheidung: Die Lebensmittel sollten erst der Heilung dienen, dann der Vorbeugung. Die Vorräte wurden immer kleiner und es kam immer weniger Nachschub. Die Folge war, daß man die vorhandenen Nahrungsmittel derart rationieren mußte, daß die Kinder überall bald immer mehr dahinsiechten.

Inzwischen bestand praktisch kein Unterschied zwischen Flüchtlingen und Nicht-Flüchtlingen mehr, wie noch im Herbst 1968. Im August 1969 litten alle Kinder im Land an irgendeiner Form von Unterernährung, dazu fast alle Erwachsenen. Lethargie und Teilnahmslosigkeit, die Begleiter von Hunger und Blutarmut, tauchten überall wieder auf. Ende Juli schätzte man

die Zahl der Todesfälle auf über 1.000 pro Tag. Als die Luftbrücke der Joint Church Aid Ende des Jahres wieder funktionierte, konnte man die Steigerung etwas aufhalten - trotzdem gaben übereinstimmende Schätzungen noch im November eine stabile Sterberate von 500 bis 700 Menschen täglich an.

Vom 20. Juni an sah es so aus, als würde die JCA-Luftbrücke allmählich ihre Kapazität vom Mai wieder erlangen, aber diesmal vermied man jede Publizität: Die Leitung der JCA erwähnte keinerlei Tonnagen aus Angst, Lagos zu neuen Vergeltungsmaßnahmen zu provozieren. Aber erst im Oktober überschritten die nächtlichen Transporte insgesamt das, was die JCA im Mai eingeflogen hatte. Verglichen mit der Gesamtleistung von JCA und Rotem Kreuz war selbst das nur wenig mehr als die Hälfte dessen, was diese beiden Organisationen eingeflogen hatten und blieb weit unter dem für notwendig gehaltenen Minimum.

Abgesehen von den Anstrengungen von Vigo Mollerup und Oberst Wiechmann gab es noch zwei Faktoren, die halfen, die demoralisierten Piloten und Mannschaften wieder zum Fliegen zu veranlassen. Der eine war das Beispiel, das ihnen die Piloten von Africa Concern und vom französischen Roten Kreuz gaben, die von Libreville aus Uli anfliegen. Africa Concern war eine private Gesellschaft, die Father Raymond Kennedy 1968 mit Sitz in Dublin gegründet hatte. Durch diese Gesellschaft trug die irische Bevölkerung zur Unterstützung Biafras bei, sie operierte mit einer einzigen DC-6 von der Hauptstadt Gabuns aus. Ebenso flog eine Maschine des französischen Roten Kreuzes, obwohl es auch durch ein Team beim IRK vertreten war, zwischen Libreville und Uli hin und her. Beide - die Belgier, die für Africa Concern flogen und Commandant Morency für das französische Rote Kreuz - setzten ihre Transporte während der ganzen Krise pausenlos fort. Die Piloten in São Tomé sahen das und sagten sich: Was die können, das können wir auch.

Der andere Faktor hatte wahrscheinlich etwas mit dem zu tun, woher der Franzose seinen Mut bezog. Draußen in der Bucht von Biafra lagen unmittelbar vor der Küste fünf sowjetische ›Trawler‹ oder Spähschiffe, voll bestückt mit Funk- und Radarantennen. Wahrscheinlich hatte eines davon zwei Wochen vorher den Anflug von Captain Brown rasch genug gemeldet, damit die MiG aufsteigen und ihn abfangen konnte. Piloten von São Tomé, die diese Flottille in der Dämmerung überflogen, entdeckten in ihrer Mitte einen französischen Flugzeugträger mit dem ganzen Deck voller Düsenjäger.

Als die Schwierigkeiten begannen, hatte sich dieser Flugzeugträger auf einem normalen Höflichkeitsbesuch in Libreville befunden. Er legte still und leise von Libreville ab und ging für zwei Wochen zwischen São Tomé und Biafra vor Anker. Sein Anblick, wie er da auf irgend etwas zu warten schien, wirkte auf die Piloten ungemein beruhigend. Dann hörten die nächtlichen Angriffe der MiGs am 20. Juni plötzlich auf. Bis Ende 1969 wurden sie nie mehr gegen die JCA-Luftbrücke eingesetzt.

Die Kirchen arbeiteten in aller Stille weiter an ihrem Hilfswerk. Inzwischen galten die Schlagzeilen den Schwierigkeiten des IRK. Nachdem sie ohne einen Streich gegen das Rote Kreuz gewonnen hatte, konnte die nigerianische Regierung die Bedingungen diktieren. Dazu gehörte die Übergabe der ganzen Hilfsorganisation in Nigeria an die Nigerian Rehabilitation Commission. Um diese Zeit arbeiteten 1.400 ausländische Helfer unter dem Zeichen des Roten Kreuzes für die Kriegsgesunden auf der nigerianischen Seite der Front.

Da das Rote Kreuz bei England und Amerika keine Unterstützung fand, mußte es nachgeben. Nachdem die Nigerianer das Hilfswerk übernommen hatten, flossen die Spenden aus dem Ausland nur noch spärlich, wie vorauszusehen. Inzwischen unternahm das Rote Kreuz zaghafte Versuche, mit der Bundes-Regierung über eine Wiederaufnahme

der Luftbrücke zu verhandeln.

Am Mittwoch, dem 25. Juni, äußerte Häuptling Awolowo hierzu, Hunger sei eine legitime Waffe und er sei gegen Lebensmitteltransporte für die Abtrünnigen.* Am nächsten Tag soll der Stabschef des Heeres, Brigadegeneral Hassan Otman Katsina, erklärt haben: »Ich persönlich würde jemandem, gegen den ich kämpfe, nicht zu essen geben.«**

Bezeichnenderweise fanden die Äußerungen dieser beiden Männer, von denen vor allem Katsina mehr Einfluß auf die Ereignisse in Nigeria hatte als zwanzig Gowons, keinerlei Kommentar, weder seitens der britischen Regierung noch in der Presse. Nach einer Zusammenkunft von Maurice Foley, dem Staatssekretär für Commonwealth-Fragen, Okoi Arikpo, dem nigerianischen Beauftragten für auswärtige Angelegenheiten, und Professor Jacques Freymond, dem amtierenden Präsidenten des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, am 6. Juli im Londoner Außenministerium wurde dort eine Erklärung herausgegeben, in der behauptet wurde, man habe »volle Einigkeit« über eine neue Luftbrücke des Roten Kreuzes erzielt, die Lebensmittel bei Tag nach Biafra transportieren sollte. Alles Hilfsmaterial sollte dabei nach Lagos gehen und von dort mit Rotkreuz-Maschinen weitergefliegen werden.

Diesmal handelte es sich um ganz besonders groben Unfug.

Professor Freymond war am Abend des 6. Juli zurückgefliegen und erfuhr erst am nächsten Tag aus den Schlagzeilen der englischen Zeitungen davon, die in Genf morgens gegen neun Uhr zu haben waren. Es hatte am Abend davor überhaupt kein gemeinsames Communiqué gegeben - das Foreign Office hatte auf eigene Faust gehandelt. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes wies jede angebliche Vereinbarung zwischen den drei Gesprächspartnern energisch zurück.

* Leitartikel der »Times« vom 28. Juni

** ebenda

Tatsächlich hatten Engländer und Nigerianer gemeinsam einen Plan vorgelegt, und das Rote Kreuz war bereit gewesen, ihn General Ojukwu und der biafranischen Regierung zu übermitteln. Die Behauptung, das Rote Kreuz habe ohne Beratung mit den Biafranern zugestimmt, belastete die schwebenden Verhandlungen zwischen dem IRK und Biafra schwer.

All das hinderte Michael Stewart nicht, als er am 7. Juli vor dem Unterhaus sprach, die ganze Last der Verantwortung für das Überleben der biafranischen Kinder allein General Ojukwu aufzubürden, eine gemeine Unterstellung, die man schon lange praktizierte. Nachdem die Biafraner den Plan geprüft hatten, den das Rote Kreuz überbrachte, lehnten sie ihn in der Tat ab: Alle Hilfsaktionen wären demnach Lagos allein unterstellt gewesen und nichts hätte die Nigerianer daran gehindert, die Hilfsflüge zu einem getarnten Angriff auf Uli, das bei Öffnung am Tage ein hervorragendes Ziel bot, auszunützen.

Das Rote Kreuz war wieder beim Nullpunkt angelangt und begann, selbständig zu handeln. Am 19. Juli trat Dr. Lindt offiziell zurück, um die Verhandlungen zu erleichtern.

Am 1. Juli übernahm der neue Präsident des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes sein Amt. Marcel Naville war Bankier, er hatte dem Komitee seit Jahren angehört und war schon einige Monate früher zum Präsidenten gewählt worden, konnte aber erst jetzt eingeführt werden. Am gleichen Tag gab er in Genf eine temperamentvolle und offenherzige Pressekonferenz. Er warf den Nigerianern vor, sie seien »unverschämt genug... einen Menschenfreund wie einen treulosen Diensthofen vor die Tür zu setzen.« Er beschimpfte die Waffenhändler, die den Krieg in Gang hielten und sagte, ohne Namen zu nennen, es gäbe wohl in ganz Nigeria nicht genug Benzin, um ausreichend Reinigungsmittel für die Hände der Verantwortlichen herzustellen. Seine Zuhörer hatten den Eindruck, daß er entweder sehr unbesonnen sei oder bereits

wußte, daß er kräftige diplomatische Unterstützung erwarten konnte, die ihm in der Auseinandersetzung mit der Junta in Lagos ein für allemal zum Sieg verhelfen würde.

Später zeigte sich, daß die erste Vermutung die richtige war - von seiner Unbesonnenheit abgesehen, war Naville leider kein starker Charakter. In den folgenden Diskussionen innerhalb des Komitees blieben die ›Tauben‹ Sieger. Das Ergebnis war ein Communiqué des Inhalts, das Internationale Komitee des Roten Kreuzes werde eine ›strikte Legalität‹ wahren - mit anderen Worten: sich zur Handlungsunfähigkeit verpflichten.

Es folgten langwierige und mühsame Verhandlungen - östlich des Niger starben inzwischen mehr und mehr Kinder. Am 8. Juli leitete Naville selbst die Verhandlungsdelegation des IRK in Lagos und lehnte deswegen eine Einladung nach London betont ab. Er kehrte bald ohne Ergebnis zurück, und die Verhandlungen wurden von da ab von Enrico Beniami geführt, dem dienstältesten Delegierten des Internationalen RC-Komitees in Lagos. Wochenlang kam man zu keinem Resultat.

Am 4. August tat das Rote Kreuz endlich, was es von Anfang an hätte tun müssen: Es stellte einen Kompromißplan auf. Dieser Plan sah den Start von Rotkreuz-Maschinen in Cotonou in Dahomey vor. Sie sollten Nigeria in einem bestimmten Luftkorridor überfliegen, die Lebensmittel in Uli abladen und durch einen anderen Luftkorridor über Nigeria nach Cotonou zurückkehren. Die Flüge sollten unter Geleitschutz zwischen neun Uhr morgens und sechs Uhr abends stattfinden. Die Ladung sollte während des Aufladens kurz vor dem Start von einer gemischten Kommission, der auch Nigerianer angehören sollten, geprüft werden, die Kommission solle auf Wunsch auch jeden Flug begleiten dürfen, um sich zu vergewissern, daß alles ordnungsgemäß verlief. Schon im Juli 1968 hatte Ojukwu diese nigerianische Begleitung für jeden Flug vorgeschlagen, um den vorgeschobenen Hauptvorwurf der Nigerianer zu entkräften, es würde Material von irgendwelcher militärischer Bedeutung

transportiert.

Ojukwu bekam den Plan zuerst vorgelegt. Seine Sicherheitsbeamten wiesen sofort auf die Risiken hin, die er enthielt. Wenn bei Tag geflogen würde, konnten die Nigerianer ungeheuren Druck auf Joint Church Aid ausüben, deren Nachtflüge müßten eingestellt werden. Wenn dann die nächtliche Luftbrücke aufgegeben würde und die JCA ebenfalls am Tag flog, bestand die Gefahr, daß Lagos die Vereinbarung einseitig aufkündigen und damit jeden Hilfstransport verhindern konnte. Zweitens: Der Plan legte zwar fest, daß die Flüge und das Rollfeld zwischen neun Uhr morgens und sechs Uhr abends nicht angegriffen werden dürften, aber es gab keinerlei Garantie dafür, daß sich die Bundes-Luftwaffe an diese Abmachung tatsächlich hielt. Ein einziger Laster konnte mit einer besonders schweren Bombe den Flugplatz unbrauchbar machen. Keine ausländische Macht, am wenigsten die, die das Bundesregime und seine Ehrenhaftigkeit am lautesten priesen, war bereit, eine solche Garantie zu übernehmen.

Trotz des Widerspruchs aus seinem eigenen Kabinett entschloß sich Ojukwu, das Risiko einzugehen: Am 29. August stimmte Biafra dem Plan schließlich zu. Die Delegierten des Roten Kreuzes waren froh und legten den Plan in Lagos vor. Hätte das Rote Kreuz in dieser Situation etwas internationale Unterstützung für seinen Kompromißplan gefunden, wäre alles von nun ab günstig verlaufen - aber es gab keine. Die Bundes-Regierung machte ihre Zustimmung von bestimmten Änderungen abhängig, und hier machte das IRK einen seiner großen Fehler. Man hätte darauf bestehen müssen, daß der Plan von beiden Parteien unverändert angenommen würde. Am 5. September erklärte sich Lagos ›im Prinzip‹ einverstanden, vorausgesetzt, man könne sich auf ein paar technische Änderungen einigen. Als Lagos am 14. September unterschrieb, standen die gewünschten Änderungen im Text. Dann wurde die Vereinbarung wieder Ojukwu zugeschoben. Jede

Verbraucherorganisation weist ihre Mitglieder darauf hin, wie wichtig das Kleingedruckte bei jedem juristischen Dokument ist. Die neue Vereinbarung über Flugbetrieb am Tag enthielt fünf kleingedruckte Zusätze, die Geist und Buchstaben des Originals wesentlich veränderten. Drei davon sind hier aufgeführt.

In dem einen Absatz wurde die Zeit des Flugbetriebs auf fünf Uhr nachmittags begrenzt, was bedeutete, daß jede Maschine statt zweimal nur noch einmal hin- und herfliegen konnte. In einem anderen hieß es, der Kontrollturm in Lagos sei berechtigt, jedes IRK-Flugzeug über nigerianischem Gebiet zum Zweck zusätzlicher Inspektion zur Landung zu zwingen, wonach dann die Maschine samt ihrer Ladung nach Cotonou zurückzufliegen habe. Im dritten hieß es, die Vereinbarung werde ›militärisches Vorgehen gegen Uli in keiner Weise berühren‹.

Die letzten beiden Zusätze machten die ursprüngliche Abmachung praktisch zunichte. Der erste stellte es allein der Bundesregierung anheim, ob die Transporte Tag für Tag weitergehen konnten. Der zweite hob den Schutz des eigentlichen Rollfelds von Uli während der Starts und Landungen der Transporte wieder auf. Wie dort während eines Düsenjägerangriffs der Flugbetrieb aufrechtzuerhalten war, wußte kein Mensch.

Am 11. September gelangte ein weiteres und noch bedrohlicheres Dokument in die Hände des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes in Genf. Es handelte sich um eine Fotokopie eines Befehls des Kommandeurs der Bundes-Luftwaffe, Oberst Shittu Alao, an die Kommandeure der Basen in Enugu, Port Harcourt, Calabar und Benin: Sie sollten ihre MiGs bei Tag über Uli ›patrouillieren‹ lassen und Befehl zum Angriff geben, falls sie beschossen würden.

Das Komitee war entsetzt: Es gehörte nicht viel Phantasie dazu, sich auszumalen, wie leicht ein ›patrouillierender‹ Düsenjäger über dem Platz von einem nervösen Schützen beschossen werden konnte. Und unten - welcher Anblick für sie:

Lange, einladende Kolonnen von Rotkreuz-Lastern, die auf ihre Ladung warteten, auf den Vorfeldern geparkte Maschinen, Ansammlungen von europäischen Rotkreuz-Helfern. Ein Berater mit Biafra-Erfahrung wies darauf hin, ein Angriff durch MiGs bei vollem Tageslicht werde nicht nur ein Blutbad anrichten (auch unter dem europäischen Personal), sondern die Biafraner derart erbittern, daß sie ihre Wut an den Rotkreuz-Leuten auslassen würden. In diesem Fall, sagte der Betreffende vor dem Komitee, werde die Verantwortung ihnen hier in Genf zufallen.

Fast mit einem Seufzer der Erleichterung nahm das Komitee Ende September die Nachricht auf, Biafra habe den erweiterten Entwurf wegen der Extraklauseln abgelehnt. Bis Ende 1969 änderte sich nichts. Die Kirchen flogen weiter bei Nacht, bis Ende 1969 hatten sie ihre Luftbrücke ständig ausgebaut, mehr Maschinen waren in Aussicht gestellt und ihre Tonnage war von den ursprünglichen 150 Tonnen pro Nacht im Juli auf fast 200 Tonnen im Dezember gestiegen.

Eigentlich hing es gar nicht von irgendwelchen Versicherungen von Lagos ab, ob der ganze Tagesflugplan Erfolg haben oder katastrophal und womöglich blutig scheitern sollte, sondern von der Ehrenhaftigkeit der Bundes-Luftwaffe - derselben Luftwaffe, die zwei Jahre lang die Welt durch die Brutalität ihrer Angriffe auf Marktplätze, Spitäler, Kliniken, Flüchtlingslager und Siedlungen schockiert und empört hatte. Wiederholt hatte sie Waffenstillstände gebrochen, die General Gowon selbst ausgerufen hatte, und hatte sich schließlich mit dem kaltblütigen Abschluß eines Rotkreuz-Lasters selbst übertroffen.

Wieder warf man General Ojukwu vor, er mißbrauche das Leben seiner Landsleute für seine politischen Zwecke - diese Behauptung war schon ziemlich altersschwach, aber in London und Washington zog sie noch immer. Mit der Ablehnung des

Plans für Flüge am Tag zog sich General Ojukwu persönlich eine schlechte Presse zu - ein zynischer Politiker hätte das Gegenteil getan und sich mehr für den Beifall der Welt als für ihre Vorwürfe interessiert. Ojukwu ließ sich nicht nur von einer, sondern von zwei Überlegungen leiten.

Die erste war die Sicherheit Biafras, die allem andern vorging und deren Eckpfeiler der Flughafen von Uli war. Hilfe kam nach Sicherheit, und die meisten Biafraner waren mit dieser Reihenfolge einverstanden.

Die Tragödie des Roten Kreuzes im Jahr 1969 bestand darin, daß man die beiden unveränderlichen Größen der Lage nicht begriff. Ojukwu konnte keine Rücksicht auf die Hilfstransporte nehmen, wenn es um die nationale Sicherheit ging. Außerdem hätten die Kommandierenden der nigerianischen Luftwaffe, die bei der Regierung eine entscheidende Rolle spielten, diese Transporte nach Biafra nur unter Bedingungen zugelassen, die ihnen selber entscheidende militärische Vorteile gebracht hätten.

Der Beitrag der Amerikaner

Ein warmherzigeres oder mitfühlenderes Volk als die Amerikaner kann man sich kaum vorstellen. Daher war es nur natürlich, daß ihr Beitrag, als sie durch die Presse von den notleidenden Kindern auf beiden Seiten des nigerianisch-biafranischen Krieges erfuhren, selbst pro Kopf der Bevölkerung gerechnet die Hilfeleistung aller anderen Länder übertraf.

Trotzdem ließ sich die Regierung von einem verkalkten State Department leiten und blieb standhaft und ohne Rücksicht auf die Menschenverluste des Krieges bei ihrer Unterstützung für Nigeria. Grund für diesen seltsamen Widerspruch war eine simple Tatsache: Der Druck der Öffentlichkeit mußte aus den Behörden fast jeden Groschen oder Pfennig, den die Regierung als Hilfe für die Notleidenden auf beiden Seiten hergab,

buchstäblich einzeln herauspressen.

Das Internationale Rote Kreuz empfing während der Dauer seiner Tätigkeit über 19 Millionen Dollars an Geld- und Sachspenden. Bis 1969 hatte Joint Church Aid in der gleichen Weise etwa 60 Millionen Dollar erhalten. Der Gesamtumfang der amerikanischen Hilfe entsprach etwas mehr als der Hälfte der Leistungen der ganzen Welt.

Viel davon waren Sachspenden. Enorme Mengen von Korn-Soya-Milch, CSM (Corn-Soya-Milk) genannt, oder Formula Two (Formel II) wurden geschickt, eines neu entwickelten Lebensmittelprodukts in feinpulverisierter Form, das nur von der amerikanischen Regierung hergestellt wurde. Die Kosten der Schiffstransporte über den Atlantik wurden bar bezahlt. Das Internationale Rote Kreuz und die Kirchen bekamen für einen nominellen Preis von je 3800 Dollar vier G-97-Stratofreighter (zuerst sprach man von Globemasters, aber die erwiesen sich als zu schwer). Betrieb und Wartung dieser Maschinen wurden ebenso in Dollars bezahlt wie später die Kosten für die Beförderung amerikanischer Ladungen durch nichtamerikanische Maschinen während der Luftbrücke.

Diese Bemühungen wirkten sehr ermutigend auf jeden, der sie beobachtete und wußte, daß jeder Sack Lebensmittel und jeder Dollar wieder ein paar Kindern eine Chance gab, die sonst hätten sterben müssen. Nur das State Department verhielt sich während der ganzen Operation so schwerfällig wie nur möglich.

Was geschickt wurde, richtete sich nicht nach den Bedürfnissen oder der Dringlichkeit, sondern einfach danach, was nötig war, um einerseits dem Druck innerhalb Amerikas zu begegnen und dabei andererseits das Regime in Lagos nicht zu verärgern. Warum das allmächtige State Department sich eigentlich solche Mühe gab, diese unbedeutenden Demagogen friedlich zu stimmen, wird niemand je begreifen.

Trotz seiner tapferen Worte vom September 1968 war

Präsident Richard Nixon nach seinem Amtsantritt persönlich dafür verantwortlich, daß nichts nach Nigeria oder Biafra geschickt wurde. Die Spenden kamen unter dem Druck der Presse, von Kongreß- und Senatsmitgliedern und vielen anderen einflußreichen Leuten zustande. Selbst der Verkauf der acht Frachter beruhte auf einer der letzten Verfügungen der ehemaligen Regierung Johnson.

Anfang 1969 wurde Dr. Clarence Clyde Ferguson, Jura-Professor an der Rutgers University und ein Farbiger, zum Sonderkoordinator der Hilfe für Nigeria (Special Coordinator for Nigeria Relief) ernannt. Den Rest des Jahres verschwendeten er und sein Stab mehr oder weniger ihre und anderer Leute Zeit und brachten nur sehr wenig fertig. Gleich nach dem Abschluß von Captain Brown am 5. Juni wäre entscheidend gewesen, die Luftbrücke der Joint Church Aid auszubauen - sie war zwar nicht besonders gut, aber sie erfüllte wenigstens ihre Aufgabe. Dr. Ferguson dagegen sah das nicht ein und setzte statt dessen seine Kräfte für sein eigenes Lieblingsobjekt ein, zwei Landungsboote, die Hilfstransporte den Cross River aufwärts nach Biafra führen sollten.

Technisch wäre das möglich gewesen, und so wurden zwei solche Boote, die Donna Mercedes und die Donna Maria, über den Atlantik nach Lagos geschickt. So wie General Ojukwu dem Plan zugestimmt hatte, lehnten die Nigerianer ihn ab und benützten dazu die Marionettenregierung, die sie in Calabar südlich des Cross installiert hatten. Von da an wurden die Landungsboote im nigerianisch besetzten Port Harcourt für alles mögliche verwendet. Außerdem trieb sich Dr. Ferguson in West-Afrika herum und flog mal zwischen Nigeria und Biafra und dann wieder zwischen Europa und Washington hin und her. Einmal versuchte er, einen eigenen Plan für Tagflüge durchzusetzen, ohne dem Roten Kreuz etwas davon zu sagen, das bereits darüber verhandelte.

Die einzigen, die wirklich etwas taten, waren die Amerikaner

der Joint Church Aid (USA). Offiziell leisteten die Amerikaner durch drei Organisationen Hilfe: US AID (State Department), UNICEF (Vereinte Nationen) und Joint Church Aid (USA), wobei letztere die Hauptlast trug. Die Verbindungsleute der JCA, die mit dem State Department über die Zuteilungen verhandeln mußten, ließen später keinen Zweifel daran aufkommen, daß die Amerikaner am liebsten gar nichts mehr getan hätten, wenn man sie gelassen hätte. Zum Glück ging das nicht. Schon einmal mußten wir gewisse ›Diener‹ des amerikanischen Volkes für das, was sie in Lagos und Genf getrieben haben, hart kritisieren. Zweifellos hat die amerikanische Bevölkerung von diesen finsternen Scherzen nichts gewußt und hätte sie andernfalls bestimmt nicht gebilligt.

Im State Department selbst gab es schließlich drei verschiedene Büros, die sich mit der nigerianisch-biafranischen Situation beschäftigten. Eines war das Nigeria Desk, eine Nebenstelle des West Africa Desk, mit einem großen Stab, bestehend aus den ehemaligen Kollegen des früheren Assistant Secretary of State for Africa, Joseph Palmer, ausgestattet. Palmer war früher Botschafter in Nigeria gewesen und ein starker Anhänger Nigerias geblieben - daß das Land seit seiner Zeit zu einer von vielen Diktaturen herabgesunken war, störte ihn dabei nicht. Es ist daher kein Wunder, daß das Nigeria Desk sogar ohne Palmer (er wurde 1969 als Botschafter nach Libyen geschickt) stark pro-nigerianisch und anti-biafranisch war. Diese Haltung vertrug sich gut mit den Berichten, die Elbert Matthews, der amerikanische Botschafter in Lagos, schickte, bis er Ende 1969 endlich versetzt wurde. Die Büros der USAID und die von Dr. Ferguson lagen an einem Korridor. Die Leute von JCA (USA), die mit allen drei Organisationen verhandeln mußten, stellten überrascht fest, daß keine der drei zu wissen schien, was die andere Organisation plante oder was deren ›offizielle Linie‹ war. Diese Situation führte zu einem ziemlichen Durcheinander.

Die Hauptlast der Arbeit fiel also auf JCA (USA). Diese Organisation bestand hauptsächlich aus den Catholic Relief Services, einer riesigen Wohlfahrtsorganisation, deren Exporte nach denen der US-Regierung an zweiter Stelle stehen und die jährlich bis zu einer Million Hilfsgüter nach 72 Ländern transportiert. Außerdem gehört Church World Service dazu, die 30 protestantische Richtungen in Amerika vertreten und 42 Länder in aller Welt versorgen - und das American Jewish Committee, das 22 jüdische Organisationen vertritt, die ihrerseits von einer Unmenge anderer, kleinerer Körperschaften unterstützt werden.

Die Spitzen dieser Organisationen agitierten, drängten, schoben und feuerten das State Department ständig an, die finanziellen und materiellen Mittel für die Hilfsaktion zugunsten der Kinder auf beiden Seiten herauszurücken. Zu diesen Männern gehörten Bishop Swanstrom und Ed Kinney von Catholic Relief Service, James McCracken und Jan van Hoostraten von Church World Service und Rabbi James Rudin und Marcus H. Tannenbaum vom American Jewish Committee. Die Pressure groups, die diese Sache der Menschlichkeit unterstützten, waren so breit gefächert wie das Leben in Amerika überhaupt. Rechte wie Linke machten ihren Einfluß geltend, Liberale und Konservative, Demokraten und Republikaner, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in all den 50 Staaten der Union. Auch die Presse beteiligte sich, indem sie dafür sorgte, daß es niemals still um diese Sache wurde, damit sie nicht starb wie so viele gute Vorsätze in der heutigen Welt.

Senator Edward Kennedy benutzte seine Macht ebenso, wenn nicht mehr als jeder andere, Hilfstransporte auf den Weg zu bringen. Als Vorsitzender des Senate Sub-Committee on Refugees berief er Sitzungen (Hearings) ein und verlangte von den verlegenen, einfältigen Beamten eine Erklärung, warum nicht mehr geleistet wurde. Damit blieb sein Komitee dem

widerwilligen State Department auf den Fersen.

Verglichen mit den Reichtümern Amerikas waren die Beträge klein, um die es ging - drei Tage Töten in Vietnam kosteten soviele wie achtzehn Monate Lebensrettung in Biafra - oder wie etwa zwanzig Flugminuten von Apollo Elf. Man brauchte sie, wenn man Millionen Menschen vor der Ausrottung bewahren wollte.

Der wahre Held in Amerika fand sich nicht unter den Offiziellen oder religiösen Führern in der vordersten Linie der Kämpfe: der gewöhnliche amerikanische Bürger, die Millionen Unbekannten in allen fünfzig Staaten, von denen die berufsmäßigen Handhaber der Macht in der Regierung am liebsten gar nichts gewußt hätten. Sie blieben nicht stumm: An einem einzigen Tag erhielt das State Department 25.000 Briefe zur Biafrakrise, und die Beamten wußten kaum noch, was sie tun sollten. Diesen Millionen namenloser Amerikaner, die nicht geschwiegen haben, wie es die Regierung wünschte, zusammen mit vielen anderen in Deutschland, Holland, Norwegen, England, der Schweiz, Schweden, Kanada, Dänemark und Irland gebührt der Dank für die größte humanitäre Aktion unserer Zeit.

12

Die Friedenskonferenzen

Die achtzehn Kriegsmonate zwischen Juli 1967 und Dezember 1968 wurden von drei Friedenskonferenzen unterbrochen, die alle erfolglos blieben. Das überraschte niemand, am wenigsten die biafranische Seite. Der Erfolg einer jeden Friedenskonferenz beruht darauf, daß beide Parteien ipso facto überzeugt sein müssen, daß der bestehende Konflikt nicht mehr durch militärische Mittel gelöst werden kann und daß ein Verhandlungsfrieden nicht nur wünschenswert, sondern auf längere Sicht unvermeidlich ist.

Doch bei allen drei Konferenzen wirkten England und Amerika diplomatisch und England auch praktisch darauf hin, daß Nigeria an seiner bisherigen Überzeugung festhielt, eine rein militärische Lösung sei möglich und erreichbar und ein Verhandlungsfrieden keineswegs unausweichlich. Schon in den ersten Stunden nach der Eröffnung jeder Konferenz zeigten die Nigerianer deshalb deutlich, daß ihre Delegation kein anderes Verhandlungsziel verfolgte, als die Bedingungen für die Unterwerfung Biafras. Wenn diese Verhandlungsbasis nicht akzeptiert wurde, mußte der Krieg eben weitergehen. England und Amerika sind dafür mitverantwortlich und auch die Gleichgültigkeit der afrikanischen Staaten, die sich zu einem politischen ›Händeweg‹ überreden ließen in einer Sache, die sich inzwischen auf dem ganzen Kontinent als Schandfleck ausgebreitet hatte.

Die erste Konferenz trat aufgrund einer gewissen diplomatischen Aktivität des Ministers für Commonwealth-Fragen zusammen, Mr. Arnold Smith, eines liebenswürdigen Kanadiers mit viel gutem Willen und wenig Verstand. Nach mehreren Kontakten mit Lagos zu Beginn des Frühjahrs 1968

sagte er schließlich den Biafranern, die andere Seite sei zu Friedensgesprächen bereit. Die Biafraner hatten dies von Kriegsanfang an gewünscht, sie waren einverstanden und man vereinbarte vorbereitende Verhandlungen im Marlborough House in London, um sich über die Prozedur zu einigen.

Nigeria stand damals unter Druck. Wiederholte Versuche, Port Harcourt als eine der wichtigsten Städte Biafras von See her einzunehmen, waren gescheitert. Trotzdem hatte der Kommandeur der Dritten Division versprochen, er könne die Stadt bis Ende Mai erobern.

Während die Dritte Division noch auf ihrem mühsamen Vormarsch durch die Sumpfgebiete war, veränderte sich die diplomatische Situation in beunruhigender Weise: Am 13. April erkannte Tansania Biafra als unabhängigen Staat an. Das war eine große Ermutigung für die Biafraner, aber für die Nigerianer war es ein Schock, der selbst ihre Infanterie erschütterte. Auch die Elfenbeinküste und Gabun schienen dem Beispiel Tansanias folgen zu wollen - zu diesem kritischen Zeitpunkt ließen die Nigerianer den Minister wissen, sie seien zu Gesprächen bereit. Die Biafraner sahen darin eher eine Ausflucht, da der Fall von Port Harcourt einen Umschwung der afrikanischen Diplomatie in entgegengesetzter Richtung bewirken mußte.

Die vorbereitenden Gespräche begannen in London am 2. Mai. Verhandlungsführer waren Oberrichter Sir Louis Mbanefo auf der einen Seite und Häuptling Anthony Enahoro bei den Nigerianern. Es ging um den Verhandlungsort, den Vorsitzenden, internationale Beobachter (wenn überhaupt) und die Tagesordnung. Von Anfang an bestätigte sich die Befürchtung der Biafraner, daß alles nur ein Manöver war, um Zeit zu gewinnen. Sir Louis erklärte Mr. Smith, er sei überzeugt, daß die Gespräche zu keinem Resultat führen würden. Erstens hatten die Engländer sich geweigert, die Waffenlieferungen an Lagos für die Dauer der Verhandlungen zu unterbrechen, eine Geste, die von den Nigerianern sehr wohl verstanden wurde.

Zweitens nahm er Anstoß an der Zusammensetzung der nigerianischen Delegation.

Außer Häuptling Enahoro gehörte noch Alhaji Amino Kano dazu, aus dem Norden, aber entschieden ohne Ansehen daheim, der deshalb nicht für Nord-Nigeria sprechen konnte, und drei biafranische Kollaborateure: Asika, ein Ibo, den Lagos mit der Verwaltung des Herzlandes seiner Stammesbrüder beauftragt hatte, dann Brigadegeneral George Kurubo, ein Renegat aus dem Rivers-Stamm, der einmal Brigadegeneral bei den Biafranern gewesen war und zu Lagos überlief, als man ihm die nigerianische Botschaft in Moskau anbot - außerdem Mr. Ikpeme, ein Efik aus Calabar, der dort Ende November und im Dezember Repräsentant von Lagos gewesen war, als die Vergeltungsaktion gegen die Efik lief. Es war genauso, als wäre die Delegation von Südvietnam mit drei Überläufern des Vietkong als Sprechern in Paris erschienen. Man kann sich ausmalen, wie das auf den Vietkong und die Delegation von Nordvietnam gewirkt hätte.

Sir Louis wußte sehr wohl, daß diese Männer nicht in der Lage waren, für das nigerianische Volk zu sprechen, aber er verhandelte weiter. Die Biafraner schlugen Dakar als Tagungsort vor, was von Enahoro abgelehnt wurde, ohne einen Gegenvorschlag zu machen. Nach dreitägiger Verzögerung bat Sir Louis, Enahoro möge eine Liste von Städten vorlegen, mit denen Lagos einverstanden sei, nur London käme nicht in Frage, so lange Waffen aus England an Nigeria geliefert würden.

Enahoro lieferte eine Liste von siebzehn Hauptstädten des Commonwealth, von denen Sir Louis die Hauptstadt von Uganda, Kampala, vorschlug. Das war seine eigene zweite Wahl gewesen, aber er hatte sich nichts anmerken lassen. Enahoro gefiel das nicht, aber es blieb ihm nichts übrig, als zuzustimmen. Biafra wünschte einen Konferenzvorsitzenden und drei unabhängige internationale Beobachter - seit Aburi wußte man, wie notwendig Zeugen bei solchen Verhandlungen waren.

Enahoro war mit beidem nicht einverstanden und schlug vor, in dieser Sache in Kampala zu entscheiden. Sir Louis stimmte zu. Nach weiteren Verzögerungen konnte endlich über die Tagesordnung gesprochen werden.

Sir Louis schlug zwei Punkte vor: Vereinbarung eines Waffenstillstands und ausführliche Gespräche über die Art der künftigen Beziehungen zwischen den beiden Parteien, also über die politische Lösung. Enahoro setzte sieben Punkte dagegen, die alle miteinander auf nichts anderes hinausliefen, als Wege und Mittel für die totale Unterwerfung Biafras zu finden. Sir Louis protestierte: Der Waffenstillstand sei das Hauptziel der Verhandlungen, die ohne Waffenstillstand ohnehin scheitern müßten. Außerdem habe das ursprüngliche Angebot durch Mr. Smith auf Gespräche über einen Waffenstillstand gelautet, und zwar ohne Vorbedingungen. Schließlich einigte man sich doch auf den Zwei-Punkte-Plan von Sir Louis.

An einem Donnerstag, dem 23. Mai 1968, wurde die Hauptkonferenz in Kampala eröffnet. Inzwischen war die Vorhut der Nigerianer in Port Harcourt eingedrungen und die Konferenz war zu einer akademischen Angelegenheit geworden. Man brauchte zwei Tage, um zu beschließen, daß es keinen Vorsitzenden, aber dafür wenigstens einen Beobachter geben sollte. Die Biafraner schlugen, den Präsidenten von Uganda, Milton Obote, vor und brachten die Nigerianer damit in die Verlegenheit, entweder zuzustimmen oder ihren Gastgeber zu beleidigen. Sie stimmten zu und Dr. Obote beauftragte seinen Außenminister, Simon Odaka, mit dem Beisitz. Am Samstag klagten die Nigerianer, einer ihrer Sekretäre, Mr. Johnson Banjo, sei verschwunden und sie könnten nicht weiter verhandeln, ehe der verlorengegangene Stenograph gefunden sei.

Allmählich nahmen sich die Verhandlungen wie eine Komische Oper aus - Oberst Ojukwu in Umuahia sprach von einer ›grausamen Farce‹. Am Sonntag morgen war Enahoro

nicht imstande, die Gespräch wieder aufzunehmen, weil er in die Kirche mußte, und für Sonntagnachmittag und Sonntagabend fand er neue Vorwände. Er bat dann um eine Audienz bei Präsident Obote, und er traf schließlich auch unter vier Augen mit Sir Louis zusammen.

Das alles führte zu nichts. Am Dienstag legte er ein Zwölf-Punkte-Programm vor, das alle Einzelheiten für die Niederlage der Biafraner vorsah, die Entwaffnung der Truppen, die Verwaltung des Gebiets durch die Nigerianer und das Schicksal der biafranischen Führer. Sir Louis erinnerte daran, daß man zusammengekommen sei, um einen Waffenstillstand auszuhandeln, den Hauptpunkt der Tagesordnung, dem die politische Lösung folgen sollte. Enahoro blieb bei seinen Vorschlägen, die die Tagesordnung praktisch auf den Kopf stellten. Dann erfuhr man die Einzelheiten über die Eroberung von Port Harcourt und damit gab es keine Hoffnung mehr, die Regierung in Lagos werde sich noch einmal auf eine Friedenspolitik besinnen.

Während der Gespräche in London und Kampala hatten drei weitere Länder Biafra anerkannt, die Elfenbeinküste am 8. Mai, Gabun am 14. Mai und Sambia am 20. Mai. Aber nachdem man in Kampala zwischen dem 23. und 27. Mai von der Niederlage in Port Harcourt erfahren hatte, bestand keine Aussicht mehr, daß diese Akte der Anerkennung etwas an der nigerianischen Politik ändern würde.

Man nahm damals allgemein an, daß der Verlust des Flughafens von Port Harcourt, der mehrere Tage nach der Stadt fiel, Biafra von der Außenwelt und von seinen Waffenlieferungen völlig abschneiden und daß der Widerstand der Biafraner dann innerhalb von zwei Wochen zusammenbrechen würde.

Die Nigerianer unterschätzten die Bedeutung der Anerkennung in ihrem Überschwang, aber die englische und die amerikanische Regierung waren beunruhigt. Beide entfalteten

hinter den Kulissen eine intensive diplomatische Tätigkeit, um andere Nationen vor dieser Versuchung zu warnen. Mr. Alfred Palmer, amerikanischer stellvertretender Minister für afrikanische Angelegenheiten und ehemaliger Botschafter in Nigeria, bereiste die westafrikanischen Länder und sprach sich öffentlich und privat nachdrücklich für Nigeria und gegen Biafra aus. Dieses Zusammenwirken blieb nicht ohne Erfolg: Es wurde keine Anerkennung mehr ausgesprochen, und drei andere afrikanische Länder, die Ojukwu insgeheim bereits hatten wissen lassen, sie erwögen diesen Schritt, zogen zurück, weil ihre Wirtschaft weitgehend abhängig von der Dollarhilfe war.

Am Freitag, dem 31. Mai, erklärte Sir Louis zuerst gegenüber Dr. Obote und danach vor der Presse, sein Land habe sich überzeugt, daß die Nigerianer fest an eine militärische Lösung glaubten. Weitere Verhandlungen seien Zeitverschwendung und er zöge sich zurück. Nach ihren Artikeln zu schließen, waren die meisten internationalen Korrespondenten bereits zur selben Schlußfolgerung gekommen. Enttäuscht, aber nicht ohne Hoffnung kehrte Sir Louis zurück - noch nicht nach Biafra, sondern nach London. Nachdem er dort sieben Tage lang mit britischen Beamten gesprochen hatte, bat er schließlich um ein Gespräch mit Mr. Harold Wilson. Statt dessen wurde ihm vorgeschlagen, sich an den Minister für Commonwealth-Angelegenheiten zu wenden, Lord Shepherd. Sir Louis war einverstanden und sie trafen sich im Haus von Mr. Arnold Smith, wo Lord Shepherd die Unterhaltung mit einem massiven Fauxpas begann.

Er sagte schlicht, er habe die Biafraner bis jetzt für einen unbedeutenden Stamm von ein paar tausend irgendwo im Busch lebenden Menschen gehalten. Das war der erste Auftritt von Lord Shepherd auf dem diplomatischen Parkett, und selbst hartgesottene Veteranen wie Sir Morrice James, sein Permanent Under-Secretary, konnten nur verlegen aus dem Fenster schauen.

Es gab drei solcher Zusammenkünfte, und jedesmal unterstrich Lord Shepherd, die britische Regierung sei sehr an einem Waffenstillstand und an einer Fortsetzung von Friedensverhandlungen interessiert. Er fragte, ob England den Biafranern als Vermittler willkommen sei. Sir Louis sah mit Erstaunen, daß Lord Shepherd die Situation überhaupt nicht begriffen hatte und antwortete, England käme als Vermittler nicht in Frage, solange englische Waffen an Lagos geliefert würden. Presseberichte deuteten damals darauf hin, daß die Transporte immer umfangreicher wurden. Diese Ansicht schien den edlen Lord zu überraschen. Immerhin brachte Lord Shepherd einen Plan für einen Waffenstillstand vor. Sir Louis bat, ihn schriftlich zu fixieren. Verglichen mit dem Plan der Biafraner schien es in wichtigen Punkten keine Meinungsverschiedenheiten zu geben. Alles stimmte überein - Waffenstillstand, internationale Friedenstruppe, dann Verhandlungen über die politische Lösung. Lord Shepherd schien zufrieden und erklärte, er werde nach Lagos gehen und sich um eine Vereinbarung auf der Basis des zwischen England und Biafra bereits Formulierten bemühen. Er bat Sir Louis, in London auf seine Rückkehr aus Lagos zu warten, aber Sir Louis zog vor, nach Biafra zurückzufliegen. Er versprach aber, im Fall erfolgreicher Verhandlungen durch Sir Shepherd nach London zurückzukommen. Sir Shepherd startete am 13. Juni, Sir Louis einen Tag später.

Was dann folgte, konnten Beobachter kaum begreifen. Vorausgesetzt, Lord Shepherd legte seinen Plan in Lagos überhaupt vor, so wurde er jedenfalls glatt abgelehnt. Lagos forderte die politische Lösung in Gestalt der Kapitulation Biafras als Vorbedingung für einen Waffenstillstand. Der unermüdliche Lord Shepherd flog nach Calabar, das inzwischen in Händen der Nigerianer war. Als angeblicher Vermittler benahm er sich dort recht sonderbar: Er hielt Reden und machte Andeutungen, aus denen hervorging, daß er binnen weniger

Tage zu einem ergebenen Anhänger Nigerias und der nigerianischen Sache geworden war.

Zwar zeigte sich Lord Shepherd leicht überrascht und schockiert, als Noyes Thomas und Graham Stanford von ›News of the World‹ ihm erschüttert über das menschliche Elend und die Erniedrigung berichteten, die sie im nigerianisch besetzten Ibibio-Gebiet, vor allem in Ikot Ekpene, gesehen hatten. Aber wenig später stand er wieder im festlichen Mittelpunkt und winkte begeistert der Menge zu, in der sich nach Berichten biafranischer Agenten in der Stadt viele Yoruba-Soldaten in Zivil befanden. Es kam sogar so weit, daß er einen Chor begrüßen mußte, den man eilends zusammengetrommelt hatte, um ihn mit dem Psalm ›The Lord is my Shepherd‹ zu besingen. Bei seiner Abreise hinterließ er einen Trümmerhaufen, unter dem jede Hoffnung auf einen Verhandlungsfrieden begraben war.

Damit waren die Mittel der britischen Diplomatie in diesem Konflikt erschöpft. Zwar wurde später von angeblich großen Erfolgen in den Wandelgängen von Lagos geredet, von schwebenden Vereinbarungen und was nicht alles, aber in Wahrheit war die britische Regierung von da an außerstande, die Friedenschancen in Nigeria auch nur um einen Deut zu beeinflussen, eher trug ihre Politik fortgesetzt dazu bei, sie immer weiter in die Ferne zu rücken. Beobachter verstanden überhaupt nicht, warum England sich gegenüber einer derart schwierigen Situation wie dem Nigeria-Biafra-Konflikt auf die Dienste eines Lord Shepherd verließ, der nicht einmal Berufsdiplomat war. Man hatte doch genügend vorzügliche Diplomaten, wie zum Beispiel Sir Humphrey Trevelyan, der sich im Fall Aden so klug verhalten hatte.

Der nächste Anstoß kam aus Afrika. Kaiser Haile Selassie von Äthiopien hatte monatelang das aus sechs Staaten bestehende Committee on Nigeria of the Organization of African Unity geleitet. Das Komitee hatte sich im vergangenen

Winter von General Gowon einschüchtern lassen und auf eine Reise nach Biafra verzichtet. Seither hatte man nicht mehr viel von dieser Organisation gehört. Der Kaiser wandte sich an die übrigen fünf Staatsoberhäupter, die von Liberia, Kongo Kinshasa, Kamerun, Ghana und der Republik Niger und berief dann eine Konferenz nach Niamey, der Hauptstadt der letztgenannten Republik. Gastgeber war Hamani Diori, der Präsident von Niger. Die Sitzung wurde am Montag, dem 15. Juli, eröffnet, am nächsten Tag erschien auch General Gowon. Er war nachmittags kaum zum Rückflug gestartet, als das Komitee eine Einladung an Oberst Ojukwu herausgab, zu kommen und seine Sache zu vertreten.

In Biafra erfuhr man zuerst aus dem Rundfunk davon, denn die offizielle Einladung wurde durch das Büro von Präsident Bongo von Gabun erst am Abend übermittelt. Am nächsten Tag, Mittwoch, hielt Oberst Ojukwu eine lang vorher angekündigte Pressekonferenz in Aba und schlug zwei Wege vor, wie man Lebensmittel nach Biafra bringen und die Not der Menschen lindern könne. Der eine war eine Schiffsroute an der Küste entlang und den Niger hinauf bis zum Hafen von Oguta, der noch fest in biafranischer Hand war. Der andere sah eine Internationalisierung von Port Harcourt unter neutraler Kontrolle vor und einen fünfzehn Kilometer breiten Korridor von dort bis zur Frontlinie nördlich des Punktes, an dem das biafransische Rote Kreuz die Transporte übernehmen würde. Befragt, ob er nach Niamey gehen werde, schüttelte er bedauernd den Kopf und meinte, so gern er das täte, die militärische Lage ließe es nicht zu.

Später am Abend entschloß er sich doch. Es kam eine Nachricht, für raschen Transport sei gesorgt und nach einer eilig einberufenen Sitzung mit dem Ministerrat startete Ojukwu mit einer kleinen Gruppe Delegierter kurz nach Mitternacht am Morgen des 18. Juli. Sie landeten vor Tagesanbruch in Libreville, was von Mr. Bruce Oudes, einem erfahrenen

kanadischen Afrikakorrespondenten, der einen Tip bekommen hatte, beobachtet wurde. Damit war die Sache in der Presse. Nach einem Frühstück mit Präsident Bongo flog Oberst Ojukwu mit einem Privatjet, den ihm Präsident Houphouet-Boigny von der Elfenbeinküste zur Verfügung gestellt hatte, weiter nach Norden.

Vor dem Komitee brachte Ojukwu seine Fürsprache und seine Persönlichkeit voll ins Gewicht. Der Vorschlag eines oder zweier Hilfskorridore zu Lande oder zur See wurde wieder aufgenommen. Die Sache der Biafraner wurde erläutert. Das Komitee, dem drei Mitglieder angehörten, die bis dahin Biafra gegenüber feindselig gewesen waren, machte Anzeichen von Zustimmung, sehr zum Verdruss der nigerianischen Delegation.

Am Freitag flog Oberst Ojukwu von Niamey nach Abidjan, suchte Präsident Houphouet-Boigny auf und sprach mit ihm unter vier Augen. Am Samstag kehrte er nach Biafra zurück und ließ Professor Eni Njoku in Niamey als Leiter der Delegation zurück.

Am Sonntag hielt er wieder eine Pressekonferenz, diesmal eine zwanglose Angelegenheit in einem Garten in Owerri und gab mit zurückhaltendem Optimismus zu erkennen, das wichtigste Resultat seiner Reise nach Niamey, die bevorstehende Friedenskonferenz in Addis Abeba in Äthiopien werde vielleicht Erfolg haben.

In Niamey diskutierten die beiden Delegationen inzwischen über Hilfslieferungen - ein Problem, das seit Anfang Juli die ganze Welt immer mehr beschäftigte. Man einigte sich auf verschiedene Voraussetzungen für einen Hilfskorridor, aber als diese Kriterien auf die bisher vorliegenden Vorschläge angewandt wurden, erwies sich der biafranische Vorschlag eines Transportwegs auf dem Niger als einfacher, billiger, schneller und von größerer Kapazität. Zudem brachte er beiden Seiten die geringsten strategischen Nachteile und war leichter gegen militärischen Mißbrauch zu schützen, als der Landkorridor, den

die Nigerianer für den Norden zwischen Enugu und Awgu vorschlugen. Als es so weit war, machte die nigerianische Delegation einen Rückzieher. Der nigerianische Delegationsführer Allison Ayida setzte auseinander, weshalb plötzlich alle Kriterien, über die man sich eben geeinigt hatte, unannehmbar waren und erläuterte dabei auch seine Ansicht über das Kindersterben: »Hunger ist im Krieg eine legitime Waffe und wir sind fest entschlossen, sie gegen die Rebellen einzusetzen.«

Von da an hielt sich Nigeria von der Frage genehmigter Hilfstransporte nach Biafra immer mehr zurück, man ließ sich nur noch ein paar kleinere Zugeständnisse abringen, nicht unter dem Druck der Engländer oder deren Fürsprache, sondern gegenüber einer Welle der zunehmend feindseligen Weltmeinung, wie sie sich der Mann auf der Straße überall gebildet hatte. Trotzdem einigte man sich auf eine Tagesordnung für Addis Abeba in umgekehrter Ordnung, um die Nigerianer zufriedenzustellen: Erst politische Lösung, dann Waffenstillstand.

Am Montag, dem 29. Juli, trat die Konferenz in Addis Abeba zusammen. Oberst Ojukwu hatte Biafra in der vorangegangenen Nacht verlassen und war direkt nach der äthiopischen Hauptstadt geflogen, diesmal mit einer größeren Delegation und in einer größeren Düsenmaschine, die wiederum der Präsident der Elfenbeinküste zur Verfügung gestellt hatte. Wie vorauszusehen, verweigerte General Gowon die Teilnahme oder wurde von Beratern davon abgehalten, die eine wenig schmeichelhafte Gegenüberstellung fürchteten.

Die erste Sitzung mit den Eröffnungsreden der beiden Delegationsführer war öffentlich und fand vor Vertretern aller afrikanischen Staatsoberhäupter statt, die zum Teil persönlich erschienen waren, vor dem gesamten Diplomatischen Corps in Addis Abeba, zahlreichen Beobachtern und der Presse. Häuptling Enahoro versuchte ohne Erfolg, die Presse

auszuschließen, vor allem die Fernsteams. Er begnügte sich daraufhin mit einer Rede von zwölf Minuten.

Dann erhob sich Oberst Ojukwu. Der Anfang seiner Rede klang wie ein humanitärer Appell für das Volk von Biafra. Nach vier Absätzen gab er bekannt, er zitierte wörtlich aus der Ansprache, die Kaiser Haile Selassie im Jahr 1936 vor dem Völkerbund über die Vergewaltigung Abessinians durch die Faschisten gehalten hatte. Die Anspielung wurde verstanden. Er sprach dann noch eine Stunde und zehn Minuten. Er schilderte die Geschichte des biafranischen Volkes seit ihren ersten Anfängen, die Verfolgung, die Ablehnung, die Abtrennung und das Leid, das folgte. Während er sich setzte, erhob sich das vorwiegend aus Diplomaten bestehende Publikum und klatschte im Stehen - ein seltener Fall. Nach diesen siebzig Minuten gehörte Biafra weder zu Nigeria noch zu Afrika, nicht zu England und nicht zum Commonwealth. Es war ein weltweites Problem geworden, und Oberst Ojukwu mit seinen vierunddreißig Jahren eine Figur der Weltpolitik. Vierundzwanzig Stunden später verlieh das Magazin ›Time‹ ihm die Titelbildehre.

Aber der Glanz der Publicity schwand dahin und auch die Konferenz von Addis Abeba blieb stecken. Wie ihre Vorgänger verlor sie sich in einem Sumpf von Verzögerungen, Ausflüchten, bösem Willen und Feindseligkeit. Die Sitzungen zogen sich über fünf Wochen hin, aber inzwischen hatte der Einmarsch der Russen in die Tschechoslowakei die internationale Aufmerksamkeit abgelenkt, die allein einen gewissen Antrieb hätte liefern können.

Die nigerianische Delegation verfolgte ihre Verzögerungstaktik ganz bewußt. Der Waffenstillstand war schließlich kein aktuelles Thema mehr, nachdem die nigerianische Dritte Division am 17. August den Imo überschritten hatte und Aba bedrohte, die größte Stadt, die den Biafranern geblieben war. Wharton, der große amerikanische

Waffenhändler, schien seinen Sinn inzwischen geändert zu haben. Die angreifenden Nigerianer hatten noch fünf Kugeln pro Mann und Tag, die Biafraner nur zwei, aber ständig fehlte etwas an den Maschinen, die Munition bringen sollten oder sie kehrten um und warfen ihre Ladung über dem Meer ab. Trotz schrecklicher Verluste eroberten die Nigerianer Aba am 4. September 1968.

Bald richteten sich aller Augen auf die Gipfelkonferenz der Organization of African Unity, die am 14. September in Algier zusammentreten sollte. Lagos setzte den Kommandeur der Dritten Division unter Druck, bis dahin müsse entweder Owerri oder der Flughafen von Uli gefallen sein. Die Biafraner erfuhren von befreundeten afrikanischen Staaten, daß die englische und amerikanische Diplomatie in Vorbereitung auf Algier hinter den Kulissen alles tat, um die Afrikaner zu überzeugen, Biafra sei bereits verloren. Sie übten immer wieder beträchtlichen Druck aus, auch vor finanzieller Bestechung scheuten sie nicht zurück und erreichten schließlich, was sie wollten.

Vom 8. September an versammelte sich ein Ausschuß in Algier, um über die Tagesordnung für die Gipfelkonferenz zu beraten: Nigeria - Biafra war nicht unter den Agenda, als die Konferenz am 14. September eröffnet wurde. Nach einem vergeblichen Versuch, Uli einzunehmen, griff die Dritte Division am 12. September bei Owerri an. Wharton war entlassen, aber der neue Flugplan funktionierte noch nicht reibungslos und so mußten sich die Biafraner wie bisher mit einer Handvoll Munition gegen eine Angriffsspitze von Saladin-Panzerwagen wehren. Am nächsten Tag stimmte die Konferenz von Algier mit zweiunddreißig zu vier Stimmen für eine hastig eingeführte Resolution, in der die Biafraner aufgefordert wurden, gemeinsam mit den Nigerianern die territoriale Unversehrtheit der Föderation wiederherzustellen, mit anderen Worten: sich zu ergeben.

Eine Organisation, die stolz darauf war, das Gewissen ganz

Afrikas zu sein, wusch also ihre Hände in Unschuld, als das größte Problem des Kontinents jede Gewissensanstrengung forderte. Noch nie hatten Biafras militärische und diplomatische Chancen so schlecht gestanden. Von da an hörte man in den folgenden Wochen nichts anderes, als daß Biafra vollkommen am Ende sei. Erst hundert Tage später nahm die Welt zur Kenntnis, daß Biafra immer noch am Leben war und weiterkämpfte.

Inzwischen hatte sich die Situation weitgehend verändert. Kampfgeist und Selbstvertrauen der Biafraner waren wieder gestiegen, auch kamen mehr Hilfsgüter ins Land oder waren zu erwarten. Zum erstenmal starteten die biafranischen Gruppen heftige Gegenangriffe. Mehrere Staaten, England ausgenommen, hatten erklärt, sie würden sich aktiv um einen Friedensschluß bemühen. Die Nigerianer hatten eine Vereinbarung mit den Russen geschlossen, die der sowjetischen Infiltration auf allen Gebieten Tür und Tor öffnete. Die Emire im Norden äußerten sich immer unzufriedener über die Verwaltung durch Beamte der Minderheitenstämme, die ihre Versprechungen nicht hielten. Im Westen gab es Unruhen, Schießereien und Massenverhaftungen. Der neue amerikanische Präsident hieß Nixon.

Der Mißerfolg der Verhandlungen beruhte nicht nur auf dem Versagen der nigerianischen Spitzenleute - schließlich war von ihnen nichts anderes zu erwarten, als daß es ihnen vor allem um ihre Karriere ging. Versagt haben jene, die Druck ausüben konnten. Die Delegationen der Nigerianer haben keinen einzigen Zweifel daran gelassen, daß ihrer unerschütterlichen Überzeugung nach eine militärische Lösung durchführbar und erreichbar war, und keiner ihrer Parteigänger hat jemals versucht, sie von dieser Haltung abzubringen. Die Chance war da und sie wurde in den Wind geschlagen.

Das Jahr 1969 führte ebensowenig zu einem

Verhandlungsfrieden wie das Jahr 1968, und weitgehend aus denselben Gründen. Abgesehen von zahlreichen inoffiziellen Kontakten zwischen Diplomaten verschiedener Länder mit der biafranischen und der nigerianischen Regierung fand 1969 nur eine eigentliche Friedenskonferenz statt. Sie trat am 18. und 19. April in Monrovia in Liberia zusammen und entwickelte sich zu demselben Theater wie ihre drei Vorgänger von 1968.

Als ersten Schritt empfing die biafranische Regierung Anfang April einen Brief von Präsident William Tubman von Liberia, der eine Friedensdelegation nach Monrovia einlud, um ohne Vorbedingungen zu verhandeln. Zu dieser Delegation gehörten Sir Louis Mbanefo, Christopher Mojekwu, der Beauftragte für Innere Angelegenheiten, Häuptling E. Bassey, Beauftragter für Land und Landvermessung, Ignatius Kogbara, biafranischer Sonderbeauftragter in London und zwei Beamte. Sie reisten am 14. April aus Biafra ab und erreichten die liberianische Hauptstadt am 16., wo sie freundlich und höflich aufgenommen wurden.

Aufgrund dieser Verhandlungen wollte die Versammlung der Sechs der OAU (Organization for African Unity) versuchen, eine Friedensregelung zwischen den beiden Parteien herbeizuführen. Die Sechs waren: Präsident Tubman als Gastgeber, Kaiser Haile Selassie von Äthiopien, Präsident Hamani Diori von der Republik Niger, Präsident Ahmadú Ahidjo von Kamerun, Präsident Joseph Mobutu von Kongo Kinshasa und Charles Harrlley, stellvertretender Vorsitzender des Rats für Nationale Befreiung (National Liberation Council). Die nigerianische Delegation wurde von Femi Okunu, Beauftragter für Betriebswesen, und Allison Ayida geleitet.

Präsident Tubman hielt die Eröffnungsrede, dann sprach der Kaiser von Äthiopien. Danach, am Abend des 18. April, begannen die Verhandlungen.

Die Durchführung der Konferenz war ungewöhnlich. Zuerst lud der Ausschuß der Sechs die nigerianische Delegation vor

und verhandelte mit ihr 45 Minuten hinter geschlossenen Türen. Dann wurden die Biafraner aufgerufen. Sir Louis verlas vor den Sechs eine vorbereitete Erklärung und deutete an, er habe gewisse Vorschläge für einen Waffenstillstand zu machen. Einer der Sechs fragte, ob Biafra bereit sei, eine Kontrollmacht zwischen den beiden Gegnern zuzulassen. Sir Louis bejahte das für den Fall, daß ein Waffenstillstand oder eine Feuerpause tatsächlich zustande kämen.

Später am Abend wurde er zu einer Sonderberatung mit zwei von den Sechs gebeten: Es waren Präsident Tubman und Präsident Diori, die Sir Louis aufforderten, den biafranischen Standpunkt zu erläutern. Er erklärte, das Hauptanliegen Biafras sei die Sicherheit des Landes, seiner Bürger und ihres Eigentums. Die Biafraner seien bereit, über ein geeintes Nigeria zu sprechen, wollten aber zuerst wissen, was darunter zu verstehen sei.

Seine Zuhörer, die beiden Präsidenten, schienen Verständnis für die Position Biafras zu zeigen. Als Grundlage für Friedensverhandlungen schlug Präsident Diori eine Formel vor, die innere und äußere Sicherheit für Biafra enthielt, garantiert von internationaler Kontrolle an Ort und Stelle. Dieser Vorschlag wurde mündlich und auf französisch gemacht, Sir Louis bat um eine Niederschrift in englisch. Präsident Diori war einverstanden und bat den Sekretär der OAU, der neben ihm saß, hinauszugehen und eine schriftliche Fassung in englisch zu beschaffen.

Telli ging, war aber schon nach fünf Minuten wieder zurück und redete in schnellem Französisch auf Hamani Diori ein. Der Präsident wiederholte zwei- oder dreimal die französische Formulierung ›*securité interne et externe*‹. Telli ging wieder, führte aber die Anweisungen des Präsidenten offenbar nicht aus, denn er kam nach zehn Minuten wieder und sagte, die Präsidenten würden von ihren OAU-Kollegen gewünscht. Nach 40 Minuten Abwesenheit legte Präsident Diori eine

Niederschrift in englisch vor, in der von einem geeinten Nigeria als einzigem Ziel der Friedensgespräche die Rede war. Biafras innere und äußere Sicherheit war überhaupt nicht erwähnt.

Sir Louis wiederholte, er sei bereit, ein geeintes Nigeria zu diskutieren, aber erst dann, wenn geklärt sei, was damit gemeint war. Er sagte, er werde der Niederschrift zustimmen, sobald die drei Wörter gestrichen würden, mit denen Biafra sich mit einem geeinten Nigeria als Vorbedingung einverstanden erklären sollte. Das war das Ende der nächtlichen Unterredung. Am nächsten Morgen fragte Präsident Tubman Sir Louis, ob er die ›New York Times‹ schon gesehen habe. Nein, sagte der Chefdelegierte Biafras. Tubman sagte, sie enthielte einen Bericht aus Lagos, wonach General Gowon gesagt habe, wenn die Biafraner mit einem geeinten Nigeria als Vorbedingung einverstanden wären, könne über alles Übrige verhandelt werden. Präsident Tubman meinte, dies könne als Antwort gelten. Sir Louis erklärte ihm, er kenne den betreffenden Reporter, Gowons Erklärung sei nichts Neues und er könne sich kaum vorstellen, daß ein Zeitungsbericht gesteigerte diplomatische Aktivität zur Folge haben werde.

Der Tag ging mit weiteren ergebnislosen Gesprächen vorüber, die beiden Delegationen blieben getrennt und Telli fungierte als Botengänger zwischen den Konferenzräumen. Bis zum Abend war Sir Louis endgültig überzeugt, daß Telli einseitig die Sache Nigerias unterstützte. Schließlich wurden beide Delegationen zusammengerufen.

Vor dieser Vollversammlung der Sechs überreichte Kaiser Haile Selassi Sir Louis ein Dokument in englisch, das bereits mit den Nigerianern abgestimmt war, und bat die Biafraner, es zu akzeptieren.

Sir Louis sah besorgt, daß dieses Papier noch schlimmer war als das, was Telli am Abend zuvor vorgelegt hatte. Es legte eindeutig fest, daß alle zukünftigen Gespräche nur unter einer einzigen Vorbedingung geführt werden könnten, wenn nämlich

die Biafraner einem geeinten Nigeria zustimmen würden. Sir Louis lehnte das Dokument ab und gab noch einmal seine Gründe an. Er sei nach Monrovia eingeladen worden, sagte er, um ohne Vorbedingungen über einen Friedensschluß zu verhandeln. Inzwischen hätten er und seine Kollegen erfahren, daß die Nigerianer an den alten Vorbedingungen festhielten und darin von den angeblichen Friedensstiftern offenbar noch unterstützt würden.

Auf einer späteren Pressekonferenz sagte der biafranische Oberrichter, nach seiner Meinung sei die Organization of African Unity weder willens noch imstande, den gegenwärtigen toten Punkt zu überwinden. Danach fand kein ernsthafter Versuch mehr statt, die beiden Parteien einander anzunähern.

Am 31. Juli besuchte jedoch der Papst vier Tage lang Kampala in Uganda, um posthum einige christliche Märtyrer des Landes heilig zu sprechen. Man hoffte, die Gegenwart des Obersten Hirten werde Gelegenheit für neue Friedensbemühungen bieten. General Ojukwu schlug für die Dauer der Anwesenheit des Papstes auf afrikanischem Boden einen Waffenstillstand vor, aber Lagos lehnte ab. Papst Paul sprach zwar mehrmals getrennt mit Vertretern der biafranischen wie der nigerianischen Regierung, solange er in Kampala war, aber ohne Ergebnis.

Gegen Ende 1969 machte sich in beiden Armeen eine starke Kriegsmüdigkeit bemerkbar, auch gab es Proteste der Zivilbevölkerung in West-Nigeria gegen den Krieg und Beobachter begannen wieder etwas Hoffnung zu schöpfen, das neue Jahr möge neue und sinnvollere Bemühungen um den Frieden bringen.

Einem solchen Durchbruch standen aber zwei Dinge entgegen. Erstens gab es keinen Vermittler, den beide Seiten sowohl seiner Stärke als auch seiner Integrität wegen akzeptiert hätten. Zweitens blieb das Regime in Lagos entschlossen bei seiner ursprünglichen Haltung, eine umfassende und endgültige

Lösung der Nigeria-Biafra-Krise könne durch fortgesetzte Kampfhandlungen herbeigeführt werden. Die britische Regierung war und blieb dabei die Hauptstütze - für Beobachter in London ging aus den amtlichen Verlautbarungen Ende 1969 klar hervor, daß die offizielle Linie weiter für einen Endsieg von Nigeria über Biafra eintrat, wenn nicht durch Waffen, so durch Hunger.

13

Was ist Völkermord

›Völkermord‹ bezeichnet das schwerste Verbrechen, zu dem Menschen fähig sind - ein böses Wort. In diesem Kapitel wird untersucht, wann man in unserer Zeit von Völkermord sprechen muß: Wie hoch der Grad an Gewalt sein muß, der einem Volk angetan wird und wieviel bewußte Absicht dahinterstehen muß, um diese Bezeichnung zu rechtfertigen.

Nach jahrelangen Untersuchungen wurde mit Hilfe einiger der besten Juristen der Welt eine Definition gefunden, die am 9. Dezember 1948 als United Nations Convention on Genocide niedergelegt wurde. In Artikel Zwei wird festgestellt:

›In der vorliegenden Übereinkunft werden als Völkermord alle jene Handlungen bezeichnet, die mit der Absicht begangen werden, eine völkische, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise zu vernichten, als da sind: a) Die Tötung einzelner Mitglieder dieser Gruppe, b) Mitgliedern der Gruppe schwere körperliche oder geistigseelische Schäden zuzufügen, c) der Gruppe bewußt Lebensbedingungen aufzuzwingen, die ihre teilweise oder vollständige physische Vernichtung herbeiführen sollen, d) Maßnahmen aufzuzwingen, die die Gruppe an der Fortpflanzung hindern, e) Kinder der Gruppe mit Gewalt in eine andere Gruppe zu verpflanzen.‹

Artikel Eins stellt fest, daß Völkermord, ob im Frieden oder im Krieg begangen, nach dem Völkerrecht als Verbrechen gilt. Artikel Vier macht klar, daß gewählte Staatsoberhäupter, Staatsbeamte und Privatpersonen gleichermaßen zur Verantwortung gezogen werden können.

Im Krieg kommen stets Menschen um, und da jeder von ihnen einer nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe angehört, scheint dieser Paragraph vielleicht zu weitgefaßt, um

praktisch anwendbar zu sein. Aber das Wort ›bewußt‹ trennt die gewöhnlichen Todesfälle in Kriegszeiten von dem, was als Verbrechen und Völkermord gilt. Der Partei der Mörder muß nachgewiesen werden, daß sie die Absicht hatte, zu vernichten oder zu dieser Absicht kam, und bei den Opfern muß es sich um eine Gruppe völkischer, ethnischer, rassischer oder religiöser Art handeln.

Noch zwei Punkte in bezug auf Völkermord werden vor dem Gesetz gewöhnlich anerkannt. Erstens braucht eine Absicht von Seiten des Staatsoberhauptes der aktiven Partei nicht nachgewiesen zu werden. Ein General kann seine Truppen zum Völkermord führen, dann wird der Oberkommandierende zur Verantwortung gezogen, weil er seine Soldaten nicht in der Hand hat. Zweitens gilt die geplante Ausrottung der Führerschaft einer rassischen Gruppe mit dem Ziel, sie ihrer Intelligenz zu berauben, auch dann als Völkermord, wenn die Mehrheit der betreffenden Bevölkerung zwar am Leben, aber nur als hilflose Masse bäuerlicher Halbanalphabeten übrig bleibt. Dieser Vorgang wird genauso beurteilt, als sei die Gruppe als Ganzes vernichtet worden.

Die Vorwürfe der Biafraner gegen Regierung und Armee Nigerias richten sich gegen ihr Vorgehen in fünf Fällen: Die Pogrome von 1966 im Norden, im Westen und in Lagos, das allgemeine Verhalten der nigerianischen Armee gegenüber der Zivilbevölkerung, die mit ihr in Berührung kam, die Art, wie die nigerianische Luftwaffe ihre Ziele auswählte, die Ermordung einzeln ausgesuchter Häuptlinge, Anführer, Beamter, Ingenieure und Techniker in den besetzten Gebieten und schließlich die zum strategischen Mittel erklärte Hungersnot, die ausländische Fachleute vorausgesagt hatten und die 1968 etwa 500.000 Kindern zwischen einem und zehn Jahren das Leben kostete.

Über die Massaker von 1968 ist schon genug gesagt worden. Es ist allgemein anerkannt, daß Zahl und Umfang der Morde von ›genociden Ausmaßen‹ waren und es liegen genügend

Beweise dafür vor, daß sie von Männern geplant, gelenkt und organisiert wurden, die genau wußten, was sie taten. Außerdem weiß man, daß die Zentralregierung keine einzige Untersuchung eingeleitet und weder Strafmaßnahmen getroffen hat noch zu irgendwelchem Ersatz oder Wiedergutmachung bereit war - juristisch gesehen die Vorgänge also vermutlich gebilligt hat.

Die weitverbreiteten Morde an biafranischen Zivilisten und an der Ibo-Bevölkerung des Mittelwestens lassen sich ebensowenig bestreiten. Als sich die Biafraner Ende September nach sechsmonatiger Besetzung aus dem Mittelwesten zurückzogen, begann eine Serie von Massakern gegen die ansässigen Ibo. Die Ausrede, es sei schwierig gewesen, zwischen Soldaten und Zivilisten zu unterscheiden, ist deshalb nicht stichhaltig, weil - wie schon früher festgestellt - die biafranischen Truppen sich fast immer zurückzogen, ehe sie in die Reichweite der Artillerie der Zweiten Division gerieten. Viele ausländische Bewohner der betroffenen Orte im Mittelwesten waren Zeugen der Massaker, außerdem hat die Weltpresse ausführlich darüber berichtet. Hier nur einige Beispiele:

›New York Review‹, 21. Dezember 1967: »In einigen Gebieten außerhalb der Ostregion, die vorübergehend von den Biafranern besetzt waren, wie in Benin und im Mittelwesten, wurden Ibo von der ansässigen Bevölkerung zumindest mit stillschweigender Billigung der Bundes-Armee umgebracht. In Benin wurden auf diese Weise etwa 1.000 Ibo getötet.«

›Washington Morning Post‹, 21. Januar 1968: »Aber nachdem die Bundestruppen in Benin einmarschiert waren, kämmtten Soldaten aus dem Norden jedes Haus durch und brachten etwa 500 Menschen der zivilen Ibo-Bevölkerung um.«

›Observer‹ (London), 21. Januar 1968: »Das größte Massaker ereignete sich in der Ibo-Stadt Asaba, wo 700 männliche Ibo zusammengetrieben und reihenweise erschossen wurden.«

›New York Times‹, 10. Januar 1968: »Der Kodex (Gowons

Verhaltensvorschriften für die Truppe) existiert fast nur noch in der Bundespropaganda. Wie berichtet wurde, haben die Bundestruppen, als sie die Biafraner aus dem Mittelwesten vertrieben, in Benin, Warri, Sapele, Agbor und Asaba mehr als 5.000 Ibo umgebracht oder dem Morden des Mobs tatenlos zugesehen.«

Das im ›Observer‹ genannte Asaba liegt auf dem Westufer des Niger und ist eine reine Ibo-Siedlung. Hier begann das Massaker, nachdem die biafranischen Truppen über die Brücke nach Biafra zurückgewichen waren. Später wurde Monsignore Georges Roucheau von Seiner Heiligkeit dem Papst auf eine Informationsreise nach Biafra und nach Nigeria geschickt. Er sprach in Asaba, das damals von den Nigerianern besetzt war, mit Geistlichen, die zur Zeit der Massaker dort gewesen waren. In einem Interview in der französischen Abendzeitung ›Le Monde‹ vom 5. April 1968 sagte er: »Es hat Völkermord gegeben, zum Beispiel die Massaker von 1966... Zwei Gebiete haben (unter den Kämpfen) schwer gelitten. Vor allem das Gebiet zwischen Benin und Asaba, wo es nur noch Witwen und Waisen gibt, nachdem die Bundestruppen aus unbekannten Gründen alle Männer hingeschlachtet haben.«

Augenzeugen dieses Massakers berichten, daß der nigerianische Kommandeur die Hinrichtung jedes männlichen Ibo vom zehnten Lebensjahr an befahl.

Die Morde im Mittelwesten hatten mit den taktischen Zielen der nigerianischen Kriegführung nichts zu tun. Die Biafraner sahen in ihnen vor allem einen Vorgeschmack dessen, was sie noch erwartete.

Nachdem sich die biafranischen Truppen unter Banjo aus dem Mittelwesten zurückgezogen hatten, flüchtete die überwältigende Mehrheit der Ibo-Bevölkerung deshalb nicht, weil sie darauf vertraute, daß sie und ihre Ibo-Brüder jenseits des Niger nichts getan hatten, um Vergeltungsaktionen herauszufordern. Wenn sie selber die bewaffnete Anwesenheit

der Biafraner dazu ausgenutzt hätten, um sich an ihren Nicht-Ibo-Landsleuten zu vergreifen, wären sie bestimmt Hals über Kopf mit den zurückweichenden Biafranern geflohen.

Später ereigneten sich in Calabar in Biafra weitere Massaker. Alfred Friendly berichtete in der ›New York Times‹ vom 18. Januar: »Kürzlich sollen in Calabar, einer von den Bundestruppen eroberten Hafenstadt im Gebiet der Sezessionisten, die Soldaten mindestens 1.000, vielleicht 2.000 Ibo erschossen haben, die meisten von ihnen Zivilisten... Unter den Opfern befanden sich auch Mitglieder des Stammes der Efik, einer Minderheitengruppe, die nach Aussage von Lagos für die Föderation und gegen die Sezession sind.«

Diese Berichte zeigen nur die Oberfläche dessen, was tatsächlich geschah. Ich habe mich bewußt auf ausländische Korrespondenten beschränkt, obwohl die Abschriften der Aussagen von Flüchtlingen auf Band inzwischen Tausende von Seiten füllen. Vom Herbst 1967 an ist die Ibo-Bevölkerung des Mittelwestens stark zurückgegangen. Calabar war der letzte Ort, wo sie hofften, bleiben zu können. Seitdem waren fast ohne Ausnahme alle geflohen, nur wenige kehrten nach Monaten verängstigt zurück. Alle Städte in Biafra, die sich nun in nigerianischer Hand befanden, selbst die, die zu Kriegsbeginn erobert wurden, waren, verglichen mit dem Leben, das vorher dort herrschte, Geisterstädte geworden.

Man könnte noch viele Presseberichterstatte zitieren, was sie gesehen und erfahren haben, aber es hätte kaum einen Sinn. Ich habe biafranische Kommandos bei ihren Vorstößen hinter die nigerianischen Linien begleitet: verlassene Dörfer, zerstörte Höfe, geplünderte und ausgeraubte Häuser, niedergebrannte Siedlungen und die erschossenen Bauern am Straßenrand, die entweder so unvorsichtig oder so schwerfällig waren, den Bundestruppen direkt in die Hände zu fallen. Die Morde an der Zivilbevölkerung haben sich keineswegs auf das Ibo-Gebiet beschränkt. Die Efik, Calabar, Ibibio und Ogoni haben Boten an

Oberst Ojukwu geschickt, die von ihren entsetzlichen Leiden berichteten. Die Gewalttätigkeit war auch kein plötzliches Aufflammen oder die erste Reaktion einer Truppe im Siegestaumel oder in der Erbitterung einer Niederlage - dazu war ihre Handlungsweise überall zu einheitlich und zu methodisch.

Die Massaker gingen weiter, nachdem die Dritte Division von Oberst Adekunle (man erinnere sich: ›Schießt auf alles, was sich bewegt‹) über den Imo gesetzt war und das Flußbett hinaufmarschierte. Ich begleitete biafranische Späher nach Akwa und sah im dortigen Flüchtlingslager die Leichen der Lagerbewohner, fleischliche Überreste von 500 Menschen, die in zwei Etappen aus dem Süden hierher geflohen waren. Man hatte sie überrumpelt und niedergemacht. Als ich mit einem kleinen Stoßtrupp unterwegs war, sahen wir in den Dörfern Ubute und Ozata südlich von Aba, wie es denen erging, die keine Zeit mehr zur Flucht gefunden hatten. Die Männer hatte man an den Handgelenken gefesselt, ehe man sie erschöß, die Frauen waren entweder bei lebendigem Leib oder nach ihrem Tod entsetzlich verstümmelt worden. Von Kugeln zerfetzte Kinder lagen wie zerbrochene Puppen im hohen Gras herum.

Im März 1968 hatte ich mich dem 29. Bataillon angeschlossen und war dabei, als es in Onitsha die Vorhut der Zweiten Division die Hauptstraße hinunter und in die Stadt hinein verfolgte. 300 Gemeindemitglieder der Apostolischen Kirche, die zurückgeblieben waren, während die anderen flohen, um Gottes Hilfe zu erflehen, hatte man aus der Kirche gezerrt und niedergeschossen. Eine Frau hatte sich tot gestellt und auf diese Weise überlebt - sie wurde später von Dr. Jan Hyde, einem Engländer, behandelt.

Je mehr Aussagen von Überlebenden zusammenkamen, desto mehr bemühte man sich außerhalb Biafras, sie als Bestandteil des Allzweckübels, des Propagandaapparats von Ojukwu abzutun. Auf Vorschlag der britischen Regierung begleitete eine

Gruppe ausländischer Beobachter die Bundestruppen in verschiedene Abschnitte. Sie berichteten abschließend, von Völkermord hätten sie nichts bemerkt. Diese Aktion ›Weiße Weste‹ hatte großen Erfolg: Die Ergebnisse wurden überall publiziert und haben im Unterhaus oft als Grundlage für selbstgefällige Erklärungen gedient.

Einen anderen Sinn hatte dieses Unternehmen auch nicht. Selbst der jüngste und dümmste Polizist weiß, daß man kaum Indizien für ein Verbrechen findet, wenn man sich von den mutmaßlich Schuldigen an den Tatort führen läßt. Ebenso wird die Verteidigung eines Mannes, der wegen Mordes vor Gericht steht, wohl kaum Zeugen einführen, die aussagen, sie hätten nichts gesehen und besonders dann nicht, wenn der Angeklagte sie dirigiert hat. Leider sind die Aussagen von denen, die etwas selbst gesehen haben, meist nicht sehr geschätzt in einer Welt, die lieber die Augen verschließt.

Was die überlebenden Augenzeugen der Ibo, Efik und Calabar berichtet haben, läßt sich jedoch nicht so einfach beiseite schieben. Als die Naziführer hängen mußten, kam das Beweismaterial auch nicht bloß von ein paar Beobachtern bei der Wehrmacht - neunzig Prozent stammten von den Überlebenden ihrer Opfer, von Juden, Russen, Polen und so fort. In Nürnberg hat man dieses Belastungsmaterial nicht als jüdische Propaganda abgetan. Der Rest kam zu neun Prozent aus NS-Unterlagen, Geständnisse von der deutschen Seite waren nur zu knapp einem Prozent beteiligt.

Es war unwahrscheinlich, daß in Ländern wie dem Mittelwesten und Biafra, wo so viele Europäer arbeiteten und lebten, viel hätte passieren können, ohne daß sie es gemerkt hätten. Man muß sich deshalb wundern, weshalb - abgesehen von ein paar Ärzten und Geistlichen - nur so wenige gesprochen haben. Wahrscheinlich ist die Erklärung dieselbe wie in allen solchen Fällen: Niemand läßt sich gern in etwas verwickeln, niemand hat gern etwas mit den Gerichten zu tun.

Grob gesehen ließen sich die Europäer der beiden Gebiete in drei Gruppen einteilen. Geschäftsleute sprechen manchmal bei einem Drink unter vier Augen von dem, was sie gesehen haben, aber dann sagen sie ängstlich: »Das darfst du aber nicht schreiben, alter Junge. Meine Firma säße schön im Dreck, wenn das jemals herauskommt.« Die meisten Geschäftsleute in beiden Gebieten arbeiten für Unternehmen, die auch an anderen Plätzen in Nigeria Interesse zu vertreten haben. Sie fürchten Vergeltungsaktionen, wenn ihre Angestellten mit irgend etwas in der Presse erscheinen, was für die Bundes-Regierung oder -Armee nachteilig ist.

Beamte sind meist über Vorkommnisse in ihrem Dienstrevier gut auf dem laufenden, ihnen entgeht wenig. Auch sie halten sich lieber zurück, weil sie wirtschaftlich abhängig sind und an ihre Pension denken. Ihre Karriere und ihr Vertrag sind ihnen mehr wert, als ein paar Enthüllungen in der Zeitung.

Die dritte Gruppe sind die Geistlichen. Diese Männer kennen ihre Gemeinden natürlich gut - selbst wenn sie fliehen müssen, wird ihnen berichtet, was sich in dem eroberten Gebiet abspielt. Innerhalb Biafras waren diese Geistlichen im Gespräch unter vier Augen sehr offen, aber die meisten wollten nicht, daß man ihre Aussagen druckt. Ein Priester ist vor allem ein Hirte, deshalb muß er daran denken, was mit seiner Herde geschehen wird, wenn man ihn davonjagt, und wem er mehr verpflichtet ist, den lebenden Gemeindemitgliedern oder den toten. Wenn er sich öffentlich äußert, kann er seinen ganzen Orden gefährden, der womöglich des Landes verwiesen wird. Er gibt deshalb seinem Verbleiben für die Gemeinde die Priorität, auch wenn das bedeutet, daß er schweigen muß.

Die Priester in Biafra haben häufig Briefe von ihren Brüdern bekommen, die ihre gefährliche Mission unter der Kontrolle der nigerianischen Armee weiter ausübten, in denen sie gebeten wurden, ja nicht zu offenherzig zu sein. Die Geistlichkeit, vor allem die katholische, bildet ein weltweites Netz von Männern,

die wissen, was überall geschieht. Die Haltung des Vatikans war für die Nigerianer sehr peinlich - offenbar war ihnen entgangen, daß dort allmählich die fundierteste historische Dokumentation der Ereignisse in den besetzten Gebieten von Biafra entstanden war.

An dieser Stelle muß auch von den Gegendarstellungen die Rede sein. Nachdem verschiedene Minderheitsgebiete von der nigerianischen Armee erobert worden waren, fanden sich einzelne Zeugen, die behaupteten, die Ibo hätten schauerliche Pogrome unter den Minderheiten angerichtet. Die westliche Welt erschrak über diese Berichte, die extremistischen Anhänger von Lagos dagegen waren entzückt. Da war die Rede von mehreren hundert Menschen, die man zusammengetrieben und gezwungen hatte, ihre eigenen Gräber zu schaufeln, ehe man sie erschoss - ganz nach dem Muster der ›Einsatzgruppen‹ der Nazis in Osteuropa. Die römischkatholischen (europäischen) Priester einiger dieser Gemeinden, wo sich die angeblichen Massaker abgespielt haben sollen, befinden sich jetzt im unbesetzten Teil von Biafra, und einer von ihnen sagte mir: »Ich war damals dort. So etwas hätte sich ganz unmöglich ereignen können, ohne daß die ganze Gemeinde es gewußt hätte. Ich hätte es bestimmt erfahren, und ich weiß absolut nichts davon.«

Einer seiner Vorgesetzten fügte hinzu: »In diesem Land kann nichts passieren, was von den Gemeindepriestern nicht sofort beobachtet wird. Wir fahren täglich in die entlegensten Gebiete, um die Beichte abzunehmen, und wir hören auch, was die Menschen untereinander reden. Nicht nur der Gemeindepfarrer, der ganze Orden würde bald jede Einzelheit erfahren. Wenn irgend etwas dieser Art passieren würde, wäre ich sofort bei Oberst Ojukwu.«

Man kann sich kaum vorstellen, daß zwei vernünftige Iren in mittlerem Alter sich die Mühe machen sollten, eine solche Sache zu verheimlichen, vorausgesetzt, sie sei wirklich passiert, außer sie fürchteten Repressalien. Wer aber Oberst Ojukwu und

Biafra kennt, weiß genau, daß er kein Tyrann ist, der sich an Priestern schadlos hält und weiß auch, daß jeder Versuch von seiner Seite, sich an der römisch-katholischen Kirche in Biafra zu rächen, das Ende seiner Despotie bedeuten würde.

Über die Morde an ausgesuchten Gemeindeoberhäuptern haben bisher ausschließlich biafranische Zeugen ausgesagt. Sie berichten von der Hinrichtung von Lehrern, Häuptlingen und Ältesten an allen möglichen Orten, aber vor allem in den Minderheitengebieten. Das kommt daher, daß diese Gebiete den größten Teil des eroberten Territoriums ausmachen und teils daher, daß die Ibo nicht dort blieben, weil sie keine Hoffnung mehr auf Schonung hatten. Berichte über die Ausrottung der Männer der Zivilbevölkerung kamen aus Ikot Ekpene, Uyo und Annang (Ibibio-Gebiet), aus Degema, Brass und Bonny (Rivers-Gebiet - die Könige von Bonny, Opobo und Kalabari befinden sich inzwischen wie Oberst Ojukwu im Exil), aus Calabar (Gebiet der Efik und Calabar), aus Ugep, Itigide und Ndiba (Gebiete der Ekoi, Igbo und der Süd-Ogoja) und aus Ogoni und Ikwerra, die von gleichnamigen Stämmen bewohnt werden. In vielen Fällen sollen die Hinrichtungen angeblich öffentlich gewesen sein. Man habe die Dorfbevölkerung auf dem Hauptplatz zusammengetrieben und gezwungen, zuzusehen. Auffallend ist hier, daß die meisten Flüchtlinge aus den Minderheitengebieten erst nach mehreren Tagen oder Wochen Besatzung durch die Front ins unbesetzte Biafra kamen.

Der Luftkrieg ist und bleibt eine umstrittene Sache. Wenn Bomber und Kampfflugzeuge bestimmte Ziele am Boden angreifen, kommen immer auch Zivilisten um. Seit Guernica hat sich die Welt sogar an Vergeltungsangriffe und Bomben gegen zivile Ziele gewöhnt. Im Zweiten Weltkrieg haben die Bomber der beiden Gegner die Städte auf beiden Seiten Tag und Nacht in Staub gelegt. Aber die nigerianische Luftwaffe mit ihren russischen Maschinen und meist ägyptischen Piloten hat sich auch sonst an keine Regeln gehalten. Nur selten hat sie ihre

eigenen Bodentruppen unterstützt oder die biafranischen Bodentruppen angegriffen, und wenn, flogen sie mit Vorliebe in großer Höhe außerhalb der Reichweite leichter Geschütze und ließen ihre Bomben auf gut Glück fallen, was hieß, daß sie gewöhnlich im Busch landeten. Verteidigte biafranische Stellungen von strategischer Bedeutung - Brücken, Eisenbahndepots oder Kasernen - wurden selten getroffen oder auch nur ernsthaft angegriffen, weil dort meist ein Bofor (4cm-Zwillingsflak) oder ein schweres Maschinengewehr postiert war.

Der Luftkrieg richtete sich vor allem gegen die Zivilbevölkerung. Von Unfällen oder Fehlern kann man wirklich nicht sprechen, dazu dröhnten die Bomber oder Kampfflugzeuge viel zu oft in geringer Höhe heran und ließen ihre Ladung mitten in dichtgedrängte Ansammlungen von Menschen fallen. Besonders Krankenhäuser (und alles andere, was ein Rotes Kreuz trug, wie der Hilfsflughafen von Obilagu), Kirchen während des Sonntags-Gottesdiensts und Marktplätze am Mittag scheinen beliebte Ziele gewesen zu sein - jeder weiß, daß die Märkte in Afrika von Frauen beherrscht werden, die meist ihr Baby in einem Tuch auf dem Rücken tragen. Am 17. Februar hat ein Bomber auf dem Markt von Awgu in einer knappen Minute 103 Menschen getötet und im Oktober kamen auf dem Markt von Aguleri 510 Menschen um. Die einzelnen Angriffe sind nicht mehr zu zählen, es gab mehr als 5.000 Tote und mehrere tausend wurden für ihr Leben zu Krüppeln.

Gowon hat immer wieder beteuert, er ließe nur militärische Ziele angreifen, aber das beweist nur, daß er seine Luftwaffe ebenso wenig in der Hand hatte wie seine Armee. Die Angriffe waren zwar unterschiedlich in ihrer Stärke, aber sie dauerten während des ganzen Krieges an. Während dieses Buch in Umuahia geschrieben wurde, haben MiG 17 und Ilyushins 28 während der Weihnachtswoche die vereinbarte Waffenruhe sechsmal gebrochen und mit ihren Bomben, Raketen und Bordwaffen über 100 Menschen getötet und weitere 300

verwundet.

Die Rechtsgelehrten sind sich noch nicht einig, ob der Einsatz von Flugzeugen und Sprengstoff gegen hilflose Zivilisten, um Verluste zu erzeugen, die Spitäler vollzustopfen und Terror schlimmster Art zu verbreiten, als genocider Tatbestand gelten soll.

»Man kann sagen, daß das (der Massen-Hungertod) eine legitime Kriegswaffe ist«, erklärte Häuptling Anthony Enahoro, Kommissar des nigerianischen Nachrichtendienstes und allgemein als wichtigster Politiker in Lagos betrachtet, auf einer Pressekonferenz in New York im Juli 1968. Bei den Friedensgesprächen in Niamey in Niger weigerte sich zwei Wochen später der Führer der nigerianischen Delegation, weiter über die Einrichtung eines Korridors für Nahrungsmitteltransporte zu diskutieren, mit den Worten: »Hungertod ist eine legitime Kriegswaffe, und wir sind fest entschlossen, sie gegen die Rebellen einzusetzen.«

Die Äußerungen dieser beiden Spitzenpolitiker müssen als repräsentativ für die Politik der Regierung gelten. Enahoro hat eine ganz bestimmte Weltanschauung und eine bewußte Absicht zum Ausdruck gebracht - was danach geschah, läßt sich also wirklich nicht als bedauerliche, aber unvermeidliche Nebenerscheinung des Krieges wegdiskutieren. Lebensmittel waren in ausreichender Menge verfügbar, es gab genügend Transportmöglichkeiten, um sie an die notleidenden Menschen heranzubringen, und trotzdem mußten fünfhunderttausend Kinder, schwangere Frauen und stillende Mütter an Unterernährung, Hunger und den sie begleitenden Krankheiten zugrunde gehen.

Technisch hatte es keine Schwierigkeiten bereitet, Lebensmittel in die Gebiete zu transportieren, die weit jenseits der vorgeschobenen nigerianischen Stellungen lagen. Internationale Organisationen hatten Schiffe, Flugzeuge, Hubschrauber, Lastwagen, Güterwagen und technisches

Personal zur Verfügung. Diese Leute beklagten sich binnen kurzem bitter darüber, daß die nigerianische Armee sie an ihrer Arbeit hindere. Da wurde ein Schiff requiriert oder ein Flugzeug, Lebensmittel wurden abgeladen, um Platz für Waffen, Soldaten und Munition zu machen. Säcke mit Nahrungsmitteln landeten in den Gräben der Bundes-Truppen oder auf dem schwarzen Markt. Ein paar Helfer kündigten aus Protest. Erst als die nächtliche Luftbrücke nach den biafranisch besetzten Gebieten (die eigentlich immer noch illegal war) endlich den Nahrungsmangel unter Kontrolle gebracht und wenigstens zeitweilig die Kinder gerettet hatte, gab Mr. Wilson zu, wenn es schwierig sei, Hilfstransporte auf der Straße wenigstens in die nigerianisch besetzten Gebiete zu bringen, so läge das am Widerstand der Bundestruppen.

Die United Nations Convention on Genocide spricht in der zweiten Hälfte des Satzes von ›völkischen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppen‹. Ob man die Biafraner nun als Volk oder als selbständige rassische Gruppe betrachtet, zweifellos fallen sie in diese Kategorien. Mit dem Begriff ›Absicht‹ in Artikel Zwei ist es schon schwieriger. Absicht, wenn sie nicht gerade schriftlich fixiert ist, läßt sich nicht so leicht nachweisen, weil es sich um einen inneren Vorgang handelt.

Absicht kann aber auch aus dem Fehlen jeder anderen plausiblen Erklärung hervorgehen. General Gowon behauptete, er habe nichts gegen die Ibo, weder gegen ihre Führer noch gegen das Volk, und zeigte sich gleichzeitig außerstande, wirkungsvolle Schritte zu unternehmen, um seine Truppen von ihrem Vorgehen abzuhalten, das die ganze Welt schockierte.

Manchmal kamen aber auch Beweise einer Absicht ans Licht, aus dem Mund von führenden Politikern und Beamten und durch die regierungshörigen Propagandamedien auf nigerianischer Seite.

Dr. Conor Cruise O'Brien schreibt am 21. Dezember 1967 in

der ›New York Review‹: »Leider findet sich diese (Gowons) aufgeklärte Haltung nur an der Spitze: Ein Polizeioffizier in Lagos soll im vergangenen Monat gesagt haben, man müsse ›die Zahl der Ibo kräftig reduzieren‹.«

George T. Orick in ›The World Game of Patronization‹: »Die biafranische Zivilbevölkerung weiß, daß die Bundestruppen in den umkämpften Gebieten bisher mehr als 10.000 Unbeteiligte abgeschlachtet haben. Deshalb wissen sie auch, woran sie sind, wenn ihnen Radio Lagos die Sicherheit verspricht, während gleichzeitig Radio Kaduna im Norden Sendungen ausstrahlt, in denen es um die ›Endlösung‹ des Ibo-Problems geht und diejenigen Ibo-Führer, die zur Hinrichtung bestimmt sind, namentlich aufgeführt werden. Wenn die widerspenstigen Biafraner kein Zeichen des Nachgebens erkennen lassen, dann deshalb, weil sie selber wissen, daß sie buchstäblich um ihr Leben kämpfen.«

Das Sendezeichen des von der Regierung kontrollierten Radio Kaduna ist ein Hausa-Gesang, übersetzt: »Laßt uns hingehen und sie vernichten. Wir wollen ihren Besitz plündern, ihre Frauen vergewaltigen und ihre Männer töten, ihnen soll nichts bleiben als ihre Tränen. Laßt uns das Pogrom von 1966 vollenden.«

Edmund C. Schwarzenbach schreibt in der ›Swiss Review of Africa‹ vom Februar 1968:

»Ein Gespräch mit einem der eindrucksvollsten Minister ergab wertvolle Einblicke in die politischen Ziele der Bundes-Regierung... Der Minister sprach von der Wiedereingliederung der Ibo in den zukünftigen Staat... Das Kriegsziel und damit eigentlich die Lösung für das Problem als Ganzes sei, ›die Ibo zukünftig in ihrem eigenen Interesse zu benachteiligen‹.« Zu dieser Diskriminierung müsse vor allem die Herauslösung derjenigen ölreichen Gebiete der Ost-Region gehören, die zu Beginn der Kolonialperiode 1900 nicht von Ibo bewohnt waren, und zwar auf der Basis des geplanten Zwölf-Länder-Staats.

Außerdem müsse die Bewegungsfreiheit der Ibo eingeschränkt werden, um sie daran zu hindern, von neuem in andere Landesteile vorzudringen... »Den Ibo irgendeinen Zugang zum Meer zu lassen«, erklärte der Minister, »käme überhaupt nicht in Frage.«

Die Erwähnung eines geplanten Zwölf-Länder-Staats besagt, daß dieses Gespräch stattgefunden haben muß, ehe der Osten sich von Nigeria trennte. Nach Kriegsausbruch sagte mir ein erfahrener kanadischer Korrespondent: »Ich habe vorige Woche mit Enahoro gesprochen und ihn gefragt, ob die Ibo sich nach dem Krieg in Nigeria überhaupt frei bewegen dürfen sollten. Er antwortete: ›Die Burschen von der Armee haben mir jedenfalls gesagt, daß sie nie mehr als 50.000 Ibo außerhalb des Mittelostens (East Central State) dulden werden. ‹«

Kein Autor kann sich die Funktionen eines Untersuchungsrichters oder eine Staatsanwalts anmaßen. Was hier an Beweismaterial angeboten wird, ist wie alles sonst verfügbare Beweismaterial nur die Spitze eines Eisbergs. Ein vollständiges Bild könnte sich höchstens aus der Arbeit eines hauptberuflichen Teams von Rechercheuren ergeben, die im Rahmen eines unabhängigen Tribunals tätig werden müßten. Die Masse an Dokumentation müßte dann von einem Ausschuß juristischer Experten geprüft werden, ehe man zu einem ernst zu nehmenden Richterspruch käme, und selbst der liefе zunächst wohl nur auf die Feststellung eines Falles *prima facie* hinaus.

Trotz allem lassen sich an diesem Punkt bereits ein paar Dinge mit absoluter Sicherheit festhalten. Was immer geschehen ist: Die nigerianische Militärregierung und ihr Oberkommandierender können sich der juristischen Verantwortung nicht entziehen. Zweitens gibt es bereits Prima-facie-Verfahren gegen einzelne nigerianische Armee-Kommandeure wegen Aufwiegelung und Verantwortung für zahlreiche und eindeutige Fälle von Massenmord weit über militärische Erfordernisse hinaus.

Drittens ist die Anklage auf Völkermord viel zu schwerwiegend, als daß die weltweite Autorität, die die Unterzeichner der Convention on Genocide den Vereinten Nationen übertragen haben, warten dürfte, bis eine nachträgliche Untersuchung stattfindet, oder überhaupt keine. Wenn die Convention mehr sein will als ein nutzloses Stück Papier, müßte ein gemäßigter Verdacht auf Völkermord sie bereits zu einer Untersuchung veranlassen. Dieser begründete Verdacht existierte seit Monaten und die Vereinten Nationen brechen ihr Wort, wenn sie eine Prüfung nach Artikel Eins weiter verweigern.

Was immer man den Nigerianern vorwerfen mag, die britische Regierung unter Mr. Harold Wilson hat sich freiwillig zu ihrem bedingungslosen Komplizen gemacht. Seit dem Dezember ging es nicht mehr um die Frage der Neutralität, der aktiven Neutralität, der Unwissenheit oder der Hilfe für eine befreundete Regierung. Die Mittäterschaft ist einwandfrei erwiesen.

Die Zeitschrift ›Spectator‹, die sonst nicht gerade zu wilden Übertreibungen neigt, schrieb in ihrem Leitartikel vom 31. Mai 1968: »Zum erstenmal in unserer Geschichte hat sich England als aktiver Mitschuldiger an der geplanten Abschlachtung von Hunderttausenden von Männern, Frauen und Kindern beteiligt, deren einziges Verbrechen darin bestand, daß sie einem geächteten Volk angehörten - kurz: am Völkermord. Und die Engländer haben genauso wie die gleichgültige Opposition ihre Blicke abgewendet und die Regierung nicht daran gehindert, ihren schändlichen Weg zu Ende zu gehen.«

14

Die Rolle der Presse

Im großen und ganzen hat die Welpresse den Krieg zwischen Nigeria und Biafra angemessen behandelt, wenn es auch eine Zeitlang dauerte, bis die Story flott war, wie wir Journalisten sagen.

Zu Beginn des Krieges wurde es für kurze Zeit lebendig. Journalisten begaben sich schnell mal für eine Woche nach Biafra, länger werde die Sache nicht dauern, glaubte man. Außerdem ist es nicht einfach, einem ausländischen Chefredakteur einen afrikanischen Krieg ›zu verkaufen‹, weil er weiß, daß seine Leser allmählich von gewalttätigen Vorgängen in Afrika genug haben. Die große Mehrheit der Massenmedien in der Welt wird von den Weißen beherrscht. Sie machen die meisten Zeitungen, Zeitschriften, Radiosendungen und Fernsehprogramme und sie machen sie vor allem für ein weißes Publikum.

Die Presse in Asien und Südamerika ist immer noch sehr beschränkt, mit ihren verhältnismäßig wenigen Auslandsmeldungen hängt sie ganz von den internationalen Agenturen ab. In Afrika gibt es kaum das, was man in Europa und Nordamerika unter einer Zeitung versteht. Die Verbreitung von Nachrichten geschieht hauptsächlich durch den Rundfunk, und da beherrschen die großen Sender der Engländer, Amerikaner, Ägypter, Russen und Chinesen den Äther, die jedes Ereignis im Sinne ihrer jeweiligen Regierungspolitik kommentieren.

Noch im Frühjahr 1968 hatten die meisten Menschen in Westeuropa und Nordamerika den Krieg fast vergessen. Es gab zwar ein paar Artikel, aber kaum eine gründliche Analyse, und wenn gelegentlich die Story in irgendeinem Organ eine Woche

lang lief, dann deshalb, weil die Redaktion keine Spesen verschwenden wollte, wenn ihr Mann nun schon mal acht Tage dort war. Außerhalb Nigerias blieb das nationale Gewissen ungerührt und es gab auch keine öffentlichen Reaktionen.

Dann kamen Mitte April vier Reporter für die bedeutendsten englischen Zeitungen ins Land: William Norris von ›The Times‹, Walter Partington vom ›Daily Express‹, Richard Hall vom ›Manchester Guardian‹ und Norman Kirkham vom ›Daily Telegraph‹. Sie waren dabei, als Aba von einer Ilyushin 28 der nigerianischen Luftwaffe bombardiert wurde und über achtzig Menschen getötet und fast hundert verletzt wurden. Der plötzliche Einbruch roher Gewalt in den Frieden der Mittagshitze, eine Straße, die in Sekunden in ein Schlachthaus verwandelt wurde, die zerfetzten Leichen überall - das waren Eindrücke, die sie nicht mehr vergaßen. Alle vier schrieben äußerst anschauliche Berichte über den Angriff und zwei ließen im Ton ihrer Telegramme keinen Zweifel daran, was sie davon hielten. Durch diese Schilderungen wurde das öffentliche Bewußtsein in England zum erstenmal geweckt.

Mitte Mai erschien ein Artikel von mir in der ›Sunday Times‹ und stieß auf einiges Interesse. Mein Bericht war das Ergebnis von zehn Wochen, die ich bei der biafranischen Armee zugebracht hatte, oft bei den Kommandoeinheiten, die Überfallangriffe hinter den nigerianischen Linien machten und sich sofort wieder zurückzogen. Ich hatte mit eigenen Augen gesehen, wie die nigerianische Armee mit der zivilen Ibo-Bevölkerung umging. General Gowon in Lagos hat dann alles, was ich gesehen und geschildert hatte, erbittert zurückgewiesen, aber mein Artikel ist heute noch einer der wenigen Augenzeugenberichte eines Ausländers.

Der große Umschwung kam im Juni. Damals bereiste der Commonwealth-Korrespondent des ›Sun‹, Michael Leapman, Biafra und beobachtete überall an den Kindern die ersten Anzeichen von Hunger und Unterernährung. Leapman kam

hinter die Geschichte und der ›Sun‹ brachte sie tagelang auf mehreren Seiten, damit war Biafra in den Schlagzeilen, und es ging weiter. Auf einmal hörte man auf die Biafraner, die sich in London um Unterstützung für ihre Sache bemühten. Die Fragen im Parlament wurden hartnäckiger und bezogen sich nicht nur auf das Problem der Hilfeleistung für Biafra, sondern auch auf die englischen Waffenlieferungen an Nigeria.

Der Wind erhob sich zum Sturm. Trupps von Journalisten kamen nach Biafra, um über das Leid der Kinder zu berichten und auch um nach anderen ›Aufhängern‹ zu suchen. Ihre Artikel erschütterten das Gewissen der Welt, zwei Monate nach England begann es sich in Westeuropa zu rühren, die Proteste in fast allen meinungsbildenden Organen reichten vom Eisernen Vorhang bis zur Galway Bay.

Im Herbst arbeiteten bereits Tausende von Briten und Europäern für ein Land, das sie nie gesehen hatten und dessen Volk sie wohl kaum kannten. Sie sammelten Geld, sie gingen auf die Straße und demonstrierten, traten in den Hungerstreik, ließen ganzseitige Zeitungsanzeigen erscheinen, fuhrten überall herum und hielten Vorträge, belagerten das Parlament und forderten zum Handeln auf.

Die britische Regierung sah sich gezwungen, mehr und mehr unbequeme Fragen zu beantworten, zweimal wurde im Parlament über Biafra debattiert, man leugnete, versprach, erklärte - und spendete auch. Trotz aller anfänglichen Versicherungen, England werde im Fall eines weiteren schweren Angriffs und mehr ›überflüssiger Verluste‹ in Biafra genötigt sein, ›seine Politik nicht nur zu überdenken‹, ließ sich das Parlament nicht überzeugen.

Inzwischen hatten die Tschechoslowakei, Belgien und Holland erklärt, sie würden keine Waffen mehr nach Nigeria liefern und die bestehenden Verträge gekündigt. Italien tat ohne ein Wort dasselbe. Die Amerikaner sagten, sie hätten ohnehin nie welche geliefert, so auch die Franzosen und Deutschen.

Auf der ›Englischen Woche‹ in Basel gab es Demonstrationen gegen die englische Regierung und die Veranstaltung mußte abgebrochen werden. In Downing Street wurden Scheiben eingeworfen.

Die Pressekampagne ging weiter und die Artikel wurden verschlungen. Im Rückblick wirkt es eigenartig, daß - bei allen eigenständigen Bemühungen der biafranischen Publizisten und Lobbyisten - letztlich das unermüdliche Klappern der Schreibmaschinen und Klicken der Kameras den halbvergessenen Kampf Biafras aus dem Busch auf die Ebene der Weltpolitik befördert hat. Wieder einmal zeigte sich, was für einen starken Einfluß die Presse auf die Meinungsbildung ausüben kann, wenn ihre Organe zusammenarbeiten.

Die Rundfunksender in Afrika unterstehen meist der jeweiligen Regierung und haben die Aufgabe, die Haltung dieser Regierung zu verbreiten, daher konzentrierten sie sich in der Nachrichtengebung vorwiegend auf Nigeria. Seltsamerweise haben sich oft gerade die ›Experten‹ für Westafrika geirrt, die besten Sendungen stammten von gewöhnlichen Journalisten, die schlicht wiedergaben, was sie gesehen hatten. Im Anfang machten sich die meisten Veteranen des westafrikanischen Sendebezirks für einen schnellen Sieg der Nigerianer stark und fielen hoffnungslos herein. Ihre Berichte lesen sich heute beinahe amüsant. Damals wurden die wenigen, die einen langen und blutigen Krieg zwischen Nigeria und Biafra befürchteten, mit Ungewissem Ende und bedroht von allen Gefahren internationalen Eingreifens und zwangsläufiger Eskalation, entweder hochnäsiger als naive Trottel betrachtet oder als verblendete Freunde der Ibo.

In den Monaten danach machten die Afrikaexperten alle möglichen Verrenkungen, um Ausreden zu finden, warum der rasche Sieg der Nigerianer auf sich warten lasse. Ein feindseliger Ton schlich sich in die Telegramme der nüchternsten Berichtersteller ein, gerichtet gegen jenes

eingebildete Volk, das sich seinem Schicksal einfach nicht fügen wollte.

Die älteren Korrespondenten der Establishmentpresse sind den bestehenden Machtgruppen meist zu eng verbunden und erliegen leicht den Einflüsterungen ihrer ›Freunde‹. Das Establishment in London und Lagos stand absolut hinter Nigeria. Die Korrespondenten bewegten sich zwischen dem Commonwealth Office und den rechten Parteien auf der einen Seite und Häuptling Anthony Enahoros Amt und der Cocktail-Bar des Ikoyi-Hotels auf der andern und glaubten lieber, was man ihnen sagte, anstatt sich selber auf die Beine zu machen und eigene Eindrücke von den Ereignissen zu gewinnen. Geboren für den Status quo und ängstlich auf ihre bequeme Existenz am Rande der glänzenden Diplomatenwelt bedacht, haben sie manchmal derart einseitig berichtet, daß man beinahe glauben könnte, es sei ihnen mehr um ihre Selbstrechtfertigung gegangen als um eine realistische Einschätzung der Lage. Mit zwei bedeutenden Ausnahmen: Walter Schwarz, der Westafrika-Korrespondent des ›Manchester Guardian‹, und Michael Leapman, Commonwealth-Korrespondent des ›Sun‹. Beide haben bewiesen, daß man sehr wohl ausgewogene und objektive Berichte schreiben kann, beide haben sich weder auf die eine noch auf die andere Seite geschlagen und dabei aus ehrlicher Überzeugung Dinge gesagt, die für beide Seiten keineswegs schmeichelhaft waren. Seltsamerweise sind diese beiden Korrespondenten, die im Gegensatz zu anderen Kollegen nirgendwo Partei ergriffen haben, in beiden Ländern heute noch beliebt und geschätzt.

Vor allem der Auslandsdienst der BBC und da besonders der Afrikadienst haben sich damals einiges geleistet. Den ganzen Krieg hindurch staunten Hörer und manche Mitarbeiter immer wieder, wie viele und wie verschiedenartige Fehlinterpretationen in diesen Programmen gebracht wurden. Man mischte leitartikelähnliche Kommentare großzügig mit angeblichen

Tatsachenberichten aus Lagos, und nach kurzer Zeit waren alle nächtlichen Zuhörer in Biafra, ob schwarz oder weiß, ziemlich überzeugt, daß die Nachrichtengebung stark pro-nigerianisch beeinflußt war.

Da gab es anschauliche Schilderungen von Ereignissen im Innern Biafras, die in Wirklichkeit nie stattgefunden hatten, noch lange, ehe nigerianische Truppen überhaupt in eine Stadt eingedrungen waren, wurde sie bereits als gefallen gemeldet und man stellte alle möglichen Spekulationen an, die offensichtlich auf nichts als Gerede oder auf den allzu optimistischen Hoffnungen der nigerianischen Politiker beruhten. So hieß es zum Beispiel einmal, als Oberst Ojukwu als überzeugter Katholik sich 1968 für eine Fastenwoche zurückgezogen hatte, er sei geflohen oder einem Putsch zum Opfer gefallen. Ein andermal sollte in Umuahia eine Massendemonstration für Tschou Enlai stattgefunden haben. Von beidem war keine Rede.

Im großen und ganzen mußte ein uneingeweihter Zuhörer annehmen, die Nigerianer hätten absolut recht und die Biafraner absolut unrecht und stünden außerdem dauernd am Rand des Zusammenbruchs, was die schlimmste Irreführung war. Während der ganzen Zeit bewegte sich die Berichterstattung des Auslandsdienstes weit unterhalb der journalistischen Qualität, die man von BBC erwartet und auf die der Sender sonst so stolz ist.

Viele Biafraner fanden das widerwärtig und die im Lande lebenden Engländer fühlten sich ziemlich ernüchtert. Die Biafraner jedenfalls erklärten sich die Haltung der Redaktionen von Bush House damit, daß das Jahresbudget des Auslandsdienstes der BBC nicht vom englischen Gebührenzahler aufgebracht wurde, sondern durch eine Sonderanweisung der Schatzkanzlei über das Außenministerium und das Commonwealth Office. Eine bemerkenswerte Ausnahme bildeten die Berichte, die John Osman, der Commonwealth-Korrespondent der BBC, von Nigeria aus

schrieb. Die Berichte dieses umsichtigen und gewissenhaften Reporters waren objektiv und ausgewogen, was prompt zur Folge hatte, daß Oberst Adekunle ihn mit großem Aufwand an Temperament aus Port Harcourt auswies.

Von allen englischen Zeitungen, wahrscheinlich von allen Zeitungen überhaupt, hat die Londoner ›Times‹ am konsequentesten, ausführlichsten, gerechtesten und ausgewogensten über beide Seiten in diesem Krieg berichtet. Nur der ›Times‹ ist es gelungen, mit stets derselben hohen journalistischen Qualität von Tatsachen zu berichten, wo und wann immer man an sie herankam, und sie durch eine Reihe umfassender und informativer Features zu ergänzen. Michael Wolfers, einer der Korrespondenten, stellte durch seine Arbeit manche seiner Kollegen bloß, indem er bewies, wie man aus Lagos berichten kann, ohne sich in das Sprachrohr irgendeines Vertreters der Nigerianer oder der britischen Hochkommission und deren krasser Äußerungen zu verwandeln. Er beschränkte seine Berichte auf sachliche Informationen über das, was in der nigerianischen Hauptstadt vor seinen Augen geschah, er verzichtete auf Spekulationen über Dinge, die vierhundert Meilen entfernt ›vielleicht‹ passieren könnten. Wolfers Artikel während seines Aufenthalts in Lagos im Jahr 1969 sind in ihrer Gesamtheit ein Anschauungsunterricht dafür, wie Auslandsberichte sein sollten.

Im Februar und März steigerte sich das Interesse des britischen Parlaments, der Öffentlichkeit und der Presse wieder einmal - diesmal hervorgerufen durch eine Serie von Reportagen und Artikeln, mit denen die ›Times‹ Winston Churchill beauftragt hatte.

Mit diesem Auftrag bewaffnet, fuhr Churchill zuerst nach Nigeria, dann nach Biafra. Nach seiner Rückkehr sagte er mir, er sei nach seinem Besuch in Nigeria mit der festen Überzeugung nach London zurückgefliegen, daß keine zivilen Zentren

bombardiert würden und daß die Zahlen der Opfer der Hungersnot stark übertrieben seien. Diese Überzeugung habe er vor allem aus den Versicherungen des britischen Hochkommissars, Sir David Hunt, und des britischen Militär-Attaches, Oberst Bob Scott, bezogen. Nach ein paar Tagen in Biafra war er erschüttert. Nachdem Churchill das volle Ausmaß der Hungersnot, die durch die Blockade entstanden war, gesehen hatte und Zeuge der Terrortaktik der nigerianischen Luftwaffe geworden war, kam er zu der Ansicht, offenbar wisse in den offiziellen Kreisen Englands niemand, was wirklich vor sich ging. Als erster Journalist besaß er den Mut, gleich in seinem ersten Bericht zu sagen, ›er schäme sich‹, auf die falschen Informationen von Lagos hereingefallen zu sein.

Churchills Artikel enthielten zwar nichts grundsätzlich Neues - Hunger und Bombenterror waren monatelang weder kommentiert noch als Tatsachen anerkannt worden - aber sie lösten trotzdem eine Flut von anderen Artikeln, Leserbriefen und öffentlicher Besorgnis in London aus. Außerdem trugen sie zur Glaubwürdigkeit jener Handvoll Journalisten bei, die bereits bisher allein die Ansicht vertraten, es gebe keine militärische Lösung für die Krise. Auch mußte sich Fleet Street zum erstenmal gegen den Vorwurf verteidigen, die britische Hoch-Kommission in Lagos wie das Außen- und Commonwealth-Ministerium in London hätten verschiedene Journalisten verleumdet, die aus Biafra berichtet hatten, was sie sahen und zu welchen Schlußfolgerungen sie und ihre Kollegen aus anderen Ländern gelangt waren.

Als seine Artikel erschienen waren, verfuhr man gegen Churchill mit derselben Taktik. Am 12. März klagte die ›Times‹ in einem Leitartikel über eine ›kleinkarierte Kampagne‹ gegen Churchill und schloß strafend, es handle sich ›um einen Versuch, Tatsachen wie Hungersnot, Bombenangriffe und das Sterben von Menschen mit Hilfe von persönlichen Indiskretionen zu verkleistern.‹

Am nächsten Tag schrieb Michael Leapman in einer ›letter to the editor‹ in der ›Times‹, wie ein Beamter des Commonwealth Office sich erlaubt hatte, den stellvertretenden Chefredakteur einer Provinzzeitung anzurufen und ihn zu warnen, ja nichts zu glauben, was Leapman nach drei Aufenthalten in Biafra und einem in Nigeria zu sagen gehabt hatte. Leapman deutete außerdem an, es sei ein Gerücht ausgestreut worden, er habe sich von Ojukwu bestechen lassen.

Von da an unterließen die Beamten den Rufmord an Presseleuten. Die britische Presse konnte in Ruhe weiter über Nigeria-Biafra berichten.

Am 28. Juni erschien in der ›Times‹ ein Leitartikel, betitelt ›A Policy of Famine‹ (›Hunger als Mittel der Politik‹). Die ganze britische Politik dem Konflikt gegenüber wurde mit starken Worten, gründlicher Beweisführung und rückhaltlosem Abscheu angeprangert. Kein Regierungssprecher antwortete darauf. Bis Jahresende hatte sich mit Ausnahme des ›Daily Telegraph‹ jede bedeutendere englische Zeitung gegen die Politik der Regierung gewandt, Waffen nach Lagos zu schicken und damit zu helfen, den Krieg zu verlängern. Aber weder das Gewicht der Presse noch die Meinung der Kirchen oder des Labour-Parteitags taten auf Wilson und Stewart irgendeine Wirkung. Trotzdem kann man mit Recht feststellen, daß es nicht Schuld der britischen Presse ist, die alles in ihrer Macht Stehende getan hat, wenn England und seine Politik in einen schlechten Geruch gekommen sind.

15

Schlußfolgerung

Inzwischen sind nicht nur humanitäre Gruppen über das Ausmaß und mögliche Folgen des Krieges zwischen Nigeria und Biafra beunruhigt, sondern auch mächtige Staaten erkennen spät, aber doch die Gefahren für die Zukunft. Sie begreifen allmählich, daß die Situation nicht nur für Biafra große Risiken birgt, sondern ebenso für Nigeria und das übrige West-Afrika. Plötzlich reden alle von einer friedlichen Lösung - vor allem diejenigen, die bisher mit allen Kräften für eine rein militärische Lösung eingetreten sind, scheuen sich nicht, so zu tun, als hätten sie nie etwas anderes als einen Verhandlungsfrieden im Sinn gehabt.

Die Haltung der Biafraner ist eindeutig. Sie haben von Anfang des Krieges an erklärt, daß der Konflikt in ihren Augen ein Problem der Humanität und daher nicht mit militärischen, sondern nur mit Mitteln der Politik lösbar sei. Sie haben einen Waffenstillstand nach dem andern angeboten, wahrscheinlich weil sie die Hauptleidtragenden des Krieges waren. Aus welchen Gründen auch immer: Sie treten für ein Ende der Feindseligkeiten und für Friedensverhandlungen ein.

Das Haupthindernis liegt in der moralischen Verfassung der Biafraner. Als sie Nigeria verließen, ließen sie sich von drei Gefühlen leiten: Von dem Gefühl der Unerwünschtheit, dem Mißtrauen Lagos gegenüber und der Furcht vor Ausrottung. Inzwischen ist eine vierte Empfindung hinzugekommen, die schwieriger zu kontrollieren ist, tiefer sitzt und damit gefährlicher ist: Ein Gefühl von Haß, reinem, leidenschaftlichem und rachsüchtigem Haß.

Ein paar von denen, die jetzt vom Frieden sprechen, vor allem im englischen Parlament, scheinen zu glauben, es habe sich in

den vergangenen achtzehn Monaten nichts geändert. Dabei hat sich alles verändert. Es geht nicht darum, daß sich ein Heer von Krämerseelen zu einem Militärapparat zweifelhafter Qualität entwickelt hat, oder um den neuerlichen Zugang zu größeren Mengen an Waffen. Was zählt, ist die Moral der Menschen, die zusehen mußten, wie ihr Land zerschlagen und ausgeplündert wurde, wie ihre Kinder dahinsiechten und starben und die männliche Jugend zu Tausenden umkam. Zu Beginn des Krieges wären noch Zugeständnisse möglich gewesen, hätte man eine entschlossene Haltung eingenommen und sich als Vermittler angeboten - heute sind sie nicht mehr möglich. Vielleicht hätte man im Hochsommer 1967 wenigstens noch eine Föderation Nigeria retten können mit ausreichender wirtschaftlicher Zusammenarbeit der geeinigten Partner und alle ökonomischen Vorzüge einer Föderation ausschöpfen können. Ob das heute noch möglich wäre, ist zweifelhaft, zumindest in nächster Zukunft. Es ist sinnlos, wenn die Männer im dunkelgrauen Flanell jetzt von den Vorteilen eines geeinten, harmonischen Nigeria reden und sich wundern, daß die Biafraner das nicht wollen. Es ist zuviel Blut geflossen, zuviel Elend zugefügt und erlitten, zuviel Leben sinnlos geopfert worden, zu viele Tränen wurden vergossen und zuviel Bitterkeit erzeugt.

In Biafra macht sich heute niemand mehr Illusionen darüber, wie die Biafraner sich verhalten würden, bekämen sie jemals militärisch die Oberhand über ihre derzeitigen Todfeinde. Es wird lange dauern, bis sich ein Nigerianer wieder unbewaffnet und ohne Begleitung unter Biafraner wagen kann. Die einzig mögliche Folge einer militärisch erzwungenen ›Einheit‹ wäre eine totale, zeitlich unbegrenzte militärische Besetzung mit all ihren unvermeidlichen Erscheinungen: Aufstand und Vergeltung, Blutvergießen, Flucht in den Busch und Hungersnot. Die Gegensätze zwischen den beiden Völkern sind endgültig unlösbar geworden.

Das Volk von Biafra spricht einstimmig durch die Beratende

Versammlung und durch den Rat seiner Häuptlinge und Ältesten.

Oberst Ojukwu kann deren Wünsche oder besser Forderungen nicht übergehen - auch wenn man ihn noch so oft wegen angeblicher Unversöhnlichkeit, Verstocktheit und Halsstarrigkeit beschimpft.

Die Lage auf der nigerianischen Seite ist komplizierter. Vor allem hat die nigerianische Bevölkerung keine Stimme. Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen werden entweder von der Regierung kontrolliert oder von Männern geleitet, die wissen, daß es nicht guttut, wenn man die Regierungspolitik offen kritisiert. Intellektuelle ›Abweichler‹ befinden sich entweder wie Pete Enahoro und Tais Solarin im Exil, oder im Gefängnis wie Wole Soyinka. Die Häuptlinge, die gewöhnlich die Meinung des Volkes am besten vertreten, werden überhaupt nicht befragt.

Es ist eine interessante Überlegung, was wohl passieren würde, wenn General Gowon in seiner Kriegführung von einer Ratgebenden Versammlung abhängig wäre, die aus starken Gruppen der Landbevölkerung, der Akademiker, Vertreter der Gewerkschaften, des Handels und Frauengruppen zusammengesetzt wäre. Alle diese Gruppen sind inzwischen über die Kriegspolitik zunehmend beunruhigt, aber General Gowon braucht sie nicht zu befragen. Kürzlich hat er gegen eine Demonstration der Kakaobauern von Ibadan sogar Schußwaffen eingesetzt.

Als Folge bleibt das nigerianische Volk stumm und die Friedensstifter erfahren nicht, was es wirklich denkt. Sie müssen sich mit einem kleinen Regime von Männern als Gesprächspartner begnügen, die zuerst an ihre persönliche Karriere und zuletzt an das Wohlergehen ihres Volkes denken. Ein weiterer Beweis hierfür ist die offizielle Einladung an die Russen, in der Zukunft Nigerias eine der Hauptrollen zu spielen.

Bis jetzt ist dieses Regime bei seiner Haltung geblieben, eine

militärische Lösung sei nicht nur möglich, sondern stünde nahe bevor und gleich nach dem Sieg würden wieder normale Verhältnisse eintreten. Aber eine Geschichte wie die von Enugu, das vor einem Jahr erobert wurde und immer noch eine Geisterstadt ist, macht solche Theorien nicht besonders glaubhaft. Dazu hat die nigerianische Regierung festgestellt, jede Beendigung der Feindseligkeiten hinge von einer Reihe von Bedingungen ab, die Biafra als Grundlage der Verhandlungen akzeptieren müsse. Aber diese Vorbedingungen sind so umfassend, daß sie in Wirklichkeit alle jene Punkte enthalten, über die verhandelt werden müßte, zum Beispiel: die zukünftige Beschaffenheit von Biafra, Vereinbarungen über eine Föderation mit Nigeria, Selbstverteidigung etc.

Was die Nigerianer als Waffenstillstand bezeichnen, würde in Wirklichkeit die totale und bedingungslose Kapitulation von Biafra bedeuten, das damit an Händen und Füßen gebunden der nigerianischen Regierung und jeder Willkür ausgeliefert wäre. Man muß davon ausgehen, daß das Gowon-Regime seinen Glauben an eine endgültige militärische Lösung als einzige und letzte Antwort nicht aufgegeben hat.

Aber währenddem wächst die Gefahr. Alle bisherigen Bemühungen westlicher Staaten, einen Frieden herbeizuführen, sind gescheitert. Die meisten Regierungen haben sich offenbar lieber an die englische Politik des ›Händeweg‹ gehalten, an Mahnungen, das Commonwealth sei Englands Einflußsphäre wie eh und je, und an Versicherungen, es werde bald alles vorbei sein.

Die Politik der britischen Regierung ist zusammengebrochen. All die Erklärungen und Rechtfertigungen gründeten sich, wie sich inzwischen erwiesen hat, auf falsche Voraussetzungen. Selbst die Versicherung, diese Politik werde England so großen Einfluß auf die nigerianische Regierung bringen, daß man ihn für den Frieden einsetzen könne, war ein Schlag ins Wasser. England war einst ein bedeutender Ratgeber in Nigeria, aber

dieser Einfluß ist keineswegs gewachsen, sondern fast ganz geschwunden. Ironischerweise fühlen sich dieselben ›Falken‹, die England bewaffnet hat, jetzt stark genug, um nach neuen Freunden Ausschau zu halten. Das gibt die Regierung Wilson natürlich ungern zu, aber sie bringt auch nicht den Mut auf, entweder selbst etwas zu tun oder wenigstens ihren Vorbehalt anderen Mächten gegenüber aufzugeben.

Nur die Russen haben von dem derzeitigen Durcheinander profitiert, sie können jetzt immer stärker in das Leben Nigerias eindringen. Leider kann man nicht davon ausgehen, daß ihnen die Interessen des nigerianischen Volkes am Herzen liegen, im Gegenteil: Sie sind für Fortsetzung des Krieges, damit sich das nigerianische Regime immer tiefer bei ihnen verschuldet.

Nichts wird also den gegenwärtigen Stillstand auflösen können, ehe die nigerianische Regierung sich davon überzeugen läßt, daß ihre eigenen Interessen und ein unverzüglicher Waffenstillstand ein und dasselbe sind. Die diplomatischen Initiativen für einen solchen Umschwung können nur von den Großmächten ausgehen. Falls dann beide Seiten einen baldigen Waffenstillstand wünschen, müßte er wahrscheinlich von einer Friedenstruppe überwacht werden, entweder international zusammengesetzt oder von nur einer Schutzmacht gestellt, die beide Parteien akzeptieren. Nur auf dieser Grundlage hätte auch humanitäre Hilfe, und sei ihr Umfang noch so begrenzt, eine gewisse Aussicht auf Erfolg.

Mit Beginn der Normalisierung würden ausführliche Verhandlungen notwendig, um die Formel für einen dauerhaften Frieden zu finden. Gegenwärtig hätte offenbar keine derartige Formel Chancen, die nicht vom Willen des Volkes getragen wäre. Also müßte man eine Volksabstimmung durchführen, mindestens bei den Minderheiten, deren Schicksal im derzeitigen Krieg eine Schlüsselrolle gespielt hat.

Wenige glauben ernsthaft, daß ein auf das Ibo-Land begrenztes Biafra (das Gebiet, das die Nigerianer jetzt als Hast

Central State bezeichnen), ohne Zugang zum Meer und rundherum von Nigeria eingeschlossen, wirklich lebensfähig wäre. Außerdem bleiben die Nigerianer hartnäckig bei der Unterstellung, die Nicht-Ibo in den Gebieten, die sie heute die Southeastern und Rivers States nennen, seien von den Ibo gegen ihren Willen in die Sezession hineingezogen worden. Das ist eine ganz entscheidende Frage, die geprüft werden muß.

Bis jetzt ist General Gowon der einzige, der eine solche Probe verweigert. Allerdings muß man zugeben, daß die Situation gegenwärtig für die Durchführung einer Volksbefragung nicht günstig ist. Wenn sie jetzt stattfände, läge der Vorteil bei Nigeria. Seine Truppen halten das Gebiet besetzt und Millionen von Menschen der Minderheiten, die für Biafra stimmen würden, sind in die nicht besetzte Zone geflüchtet. Auf jeden Fall müßten Bedingungen für einen Volksentscheid geschaffen werden, die Proteste der einen oder andern Seite möglichst ausschalten. Am besten wäre eine Kontrolle durch eine Schützmacht und Kasernierung der Bundestruppen in den Stunden der Durchführung.

Was immer man überlegt und mutmaßt, alles bleibt Spekulation bis zu einem Waffenstillstand. Dabei ist es keineswegs Spekulation, wenn man sagt, jetzt am Ende des Jahres 1968 hätten sich die grundlegenden Gegensätze zwischen den Völkern östlich und westlich des Niger derart verschärft, daß nur irgendeine Form von Teilung weiteres Blutvergießen verhindern kann. Je länger sie hinausgeschoben wird, desto schlechter wird die Lage, der Haß immer tiefer, die Gefühle immer hemmungsloser und um so düsterer die Zukunft.

Nachwort

Nur das vorhergehende Kapitel, die »Schlußfolgerungen«, stammen vom Januar 1969. Alle anderen Kapitel des zweiten Teils sind auf den Stand vom Dezember 1969 gebracht worden.

Die Schlußfolgerungen konnten bleiben, denn auch im Dezember war kein Ende des Krieges abzusehen und sie waren immer noch ziemlich zutreffend. Der vierte Generalangriff hatte den Nigerianern Ende Dezember wenig eingebracht. Lord Carrington, Sprecher des Verteidigungsausschusses der konservativen Opposition, hatte eine Woche in Biafra zugebracht - das erste Mal in zweieinhalb Jahren, daß die Konservativen sich durch einen eigenen Mann informierten. Bei seiner Rückkehr am 22. Dezember erklärte er, seiner Meinung nach sei kein Ende des Krieges in Aussicht.

In der zweiten Januarwoche 1970 brach Biafra dann plötzlich zusammen. Bis zur Bewußtlosigkeit erschöpft und ohne Munition zogen die Soldaten einer Einheit an der Südfront heimlich ihre Uniformen aus und verschwanden im Busch. Die Nigerianer merkten nichts, und ein fähiger Kommandeur hätte dem Verfall sicherlich wehren können, aber der betreffende biafranische Offizier war schwach: Er bemerkte die Lücke in seinem Frontabschnitt nicht einmal. Die Soldaten rechts und links der Flüchtigen wurden von Angst ergriffen und rannten ihnen nach. Bald klaffte in der ganzen Verteidigungslinie ein Loch von Aba bis zur Brücke bei Okpuala.

Eine Patrouille nigerianischer Panzerwagen stieß nach Norden vor, traf auf keinerlei Widerstand und rollte weiter. Innerhalb eines Tages brach die Front zusammen. Die Überreste der Zwölften Division retteten sich in den Busch. Westlich zwischen der Brücke von Okpuala und dem Niger wurde die Vierzehnte

Division abgeschnitten. Auch hier ergriffen die erschöpften Soldaten die Flucht. Die nigerianische Dritte Division von Oberst Obasanjo war auf ihrem Weg ins unbesetzte Biafra und zum Flughafen Uli nicht mehr aufzuhalten. Widerstand gab es nicht, Männer, die seit Wochen nicht genug zu essen gehabt hatten, mußten den Kampf aufgeben.

Am 10. Januar sprach General Ojukwu in einer letzten Kabinettsitzung mit seinen Beratern. Sie waren fast einstimmig der Meinung, es sei sinnlos, dazubleiben und zu sterben, aber zu bleiben und in den Busch gejagt zu werden, brächte der ganzen Bevölkerung nur noch mehr Elend.

Am gleichen Abend fuhr er nach Einbruch der Dunkelheit nach Uli, im Süden grollte das nigerianische Geschützfeuer. Mit einer kleinen Gruppe von Mitarbeitern bestieg er die biafranische Super Constellation, die »Grey Ghost«, und flog ins Exil. Brigadegeneral Effiong als amtierender Staatschef bot vierundzwanzig Stunden später die Kapitulation an. Der lange Kampf war zu Ende.

In den sechs Jahren bis heute mußten die Biafraner für den Versuch, sich selbst zu befreien, auf verschiedenste Weise zahlen. Von General Gowons öffentlichem Versprechen, es werde keine Vergeltung geben, wurde viel Aufhebens gemacht. Kaum waren die Scheinwerfer des Fernsehens erloschen, bekamen die besiegten Biafraner bereits die Leere dieses Versprechens zu spüren. Die ausländischen Korrespondenten schickten letzte Telegramme und flogen heim. General Effiong, mit dem sich Gowon eben noch öffentlich umarmt hatte, wurde festgenommen und eingesperrt, andere folgten ihm. Oberst Onuatuegwu, Kommandeur der biafranischen Vierzehnten Division, wurde an einer einsamen Straße außerhalb Abakaliki erschossen. Die Gefängnisse füllten sich mit politischen Häftlingen.

Östlich des Niger wurde die ehemalige Ostregion, Biafra, entsprechend Gowons Dekret vom Mai 1967, das den ersten

Anstoß zur Sezession gegeben hatte, in drei Staaten aufgeteilt. Im Süden wurde der Rivers State gebildet unter einem Militärgouverneur namens Alfred Spiff. Im äußersten Südosten schuf man den Südoststaat unter einem gewissen Oberst Essuene. Die Ibo als stärkste Gruppe in Biafra bekamen den East Central State, klein wie eine Briefmarke. Hier blieb der Kollaborateur Ukpabi Asika, ein Ibo, als Gouverneur, dessen Regierung bald zu einem Begriff für Korruption wurde. Endlich wurde er entlassen und mußte sich für eine öffentliche Untersuchung im August 1975 zur Verfügung halten.

Unter Asika mußten die besiegten Ibo mancherlei Strafen erdulden. Das Land begann bald wieder zu blühen, nicht aus eigener Anstrengung, sondern durch ansteigende Ölgewinne, aber die Ibo waren kaum daran beteiligt. Sie bauten Ziegel um Ziegel ihre zerstörten Häuser wieder auf und deckten sie notdürftig, es gab kein geeignetes Material. Es gab kein Geld von der Zentralregierung. Die Straßen, früher gepflegte Landstraßen, verwandelten sich in Fahrspuren mit tiefen Schlaglöchern. Durch Massenausweisung der Missionare wurde die Infrastruktur der Volksschulen zerstört, die sie fast ausschließlich geleitet hatten. Ohne ausreichende Grundschulbildung war der Zugang zu Oberschule und College fast unmöglich. Die Ibo, die von allen afrikanischen Stämmen am bildungshungrigsten waren, empfanden das als eine fein eingefädelte, aber besonders brutale Rache.

Sonst schien es Nigeria gut zu gehen, zumindest oberflächlich betrachtet. Das Öleinkommen steigerte sich von Jahr zu Jahr, 1973 wurde der Ölpreis weltweit auf das Doppelte erhöht und dann noch einmal, als die OPEC ihren Streich gegen den ölverbrauchenden Westen führte. Die Offiziere, die jetzt an der Spitze waren, feierten Tag für Tag Weihnachten, ihre Politik hieß: kaufen, kaufen, kaufen. Sie hatten offenbar nicht begriffen, daß der Ölboom einmal ein Ende haben würde und investierten keineswegs in durchdachte Projekte, um den Lebensstandard der

Nigerianer zu heben, sondern in all die unsinnigen Konsumgüter, die der an Öldollars arme Westen anbot. Die Ölproduktion und die riesigen Beträge, die sie in England anlegten, machten sie in London sehr beliebt. Die britische Presse, die sich stets vom Denken des Londoner Establishments leiten läßt, machte aus Yakubu Gowon fast einen Heiligen, niemand durfte ein abträgliches Wort über ihn oder Nigeria schreiben.

Im Innern des Landes sah es nicht so rosig aus. Die unfähige Regierung versuchte der galoppierenden Inflation, die der Ölboom mit sich gebracht hatte, durch Einfrieren der Löhne zu begegnen und brachte damit den breiten Massen des Volkes noch mehr Elend. Außerdem erreichte die Korruption ein Maß, das selbst Westafrikaerfahrene Europäer erstaunte. Die nigerianische Armee behielt ihre Kriegsstärke nicht nur, sie wurde auf 240.000 Mann ausgebaut. Gegen Ende der Regierung Gowon erledigte sich diese Mißwirtschaft sozusagen selbst. Im Hafen von Lagos drängten sich über 400 Schiffe, die nicht entladen werden konnten. Das Telefon funktionierte nicht mehr. Die öffentlichen Dienste waren ein einziges Chaos. Die Straßen waren seit Jahren nicht mehr ausgebessert worden. Fast alle Kommunikationsmittel streikten. Da endlich begann auch die englische Presse, das Gowon-Regime zu kritisieren.

Am 29. Juli 1975, auf den Tag neun Jahre nachdem er über Ironsis Leiche an die Macht gekommen war, wohnte Gowon dem Gipfeltreffen der Organization for African Unity in Kampala in Uganda bei. Er wurde gestürzt, und zwar von denselben Hausa-Offizieren, die ihm damals zur Macht verholfen hatten. An seine Stelle trat General Murtala Mohammed, ein militärischer Stümper, der acht Jahre zuvor bei dem Versuch, bei Onitsha über den Niger zu setzen, fast seine eigene Zweite Division aufgerieben hatte. Er versprach, die Korruption abzuschaffen, entließ alle zwölf Gouverneure und ernannte neue Männer. Gowon ging nach England ins Exil und

tauchte bald unter den Studenten der Universität von Warwick auf. Er erklärte, er werde sich dem Studium der politischen Wissenschaften zuwenden, da es Zeit für ihn sei, etwas auf diesem Gebiet zu lernen.

Anstatt sich zu bessern, verschlechterte sich die Lage in Nigeria. Anfang Februar 1976 spazierte ein junger Offizier in aller Ruhe zu General Mohammeds Wagen, der in einer Verkehrsstockung festsaß und feuerte zwei Magazine seines Maschinengewehrs ins Innere. Mohammed war sofort tot. Der Putschversuch scheiterte aber und General Obasanjo, der einst auf Adekunle im Kommando der nigerianischen Dritten Division gefolgt war, trat an Mohammeds Stelle.

Während der ganzen Zeit befand sich der einzige Mann, der fähiger war als sie alle zusammen, in der Republik Elfenbeinküste im Exil - General Emeka Ojukwu, der dort buchstäblich mit einer 100-Dollar-Note als einzigem Besitz angekommen war. Er wird wohl der einzige westafrikanische Machthaber sein, der das Land ohne einen privaten Notgroschen verließ, den er aus öffentlichen Mitteln unterschlagen hatte. Und nicht nur das, er hatte jeden Pfennig seines persönlichen Vermögens für sein Volk verwendet. Nun besaß er nichts mehr.

Er fing von unten wieder an und gründete mit Hilfe eines kleinen Kredits von einem Freund eine Transportgesellschaft mit zwei Lastwagen. Bis Ende 1975 hatte er bereits eine Kette von Gesellschaften für Transport, Bau, Kiesförderung und Vertriebsrechte.

Jahr für Jahr schlüpfen zahllose Delegationen der Ibo und andere durch die nigerianische Grenze und besuchten ihn. Der Versuch des Gowon-Regimes, im East Central State einen Ibo zu finden, der das Charisma auslöschen würde, das Ojukwu für sein Volk besaß, scheiterte kläglich. Das Gegenteil trat ein. Verglichen mit der Korruption, die sie rundherum sahen, trat die Unbestechlichkeit der Ojukwu-Regierung bei den Nigerianern und nicht nur bei den Ibo umso deutlicher hervor. Delegationen

von Yoruba und Tiv baten, ob sie ihn im Exil aufsuchen dürfen.

Jahrelang konnten die Bewohner der Elfenbeinküste und die vielen französischen Beamten und Geschäftsleute, die es dort gibt, einfach nicht glauben, daß Ojukwu keinerlei Schatz aus öffentlichen Geldern Biafras in der Schweiz gehortet haben sollte. Als sie es endlich glaubten, bewunderten ihn die einen und die anderen hielten ihn für verrückt.

Im Herzland der Ibo begannen etwa 10.000 der gebildeten Elite für die Nigerianer zu arbeiten. Von den Spitzenleuten verlangte man, Ojukwu und dem Biafra, dem sie einst gedient hatten, formell abzuschwören, dann bekamen sie gut bezahlte Stellungen und es ging ihnen gut. Wer sich weigerte, sich Gowon zu unterwerfen, ging entweder in den Ruhestand oder ins Gefängnis oder es blieb ihm kaum etwas zum Leben.

Es war ein hartes Pflaster für die Ibo, die Bauern und kleinen Händler, Handwerker und Büroangestellten. Aber sie schafften es, sie arbeiteten den ganzen Tag und die halben Nächte und bauten sich eine Art neues Leben auf. Sie beobachteten, wie manche seiner früheren prominenten Berater Ojukwu verleugneten, sahen sie in ihren Limousinen vorbeifahren, schrieben sich die Namen auf und warteten ab. Nach den Eindrücken der Europäer, die im East Central State leben und arbeiten, hat die Loyalität der Bevölkerung zumindest bei der Mehrheit nicht gelitten. Sie lehnten die Ibo, die Lagos ihnen diktierter, stillschweigend ab und malten heimlich an Wände und an die Seiten ihrer Lastwagen ›Akareja kommt zurück‹. Die 80.000 Nigerianer, die den East Central State besetzt halten, stammen meist aus dem Norden und können das erste Wort deshalb nicht lesen: ›Akareja‹ ist Ibo und bedeutet ›der, der fortgegangen ist‹.

Nur die Götter wissen, ob Ojukwu jemals nach Nigeria zurückkehren wird. Die Ibo haben ein Sprichwort: Nichts Menschliches in dieser Welt ist ewig. Die Probleme Nigerias müssen sich unausweichlich verschärfen. Vielleicht wird man

dann einsehen, daß man sich über die Vergangenheit hinwegsetzen muß, da es in Lagos vor allem keinen Gowon mehr gibt, und daß Ojukwu zurückkehren sollte.

Er war und bleibt ein bedeutender Mann. Hätte er sich Gowon gebeugt, hätte er alles haben können. Er zog es vor, fast alles zu verlieren, sein Vermögen, seine Heimat, seinen Paß. Ihm blieb nur die Treue seines Volkes, jeder achtete ihn, sogar seine schlimmsten Feinde. Wer ihn kennt, darf annehmen, daß er mit seinem Schicksal im Einklang ist.

Irland, Februar 1976

Frederick Forsyth

Zeittafel zur Geschichte Nigerias und Biafras

etwa 500 v. Chr. bis etwa 200 n. Chr	Nok-Kultur in Zentralnigeria
zw. 700 u. 1000	Einwanderung der Haussavorfahren
12. Jh.	Islamisierung in den Haussastaaten und Bornu
etwa 13. Jh.	Ife-Bronzen
13. bis 15. Jh.	Einwanderung der Fulani.
15./16. Jh.	Höhepunkt des Beninreiches.
1472	Beginn der Handelsbeziehungen zwischen Portugal und Benin.
16. Jh.	Entstehung von Stadt-Königtümern an der Bucht von Biafra (Brass, Bonny, Opobo, Calabar) - Blühender Handel mit Europäern. Dorfdemokratien im Ibo-Hinterland.
Ende d. 16. Jh.	Einbeziehung der ›Sklavenküste‹ in den europäischen Sklavenhandel.
1804	Beginn des ›Heiligen Krieges‹ der Fulani unter Usman Dan Fodio gegen die Haussa-Staaten.
1808	Sieg Dan Fodios - Zusammenschluß aller Haussa-Staaten unter Hegemonie der Fulani, theokratische Staatsform, zentralisierte Emirate unter dem Sultanat Sokoto. Rasche Ausdehnung des Reiches nach Süden bis ins Yorubaland.
1810	Zerfall des Yorubabundes in Einzelstaaten.
1841	Beginn der christlichen Mission in Badagry, westlich von Lagos.
1849	Beecroft wird britischer Konsul für die Buchten von Benin und Biafra.
1854	König William Pepple von Bonny auf Veranlassung Beecrofts abgesetzt und verbannt.
1861	Lagos britische Kronkolonie.
1879	Sir George Goldie, prominentester britischer Geschäftsmann an den Buchten von Benin und Biafra, eint britische Handelsinteressen gegen französische Konkurrenz.

- 1885** Berliner Westafrika-Konferenz (einberufen von Bismarck): Einigung über Interessen- und Einflußsphären der europäischen Kolonialmächte.
- 1886** Freundschaftsvertrag des Gouverneurs von Lagos mit Yoruba-Häuptlingen ermöglicht allmählich britische Unterwerfung des ganzen Yorubalandes. Goldies ›Niger Company‹ wird königliche Charter zur Verwaltung verliehen. Ab jetzt: rascher Vorstoß nach Norden auf breiter Front etabliert Handelsmonopol.
- 1887** Der Ibo-König Jaja von Opobo von Vizekonsul Harris Johnson durch eine List festgenommen; damit Beseitigung der einheimischen Konkurrenz gegen den Handel der europäischen Geschäftsleute östlich des Niger.
- 1897** Britische Regierung entsendet Sir Frederick Lugard. Vertreibung französischer Besatzung aus dem Westen, später Eroberung der Emirate im Norden. Miss Flora Shaw (die spätere Lady Lugard) erfindet den Namen ›Nigeria‹ zur Bezeichnung der heterogenen britischen Macht- und Interessensphäre. Plünderung Benins durch britische Truppen.
- 1898** Britische Unterwerfung des Ibolandes.
- 1. Januar 1900** Britische Regierung übernimmt alle Territorien der ›Royal Niger Company‹ und schließt sie mit dem Protektorat Niger-Küste zum Protektorat Südnigeria zusammen. Die beiden anderen Protektorate sind Nordnigeria und die Kolonie Lagos. Lugard Hoher Kommissar in Nordnigeria.
- 1902/03** Sultanat Sokoto kapituliert - Abschluß der britischen Eroberungen in Nigeria. Einführung von ›indirect rule‹ durch Lugard im Norden. Machtausübung durch Emire und Sultan von Sokoto bleibt unangetastet.
- 1906** Zusammenschluß der Protektorate Südnigeria und Kolonie Lagos zu ›Kolonie und Protektorat Südnigeria‹.
- 1. Januar 1914** Zusammenschluß von Kolonie und Protektorat Südnigeria mit dem Protektorat Nordnigeria zu ›Kolonie und Protektorat Nigeria‹. Lugard Generalgouverneur. Lagos Hauptstadt. Vize-

	Gouverneure für den Norden (in Zungeru) und den Süden (in Lagos), Verwalter für die Kolonie Lagos.
1923	Neue Verfassung unter Gouverneur Sir Hugh Clifford.
1929	Aufstand der Frauen in Aba; Widerstand gegen die willkürliche Einsetzung von Häuptlingen durch die Kolonialverwaltung im Iboland und gegen die Steuereintreibung. Forderung nach Abzug aller Weißen. In Vergeltungs-Razzia der Polizei werden 50 Frauen ermordet.
1944	Gründung des konsequent antikolonialistischen Nationalrats von Nigeria und Kamerun (NCNC) mit überregionaler Basis und Zielsetzung.
1946	Neue Verfassung unter Gouverneur Sir Arthur Richards - Teilung in drei Regionen (Nord, Ost und West). Zentrale Exekutiv- und Legislativräte und regionale Versammlungen. Zusammensetzung aus Kolonialbeamten.
1948	Gründung des Universitätskollegs von Ibadan. Gründung des ›Northern People's Congress‹ im Norden (NPC).
1949	Antikoloniale Volkserhebung im Iboland ausgelöst durch einen Streik in den Kohlebergwerken von Enugu und dessen blutige Unterdrückung durch die Polizei. Gründung der ›Action Group‹ im Westen (AG).
1951	Neue Verfassung unter Gouverneur Sir John Macpherson - Größerer Anteil gewählter Vertreter.
1953	Starke Sezessionsbestrebungen in Nordnigeria und Pogrom in Kano gegen Südnigerianer.
1954	Gründung der ›Föderation Nigeria‹: Neue Verfassung unter Generalgouverneur Sir John Macpherson. Mehr legislative Befugnisse für die Regionen, drei regionale Ministerpräsidenten. Allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen über 21 im Osten, stark beschränktes Wahlrecht im Norden und Westen.
1957	Ost- und Westregion erhalten Selbstregierung - Alhaji Sir Akubakar Tafawa Balewa (NPC) zum ersten Premierminister der Föderation ernannt.
1957/58	Britische Kommission unter Sir Henry Willink

	bereit ganz Nigeria, um Befürchtungen der Minoritäten zu untersuchen. Befindet gegen Schaffung weiterer Regionen.
1958	Verfassungskonferenz in London legt Unabhängigkeitstag (1. Oktober 1960) fest.
1959	Nordregion erhält Selbstregierung. Wahlen für das künftige Zentralparlament - Balewa (NPC) wieder Premierminister, Dr. Nnamdi Azikiwe (NCNC) Präsident des Senats.
1. Oktober 1960	Unabhängigkeit der Föderation Nigeria innerhalb des Commonwealth.
16. November 1960	Azikiwe Generalgouverneur.
1963	Schaffung der vierten Region ›Midwest‹ im östlichen (Nicht-Yoruba-) Teil des Westens auf Betreiben des NCNC und nach Abhaltung eines Referendums. Föderation Nigeria erhält republikanische Staatsform. ›Federal Republic of Nigeria‹. Azikiwe erster Präsident - ›Action Group‹-Führer Awolowo und Enahoro werden wegen Hochverrats zu 10 bzw. 15 Jahren Gefängnis verurteilt.
Februar 1964	Kontroverse durch Ergebnis der zweiten Zählung des gefälschten nationalen Zensus: 55,6 Mio. Einwohner (gegenüber nur 30,4 Mio. 1952/53). Angeblich fast 30 Mio. in Nordregion. Festigung der politischen Domination der Föderation durch Nordnigeria.
10. März 1964	Auflösung von Akintolas ›United People's Party‹ (UPP) - Statt dessen Gründung der ›Nigerian National Democratic Party‹ (NNDP).
31. Mai bis 13. Juni 1964	Generalstreik für höhere Löhne gemäß Empfehlungen der Morgan-Kommission - Ausweitung zu Protest gegen Korruption und Großtuerie des Establishments. Ostregion am militantesten.
Juli 1964	Beginn der Kampagne für Neuwahlen zum Zentralparlament. Umgruppierung aller Parteien: NPC und NNDP bilden konservative ›Nigerian National Alliance‹ - opponieren gegen progressive ›United Progressive Grand Alliance‹ (bestehend aus NCNC, AG und den Minoritäten-Parteien des Nordens UMBC und NEPU).
Dezember 1964	Auflösung des Parlaments durch Azikiwe.

- 27. Dezember 1964** UPGA verkündet Wahlboykott wegen Betrugs und gesetzwidriger Handlungen der NNA.
- 30. Dezember 1964** Abhaltung von Wahlen in chaotischer Atmosphäre. Nicht-repräsentatives Resultat verursacht Verfassungskrise.
- Anfang 1965** Nach langem Zögern fordert Azikiwe Balewa zur Regierungsbildung auf breiter nationaler Basis auf. Nachwahlen in der Ostregion. Balewa bildet Regierung auf breiter Basis, aber ohne AG.
- Februar 1965** Generalmajor Johnson Aguiyi-Ironsi Oberbefehlshaber der Armee. Übernahme von Generalmajor Welby-Everard, letztem britischen Oberbefehlshaber.
- November 1965** Wahlen zum ›Western House of Assembly‹ - eklatante Vergehen. Starke Unruhen. Akintola (Ministerpräsident des Westens) herrscht mit Terror.
- 15. Januar 1966** Armeeputsch junger Offiziere. Premierminister der Bundesregierung, Ministerpräsidenten der West- und Nordregion sowie führende Minister und Militärs erschossen.
- 16. Januar 1966** Generalmajor Ironsi vom Staatspräsidenten Dr. Nwafor Orizu mit Bildung einer Militärregierung beauftragt. Einsetzung von Militärgouverneuren in den vier Regionen (Norden: Katsina, Osten: Ojukwu, Westen: Fajuyi, Midwest: Ejoor). Putschisten von Ironsi verhaftet. Kommissionen zur Untersuchung der Ratsamkeit von Vereinheitlichung des Staatswesens.
- 24. Mai 1966** ›Vereinheitlichungsverordnung Nr. 34‹: Nigeria nicht mehr Föderation sondern Republik. (›Republic of Nigeria‹)
- 29. Mai 1966** 1. Ibo-Pogrom in Nordnigeria - 3000 Todesopfer.
- 29. Juli 1966** Ausbruch des 2. Ibo-Pogroms in der Armee. Major Dan-juma (später Generalleutnant und Stabschef des Heeres) läßt Ironsi festnehmen, foltern und ermorden. Putsch erfolgreich im Norden und Westen, nicht im Osten.
- 31. Juli 1966** Oberstleutnant Yakubu Gowon, Nordregion, (bisher Stabschef der Armee) macht sich zum Oberbefehlshaber der nigerianischen Streitkräfte und Regierungschef. Von Oberstleutnant Ojukwu nicht

	als legitim anerkannt.
Juli/August 1966	Erneut starke Sezessionsbestrebungen in Nordnigeria.
1. September 1966	Nigeria wieder Bundesrepublik.
12. September 1966	Beginn der Ad hoc-Verfassungskonferenz in Lagos.
29. September 1966	Ausbruch des 3. Ibo-Pogroms in Nordnigeria. 30.000 Ermordete, 1,8 Millionen Flüchtlinge.
4. Januar 1967	Beginn der Aburi-Konferenz. (Oberster Militärtrat trifft sich in Ghana unter Vorsitz von General Ankrah, dem ghanaischen Staatschef).
5. Januar 1967	Verkündung der ›Aburi-Agreements‹. Tod Ironsis und Fajuyis wird erstmals von Lagos zugegeben.
20. Januar 1967	Treffen hoher Bundesbeamter in Lagos - Zurückweisung der Abkommen von Aburi.
27. Januar 1967	Gowon hält Pressekonferenz in Lagos - Grobe Entstellung der Aburi-Abkommen.
19. März 1967	Bundesregierung erläßt Verordnung Nr. 8, von Ojukwu zurückgewiesen.
31. März 1967	Ostnigeria weigert sich, so lange Abgaben an Lagos zu machen, bis die Zentralregierung gemäß den Aburi-Abkommen Beamtengehälter zahlt und Zahlungen zur Linderung des enormen Flüchtlingsproblems leistet.
Anfang Mai 1967	Lagos verhängt Post-, Kommunikations- und Luftfahrt-Blockade über den Osten. Bundesregierung droht mit Anwendung von Gewalt.
27. Mai 1967	Beratende Versammlung und Beratendes Komitee der Häuptlinge und Ältesten der Ostregion beauftragen Oberstleutnant Ojukwu, sobald wie praktisch möglich den Osten zur unabhängigen ›Republik Biafra‹ zu proklamieren. Am selben Abend verhängt Gowon den Ausnahmezustand über Nigeria und verkündet dessen Aufteilung in zwölf Staaten, Abschaffung der vier Regionen.
30. Mai 1967	Ausrufung der ›Repubic of Biafra‹ durch Oberstleutnant Ojukwu in Enugu. Generalmobilmachung der nigerianischen Armee. Lagos verhängt totale Blockade über Biafra. Gowon wird Generalmajor.
4. Juni 1967	Generalmobilmachung der biafranischen Armee. Europäer verlassen Biafra in größeren Zahlen.

6. Juli 1967	Nigerianische Truppen greifen Biafra bei Ogoja an.
8. Juli 1967	Einmarsch nigerianischer Truppen in Richtung Nsukka.
25. Juli 1967	Nigerianer erobern Bonny.
9. August 1967	Biafranischer Vormarsch in die Midwest-Region bis Benin - kein Widerstand.
20. August 1967	Biafraner erreichen Ore, Westregion. Erhöhte britische Waffenlieferungen an Lagos.
12. September 1967	Victor Banjo befiehlt biafranischen Rückzug von Benin. Banjo, Ifeajuna und Alale planen Putsch in Biafra.
14. September 1967	OAU beschließt auf Gipefkonferenz in Kinshasa, Zaire, eine sechsköpfige Friedensdelegation nach Lagos zu senden.
20. September 1967	Major Dr. Albert Okonkwo ruft ›Republik Benin‹ aus.
21. September 1967	Nigerianer besetzen Benin. Beginn der ›Säuberungsaktionen‹, denen rund 300.000 Midwest-Ibo zum Opfer fallen.
22. September 1967	Banjo und drei Komplizen wegen Hochverrats an Biafra zum Tode verurteilt und erschossen.
4. Oktober 1967	Nigerianer in Enugu, der biafranischen Hauptstadt.
6. Oktober 1967	Biafraner werden über den Niger zurückgedrängt und sprengen die neue Nigerbrücke bei Onitsha.
17. Oktober 1967	Kossygin unterstützt Lagos in offenem Brief an Gowon.
18. Oktober 1967	Neue nigerianische ›Third Federal Marine Commando Division‹ unter Oberst Adekunle erobert Calabar.
26. Oktober 1967	Das IRK fordert Lagos auf, sich an Genfer Konvention zu halten.
31. Oktober 1967	Der Papst warnt in einer Botschaft vor Völkermord
17. November 1967	1. IRK-Hilfsflug nach Biafra von Basel.
3. Januar 1968	Nigeria führt neue Währung ein. Biafra führt eigene Währung und Briefmarken ein.
27. Januar 1968	Päpstliche Friedensdelegation trifft in Biafra ein.
7. Februar 1968	Oberst Achuzie erobert Nsukka zurück.
8. Februar 1968	1. Katholischer Hilfsflug nach Port Harcourt. Britische Waffenlieferungen an Lagos erreichen neuen Höhepunkt.
24. Februar 1968	Das IRK protestiert in Lagos gegen Bombenangriffe

	auf zivile Objekte (Krankenhäuser, Kirchen, Wohnviertel)
23. März 1968	1. Hilfsflug des Weltkirchenrats nach Biafra von Lissabon.
25. März 1968	Oberst Murtala Muhammed dringt auf Nord-Ost-Route nach Onitsha vor - sein Nachschub (102 LKWs, 6.000 Mann, 350 Tonnen Material) bei Abagana von Achuzie zerstört (›Wunder von Abagana‹).
3. April 1968	Azikiwe erklärt in Paris, daß Biafra zu Friedensgesprächen ohne Vorbedingungen bereit ist.
9. April 1968	1. Caritas-Hilfsflug von São Tomé.
13. April 1968	Tansania anerkennt Biafra.
April 1968	Erste Hilfsflüge des IRK von Fernando Póo
23. April 1968	1. Hilfsflug des deutschen Diakonischen Werks.
8. Mai 1968	Anerkennung Biafras durch Gabun.
15. Mai 1968	Anerkennung durch die Elfenbeinküste.
18. Mai 1968	Adekunle im Osten von Port Harcourt.
20. Mai 1968	Sambia anerkennt Biafra.
23. Mai 1968	Beginn der Friedenskonferenz in Kampala, Uganda.
Juni/Juli 1968	Adekunle stößt im Nigerdelta vor.
15. Juli 1968	Beginn der vorbereitenden OAU-Konferenz in Niamey, Niger. Nacheinander Teilnahme von Gowon und Ojukwu.
29. Juli 1968	Beginn der OAU-Konferenz in Addis Abeba, Äthiopien. Gowon verweigert Teilnahme.
31. Juli 1968	Französische Regierung erklärt sich für biafranisches Selbstbestimmungsrecht.
5. August 1968	Rede Ojukwus in Addis Abeba.
23. August 1968	1. Hilfsflug von Nordchurchaid.
24. August 1968	Beginn nigerianischer Offensive gegen das ›Ibo-Herzland‹.
27. August 1968	Außerordentliche Debatte über Nigeria/Biafra-Krieg im britischen Parlament endet in Tumult.
29. August 1968	Lagos fordert internationales Beobachter-Team für nigerianische Seite.
September 1968	Vorsitzender Mao und Ojukwu tauschen Botschaften aus.
4. September 1968	Addis Abeba-Konferenz endet erfolglos.
9. September 1968	DeGaulle gibt Pressekonferenz.
14. September 1968	Beginn der OAU-Gipfelkonferenz in Algier.

16. September 1968	Biafra aufgefordert zu kapitulieren. Owerri fällt.
23. September 1968	1. Nigerianische Division besetzt entmilitarisierten Rot-Kreuz-Flugplatz Obilagu.
26. September 1968	Beratende Versammlung Biafras entschließt sich zur Fortführung des Krieges und im Falle des Verlustes von Umuahia, zum Guerillakrieg.
3. Oktober 1968	Erster Bericht des Internationalen Beobachter-Teams: ›Kein Völkermord‹. Team besteht aus britischen, kanadischen, polnischen und schwedischen Offizieren.
Oktober 1968	Nigerianische Offensive kommt zum Stillstand. Neue, angeblich französische Waffenlieferungen an Biafra. Karitative Organisationen schätzen Zahl der Hungertoten im Oktober auf 200.000.
8./9. November 1968	Gründung von ›Joint Church Aid‹ in Rom.
November 1968	Angeblieh 10.000 Verhungerte täglich. Aus dem seit einem Jahr besetzten Calabar wird Fortführung der Hungerblockade gemeldet.
Dezember 1968	Militärische Lage stabilisiert. Biafranische Geländegewinne. Ständige nigerianische Bombardements ziviler Objekte. Lagos verweigert Weihnachtswaffenruhe.
Januar 1969	Im unbesetzten Biafra: dank der Luftbrücke hat sich Ernährungslage gebessert. Weitere Konsolidierung der militärischen Situation. Geringere biafranische Geländegewinne. Gründung der ›Land-Army‹.
Februar 1969	Intensivierung der nigerianischen Terrorluftangriffe auf zivile Objekte.
16. Februar 1969	Azikiwe unterbreitet persönliche Kompromiß-Friedensvorschläge an der Universität Oxford, von beiden Seiten ignoriert.
März 1969	Britisches Parlament befürwortet Fortsetzung der britischen Waffenlieferungen an Lagos.
22./23. März 1969	Tagung in Paris des Internationalen Komitees zur Untersuchung von Völkermord. Basierend auf Untersuchungen in Biafra (Dezember 1968) und Nigeria (März 1969) befindet das Komitee Nigeria des Völkermords an Biafra für schuldig.
24. März 1969	Anerkennung Biafras durch Haiti.
27. März 1969	Wilson besucht Lagos, später besetzte Gebiete in

April 1969	Biafra. Kein Vermittlungsversuch. Kein Treffen mit Ojukwu. OAU-Konferenz in Monrovia, Liberia. Nigerianer weisen biafranisches Waffenstillstandsangebot zurück. Nigerianer besetzen Umuahia, Biafraner erobern kurz darauf Owerri zurück. Ojukwu akzeptiert Ernennung, zum General durch die Beratende Versammlung.
29. April 1969	Biafraner überqueren Niger und erobern Aboh, Midwest-Region, unweit nigerianischer Erdölfelder.
9. Mai 1969	Biafranische Patrouille besetzt europäisches Öllager bei Kwale, Midwest-Region, nimmt 18 Italiener und Deutsche gefangen, 11 weitere kommen ums Leben.
Ende Mai 1969	Biafranische Offensive im Luftkrieg mit Unterstützung von Graf Carl Gustav von Rosen; zahlreiche nigerianische Flugzeuge sowjetischer und britischer Herkunft am Boden zerstört (Port Harcourt, Benin, Enugu). Luftangriffe auf nigerianische Erdölinstallationen. Gebietsgewinne der Biafraner an der Südfront.
1. Juni 1969	Ojukwu verkündet ›Ahiara Declaration‹: die Prinzipien der biafranischen Revolution.
5. Juni 1969	Abschuß einer IRK-Maschine durch Nigeria über besetztem Südost-Biafra.
Juli/August 1969	IRK stellt alle Hilfsflüge ein. ›Joint Church Aid‹-Flüge (Kirchenluftbrücke) fortgesetzt. Verhandlungen Biafras mit den USA und Nigeria in Genf über Cross-Fluß-Route für Hilfsgüter erfolglos.
Juli/August/ September 1969	Verhandlungen Biafras mit IRK und des IRK mit Nigeria über Wiederaufnahme der IRK-Flüge nach Biafra. IRK-Vorschläge von Biafra akzeptiert, von Nigeria zurückge wiesen. Nigerianische Gegenvorschläge zielen auf militärische Vorteile ab, insbesondere Einnahme des Flughafens Uli. Zurückweisung durch Biafra. Ende aller IRK-Hilfe für Biafra.
Anfang September 1969	OAU-Gipfelkonferenz in Addis Abeba. Präsident Julius Nyerere von Tansania unterbreitet vertrauliches Dokument über Nigeria-Biafra-Krise. Nyerere trifft Gowon und dringt auf Waffenstillstand und persönliches Treffen mit Ojukwu. Gowon zögert.

- 9. September 1969** Chief Enaharo auf Pressekonferenz in Addis Abeba: Kein Waffenstillstand. Kein Treffen Ojukwu-Gowon. Nyerere veröffentlicht Nigeria-Biafra-Dokument in Dar-es-Salaam.
- September 1969** Major Walsworth-Bell, britisches Mitglied des Internationalen Beobachter-Teams, wegen zu offensichtlicher Kollaboration mit nigerianischen Militärs entlassen.
- Dezember 1969** Besuch Biafras von Lord Carrington, Verteidigungsminister im konservativen britischen Schattenkabinett. Prominentestes Mitglied des britischen Establishments je im freien Biafra beeindruckt von Entschlossenheit und Zuversicht der Biafraner.
- 13. Dezember 1969** Oberst Robert Scott, Berater für Verteidigungsräte bei der britischen Hohen Kommission in Lagos, entsendet vertraulichen Bericht über militärische Lage nach London. Eingehende kritische Beurteilung beider Seiten läßt aktive Unterstützung der nigerianischen Kriegführung durch Großbritannien und das Internationale Beobachter-Team erkennen. Negative Äußerungen über Afrikaner im allgemeinen, Nigerianer im besonderen.
- Ende Dezember 1969** Katastrophale Verschlechterung der Ernährungslage in Biafra, Verpflegung der Armee kann nicht mehr gewährleistet werden.
- Anfang Januar 1970** Koordinierte nigerianische Offensive an allen Fronten.
- 9. Januar 1970** Einnahme Owerri durch die Nigerianer, Zusammenbruch der biafranischen Südfront.
- 11. Januar 1970** Ojukwu verläßt Biafra - Asyl in der Elfenbeinküste. Veröffentlichung des ›Scott Reports‹ im Londoner ›Sunday Telegraph‹. Britische Regierung verklagt Zeitung und alle mit Veröffentlichung Verbundenen des Verrats offizieller Geheimnisse. (Nach langwierigem Prozeß alle Betroffenen freigesprochen.)
- 12. Januar 1970** Nigerianer erobern Flughafen Uli. Ojukwus Stellvertreter Generalmajor Effiong kapituliert.
- 15. Januar 1970** Unterzeichnung der biafranischen Kapitulation in Lagos.

- 18. Januar 1970** Veröffentlichung der britischen Prozentsätze aller Waffenlieferungen an Lagos in der Londoner ›Sunday Times‹: 1969 - 97,36 %. (Alle Regierungssprecher hatten seit Juli 1968 hartnäckig 15 % angegeben.)
- Januar/Februar 1970** Fortdauer der Hungersnot nach der Kapitulation. Nach Kriegsende wird Zahl der Hungertoten noch einmal von Angehörigen humanitärer Organisationen auf einige Zehntausend geschätzt. Nigerianische Regierung lehnt ausländische Hilfsangebote ab. Wiedereröffnung des Flughafens Uli für humanitäre Zwecke nicht gestattet. Beginn der Festnahme und Ausweisung des in Biafra arbeitenden ausländischen medizinischen Personals, praktisch aller ausländischen Geistlichen und aller ausländischen Journalisten.